# Berichte & Studien 90

# Der Weg zur bürgerlichen Mehrheit

Die Unionsparteien und die Wahlen von 2005 bis zur Bundestagswahl 2009

Gerhard Hirscher



#### **Impressum**

ISBN 978-3-88795-361-4

Herausgeber Copyright 2010

Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0

E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de

Vorsitzender Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,

Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer Dr. Peter Witterauf

Leiter der Akademie für Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Politik und Zeitgeschehen

Leiter PRÖ/Publikationen Hubertus Klingsbögl

Autor Dr. Gerhard Hirscher

Redaktion Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.)

Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin)

Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)

Marion Steib (Redaktionsassistentin)

Druck Fuchs Druck GmbH, Miesbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b>		
1.	<b>Der Weg zur Großen Koalition</b> 9	
1.1 1.2 1.3 1.4 1.4.1 1.4.2 1.4.3	Der verpasste Wechsel 2005	
2.	Im Windschatten der Großen Koalition: die Landtagswahlen vom 26. März 2006 und die weitere Entwicklung des deutschen Parteiensystems 62	
2.1 2.2 2.2.1 2.2.2 2.2.3 2.2.4 2.2.5	Wahlergebnisse und mögliche Regierungen62Bewertungen und Einzelaspekte63Stabilisierung der großen Parteien63Bilanz der Wählerwanderungen64Prognosen und Wirklichkeit65Zusammensetzung der Wählerschaft66Stabilisierung des Parteiensystems?68	
3.	Die Landtagswahlen vom 17. September 2006 in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern: keine Verbesserung für das bürgerliche Lager, aber eine neue Große Koalition	
3.1 3.1.1 3.1.2 3.2 3.2.1 3.2.2 3.2.3 3.2.4	Wahlergebnisse und mögliche Regierungen70Berlin70Mecklenburg-Vorpommern72Bewertungen und Einzelaspekte73Wählerwanderungen73Prognosen und Wirklichkeit74Zusammensetzung der Wählerschaft74Konsequenzen und Folgerungen78	

4.	Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 13. Mai 2007: nachrangige Kommunalwahl oder politische Richtungsentscheidung?
	Kichtungsentscheidung: 02
4.1 4.2 4.2.1 4.2.2 4.2.3 4.2.4 4.2.5	Wahlergebnisse und mögliche Regierungen82Bewertungen und Einzelaspekte83Verluste der großen Parteien – Gewinne der kleinen83Bilanz der Wählerwanderungen84Prognosen und Wirklichkeit85Zusammensetzung der Wählerschaft85Zusammenfassung88
1.2.0	Zusummermussung
5.	Die Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen
٠.	vom 27. Januar 2008: das bürgerliche Lager auf
	<b>dem Rückzug?</b> 91
5.1 5.1.1 5.1.2	Die Landtagswahl in Niedersachsen vom 27. Januar 2008 91 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen 91 Bewertungen und Einzelaspekte 92
5.2	Die Landtagswahl in Hessen vom 27. Januar 2008 98
5.2.1 5.2.2	Wahlergebnisse und mögliche Regierungen
6.	Die Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 24. Februar 2008: Startschuss für die schwarz-grüne Premiere –
	neue Perspektiven
6.1 6.2 6.2.1	Wahlergebnisse und mögliche Regierungen
6.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen
6.2.3 6.2.4	Prognosen und Wirklichkeit
6.2.5	Zusammenfassung

7.	Die Landtagswahl in Bayern vom 28. September 2008: Einbußen für die CSU, Bestätigung für das bürgerliche Lager
7.1 7.2	Wahlergebnisse und mögliche Regierungen
7.2.1	Einordnung im Vergleich
7.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen
7.2.3	Prognosen und Wirklichkeit
7.2.4 7.2.5	Zusammensetzung der Wählerschaft123Zusammenfassung128
8.	Die Landtagswahlen in Hessen vom 18. Januar 2009:
	das bürgerliche Lager auf dem Vormarsch? 132
8.1	Wahlergebnisse und mögliche Regierungen
8.2	Bewertungen und Einzelaspekte
8.2.1	Einordnung im Vergleich
8.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen
8.2.3	Prognosen und Wirklichkeit
8.2.4 8.2.5	Zusammensetzung der Wählerschaft136Zusammenfassung139
0.2.3	Zusammemassung
9.	Die Europawahlen vom 7. Juni 2009: Stärkebeweis
	für das bürgerliche Lager? 143
9.1	Wahlergebnisse und bundespolitische Dimension $\ \dots \ 143$
9.2	Bewertungen und Einzelaspekte
9.2.1	Einordnung im Vergleich
9.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen
9.2.3	Prognosen und Wirklichkeit
9.2.4 9.2.5	Zusammensetzung der Wählerschaft
9.2.3	Zusammemassung
10.	Wegweiser vor der Bundestagswahl: die Landtags-
	wahlen vom 30. August 2009 und die Entwicklung
	des deutschen Parteiensystems
10.1	Wahlergebnisse und mögliche Regierungen
10.2	Bewertungen und Einzelaspekte
	Einordnungen im Vergleich
10.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen

6	
10.2.4	Prognosen und Wirklichkeit
11.	Im Schatten der Bundestagswahl: die Landtagswahlen vom 27. September 2009 in Schleswig-Holstein
	und Brandenburg
	Wahlergebnisse und mögliche Regierungen180Schleswig-Holstein180Brandenburg181
11.2 11.2.1	Bewertungen und Einzelaspekte
11.2.3 11.2.4	Bilanz der Wählerwanderungen
11.2.0	Bundestagswahl?
12.	<b>Die Bundestagswahl vom 27. September 2009: Wiederkehr der bürgerlichen Mehrheit</b> 195
12.1	Wahlergebnisse und mögliche Regierungen 195
12.2 12.2.1	Bewertungen und Einzelaspekte
12.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen
	Prognosen und Wirklichkeit
	Zusammensetzung der Wählerschaft
12.2.5	Zusammenfassung
13.	Zusammenfassung: Wahlverhalten und bürgerliche
	Mehrheit – Bilanz und Ausblick
Biblic	<b>ographie</b>

# Einführung

Die Bundestagswahl vom 27. September 2009 bestätigte Bundeskanzlerin Angela Merkel und brachte eine Koalition aus CDU, CSU und FDP ins Amt. Damit war eine Regierung der bürgerlichen Mitte möglich geworden, so wie sie schon von 1982 bis 1998 und – zum Teil mit weiteren kleineren Koalitionspartnern und kurzen Unterbrechungen – von 1949 bis 1966 regiert hatte. In historischer Perspektive scheint das Wahlergebnis also eher die Rückkehr zur Normalität zu bedeuten. Auch die kurzfristigen Indikatoren der Demoskopie ließen diesen Wahlausgang schon Wochen zuvor erkennen. Die Wiederkehr der bürgerlichen Regierungsmehrheit hat am Wahlabend kaum mehr jemanden überrascht.

Dennoch war dieser Ausgang ein Signal, das über die Tagesaktualität weit hinausgeht. In der Öffentlichkeit wurde eine bürgerliche Mehrheit seit Jahren immer mehr für unwahrscheinlich gehalten. Die Diagnosen der veröffentlichten Meinung wiesen doch seit langem darauf hin, dass unser Parteiensystem immer weiter ausfranse und Mehrheiten aus zwei Partnern (CDU und CSU hier zusammengerechnet) immer unwahrscheinlicher würden. Die Auflösung der alten Milieus, die Entideologisierung der Parteien, die wachsende Wechselbereitschaft, die wachsende Nichtwählerzahl, die kurzfristigeren Wahlentscheidungen, die Etablierung eines fluiden Fünfparteiensystems - diese und andere Gründe würden dazu führen, dass es für Union und FDP einerseits wie für Rot-Grün andererseits zu Regierungsmehrheiten im Bund wie im Land immer weniger reicht. Stattdessen müssten die Segel zu den Ufern neuer Konstellationen gesetzt werden. Die strategische Konsequenz – so legten besorgte Kommentare immer häufiger nahe – müsste sein, sich von der Fixierung auf einen "natürlichen" Partner zu lösen und andere, öfter wechselnde Bündnisse zu bilden. Dies wäre natürlich eine besondere Herausforderung für die großen Volksparteien, die sich aus den Fesseln der alten Partnerschaften als erste lösen müssten, sich damit aber auch schwerer tun würden als die kleinen Parteien.

Was bedeutet nun die Wiederkehr der bürgerlichen Mehrheit bei der Bundestagswahl 2009? Um dieses Wahlergebnis besser einordnen zu können, wird im Folgenden der Versuch unternommen, das Wahlverhalten der Jahre 2005 bis 2009 bei den Landtags-, den Bundestagswahlen sowie der Europawahl 2009 genauer zu untersuchen. Dabei stehen die Ergebnisse für die Unionsparteien im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Für den Ausgangspunkt, die Bundestagswahl 2005, wird dabei etwas weiter aus-

geholt; dabei greift der Autor auch auf frühere Vorarbeiten zurück.¹ Dies geschieht deswegen, um das Abschneiden von CDU und CSU vor einem etwas breiteren Hintergrund darstellen zu können. Hauptziel der Analyse soll es sein, zu verdeutlichen, wo und unter welchen Umständen eine bürgerliche Regierungsmehrheit möglich war und wo nicht. Dabei werden neben den wichtigsten Spezifika der einzelnen Wahlen die strukturellen Elemente der jeweiligen Ergebnisse aufgezeigt und Stärken und Schwächen in der Wählermobilisierung untersucht. Dies geschieht für die Wahlen von 2005 bis 2009 nach einem weitgehend identischen Schema für jeden einzelnen Fall.

In diesen Jahren brachten die verschiedenen Wahlen unterschiedlichste Ergebnisse mit teilweise überraschenden Koalitionsvarianten. Ende 2009 stand jedoch eine Regierungsmehrheit für CDU, CSU und FDP im Bundestag und eine entsprechende Mehrheit im Bundesrat. Ein genauer Blick auf das Wahlverhalten in diesen Jahren kann vielleicht eine Antwort darauf geben, ob die bürgerliche Mehrheit wieder zurück ist und weiter als Modell für die Regierungsbildung auf Bundes- und Landesebene dienen kann.

Hirscher, Gerhard: Ende der bürgerlichen Mehrheit? Die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP, in: Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse und Roland Sturm, München 2006, S.83-118.

# 1. Der Weg zur Großen Koalition

## 1.1 Der verpasste Wechsel 2005

Nach der knappen Wiederwahl der rot-grünen Bundesregierung 2002 nahm die Legislaturperiode einen dramatischen Verlauf. Schon bald nach der Wahl kündigte Bundeskanzler Gerhard Schröder Reformgesetze an, die in der Öffentlichkeit umstritten und in den eigenen Reihen nur mit großer Mühe durchzusetzen waren. Auch nach einigen Misserfolgen der SPD bei Landtagswahlen und wachsenden innerparteilichen Problemen erwarteten viele Beobachter, dass Rot-Grün bei der nächsten Bundestagswahl 2006 abgewählt werden würde. Kaum jemand rechnete aber damit, dass Schröder im Frühjahr 2005 zum Befreiungsschlag ansetzte und vorgezogene Bundestagswahlen anstrebte, die im September 2005 auch durchgeführt werden konnten. Dieser Schachzug schien zunächst den Todesstoß für die Regierungsbeteiligung der SPD zu bedeuten. CDU, CSU und FDP sahen ihre Chance in der Übernahme der Bundesregierung und rückten auch programmatisch näher zusammen. Über Monate sah Schwarz-Gelb in der Demoskopie wie der sichere Wahlsieger aus; der Wahlkampf wurde vom amtierenden Kanzler Schröder gegen eine "gefühlte Kanzlerin" Angela Merkel geführt. Aber es sollte nicht reichen: Das Wahlergebnis vom 18. September 2005 ließ nur die Große Koalition zu. Die Union kam nach sieben Jahren wieder in die Regierung, in der die SPD weiter verblieb. Ein weiterer vollständiger Machtwechsel, wie er 1998 von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün umgesetzt wurde, war 2005 nicht möglich. Im Verlauf der Legislaturperiode wurden immer wieder Spekulationen darüber angestellt, ob diese Große Koalition halten würde oder andererseits sogar über die nächste Bundestagswahl hinaus eine Option sein würde, da andere Koalitionsoptionen im "fluiden Fünfparteiensystem" rechnerisch oder politisch nicht möglich sein könnten. Je näher der Wahltermin im September 2009 rückte, desto größer wurde die Erwartung, dass das Ende der Großen Koalition unvermeidlich sei und realistischerweise nur durch eine schwarz-gelbe Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel abgelöst werden könnte.

Aber wie kam es zu diesem Szenario? Ein Blick auf den Zerfall der rotgrünen Regierung ist geboten. Die Entscheidung der SPD-Führung machte den 18. September 2005 zum historischen Datum in der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Erstmals kapitulierte eine amtierende Bundesregierung und beendete die Legislaturperiode vorzeitig, ohne dass ihr ein Koalitionspartner von der Stange gegangen wäre, der sich nach einem anderen Regierungspartner umgesehen hätte. Insofern haben die Grünen noch nicht die Rolle der Scharnier- und Funktionspartei FDP gespielt, die dieser eine nur kurz unterbrochene Regierungsbeteiligung von 1949 bis 1998 gesichert hatte, indem sie 1969 und 1982 ihren jeweiligen Koalitionspartner verließ. Entstanden ist dieses historische Datum durch überraschende Aktionen weniger zentraler Akteure im Spitzenfeld der amtierenden Bundesregierung am 22. Mai 2005, als nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die letzte rot-grüne Landesregierung abgewählt wurde und zugleich die SPD in einem Stammland nach 39 Jahren die Führung der Regierung aufgeben musste. Dabei haben in den Augen vieler Wahlforscher in der Tat bundespolitische Aspekte eine wichtige Rolle gespielt. Insofern war es politisch nur konsequent, für die Auflösung des Bundestages eine Vertrauensfrage zu inszenieren, die sich die Regierung durch ihre formal im Parlament noch existierende Mehrheit nicht positiv beantworten ließ. Das Vertrauen in die Bundesregierung war seit Langem in einem so hohen Maße erodiert, dass ihr Ende nur noch eine Frage der Zeit schien.

Allerdings schien sich vor dem 22. Mai 2005 der Zeitrahmen für den Regierungswechsel bis zum regulären Wahltermin im Herbst 2006 zu erstrecken, da sowohl in den Reihen der Opposition wie auch unter journalistischen wie wissenschaftlichen Beobachtern kaum jemand nachweisbar wirklich mit einer Selbstaufgabe der rot-grünen Bundesregierung vor diesem Datum gerechnet hatte. Die Regierung Schröder hätte technisch gesehen die Legislaturperiode zu Ende führen können und eine ernst gemeinte Vertrauensfrage – analog zu der vom 16. November 2001 über die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan – wohl auch gewinnen können. Insofern war die Opposition von der Entwicklung ebenso überrascht wie große Teile der SPD und der Grünen. Es liegt also die Frage nahe, ob dieses Vorgehen des Bundeskanzlers Gerhard Schröder ein taktischer Schritt war, um die Opposition unter Druck und Zugzwang zu setzen und deren Chancen bei einer vorgezogenen Neuwahl kurz nach den Sommerferien zu verschlechtern. Daher muss bei der Betrachtung der Rolle der damaligen Oppositionsparteien (CDU, CSU und FDP werden hierbei als eigenständige Einheiten betrachtet) auch die Frage thematisiert werden, wie diese als einzelne Akteure wie als potenzielle Regierungsmehrheit auf diese Entwicklung reagiert und wie sie sich auf eine mögliche Regierungsübernahme vorbereitet haben. Es entstand durch den Gang der Ereignisse immerhin ein enormer Zwang, organisatorische wie inhaltliche Annäherungsprozesse innerhalb der Union sowie die strategische Arbeitsteilung mit der FDP weit schneller als erwartet bewältigen zu müssen. Daneben stand ebenfalls die Frage der personellen Angebote parteiintern wie im Hinblick auf eine potenzielle Koalition – wie immer in der Politik – auf der Tagesordnung. Diese durfte aber keinesfalls die Kohäsionskräfte vor der Wahl nennenswert behindern oder gar aufheben. Dieser Zeitdruck hat insgesamt die Formierung einer schwarz-gelben Regierungsalternative erschwert und der SPD eine Regenerationsphase gebracht. Dennoch liefen in dieser Zeit Anpassungsprozesse, die für das weitere Verhältnis der Unionsparteien und der FDP eine große Rolle spielten und ihre strategischen Optionen klärten.

#### 1.2 Der Startschuss zur Bundestagswahl 2005

Seiner Absicht, nach der Nordrhein-Westfalen-Wahl so schnell wie möglich Neuwahlen zum Bundestag abzuhalten, entsprach Bundeskanzler Gerhard Schröder durch seinen Antrag vom 27. Juni 2005, ihm gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes das Vertrauen auszusprechen. Nur so konnte gewährleistet werden, dass - unter der Voraussetzung, dass der Bundespräsident den Bundestag auch wirklich auflöst – durch Antragstellung kurz vor der Sommerpause so rasch wie möglich am 18. September 2005 die Bundestagswahlen durchgeführt würden. Am 1. Juli 2005 fand die entsprechende Debatte des Bundestages statt. Von den 601 Mitgliedern des Parlaments nahmen 595 an der Abstimmung teil, 151 Abgeordnete stimmten mit ja, 296 mit Nein und 148 enthielten sich der Stimme. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundespräsidenten (die am 21. Juli 2005 per Fernsehansprache erfolgte) hatte Gerhard Schröder sein selbst gestecktes Ziel erreicht – und die Opposition ebenfalls ihr politisches Ziel: In den Augen Schröders wurde damit der Abgang der amtierenden Bundesregierung zwar auf dem bisherigen Höhepunkt ihrer Unpopularität erreicht, aber immerhin vor einer möglichen noch viel weiter gehenden Erosion bis zu einem Wahltermin im Herbst 2006. Für die Opposition war dies der Zeitpunkt mit den vermeintlich besten Wahlaussichten in absehbarer Zeit. Immerhin war die Ausgangslage anders als bei den vorhergehenden Bundestagsauflösungen durch Vertrauensfrage: 1972 brachten die durch Willy Brandt herbeigeführten Bundestagswahlen keinesfalls die Wiedereroberung der Macht durch CDU und CSU, sondern weitere zehn Jahre SPD/FDP-Koalition und 1982 sollte die durch Helmut Kohl per Vertrauensfrage durchgesetzte Neuwahl lediglich den durch den Koalitionswechsel der FDP vollzogenen Machtwechsel bestätigen, was auch überzeugend gelang. Ließen sich aus den Argumenten, die in der Bundestagsdebatte ausgetauscht wurden, schon Elemente politischer Strategien erkennen, die für die weitere Entwicklung bedeutend werden könnten?

Bundeskanzler Schröder gab in einer Rede seine Reformpolitik und deren geringe Akzeptanz als entscheidenden Faktor für die Vertrauensfrage an: "Endgültig mit diesem Ausgang der Landtagswahl am 22. Mai wurden negative Auswirkungen für die Handlungsfähigkeit im parlamentarischen Raum unabweisbar. Die Agenda 2010 mit ihren Konsequenzen schien zum wiederholten Male ursächlich für ein Votum der Wählerinnen und Wähler gegen meine Partei. Wenn diese Agenda fortgesetzt und weiterentwickelt werden soll – und das muss sie –, ist eine Legitimation durch Wahlen unverzichtbar."<sup>2</sup> Die Durchführung der notwendigen Reformen hat Vertrauen in der Partei gekostet – das war eine Grundmelodie der Rede Schröders. Mit der Opposition habe er diese Reformen nicht durch-

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zit. nach: Das Parlament, Nr.27, 4.7.2005, S.17.

setzen können; sie habe im Bundesrat blockiert, sich einer konstruktiven Zusammenarbeit verweigert und "eine vollzogene Zusammenarbeit im Nachhinein (desavouiert)".<sup>3</sup> Schröder hatte damit für die Debatte – und möglicherweise auch für den Wahlkampf – eine Grundlinie vorgegeben, der sich die Opposition kaum entziehen konnte.

Die Kritik an der Bundesregierung konnte und kann sich nicht gegen die Grundtendenz der Reformpolitik richten. Dies wurde von der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel in ihrer Rede auch unterstrichen. Sie begrüßte den Schritt Schröders, Neuwahlen herbeiführen zu wollen, und warf ihm vor, die von der Vorgängerregierung bis 1998 auf den Weg gebrachten richtigen Schritte wieder rückgängig gemacht zu haben. Zugleich stellte sie sich im Grundsatz auf den Boden der Agenda 2010: "Sie haben am 14. März des Jahres 2003 ... die Agenda 2010 vorgestellt und haben damit ... die notwendige innenpolitische Antwort gegeben, die wir auf die globalen Herausforderungen geben müssen."<sup>4</sup> Zumindest sei die Agenda ein richtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen; deren Ziel, die "Substanz des Sozialstaats zu erhalten", sei vom Grundsatz her die richtige Weichenstellung für Deutschland, "denn es gibt keine Alternative dazu, das Land zu reformieren".5 Ursache für den Vertrauensverlust sei also nicht die Reform an sich gewesen, sondern die Tatsache, diese Reform in der eigenen Partei durchzusetzen: "Es war – vorsichtig ausgedrückt – das Ringen mit ihren eigenen Leuten und die Tatsache, dass Sie es wegen dieses Ringens niemals geschafft haben, den Menschen draußen, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, die Notwendigkeit der Veränderungen in der Gesamtheit zu erklären; es blieb vielmehr immer Stückwerk. Das hat Sie letztendlich auch die Wahlerfolge gekostet. Das hat Sie letztendlich in die Niederlagen getrieben und das hat Sie letztendlich auch den Parteivorsitz gekostet."6 Die Kernbotschaft Merkels lautete also, nicht weniger, sondern mehr Reformen seien künftig erforderlich. Sie sprach auch eine gemeinsame Aufgabe der Volksparteien an: "Ich sage das als Vorsitzende einer großen Volkspartei, die weiß, dass alle Volksparteien – CDU, CSU und SPD – am Anfang des 21. Jahrhunderts angesichts der Herausforderungen der Globalisierung aufs Äußerste gefordert sind. Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als unter völlig veränderten Bedingungen in Zeiten völlig neuer internationaler Herausforderungen unsere Werte – das sind die soziale Marktwirtschaft und die Demokratie – behaupten zu können."<sup>7</sup> Sie kritisierte den Zickzackkurs der Regierung Schröder und mahnte eine "Politik aus einem Guss" an. Hierzu sei eine neue Mehrheit im Bundestag

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ebd., S.18.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Ebd.

nötig: "Im Bundesrat haben wir also schon eine Mehrheit für einen Neuanfang unseres Landes. Unser Land braucht aber auch endlich eine Mehrheit für einen Neuanfang im Deutschen Bundestag, damit wir mit klaren Verhältnissen im Bundestag und im Bundesrat durchregieren können."8 Erhalt von sozialer Marktwirtschaft und Demokratie im 21. Jahrhundert als gemeinsame Aufgabe der Volksparteien – damit wurde die SPD rhetorisch mit ins Reformboot aufgenommen. Von daher war der Versprecher verständlich, der Angela Merkel kurz darauf unterlief, als sie erst zum zweiten Mal in ihrer Rede und zum ersten Mal auf die Zukunft bezogen die FDP erwähnen wollte: "Deshalb sage ich: Rot-Grün kann unser Land nicht mehr regieren. Die PDS darf unser Land nicht regieren. CDU und CSU gemeinsam mit der SPD – (Lachen bei der SPD und dem Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) Entschuldigung, CDU und CSU gemeinsam mit der FDP – ich sage es noch einmal für alle verständlich -, (Beifall bei der CDU/CSU sowie Abgeordneten der FDP) wir können, wir müssen und wir wollen Verantwortung für unser Land übernehmen."9 Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle kritisierte in seiner Rede ebenfalls die wankelmütige Politik der Bundesregierung und die Agenda 2010 als "Schmalspuragenda". Eine neue Regierung werde einen "großen Wurf" wagen müssen. "Deswegen ist unser Ziel nicht zuerst der Regierungswechsel. Unser Ziel ist der Politikwechsel für unser Land; der Regierungswechsel ist Mittel zum Zweck."10 Einen Partner für diesen Politikwechsel nannte Westerwelle nicht; die Union wurde von ihm in seiner gesamten Rede nicht erwähnt. Michael Glos als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe sprach in seiner kurzen Rede die FDP als möglichen Partner ebenfalls nicht explizit an.

# 1.3 Der mögliche Regierungswechsel – zur rechten Zeit?

Die Interpreten sind sich uneinig, ob es in Deutschland so etwas wie eine "natürliche" Dauer von Regierungen gibt. Für den unangefochtenen Spitzenkandidaten einer Oppositionspartei oder -konstellation kann eine Neuwahl natürlich nicht schnell genug kommen, denn auch die persönlichen Zeitfenster zur Machtgewinnung und zur Etablierung in Ämtern sind nicht unbegrenzt lange offen. Dennoch gibt es Zeiträume und politische Konstellationen, in denen unter den Bedingungen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland ein Regierungswechsel mehr oder weniger wahrscheinlich ist.

Auf der einen Seite ist die Politik in den letzten Jahren immer schneller geworden. Vor allem das Wachstum der elektronischen Medien hat die

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Ebd., S.20.

Tendenz zu einer Telepolitik, zu einer immer hektischeren Darstellungspolitik, bei der die Präsentation von Soundbites in Talkshows wichtiger sein kann als viele Inhalte, nur noch verstärkt. 11 Dies korrespondiert mit den Veränderungen in der politischen Partizipation, die es mit sich bringen, dass immer weniger Menschen sich langfristig fest an eine politische Partei gebunden fühlen. Die politischen Milieus lösen sich allmählich auf, die Wechselbereitschaft nimmt zu. Die Parteien können sich immer weniger auf einen festen Block von Stammwählern verlassen, die ihnen ungefragt folgen. Die Ausschläge bei Landtagswahlen der letzten Jahre haben dies deutlich unterstrichen. Dennoch sind die Menschen mit hoher Bindung an eine Partei noch zahlreich vorhanden und für diese Parteien extrem wichtig. Sie müssen intensiv gepflegt werden, auch wenn dies nicht leichter wird. Noch dramatischer ist die Situation in den neuen Bundesländern mit einem noch weniger gefestigten Wahlverhalten. Dies bedeutet, dass Regierungswechsel immer wahrscheinlicher werden und in Deutschland häufiger vorkommen könnten als in der Vergangenheit. Es darf aber nicht unterschätzt werden, dass die festen Parteibindungen in Deutschland nach wie vor eine große Rolle spielen: Anscheinend stieg die Zahl der Bürger ohne feste Parteibindungen bei Bundestagswahlen seit 1994 nur leicht an. Insgesamt verfügen immer noch etwa zwei Drittel der Westdeutschen und gut die Hälfte der Ostdeutschen über solche Parteibindungen, die sich zumindest bei Bundestagswahlen auch für Wahlkämpfe aktivieren lassen. 12 Insbesondere die großen Volksparteien müssen also immer wieder versuchen, ihre Kern- und Stammwählerschaften auch in Zeiten rasch wechselnder Rahmenbedingungen zu mobilisieren.

Auf der anderen Seite haben die Bundesregierungen in der Vergangenheit nicht allzu häufig gewechselt, vor allem, wenn man dies mit anderen europäischen Ländern vergleicht. Dazu haben neben der sozialen und regionalen Stabilität im Wahlverhalten auch die durch das Grundgesetz geschaffenen politischen und institutionellen Rahmenbedingungen beigetragen. Sprichwörtlich sind die langen Regierungszeiten von Konrad Adenauer (1949-1963) und Helmut Kohl (1982-1998), die beide mehrfach wiedergewählt wurden und jeweils eine politische Ära begründeten. Angela Merkel war nach ihrer Wahl 2005 als Nachfolgerin von Gerhard Schröder überhaupt erst die achte Amtsinhaberin seit 1949. Die Nachfolger Adenauers, Ludwig Erhard und Kurt-Georg Kiesinger, der der bislang einzigen Großen Koalition im Bund vorstand, wurden oft als Übergangskanzler gesehen. Wenn man die Zeit der sozialdemokratischen Kanzler

Siehe hierzu Korte, Karl-Rudolf/Hirscher, Gerhard (Hrsg.): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, Berichte & Studien 81, München 2000.

Eith, Ulrich: Parteibindungen in Deutschland. Einstellungsprofile, Wahlrelevanz, politische Handlungsmöglichkeiten (Arbeitspapier Nr.146 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.), Berlin, Juni 2005, S.23f.

Willy Brandt und Helmut Schmidt als Ära sehen will, dann drängt sich der Gedanke auf, dass eine Zahl von vier Legislaturperioden (wenn auch gelegentlich verkürzt) in der Geschichte der Bundesrepublik den Normalfall darstellt. Insofern war das Ende der Ära Schröder im Jahre 2005, nach nur einer Wiederwahl, schon ein Bruch mit gewohnten Traditionslinien deutscher Politik.

Karl-Rudolf Korte hat den Versuch unternommen, die Regierungswechsel in der Bundesrepublik Deutschland als vier Formen von Machtwechseln zu kategorisieren: systemimmanente Machtwechsel (ohne vorausgegangene Bundestagswahl wie etwa 1963 von Adenauer zu Erhard oder 1974 von Brandt zu Schmidt), dosierte Machtwechsel (wo sich ein Koalitionspartner auch in der neuen Regierung wiederfand wie 1965 von Erhard zu Kiesinger oder 1982 von Schmidt zu Kohl), selbsterneuernder Machtwechsel (die Regierungspartei tauscht den Kanzler aus wie 1963 oder 1974) und schließlich ein kompletter Machtwechsel, wo die vorherigen Oppositionsparteien die neue Regierung stellen, was bislang erst 1998 vorkam. 13 Eine von Angela Merkel geführte Regierung aus CDU, CSU und FDP wäre dann erst der zweite Fall eines kompletten Machtwechsels in Deutschland gewesen - möglicherweise auch dies ein Beispiel für eine Anpassung deutscher politischer Kultur an europäische Durchschnittswerte, da in Deutschland über lange Zeit die Anzahl des Machtwechsels im internationalen Vergleich gering war. 14 Dies erscheint jedenfalls wahrscheinlicher als die Vermutung Karl-Rudolf Kortes, der im Jahr 2001 aufgrund der bisherigen langen Machtzyklen die Dauer einer sozialdemokratischen Regierung bis 2014 ansetzte. 15 Möglicherweise hat auch er unterschätzt, wie schnell die von ihm definierten Hauptkriterien als Vorboten eines Machtwechsels die rot-grüne Regierung einholten: Machterosionen (fehlende Unterstützung), Steuerungsverluste (endloser Politikstau), Kommunikationsdefizite (anhaltendes Meinungstief) und Realitätseinbußen (Stufen der Vereinsamung).16

Eine andere Einteilung der Regierungszyklen in Deutschland nimmt Michael Mertes, an führender Stelle im Kanzleramt in der Regierungszeit Helmut Kohls tätig, vor. Von Pendeltheorien des Machtwechsels oder Globaltheorien über Machtwechsel als Generationenwechsel hält er nicht viel. Seiner Ansicht nach dauert eine normale Regierungsphase zwei Wahlperioden, also acht Jahre. "Nur eine Wahlperiode dauert es, wenn die Regierung ex-

Korte, Karl-Rudolf: Der Anfang vom Ende. Machtwechsel in Deutschland, in: Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosion in westlichen Demokratien, hrsg. von Gerhard Hirscher und Karl-Rudolf Korte, München 2001, S.23-64.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Ebd., S.34.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Ebd., S.36.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Ebd., S.37.

trem schlecht ist, und drei Wahlperioden, wenn die Opposition versagt."<sup>17</sup> Am Ende jeder zweiten Wahlperiode sei die Lage so: "Im Regierungslager herrscht inzwischen die Banalität der Routine. Die Helden von einst wirken saturiert. Interne Reibungen und Rivalitäten wirken nicht wie ein Symptom überschüssiger Energien, sondern als Ausdruck wachsender Lähmung. Das Erblast-Argument zählt längst nicht mehr. … Die Opposition hat sich – nach schwierigen Personal- und Programmdebatten – unterdessen regeneriert. Junge, hungrige Talente streben an die Fleischtöpfe der Macht. Energiegeladen und voll neuer Ideen präsentieren sie sich als überzeugende Alternative zur ausgelaugten Regierung."<sup>18</sup> Die bisherigen Regierungszyklen seien – mit einer gewissen Schwankungsbreite – in diesem Rahmen erklärbar. Dies gelte auch für die Ära Kohl, wenn man diese als eine Regierungsphase vor und eine nach der Wiedervereinigung interpretiere.

Übernimmt man diese Interpretation, dann liegt der Schluss nahe, dass eine Regierung Merkel der Beginn zumindest einer achtjährigen Regierungsphase sein sollte. Nach einem erneuten Machtwechsel 2009 könnten die Jahre der Großen Koalition möglicherweise hinzugezählt werden. Schon bald nach der Bundestagswahl 1998 strebten CDU, CSU und FDP wieder eine Koalition der bürgerlichen Mitte an. Es ist daher wichtig, sich die Entwicklung dieser drei Parteien vor der Bundestagswahl 2005 nochmals vor Augen zu halten.

## 1.4 CDU, CSU und FDP in der Opposition

#### 1.4.1 Die CDU

## Nach der Bundestagswahl 1998: die Illusion der raschen Regeneration und die Krise

Für die CDU bedeuteten die Bundestagswahlen vom 27. September 1998 den entscheidenden Einschnitt in ihrer jüngeren Geschichte. Der Machtverlust nach 16 Jahren war nicht nur das Ende der Ära Kohl, es war für die Partei das schlechteste Ergebnis seit 1949 und ließ keinen Zweifel an der Notwendigkeit, eine grundlegende Neuorientierung und personellen Neuaufbau vornehmen zu müssen. Helmut Kohl hat im Lauf seiner politischen Laufbahn seine Partei dominiert wie kaum ein anderer Parteivorsitzender. Auch intern hat wohl kaum jemand auf eine rasche

Mertes, Michael: Der Zauber des Aufbruchs – die Banalität des Endes: Zyklen des Regierens, in: Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosion in westlichen Demokratien, hrsg. von Gerhard Hirscher und Karl-Rudolf Korte, München 2001, S.65-80, hier S.71f.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Ebd., S.70f.

Langguth, Gerd: Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU, Berlin 2001, S.29ff.

Wiedergewinnung der Regierungsmacht im Bund gehofft. Nach der Bundestagswahl trat Helmut Kohl vom Amt des CDU-Vorsitzenden zurück. Er wurde Ehrenvorsitzender der Partei. Sein Nachfolger wurde Wolfgang Schäuble, der auch Fraktionsvorsitzender blieb. Angela Merkel rückte als Generalsekretärin in die Führungsspitze der CDU.<sup>20</sup>

Wenige Monate nach der Bundestagswahl regte sich allerdings erste Hoffnung, die rot-grüne Bundesregierung doch bald wieder beerben zu können. In verschiedenen Wahlen des Jahres 1999 erzielte die CDU zum Teil spektakuläre Erfolge, die zu einem großen Teil aus der Unzufriedenheit mit der neuen Bundesregierung gespeist waren: Bei der Landtagswahl in Hessen am 7. Februar 1999 konnte die CDU klar zulegen und zusammen mit der FDP eine neue Landesregierung unter Roland Koch bilden, die die rot-grüne Landesregierung unter Hans Eichel ablöste. Hessen war mit Ausnahme der Wahlperiode von 1987 bis 1991 seit Kriegsende ununterbrochen von der SPD - ob allein oder in Koalitionen - regiert worden. Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Unionswähler spielte die gemeinsame und entscheidend von der CSU vorangetriebene Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, ein Prestigeprojekt der neuen rot-grünen Bundesregierung. Damit gelang es auch, "Teile der SPD-Stammwählerschaft (zu) beeindrucken". <sup>21</sup> Die Erfolgswelle setzte sich fort: Bei der Europawahl vom 13. Juni 1999 erzielte die CDU einen Zuwachs von 7,3% und lag damit deutlich vor der SPD. Auch dieses Resultat war in den Augen der Wahlforscher hauptsächlich der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung zu verdanken, was erneut zu einer besseren Mobilisierungsleistung der Unionsparteien beitrug.<sup>22</sup> Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 6. Juni 1999 hatte zwar einen geringeren Zuwachs für die SPD gebracht, aber die Position der CDU in der Großen Koalition dort gestärkt. Ein weiteres spektakuläres Resultat brachte die Landtagswahl im Saarland vom 5. September 1999: Dort konnte die CDU mit Peter Müller die seit 1985 allein regierende SPD an der Spitze ablösen. Mit einem Zuwachs von 6,9% konnte die CDU auf Anhieb die SPD überholen und die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament erringen. Bei der Landtagswahl in Brandenburg am selben Tag verlor die SPD 14,8%, während die CDU 7,8% zulegen und ihre Position in der Großen Koalition im Land klar stärken konnte. Auch hier waren externe Effekte zentral: "Die Wahlen im Saarland und in Brandenburg wurden von der SPD in erster Linie im Bund verloren. Vor allem in Brandenburg kamen jedoch auch landespolitische Faktoren hinzu. Obwohl in beiden Ländern angesehene Ministerpräsidenten zur Wahl antraten, konnten sie sich dem

Siehe als Überblick Niclauß, Karlheinz: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn, 2.Aufl., 2002, S.93ff.

Landtagswahl in Hessen. Eine Analyse der Wahl vom 7.2.1999. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.93, S.61.

Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 13.6.1999. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.95, S.51 und S.60.

bundespolitischen Sog nicht entziehen. Seit Monaten sinkt die Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung."<sup>23</sup> Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vom 12. September 1999 bekräftigten den Aufwärtstrend der CDU. Die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen vom 12. und 19. September 1999 bestätigten die CDU-geführten Regierungen dieser Länder, wenn auch in Sachsen mit leichten Verlusten. Auch die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 19. Oktober 1999 brachte Gewinne für die CDU, auch wenn dies zur Teilnahme am Senat nicht reichen sollte.

Insgesamt brachte das an Wahlentscheidungen übervolle Wahljahr 1999 für die CDU also spektakuläre Erfolge. Damit konnte sich die CDU in der Tat als große Oppositionspartei fühlen, die zur jederzeitigen Regierungsübernahme parat steht. Dies erschien nicht ganz unwahrscheinlich, zudem gegen Ende des Jahres 1999 die internen Probleme der rot-grünen Koalition zunahmen und sich die Bundesregierung zeitweilig kurz vor dem Abgrund wähnte. Die Leitsätze des Erfurter Parteitages ("Aufbruch 99") unterstrichen diese Stimmung. Schon ab Frühjahr 1999 machte in der CDU eine fast euphorische Stimmung die Runde. Gerd Langguth schrieb in einem Zeitungsartikel: "Plötzlich ist der Glaube an eine schnelle Rückkehr an die Schalthebel der Macht wieder da."<sup>24</sup>

Dies änderte sich Ende des Jahres 1999 dramatisch: Ermittlungen der Augsburger Staatsanwaltschaft gegen den früheren Schatzmeister der CDU Walter Leisler-Kiep brachten innerhalb weniger Wochen die "Spendenaffäre" ins Laufen. Zuwendungen an die Partei waren nicht verbucht worden, die Existenz geheimer Konten kam ans Licht und im Dezember 1999 erklärte Helmut Kohl öffentlich, er habe in den neunziger Jahren Spenden von 1,5 bis 2 Millionen DM angenommen, wobei er sich weigerte, die Namen der Spender zu nennen. Der frühere Innenminister Manfred Kanther musste die Existenz schwarzer Konten der hessischen CDU zugeben. Damit änderte sich die politische Stimmungslage und die strategische Ausgangsposition der CDU über Nacht dramatisch. Generalsekretärin Angela Merkel ging noch vor Ende des Jahres in einer öffentlichen Stellungnahme auf Distanz zum ehemaligen Kanzler und Parteivorsitzenden.<sup>25</sup> Am 18. Januar 2000 legte Helmut Kohl den Ehrenvorsitz der CDU nieder. Die gesamten innerparteilichen Machtverhältnisse kamen ins Rutschen: Wolfgang Schäuble trat am 16. Februar 2000 als Parteivorsitzender und Fraktionsvorsitzender im Bundestag zurück. Sein Nachfolger im Fraktionsvorsitz wurde Friedrich Merz, Angela Merkel wurde im April 2000 zur Parteivorsitzenden gewählt.

Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5.9.1999. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.96, S.48.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Zit. nach Niclauß: Das Parteiensystem, S.94.

Sie schrieb am 22.12.1999: "Die von Kohl eingeräumten Vorgänge haben der Partei Schaden zugefügt." Zit. nach Niclauß: Das Parteiensystem, S.95.

Diese Entwicklungen machten sich innenpolitisch bemerkbar: Unter dem Druck der veröffentlichten Meinung sank die CDU in der bundesweiten Sonntagsfrage auf 30%. Es zeigte sich auch, dass sie in dieser Krise stark auf ihre politischen Kernmilieus reduziert wurde. Auch bei den nächsten Landtagswahlen vom 27. Februar 2000 in Schleswig-Holstein musste die CDU einen leichten Verlust hinnehmen und konnte so keinen Regierungswechsel bewerkstelligen. Die Wahlforschung konstatierte Verunsicherung bei den CDU-Wählern und geringere Mobilisierungsfähigkeit der Partei. In der gesamten Wählerschaft gaben 7% an, sie hätten für die CDU gestimmt, wenn die Spendenaffäre nicht gewesen wäre. Die weitere Ablösung einer rot-grünen Landesregierung misslang bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 14. Mai 2000, als SPD und Grüne zwar verloren, die CDU mit einem Verlust von 0,7% aber stagnierte und nur die FDP dank Jürgen Möllemanns umstrittenen Wahlkampfs um 5,8% auf 9,8% zulegen konnte.

#### Mühsamer Wiederaufstieg: der Weg zur Bundestagswahl

Erst im Frühjahr 2001 konnte die CDU wieder Tritt fassen: Hatten schon die hessischen Kommunalwahlen vom März eine Stabilisierung der Union vermuten lassen, so gelang es der CDU, bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg vom 25. März 2001 (nach im Vorfeld lange Zeit schlechten Umfragewerten) die Landesregierung unter der Führung von Erwin Teufel zu behaupten und 3,5% dazuzugewinnen. Wie brüchig dieser Trend war, zeigten die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz vom selben Tag, wo die CDU 3,4% verlor und die amtierende SPD/FDP-Landesregierung unter Kurt Beck bestätigt wurde. Die Konsolidierung der Partei im Inneren wie in der öffentlichen Wahrnehmung machte allerdings Fortschritte,<sup>28</sup> die sich auszahlen sollten. Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 23. September 2001 verlor die CDU zwar 4,5%, sie konnte aber in einer Koalition mit FDP und "Schill-Partei" die seit 1957 ununterbrochen regierende SPD ablösen. Auch wenn der bundespolitische Charakter dieser Wahl eher gering war, 29 konnte damit die CDU ihre Ausgangsposition für das Wahljahr 2002 deutlich verbessern. Daran änderte auch das katastrophale Ergebnis bei der Wahl zum Berliner Ab-

Noelle-Neumann, Elisabeth/Haumann, Wilhelm: Ursachen der Meinungsumschwünge zwischen 1998 und 2002, in: Wählerstimmungen in der Mediendemokratie. Analysen auf der Basis des Bundestagswahlkampfs 2002, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann, Wolfgang Donsbach und Hans Mathias Kepplinger, Freiburg/München 2005, S.17-43, hier S.30.

Wahl in Schleswig-Holstein. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27.2.2000. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.101, S.51.

Siehe etwa Bösch, Frank: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/München 2002, S.185ff.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> So jedenfalls die Interpretation der Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 23.9.2001. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.105, S.12.

geordnetenhaus am 21. Oktober 2001 nichts mehr (die CDU verlor 17,1%), da angesichts der besonderen Berliner Ausgangslage ohnehin niemand mit einer Regierungsübernahme durch die CDU gerechnet hatte.

Enormen Rückenwind brachte jedoch die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 21. April 2002: Die CDU mit Wolfgang Böhmer gewann 15,3% dazu und konnte zusammen mit der FDP, die 9,1% zulegte und wieder ins Parlament kam, die von der PDS tolerierte SPD-Minderheitsregierung ablösen. Die bundespolitische Stimmung habe dabei für die CDU für zusätzlichen Rückenwind gesorgt.<sup>30</sup> Spätestens ab Frühjahr 2002 zeigten auch die bundesweiten Umfragen wieder eine deutlich gestiegene Chance für die Union, einen Regierungswechsel in Berlin herbeiführen zu können. Mindestens ab Ende 2001 stand damit die Frage im Vordergrund, in welcher personellen Konstellation der Wahlkampf angegangen werden würde. Angela Merkel verzichtete Anfang 2002 publikumswirksam bei einem gemeinsamen Frühstück in Wolfratshausen zugunsten des zu dieser Zeit aussichtsreicheren CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber auf die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl im September. Unmittelbar nach dieser Kandidatenentscheidung stieg beim Allensbacher Institut die Zahl der möglichen Unionswähler in den Umfragen von 36% auf 41%.31 Damit ging Angela Merkel ein Risiko ein, eröffnete sich aber zweifelsohne auch Chancen im Hinblick auf ihre Karriere und die Entwicklung der CDU. Für sie waren damit alle Türen offen, zu einem späteren Zeitpunkt Regierungschefin zu werden, und die CDU konnte sicher sein, dass im Wahlkampf eher der bayerische Spitzenkandidat als die Rolle der Partei in der Spendenaffäre und die internen Übergangsprobleme im Mittelpunkt des Interesses stehen würden.

Das Wahljahr 2002 verlief für die Union lange sehr positiv. Für die Wahlkampforganisation konnte man gemeinsame Strukturen schaffen. Neben der "Arena" der CDU (nach dem Vorbild der SPD-Kampa 1998) gab es mit dem "Team 40 Plus" ein gemeinsames Steuerungsgremium von CDU und CSU, dem neben anderen Angela Merkel, Edmund Stoiber und dessen Medienberater Michael Spreng angehörten. Der Wahlkampf konzentrierte sich auf die Hervorhebung der Kompetenzen der Unionsparteien und ihrer Repräsentanten. Die Demoskopen verzeichneten im Lauf des Jahres wachsende Werte bei den Kompetenzzuschreibungen an die Union, auch im ökonomischen Bereich. "Das Bild in den Köpfen gründete sich ganz wesentlich auf dem Ansehen einzelner Unionspolitiker und auf dem plötzlich förderlichen Image der Union als Wirtschaftspartei."<sup>32</sup> Dies schlug sich in Vorsprüngen von Union und FDP von bis zu 10% gegenüber SPD und Grünen bis in den

Wahl in Sachsen-Anhalt. Eine Analyse der Landtagswahl vom 21.4.2002. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.107, S.10.

Noelle-Neumann/Haumann: Ursachen der Meinungsumschwünge, S.34.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Ebd., S.36.

August 2002 in den Umfragen nieder. Als Reaktion auf diese Entwicklung kündigte Bundeskanzler Schröder im Februar 2002 einen umfassenden Umbau der Bundesanstalt für Arbeit an. VW-Manager Peter Hartz sollte hierfür ein Konzept erarbeiten, sein Auftrag wurde aber erweitert, um grundlegende Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit vorzulegen. Dieses Papier wurde am 17. August 2002, gut einen Monat vor den Wahlen, vorgelegt und versprach die Halbierung der Arbeitslosigkeit binnen drei Jahren. Doch in der Wählerschaft fand dies wenig Resonanz. Die Politiker der Union blieben laut Allensbach-Umfragen in den Augen der Wähler überwiegend die kompetenteren auf diesem Gebiet. Auch die Personalisierung der Wahl durch den Kanzler ("Er oder ich") hat daran zunächst nichts geändert.<sup>33</sup>

Dann geriet der Wahlkampf in eine turbulente Endphase, der vieles in Bewegung brachte. Mitte August brachten heftige Niederschläge in Bayern und Ostdeutschland starke Überschwemmungen. Dies gab dem Bundeskanzler die Gelegenheit, als aktiver Krisenmanager aufzutreten. Durch die mediale Präsentation des Hochwassers verstärkt, setzte eine erste Rückwanderung in der Wählerschaft zur SPD ein.<sup>34</sup> Noch stärker wirkte sich die Aussage des Bundeskanzlers vom 5. September 2002 aus, Deutschland werde sich unter seiner Führung nicht an einer Intervention im Irak beteiligen. Damit entsprach er der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung. Als Schröder auch noch in der medialen Bewertung der Duelle der Spitzenkandidaten (jedenfalls deutlich mehr als in der unmittelbar gemessenen Wirkung auf die Zuschauer) als Sieger präsentiert wurde, war der Vorsprung der Union verloren. SPD und Grüne konnten die Regierung behaupten. Zwar lag die SPD am Ende nur etwa 6.000 Stimmen vor der Union mit jeweils 38,5% der Zweitstimmen, der Koalitionspartner von den Grünen holte jedoch mit 8,6% mehr als die FDP mit 7,6%. Die rotgrüne Mehrheit im Bundestag blieb erhalten.

### Konsequenzen der Bundestagswahl 2002

In der Wahlforschung wird seither der Verlauf des Wahljahres und das Ergebnis der Wahl heftig und kontrovers debattiert.<sup>35</sup> War der Wahlausgang also zufällig? Für Frank Brettschneider<sup>36</sup> ist die Bundestagswahl ein

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Ebd., S.38.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Ebd., S.40.

Als eindrückliches Beispiel sei der Sammelband erwähnt von Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, München 2004; ebenso lesenswert Jesse, Eckhard (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Opladen 2003.

Brettschneider, Frank: Agenda-Setting, Agenda-Cutting, Agenda-Surfing. Themenmanagement bei der Bundestagswahl 2002, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.9-34.

Musterbeispiel, wie man durch Agenda-Setting (aktives Besetzen politischer Themenfelder), Agenda-Cutting (bewusstes Heraushalten von für die eigene Partei ungünstigen Themen) und Agenda-Surfing (rasches Nutzen von Themen, denen man nicht ausweichen kann) eine Wahl erfolgreich managen kann, auch wenn die Kompetenzzuschreibungen nicht allzu günstig sind. War der Osten schuld, weil die Union dort nicht mehr gewinnen kann? Eckhard Jesse<sup>37</sup> beschreibt die Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2002 und bestreitet dabei, dass wir es in Ost- und Westdeutschland mit zwei unterschiedlichen Parteiensystemen zu tun hätten. Zwar hätten die neuen Länder eine Mehrheit für schwarz-gelb verhindert, aber eine strukturelle linke Mehrheit bestehe in Ostdeutschland nicht. Oskar Niedermayer<sup>38</sup> will die Frage beantworten, ob die Flut und der drohende Irak-Krieg die Wende im Wahlkampf gebracht haben. In der Tat schreibt er beiden Faktoren große Schlagkraft zu, auch wenn die Reaktionsmöglichkeiten der Akteure darauf asymmetrisch waren: Einerseits hat die Regierung auf beide Ereignisse so reagiert, dass für sie eine strategische Positionsverbesserung in letzter Minute möglich war. Andererseits "verhinderten gerade die in der Anfangsphase des Wahlkampfes so erfolgreichen Strategien von Union und FDP eine adäquate Reaktion auf diese Ereignisse". Also doch ein von Zufälligkeiten geprägter Wahlausgang, der längerfristige Bindungen überspielte und andere Themen an die Wand drängte?

Rainer-Olaf Schultze<sup>39</sup> sieht weniger die Zufälligkeiten als entscheidend an als das spezifische Zusammenwirken wichtiger Faktoren der "strukturierten Vielfalt" der deutschen Wählerschaft. Seine These: "Bei der Wahl vom 22. September 2002 fanden sich die Verfechter sozialer Gerechtigkeit und sozio-kultureller Modernisierung zu einer knappen Mehrheit zusammen, während die Anhänger ökonomischer Modernisierung trotz der Dominanz des neo-liberalen Paradigmas in Wirtschaft und Medien in der Minderheit blieben." Nach der Basis für eine stabile Mehrheit klingt dies

Jesse, Eckhard: Zwei Parteiensysteme? Parteien und Parteiensystem in den alten und neuen L\u00e4ndern vor und nach der Bundestagswahl 2002, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.15-36.

Niedermayer, Oskar: Wandel durch Flut und Irak-Krieg? Wahlkampfverlauf und Wahlkampfstrategien der Parteien, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.37-70.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Schultze, Rainer-Olaf: Strukturierte Vielfalt als Wählerentscheidung heute? Eine Analyse der Bundestagswahl vom 22.9.2002, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.71-100.

aber auch nicht. Harald Schoen und Jürgen W. Falter<sup>40</sup> resümieren, dass die Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung zum Zeitpunkt der Bundestagswahl offenbar nicht groß genug war, um ausreichend Wechselwähler zum Übertritt zu bewegen.

Aus dem Regierungslager wurde die Zwangsläufigkeit des Wahlausgangs hervorgehoben: Mathias Machnig, 41 ehemaliger Kampa-Manager und jetzt selbständiger Berater, stellt die These auf, dass die "Zufallsmehrheit" von 1998 als "kulturell-politische Mehrheit links der alten Mitte" wiedergewählt wurde. Gewonnen habe Rot-Grün die Wahl, weil man erfolgreich die "moderne soziale Mitte" besetzt habe. Stoiber hingegen sei im "kulturellen Off" positioniert worden. Seine Medienresonanz sei umso schlechter geworden, je häufiger er aufgetreten sei. Heinrich Oberreuter<sup>42</sup> kritisiert, der Wahlkampf der Union sei nicht professionell genug gewesen. "Es gab zu viele, zu lange und zu widersprüchliche Kommunikationsund Entscheidungswege." Zum Zeitpunkt der Oderflut hatte sich das Arbeitsmarktthema bereits verbraucht. Man hatte für den Endspurt des Wahlkampfs nichts mehr in der Hand und konnte auf das Krisenmanagement der Regierung nicht mehr reagieren. Oberreuter sieht das Ergebnis vielmehr als Sieg ohne strukturelle Mehrheit, der viele bekannte Muster früherer Wahlen bestätigte. Will die Union Bundestagswahlen gewinnen, so empfiehlt er vor allem eine Stärkung des eigenen Profils. Roberto Heinrich und Richard Hilmer<sup>43</sup> betonen, dass diese Wahl bekannte Muster des Wahlverhaltens nicht hat verschwinden lassen, aber durchaus Veränderungen erkennbar seien. Hierzu gehören ihrer Meinung nach das stärker konturierte Nord-Süd und Stadt-Land-Gefälle, aber auch die Angleichung des Wahlverhaltens der Jungwähler und der sinkende SPD-Anteil bei Arbeitern. Parteien müssten künftig noch stärker Wert auf eine "räumlich wie sozial-strukturell differenzierte Wähleransprache" legen. Dieter Roth<sup>44</sup> unterstreicht, das Wahlergebnis sei eng, aber nicht zufällig gewe-

Schoen, Harald/Falter, Jürgen W.: Wahlsieg, aber auch Wählerauftrag? Stamm-, Wechsel- und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002 und ihre Wahlmotive, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.101-122.

Machnig, Matthias: Auf der Zielgeraden. Ein Rückblick auf die Bundestagswahl 2002, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.35-45.

Oberreuter, Heinrich: Inflexibilität als Methode? Wahlkampfstrategie, Profil und Lage der Unionsparteien, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.46-63.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Heinrich, Roberto/Hilmer, Richard: Wahlsoziologische Betrachtungen der Bundestagswahl 2002, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.64-83.

Roth, Dieter: Die Bundestagswahl 2002: ein enges Wahlergebnis, aber kein zufälliges, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.84-102.

sen. Schon vor der Flut sei ein Absinken der Zustimmung zur Union und der Siegeszuversicht ihrer Anhänger zu verzeichnen gewesen. Außerdem habe der Herausforderer den Abstand zum Kanzler bei entscheidenden Parametern – etwa der Sympathie – nicht aufholen können. Zum Schluss habe sich eine pro-gouvernmentale Grundhaltung durchgesetzt. Flut und Krieg hätten dies zwar unterstützt, aber im Kern sei die Wahl nicht viel anders verlaufen als die der Jahre 1994 und 1998.

Diese Wahl war also nichts Besonderes? Renate Köcher<sup>45</sup> vom Institut für Demoskopie Allensbach sieht das anders. Die Dramatik dieser Wahl sei ohne Beispiel: Noch kurz vor dem Wahltag sei die Mehrheit der Wähler auf einen Wechsel ausgerichtet gewesen und bereits kurz nach der Wahl war eine Mehrheit der Wähler mit dem Ausgang unzufrieden. Die Koalition stand mit dem Rücken zur Wand, aber Mitte August setzte ein Umschwung des Meinungsklimas ein, der den Siegeswillen des bürgerlichen Lagers brach. Diese Veränderung in den Erwartungen habe sich auch auf das Ergebnis für die FDP ausgewirkt, deren fehlende Koalitionsaussage die Wähler zusehends verwirrte. Die Wahl wurde also durch "Ablenkung der Wähler durch diese Aufregungszyklen" der letzten Wochen entschieden. Noch drastischer formulieren Hans Mathias Kepplinger und Marcus Maurer: "Wie viele Stimmen kostet Wahlbetrug?"46 Vertrauen in Parteien und Kandidaten sei immer noch eine wichtige Kategorie der Politik. Die Studien der Autoren an der Universität Mainz hätten gezeigt, dass die Wähler auch nach wie vor in dieser Kategorie denken. Die SPD habe aber wegen der Wählertäuschung durch ihre Regierungspolitik bei ihren Stammwählern, aber noch dramatischer bei ihren Wechselwählern so stark verloren, dass dies eine ernste Hypothek für die Zukunft der Partei sei. Gewonnen wurde die Wahl nur deswegen, weil es am Ende nur noch um die Kandidaten und nicht mehr um die Parteien ging.

Offensichtlich wirken sich die Interpretation des Resultats aus auf die Konsequenzen, die die Union aus diesem Wahlergebnis ziehen musste. Das hauptsächliche Wahlziel, die Regierungsübernahme in Berlin, wurde nicht erreicht. Auch stärker als die SPD konnten CDU und CSU nicht werden. Wenn der Kandidat der entscheidende Faktor gewesen sein sollte, dann musste für die nächste Wahl ein anderer gefunden werden. Wenn das Wahlergebnis dem Zufall geschuldet war, war diese Frage zweitrangig. Wenn schließlich strukturelle Faktoren die entscheidende oder zumindest eine sehr wichtige Rolle gespielt haben, dann wäre die Konsequenz zu ziehen, dass sich die

Köcher, Renate: Wahlsieg durch Ablenkung: Aufregungszyklen, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.103-116.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Kepplinger, Hans Mathias/Maurer, Marcus: Wie viele Stimmen kostet Wahlbetrug?, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.117-126.

Union insgesamt auf dem richtigen Weg befindet. Immerhin wäre angesichts der bisherigen Regierungszyklen in der Bundesrepublik Deutschland eine Abwahl der Regierung nach nur vier Jahren ein absolutes Novum gewesen und eigentlich mehr, als sich eine realistische Opposition erwarten durfte. Zahlreiche Analytiker wiesen darauf hin, dass Rot-Grün keineswegs über eine strukturelle Mehrheit in der Bevölkerung verfügt<sup>47</sup> und ein Regierungswechsel bei der nächsten Bundestagswahl wahrscheinlich sei. <sup>48</sup> Für die CDU musste es in der Folge darum gehen, auf einen weiteren Ansehensverlust der Bundesregierung zu hoffen und die nächste Bundestagswahl mit einem anderen Kandidaten anzugehen. Wenn dies Angela Merkel sein wollte, musste sie unmittelbar nach der Wahl ihren Führungsanspruch durchsetzen.

Dies gelang ihr auch: Sie musste dazu neben dem Parteivorsitz auch den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion übernehmen. Damit war sie auch in den Augen der Öffentlichkeit die Oppositionsführerin, die dem Bundeskanzler ebenbürtig als Herausforderer entgegentritt. Gleichzeitig übte sie damit als Parteivorsitzende auch eine (mindestens symbolische) Oberhoheit über die CSU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag aus, da CDU und CSU - wie in der Vereinbarung über die Fraktionsgemeinschaft festgeschrieben - eine gemeinsame Fraktion mit einem Vorsitzenden bilden. 49 Die Übernahme des Fraktionsvorsitzes war weder einfach noch populär, weil sie dadurch den Finanz- und Steuerexperten Friedrich Merz verdrängte, der sich wegen seiner Kompetenz einiges Ansehen in der Partei hatte erwerben können. Merkel konnte sich aber durchsetzen und wurde von der neuen CDU/CSU-Fraktion zur Vorsitzenden gewählt. Für Friedrich Merz blieb nur ein Stellvertreterposten. Eine Folgewirkung dieses Ergebnisses war sicher die Tatsache, dass Merz am 12. Oktober 2004 nach langen Diskussionen um ein Steuerreformkonzept, das er zuvor maßgeblich mitentworfen hatte, alle Parteiämter, insbesondere sein Amt als CDU-Präsidiumsmitglied und als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, aufgab.

So Sturm, Roland: Episode oder Projekt? Die rot-grüne Koalition seit 1998, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.139-152.

Thaysen, Uwe: Fehlstart der Regierung Schröder II? Regierungsbildung in der Bundesrepublik Deutschland – das Beispiel 22. September 2002 bis 14. März 2003, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.181-219.

Diese Vereinbarungen werden für jede Legislaturperiode neu geschlossen. Die letzte "Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU" datiert vom 24.9.2002 und betont erneut die Selbständigkeit jeder der beiden Parteien und regelt u.a. die Vertretung der CSU im Vorstand und den Gremien der Fraktion.

#### Der Wiederaufstieg der CDU und Angela Merkels Weg nach oben

Für Angela Merkel wie für die CDU wurde bald darauf der Rückenwind stärker. Die rot-grüne Bundesregierung geriet nach ihrer Wiederwahl schnell wieder in eine Vertrauenskrise. Der 2. Februar 2003 brachte mit zwei Landtagswahlen einen weiteren Schritt der Konsolidierung der CDU: Bei der Landtagswahl in Hessen wurde die Regierung unter Roland Koch so eindrucksvoll bestätigt, dass dieser mit absoluter Mehrheit weiter regieren konnte. Die CDU gewann 5,4% dazu, die SPD verlor 10,3% und erreichte das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit. Erneut war die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung ein wichtiger Mobilisierungsfaktor.<sup>50</sup> Die Wahl in Niedersachsen am selben Tag brachte noch dramatischere Verschiebungen: Die CDU gewann 12,4%, die SPD verlor 14,5% und die FDP schaffte den Wiedereinzug in den Landtag. Christian Wulff konnte mit den Liberalen eine Regierung bilden und so die SPD im Stammland des Bundeskanzlers von der Regierungsmacht vertreiben. Auch hier war die Stimmung gegenüber der Bundesregierung ein wichtiger Faktor, auch wenn in Niedersachsen der SPD-Spitzenkandidat Sigmar Gabriel einige Mitverantwortung für das Ergebnis hatte.<sup>51</sup> Neben der symbolischen Wirkung verstärkte sich so die Mehrheit der CDU im Bundesrat beträchtlich und verbesserte die strategische Gesamtlage der Union erheblich. Auch die Landtagswahl in Bayern am 21. September 2003 setzte diesen positiven Trend fort, indem die SPD weiter zurückfiel und die CSU die Zweidrittelmehrheit der Mandate im Bayerischen Landtag holen konnte. Allerdings stärkte dieses Ergebnis auch das Selbstbewusstsein der CSU gegenüber der Schwesterpartei.

Für die CDU-Führung war nach den Erfolgen von Anfang 2003 klar, dass dezidierte Schritte hin zu einer Übernahme der Regierungsmacht bei der nächsten Bundestagswahl gegangen werden mussten. Dazu gehörte vor allem die Schärfung des inhaltlichen Profils durch die Präsentation überzeugender Programmangebote in den entscheidenden Politikfeldern. Dass dieser Prozess für die Parteiführung und vor allem die Vorsitzende nicht immer einfach war, zeigen die heftigen Debatten um die Steuerreform und vor allem um die Gesundheitsreform in den Jahren 2003 und 2004, die bis Ende 2004 teilweise in heftige interne Konflikte mündeten. Aber insgesamt konnte sich die Union und auch die CDU immer stärker konsolidieren. Während die Bundesregierung im März 2003 mit der "Agenda 2010" ihren letzten – und zu unüberbrückbaren internen Verwerfungen führenden – Versuch zur Durchsetzung einer Reformpolitik zur Senkung

Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 2.2.2003. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.111, S.10.

Wahl in Niedersachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 2.2.2003. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.110, S.10.

der Arbeitslosigkeit unternahm, konnte die Union ihre Programmdiskussion in Ruhe und aus sicherer Position angehen. Die von Angela Merkel eingesetzte Kommission zur Reform der sozialen Sicherungssysteme unter Leitung des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog legte am 29. September 2003 einen Abschlussbericht vor, der zur Grundlage der weiteren Programmarbeit werden sollte. Anfang 2004 gelang ein weiterer wichtiger Schritt, als sich die Präsidien von CDU, CSU und FDP am 4. März 2004 auf die Nominierung Horst Köhlers als neuen Bundespräsidenten einigten. Die Nominierung war nicht zuletzt ein Erfolg Angela Merkels, die an der Kandidatenfindung entscheidend beteiligt war. Köhler wurde am 23. Mai 2004 zum Bundespräsidenten gewählt; die Bundesregierung konnte ihre Kandidatin Gesine Schwan nicht durchbringen. Dies war ein politisch wie symbolisch wichtiger Akt, da die Opposition durch diese Wahl in der Bundesversammlung deutlich demonstrieren konnte, dass die Bundesregierung durch die Machtverschiebungen in den Ländern keine gesamtstaatliche Mehrheit mehr hatte. So gesehen konnte man diese Wahl zu Recht als "Anfang vom Ende von Rot-Grün" interpretieren.

Die nächsten Landtagswahlen zeigten aber, dass der Weg zur Regierungsübernahme in Berlin kein Selbstläufer sein konnte. Die Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 29. Februar 2004 brachte eine eindrucksvolle Bestätigung von Ole von Beust als Erster Bürgermeister. Die CDU gewann - vor allem wegen der Selbstzerstörung der "Schill-Partei" - 21,0% hinzu und erreichte erstmals überhaupt eine absolute Mehrheit im Stadtparlament. Auch wenn bei dieser Wahl klar die Stadtpolitik entscheidend war, so war doch offensichtlich, dass sich die Hamburger SPD nicht vom negativen Bundestrend absetzen konnte.<sup>52</sup> Die Wahl war auch ein wichtiges Signal, dass die CDU durchaus in der Lage ist, in städtischen Räumen klare Mehrheiten zu gewinnen. Die Landtagswahl in Thüringen vom 13. Juni 2004 brachte hingegen Verluste für die CDU von 8,0%. Nur das Scheitern der kleinen Parteien an der 5%-Hürde sorgte dafür, dass Dieter Althaus mit 43% noch die absolute Mehrheit im Landtag erhielt und die Regierung bilden konnte. In Thüringen war weniger die CDU als die PDS der Hauptprofiteur der Unzufriedenheit mit der SPD<sup>53</sup> – ein Muster, das sich wiederholen sollte. Auch die Europawahl vom selben Tag brachte für die Union einen Verlust von 4,2%. Die SPD verlor allerdings mit 9,2% noch viel stärker, während FDP und Grüne klar zulegen konnten. Auch wenn dieses Ergebnis nicht überbewertet werden sollte, wurde doch deutlich, dass die Union nicht unbegrenzt allein auf einen Vertrauensverlust der Bundesregierung hoffen konnte.

Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 29.2.2004. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.114, S.10.

Wahl in Thüringen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13.6.2004. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.116, S.11.

Die drei Landtagswahlen im September brachten ein gemischtes Bild: Im Saarland am 5. September 2004 konnte Peter Müller seine absolute Mehrheit verteidigen und die CDU 2,0% zulegen; die SPD verlor 13,6%. Im Osten sah das Ergebnis anders aus: In Brandenburg verloren am 19. September 2004 die SPD 7,4% und die CDU 7,1%. Gewinner waren die PDS und die DVU, die sich im Landtag halten konnte. Die Große Koalition im Land konnte fortgeführt werden, aber die Grenzen der Bindungsfähigkeit der Volksparteien in Ostdeutschland wurden erneut offensichtlich. Dies galt erst recht für die Landtagswahl in Sachsen vom selben Tag: Die NPD, die schon im Saarland 4% holen konnte, kam mit 9,2% in den Landtag und lag nur knapp hinter der SPD. Die bislang allein regierende CDU verlor 15,8% und war nun auf einen Koalitionspartner angewiesen. Dies konnte nach Lage der Dinge nur die SPD sein, die so mit einem erneuten Verlust von 0,9% und einem Stimmenanteil von 9,8% Regierungspartner wurde. Für die Parteiführung konnte dabei nur teilweise beruhigend wirken, dass die Wahlforscher in beiden Fällen (vor allem aber in Sachsen) einen hohen Effekt landesspezifischer Faktoren konstatierten, aber der bundespolitischen Stimmung eine große Bedeutung für das Ergebnis beimaßen. 54 Es wurde erneut überdeutlich, dass sich Proteststimmung gegen die Bundesregierung vor allem in den neuen Bundesländern nicht ohne weiteres in Stimmen für die CDU ummünzen ließ.

Das Jahr 2004 entwickelte sich also für die Führung der CDU nicht nur positiv. Neben dem erwähnten Abgang von Friedrich Merz wirkte sich gegen Ende des Jahres vor allem der Konflikt mit der CSU um die Gesundheitspolitik, insbesondere die Einführung einer Kopfprämie für alle Versicherten, negativ aus. So fiel die Union bei der Sonntagsfrage bei den meisten Instituten von Werten jenseits der 45% zum Jahreswechsel 2004/2005 wieder deutlich auf etwa 40% (und zum Teil darunter) zurück.55 Aber schon die Wahl in Schleswig-Holstein am 20. Februar 2005 drehte den Trend wieder. Die CDU gewann 5,0% dazu und sah zunächst dennoch wie der Verlierer aus, da die SPD trotz Verlusten von 4,4% mit den Grünen und dem Südschleswigschen Wählerverband eine Koalition bilden wollte. Neben dem moralischen entwickelte sich aber in Kürze auch ein politischer Sieg, als Heide Simonis bei der Wahl zur Ministerpräsidentin in vier Wahlgängen an einem Abweichler aus den eigenen Reihen scheiterte. Daraufhin lenkte die SPD ein und beteiligte sich an einer Großen Koalition unter Führung der CDU mit Harry Carstensen als Ministerpräsidenten. Damit wurde erneut - wenn auch mit viel Glück - die Handlungsfähigkeit der Union und die innere Zerrissenheit der SPD dokumentiert. Am Ergeb-

Wahl in Brandenburg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 19.9.2004. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.119, S.11; Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 19.9.2004. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.118, S.10f.

<sup>55</sup> Siehe die Zusammenstellungen bei www.wahlrecht.de

nis war erneut ein gewisser, wenn auch nicht so großer bundespolitischer Einfluss auffällig, aber auch die Tatsache, dass die SPD überdurchschnittlich bei ihren Stammwählern im Arbeitnehmerbereich verlor.<sup>56</sup> In der Folge gingen auch die Werte der Union bei der Sonntagsfrage wieder deutlich nach oben.

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sollte sich überraschend zum Schlussstein im Bau der Brücke zur Bundestagswahl entpuppen: Nach Verlusten von SPD (5,7%) und Grünen (0,9%) und großen Gewinnen der CDU (7,9%) war klar, dass nicht nur die sozialdemokratische Ära in NRW, sondern auch die letzte rot-grüne Regierung auf Landesebene beendet war. Wie so oft zuvor, wurde auch diesmal eine große Bedeutung der bundespolitischen Stimmung für das Wahlergebnis konstatiert.<sup>57</sup> Als Bundeskanzler Schröder noch am selben Abend verkündete, eine vorzeitige Auflösung des Bundestages und Neuwahlen (frühestens möglich für den 18. September 2005) anzustreben, war klar, dass Angela Merkel die Herausfordererin Schröders war - mit einer guten Chance, die Wahl zu gewinnen. Auch wenn die Umfragewerte von Werten bis zu 48% für die Union bis zum Sommer um einige Prozentpunkte zurückgingen, konnte sie bei den meisten Instituten eine ausreichende Mehrheit für eine Regierungsübernahme beibehalten. Am 11. Juli 2005 wurde das gemeinsame Regierungsprogramm mit dem Titel: "Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit" vorgestellt. Den hohen Werten für die Linkspartei vor allem in Ostdeutschland sollte insbesondere durch die Vorstellung des Kompetenzteams am 17. August 2005 begegnet werden. Trotz aller Debatten um das Wahlverhalten der Ostdeutschen war aber auch für die Führung der CDU offensichtlich, dass die entscheidenden Anstrengungen zur Mobilisierung der Wählerschaft in den alten Bundesländern geschehen muss. Regierungsprogramm wie Kompetenzteam mussten sich dieser Priorität unterordnen. Allerdings hat die Nominierung von Paul Kirchhof, eines ehemaligen Bundesverfassungsrichters und Steuerexperten, vor allem wegen seiner Pläne zur radikalen Vereinfachung des Steuersystems insbesondere in Ostdeutschland zu noch mehr Verunsicherung geführt als in Westdeutschland. Die Entscheidung von Angela Merkel, Kirchhof als möglichen Finanzminister zu präsentieren, war in jedem Fall eine mutige Entscheidung.

Wahl in Schleswig-Holstein. Eine Analyse der Landtagswahl vom 20.2.2005. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.120, S.10f.

Wahl in Nordrhein-Westfalen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 22.5.2005. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.121, S.10f.

#### 1.4.2 Die CSU

## Nach der Bundestagswahl 1998: Ende der Doppelspitze und Edmund Stoibers Kampf um die Kanzlerkandidatur

Auch für die CSU bedeutete die Niederlage bei der Bundestagswahl 1998 eine Zäsur, wenn auch nicht so extrem wie bei der CDU.58 Nach der Bundestagswahl legte Theo Waigel, der dadurch als Finanzminister der Bundesregierung ausgeschieden war, auch seinen Posten als Vorsitzender der CSU nieder. Zwar erzielte die CSU Bayern mit 47,7% erneut ein Ergebnis über dem Durchschnitt der Union. Aber auch die CSU erzielte damit nur ihr schlechtestes Resultat bei Bundestagswahlen seit 1953. Wegen der engen Einbindung führender CSU-Politiker in die Regierungen Helmut Kohls – vor allem durch den Vorsitzenden und langjährigen Bundesfinanzminister Theo Waigel - konnte sich die CSU dem Negativtrend auch kaum entziehen. Die Niederlage war in den Augen der meisten Wahlforscher im Wesentlichen Ausdruck eines übermächtigen Wunsches nach einem Regierungswechsel, der dann auch erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als unmittelbare Konsequenz einer Bundestagswahl zustande kam. 59 Die CSU konnte aber ihre relative Position im Parteiensystem halten. Sie blieb - nimmt man die abgegebenen Zweitstimmen als Grundlage – nach SPD und CDU drittstärkste deutsche Partei und erhielt damit erneut mehr Stimmen als Bündnis 90/Die Grünen, FDP oder PDS.60

Da Edmund Stoiber nach dem Rücktritt Theo Waigels auch offiziell den Parteivorsitz übernahm und die Position der CSU in Bayern völlig unangefochten war, konnte die Partei auch rascher zu politischer Tatkraft auf der bundespolitischen Szenerie zurückfinden als die CDU. Entscheidende Voraussetzung hierfür war, dass die CSU bei der Landtagswahl in Bayern, die nur zwei Wochen vor der Bundestagswahl stattgefunden hatte,

In der neueren Literatur sind folgende Überblicksdarstellungen über die CSU seit Anfang der 90er-Jahre zu nennen: Kießling, Andreas: Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung, Wiesbaden 2004; siehe auch Ders.: Erfolgsfaktoren der CSU. Kompetitive Kooperation von Machtzentren als Bedingung für Selbstregenerationsfähigkeit und Geschlossenheit, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/2005, S.373-393; außerdem Müller, Kay: Schwierige Machtverhältnisse. Die CSU nach Strauß, Wiesbaden 2004.

Siehe als Beispiel die Wahlanalysen der Forschungsgruppe Wahlen zur Bundestagswahl 1998, Mannheim 1998, Nr.91, sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Analyse der Bundestagswahl vom 27.9.1998, Interne Studien 173/1998. Siehe auch Hilmer, Richard: Ein Ruck ging durchs Land. Analyse der Wahl, in: Umbruch 98. Wähler, Parteien, Kommunikation, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2001, S.59-79.

<sup>60</sup> Siehe für den Zeitraum bis 2002 Hirscher, Gerhard: Die Zukunft der CSU, in: Der Bürger im Staat 52/2002, S.38-43.

ihr Ergebnis mit 52,9% sogar noch minimal verbessern konnte. Damit konnte die CSU in der damaligen politischen Konstellation ihre führende Rolle in Bayern eindeutig halten. Die Bayerische Staatsregierung unter Edmund Stoiber war von den Akzeptanzproblemen der Bundesregierung nicht nennenswert tangiert. Edmund Stoiber dokumentierte mit seiner Personalpolitik in Bayern und dem Entwurf eines Kontrastprogramms zur rot-grünen Bundesregierung in seiner Regierungserklärung vom 29. Oktober 1998 seinen Anspruch auf bundespolitische Geltung und etablierte sich als "Schlüsselfigur der Union".<sup>61</sup>

Nachdem für die CSU für einige Wochen die Kritik an der EU und der Europapolitik der Bundesregierung im Vordergrund stand, entwickelte sich die Auseinandersetzung um die Neuordnung des Staatsbürgerschaftsrechts und die Reaktion der Union darauf zum ersten echten Megathema der Oppositionsarbeit. Die Kampagne gegen die dabei vorgesehene erleichterte doppelte Staatsbürgerschaft wurde dabei vom Ministerpräsidenten und designierten CSU-Vorsitzenden als zentrale Maßnahme gesehen. Hatte Stoiber zeitweise sogar eine Einführung eines Volksentscheides auf Bundesebene für eine solche Frage erwogen, wurde Ende 1998 die Durchführung einer bundesweiten Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft geplant.<sup>62</sup> Beide Vorschläge waren zunächst für die Union auch intern als ungewöhnlich empfunden worden. Innerhalb der CSU stieß auch das bisher nicht genutzte Instrumentarium der Unterschriftensammlung zunächst auf Skepsis. Der neue CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble schloss sich der Forderung nach einer Unterschriftenaktion an, stieß aber in den Führungsgremien der CDU auf Widerspruch. Insofern wurde Anfang 1999 deutlich, warum die Frage nach der Meinungsführerschaft in der Opposition immer häufiger gestellt wurde. 63 Nach den traditionellen Klausurtagungen im Januar 1999 stellte sich auch die CDU hinter diese Aktion, die vor der Landtagswahl in Hessen vom 7. Februar 1999 durchgeführt werden sollte, aber die CSU wirkte in der Öffentlichkeit eindeutig als der aktivere Teil dieser Aktion.<sup>64</sup> Als am 17. Januar 1999 Edmund Stoiber auf einem Sonderparteitag auch noch offiziell zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, war er endgültig zu einem der entscheidenden Meinungsführer der Opposition geworden. 65 Mit dem Ende der Doppelspitze war somit

Schönauer, Tyll: Modell F.J. Strauß, in: Die Woche, 23.10.1998.

<sup>62</sup> Siehe das Interview mit Edmund Stoiber: Trittin gebärdet sich als Nationalist, in: Die Welt, 21.12.1998; Das Plebiszit als politischer Hebel für Bayern, in: Neue Zürcher Zeitung, 29.12.1998.

Wer ist Chef der Opposition?, in: Süddeutsche Zeitung, 7.1.1999.

<sup>64</sup> Siehe etwa Jungkunz, Alexander: Punktsieg für die CSU, in: Nürnberger Nachrichten, 11.1.1999.

<sup>65</sup> Siehe zum Beispiel die Darstellung bei Holzhaider, Hans: CSU: Nun liegt alles in der Hand von Edmund Stoiber. Applaus wie für den Herrgott, in: Süddeutsche Zeitung, 18.1.1999.

nicht nur formal, sondern auch vom bundespolitischen Anspruch her die Kontinuität zur  $\ddot{\text{A}}$ ra Strauß hergestellt. $^{66}$ 

Der neue Schwung, den die CSU in den vorausgegangenen Monaten erfahren hatte, hielt auch bis zur Europawahl am 13. Juni 1999 an. Waren schon in Umfragen im April Werte von bis zu 55% für die CSU in Bayern erwartet worden,<sup>67</sup> so stellte das Ergebnis selbst alles in den Schatten: Die CSU erzielte mit 64,0% der Stimmen in Bayern den besten Wert, den die Partei bei einer landesweiten Wahl jemals erzielt hatte; dies entsprach bundesweit 9,4%. Vor der Wahl hatte Edmund Stoiber sie wiederholt als "Plebiszit gegen die Regierungspolitik" bezeichnet.<sup>68</sup> Laut "Forschungsgruppe Wahlen" wurde die Europawahl in der Tat "eher als eine Abstimmung über die Arbeit der rot-grünen Koalition in Bonn als über die Arbeit des Europaparlaments genutzt".<sup>69</sup> Dies und die Höhe der Stimmenzahl steigerten den symbolischen Wert des Ergebnisses und stärkten erneut den politischen Anspruch der CSU. Schon längst hatte die Diskussion um Edmund Stoiber als möglichen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2002 begonnen.

Diese günstige Ausgangslage hat sich mit dem Aufkommen der CDU-Spendenaffäre quasi über Nacht geändert. Die unmittelbar wichtige Frage schien nicht mehr die Konzeption einer jeweils neuen Oppositionskampagne zu sein, sondern die Ungewissheit, wie die CDU angesichts dieser tiefen Krise künftig überhaupt noch als politische Kraft in Berlin würde wirken können. Damit war die CSU mit ihrer intakten Führung quasi von selbst zu einem noch wichtigeren Anker der Union geworden. Noch kurz zuvor unterstrichen aktuelle Umfragen die Stärke der CSU: Im August 1999 – also noch vor der Spendenaffäre und der LWS-Krise – wurde von Infatest Dimap eine Wahlabsicht von 60% für die CSU bei Landtagswahlen gemessen – ein Wert, der bei Wahlen zuletzt in der Amtszeit von Alfons Goppel erreicht worden war. Hinzu kam, dass 72% der Befragten der Meinung waren, die letzten Wahlerfolge der CSU seien auf Edmund Stoiber zurückzuführen. Neben hohen Kompetenzwerten für die CSU hielten 42% Edmund Stoiber für den besten der letzten vier Ministerpräsidenten – noch vor Franz Josef Strauß.<sup>70</sup>

<sup>66</sup> So bewertete dies u.a. Ernest Lang, Bayernkommentar, Bayern 1, 15.1.1999, 17:45 Uhr.

Siehe die Umfrage: CSU sattelt drauf, in: Mittelbayerische Zeitung, 19.4.1999, wo ein Wert von 53,5% zitiert wurde; Balsam für das Selbstbewusstsein, in: Augsburger Allgemeine, 26.4.1999, wo eine Umfrage mit Werten von 54-55% zitiert wurde.

<sup>68</sup> So im Interview: Ich erwarte ein Plebiszit gegen die Regierungspolitik, in: Die Welt, 15.5.1999.

<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 13.6.1999. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Nr.95, Mannheim 1999, S.60.

Siehe die Umfrage: Die CSU in Bayern, in: http://www.br-online.de/politik/zeitspiegel/1999/zs\_0804/umfrage\_csu.htm

Erste demoskopische Resultate schienen darauf hinzudeuten, dass sich die Spendenaffäre und ihre Folgen nicht auf die Situation der CSU in Bayern auswirkten. Bei der Sonntagsfrage ermittelte Infratest Dimap Anfang Januar 2000 für die CSU erneut 60% bei einer Landtagswahl. Die SPD hätte mit 25% und die Grünen mit 5% nichts dazu gewinnen können. Edmund Stoiber blieb auch der mit Abstand am besten bewertete bayerische Politiker.<sup>71</sup> Daher ist es verständlich, wenn Stoiber kurz darauf forderte, die CSU müsse jetzt für den Zusammenhalt der Union sorgen.<sup>72</sup> Alois Glück, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion in München, empfahl der CDU als Mittel gegen die aktuelle Krise, das konservative Denken wieder neu zu entdecken<sup>73</sup>, und auch Edmund Stoiber kritisierte nun öffentlich das Verhalten Helmut Kohls in der Spendenkrise.<sup>74</sup> Auch die Tatsache, dass Angela Merkel im Gefolge der Spendenwirren die Nachfolge Wolfgang Schäubles im Vorsitz der CDU übernahm, sorgte bei der CSU-Führung zumindest inoffiziell nicht nur für Begeisterung: Offenbar überwogen Befürchtungen hinsichtlich eines zu liberalen Kurses und einer geringen Integrationsfähigkeit der Kandidatin.<sup>75</sup>

Die Stimmen, die Edmund Stoiber als Kanzlerkandidat der Union für die Bundestagswahl 2002 sehen wollten, wurden schließlich wieder lauter und Stoiber selbst schloss eine solche Kandidatur nicht mehr definitiv aus. <sup>76</sup> Nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vom 25. März 2001, wo die CDU immerhin die Regierung in Stuttgart nach vorher schlechten Meinungsumfragen halten konnte, sah die CSU die Zeit der internen Debatten für beendet an und ging wieder bundespolitisch in die Offensive. <sup>77</sup> Edmund Stoiber konnte sich nun – nach den Problemen mit dem Kabinett, den Untersuchungsausschüssen zu LWS und Schreiber und den Problemen mit der organisatorischen Um-

Zeitspiegel-Stimmungsbarometer zur Landespolitik, 12.1.2000, in: http://www.br-online.de/politik/zeitspiegel/2000/zs\_0112/stimmungsbarometer.htm

Stoiber, Edmund: CSU muss jetzt für den Zusammenhalt der Union sorgen, in: Die Welt, 17.1.2000.

Glück, Alois: Die Union muss das konservative Denken wieder entdecken. Grundlagen eines schlüssigen Sozialstaatskonzepts sind die Familie, die Nachhaltigkeit und die Subsidiarität, in: Die Welt, 9.2.2000.

<sup>74 &</sup>quot;Nicht alles auf Schäuble abladen." Der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber kritisiert die CDU-Führungsriege und Ex-Kanzler Helmut Kohl, in: Focus, 14.2.2000.

Stiller, Michael: Die CSU wittert Gefahr, in: Süddeutsche Zeitung, 18.2.2000; Eichele, Holger: Die CSU erinnert an Merkels Makel, in: Münchner Merkur, 18.2.2000.

<sup>&</sup>quot;Wir werden klug entscheiden." CSU-Chef Edmund Stoiber schließt nicht mehr definitiv aus, bei der Bundestagswahl in zwei Jahren als Kanzlerkandidat der Union anzutreten, in: Focus, 22.12.2000.

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup> Streit in der Union ist beendet, in: Welt am Sonntag, 1.4.2001.

gestaltung und den Finanzen der CSU – wieder verstärkt um die Bundespolitik kümmern. In einem Interview vom Mai 2001 kündigte er an, die "Dilettanten in Berlin" mit harten Themen in die Defensive drängen zu wollen. $^{78}$ 

Im Frühsommer 2001 schien nicht nur die Lage der CSU in Bayern weiter ungefährdet, auch in den demoskopischen Werten für die Bundespolitik lag die Union nicht mehr so weit abgeschlagen zurück. Im Mai 2001 bestätigte eine Umfrage der CSU, dass sie nach wie vor weit über 50% bei einer Landtagswahl bekommen würde. Bei bundesweiten Umfragen stiegen die Benotungen für Edmund Stoiber ebenso wie die Zahl derjenigen Befragten, die ihn für den geeignetsten Kanzlerkandidaten der Union hielten. Eine Umfrage von Infratest Dimap vom Juli 2001 bestätigte die gute demoskopische Ausgangslage: Die CSU würde demnach nicht nur bei einer Landtagswahl 54% der Stimmen bekommen, sondern könnte auch bei einer Bundestagswahl mit 52% rechnen – weit mehr als bei den zuletzt erhobenen Werten. Eine Emnid-Umfrage vom August bestätigte die guten Kompetenzwerte Stoibers gegenüber Bundeskanzler Schröder.

Der Terroranschlag vom 11. September 2001 veränderte auch die deutsche Innenpolitik schlagartig. Die Bundesregierung war nun vorrangig in den internationalen Kampf gegen den Terror eingebunden und gewann wieder an Ansehen. Die SPD konnte ihre Umfragewerte deutlich verbessern und den Abstand zur Union wieder vergrößern. <sup>83</sup> Zwar musste die SPD nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 23. September 2001 die Regierungsmacht nach 44 Jahren aufgeben, doch der CDU wurde die Regierungsübernahme durch ein sehr schlechtes Ergebnis und das unerwartet starke Resultat der Schill-Partei vergällt. Die Gefahr potenzieller Stimmenverluste an eine neue bürgerliche Partei der rechten Mitte waren von nun an ein mögliches Szenario für schwache CDU-Landesverbände, vor allem in den neuen Bundesländern.

Der Herbst 2001 bot also für die CSU ein zwiespältiges Bild: Einerseits profitierte die amtierende Bundesregierung von ihrer Rolle als Krisenmanager, was die Chance für eine Regierungsübernahme durch die Union wieder verringerte. Andererseits brachte der Kampf gegen den Terrorismus

<sup>&</sup>lt;sup>78</sup> Stoiber, Edmund: Dann gibt es ein Feuerwerk, in: Focus, 14.5.2001.

Glück, Alois: CSU liegt in Umfragen weit vor Opposition, in: Augsburger Allgemeine, 15.5.2001.

<sup>80</sup> Siehe Politbarometer 06/01, Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim 2001.

<sup>81</sup> Siehe http://:www.br-online.de/bayerntrend/sonntagsfrage.htm

<sup>82</sup> Schöppner, Klaus-Peter: Die Bürger halten Stoiber kompetenter als Schröder, in: Die Welt, 22.8.2001.

Kurz nach den Anschlägen maß Emnid 42% für die SPD und 37% für die Union, siehe: Die Krise nützt der SPD, in: Der Spiegel 39/2001, 24.9.2001.

eine unumgängliche Renaissance der "harten" Themen, bei denen die Union und vor allem die CSU in der Vergangenheit zumeist einen Kompetenzvorsprung genossen hatten, was sich mittel- und langfristig wieder positiv auf die Wahlchancen der Union im Bund auswirken könnte. Natürlich wurde so Stoibers Favoritenposition als möglicher Kanzlerkandidat der Union nur noch größer. Insofern konnte es nicht überraschen, dass Edmund Stoiber sofort auf ein eigenes Sicherheitskonzept Wert legte und mit dem Innenminister Günther Beckstein intensiv das Politikfeld Innere Sicherheit besetzte.<sup>84</sup> Die Union und die CSU konnten von nun an bis zur Bundestagswahl darauf setzen, dass die Bundesregierung vor allem beim grünen Koalitionspartner wachsende Probleme bei der Umsetzung der Sicherheitsmaßnahmen bekommen würde. 85 Dies – so die Kalkulation – sowie die weiteren wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Probleme, aber vor allem die wieder steigenden Arbeitslosenzahlen würden die Wahlchangen der Union erhöhen. Auch durch diese thematischen Schwerpunktsetzungen wurde der Kandidatenanspruch deutlicher unterstrichen. Kurz nach der traditionellen Klausurtagung der CSU in Wildbad Kreuth wurde schließlich Edmund Stoiber nach einem persönlichen Gespräch mit der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel am 11. Januar 2002 von den Führungsgremien von CDU und CSU zum Spitzenkandidaten nominiert.

### Stoiber 2002 und Strauß 1980: Kanzlerkandidaturen im Vergleich

Zum zweiten Mal in der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stellte damit die CSU den Kanzlerkandidaten. Die Niederlage am 22. September 2002 war äußerst knapp. Lange hatte es nach einem Sieg Stoibers und der Union ausgesehen, was nach der Krise um die Spendenaffäre und deren Aufbereitung alles andere als selbstverständlich war. Im Vergleich zur Kandidatur von Franz Josef Strauß 1980 lassen sich Gemeinsamkeiten wie Unterschiede erkennen 86

Anders als 2002 konnte der gemeinsame Kandidat 1980 erst in einer Kampfabstimmung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ermittelt werden. Dies geschah vor einem politischen Hintergrund, der einen baldigen Regierungswechsel wahrscheinlicher erschienen ließ als 2002. Bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 hatte die Union mit Helmut Kohl

<sup>84</sup> Stoiber plant eigenes Sicherheitskonzept, in: Die Welt, 20.9.2001.

Dies machte Edmund Stoiber schon bald in einem Interview deutlich: Unsere Sicherheit ist bedroht, in: Der Spiegel 41/2001, 8.10.2001.

Einen guten Überblick bietet Richter, Saskia: Die Kanzlerkandidaten der CSU. Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber als Ausdruck christdemokratischer Schwäche?, Hamburg 2004.

ein hervorragendes Ergebnis erreicht (48,8% bundesweit; die CSU in Bayern mit 60% mit ihrem bislang besten Ergebnis bei Bundestagswahlen), konnte aber keinen Regierungswechsel bewirken, weil die FDP zu ihrer Koalition mit der SPD stand. Als Konsequenz begann in der Union eine Strategie- und Kandidatendebatte. Die CSU und Franz Josef Strauß drängten auf einen anderen Kandidaten als Helmut Kohl. Auf der Klausurtagung in Wildbad Kreuth wurde am 19. November 1976 auf Initiative von Strauß die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Deutschen Bundestag seitens der CSU-Landesgruppe aufgekündigt. Diese Entscheidung wurde kurz darauf wieder revidiert, war aber dennoch ein bedeutendes politisches Signal. Die CDU drohte ihrerseits mit der Aufstellung eigener Kandidaten in Bayern. Für die eigene Kandidatur schuf sich Strauß auch in Bayern die geeignete Basis: Bereits im September 1977 wurde Strauß frühzeitig zum Spitzenkandidaten für die Bayerische Landtagswahl am 15. Oktober 1978 nominiert und damit de facto der amtierende Ministerpräsident Alfons Goppel ins Altenteil geschickt. Strauß wurde im Oktober 1978 zum Bayerischen Ministerpräsidenten gewählt, seine bundespolitischen Ambitionen blieben aber unverkennbar erhalten.

Nach heftigen Kämpfen hinter den Kulissen nominierte im Mai 1979 der CDU-Vorstand den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zum Kanzlerkandidaten; Helmut Kohl trat diesmal nicht an. Daraufhin warf Strauß seinen Hut in den Ring. In einer Kampfabstimmung nominierte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag am 2. Juli 1979 Strauß zum Kanzlerkandidaten. Die Abstimmung ergab 135 Stimmen für Strauß und 102 für Albrecht. Damit war die Gespaltenheit der Union deutlich geworden, die bis zur Bundestagswahl nie mehr ganz verschwinden sollte. Innerparteiliche Gegner der Kandidatur meldeten sich insbesondere nach der Niederlage der CDU bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vom Mai 1980, wo die SPD die absolute Mehrheit erringen konnte. Zweifelsohne waren Edmund Stoiber diese Abläufe, die er ja schon an führender Stelle miterlebt hatte, bewusst. Insofern war es offensichtlich, dass Stoiber eine ähnliche emotionalisierte Debatte um die Kandidatur innerhalb der Union verhindern wollte und auf eine einvernehmliche Nominierung hinarbeitete. Dies ist weitestgehend gelungen und hat sicher für den Verlauf des Wahlkampf und das Ergebnis der Bundestagswahl, aber auch für das spätere Verhältnis von CDU und CSU positive Auswirkungen gehabt.

Um Aussichten auf Erfolg zu haben, musste Stoiber in jedem Fall das negative kommunikative Umfeld vermeiden, in das die Kandidatur von 1980 geraten war. Das Klima in der Öffentlichkeit war damals schon seit längerem ungünstig für Strauß gewesen. Das Institut für Demoskopie Allensbach hatte nach eigenen Angaben im Mai/Juni 1979 ein Feldexperiment durchgeführt, bei dem sich die Wahlabsicht für die CDU/CSU um 4,7%

verringerte, wenn Strauß als Spitzenkandidat genannt wurde. 87 Von diesem Institut war aber die Kandidatur von Strauß auch als eine bewusste Entscheidung gegen das Meinungsklima interpretiert worden. Sie sei in den Augen vieler Unionsstrategen nicht von vornherein chancenlos gewesen; bei einer weiteren Verschärfung der innenpolitischen Situation wäre dies deutlich geworden. "Als kraftvoller und fähiger Politiker besaß schon Helmut Schmidt einen überragenden Ruf, und dennoch übertraf ihn Strauß in Eigenschaften wie 'energisch, kann sich gut durchsetzen', 'glänzender Redner', "starke Führernatur' ... . Dieses Bild von Strauß war ausschlaggebend; dafür nahmen diejenigen, die für eine Kandidatur kämpften, das Defizit in Eigenschaften wie 'sympathisch, beliebt, kommt beim Wähler gut an', ,ehrlich, aufrichtig', vertrauenerweckend in Kauf. Zu dieser Zeit war eine bestimmte These unter CDU/CSU-Politikern weit verbreitet: Die große Stunde eines Mannes wie Strauß bei den Wählern werde kommen, wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse krisenhaft zuspitzen würden. Auf eine solche Entwicklung wurde von vielen gesetzt."88 Allerdings zeigte sich, dass in der breiten Bevölkerung die Forderung von Strauß, nach der Afghanistan-Invasion 1979 gegenüber der Sowjetunion eine härtere Gangart einzuschlagen, nicht durchweg angenommen wurde. Insgesamt hatten sich im Laufe des Wahljahres 1980 die Fronten verhärtet. Als Partei sei CDU und CSU zwar hohe Kompetenz zugebilligt worden, was aber die Bewertung des Spitzenkandidaten nicht entscheidend verbessern konnte. Hierfür sei der wachsende Meinungsklimadruck, die sich verstärkende "Schweigespirale" verantwortlich gewesen, der sich trotz einer eigentlich vorhandenen konservativen Grundströmung immer mehr Bahn gebrochen habe – so Elisabeth Noelle-Neumanns späteres Urteil.<sup>89</sup>

Auch die "Forschungsgruppe Wahlen" konstatierte vor der Bundestagswahl, dass F.J. Strauß bei der eigenen Wählerschaft eine deutlich schlechtere Bewertung erfahren habe als der Amtsinhaber bei der SPD-Wählerschaft. Noch im Mai 1980 lag Strauß bei der Frage nach dem gewünschten Bundeskanzler schlechter als die Unionskandidaten bei den vorherigen Bundestagswahlen: Bei den Wählern von CDU und CSU gaben damals 59% Strauß als gewünschten Bundeskanzler an gegenüber 75% im Jahr 1976 für Helmut Kohl und 65% im Jahr 1972 für Rainer Barzel.<sup>90</sup>

Noelle-Neumann, Elisabeth: Öffentliche Meinung in der Bundestagswahl 1980, in: Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, hrsg. von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann, Opladen 1983, S.540-599, hier S.551.

<sup>88</sup> Ebd., S.555.

<sup>&</sup>lt;sup>89</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>90</sup> Berger, Manfred/Gibowski, Wolfgang G./Roth, Dieter/Schulte, Wolfgang: Vor der Bundestagswahl 1980, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 11/1980, S.272-291, hier S.289.

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980 entsprach den Erwartungen vieler Beobachter in der veröffentlichten Meinung: Die Union verlor 4,1% gegenüber dem Ergebnis von 1976, was Helmut Kohl als Bestätigung sehen konnte und ihm eine ideale Ausgangsposition für seine Ambitionen verschaffte. Die CSU verlor in Bayern 2,4%; ein unterdurchschnittlicher Verlust auf sehr hohem Niveau, wodurch aber die Rückgänge im Rest der Bundesrepublik nicht kompensiert werden können. Das Wahlergebnis war durch starkes "föderalistisches Wahlverhalten" gekennzeichnet gewesen, das bei allen Tendenzen zur Angleichung des Wahlverhaltens gezeigt habe, dass regionale Besonderheiten eine große Rolle spielen. 91 Strauß habe seit langem eine "hohe Sichtbarkeit" in der deutschen Politik besessen, was positive wie negative Effekte hatte. 92 "Er war vermutlich der Spitzenkandidat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, an dem sich die Geister am stärksten schieden."93 Das Fazit von Jürgen Falter und Hans Rattinger: Die Kandidatur von Strauß habe die Unionsparteien bei ihren eigenen Anhängern Stimmen gekostet, aber weit weniger, als in der Öffentlichkeit angenommen: höchstens ein bis zwei Prozent. Die Kandidatur von Strauß habe aber der Union auch Stimmen eingebracht (etwa bei denjenigen mit Kanzlerpräferenz für Strauß), die allein aufgrund der Paretiidentifikationsverteilungen nicht zu erwarten gewesen wären. Die Gewinne und Verluste der Unionsparteien im Zusammenhang mit der Kandidatur von F.J. Strauß glichen sich also teilweise wieder aus, es blieb aber ein negatives Saldo.94

Beim Vergleich der Kandidaturen von Strauß und Stoiber lassen sich durchaus Gemeinsamkeiten erkennen. Beide waren Ministerpräsidenten in Bayern: Stoiber war zum Zeitpunkt der Kandidatur länger in diesem Amt (neuneinhalb Jahre), dafür hatte Strauß (zwei Jahre) größere bundespolitische Erfahrung. Trotz seiner Amtszeit als Bayerischer Ministerpräsident kandidierte Strauß eher mit dem Image eines Bundespolitikers, während Stoiber bislang nur landespolitische Ämter bekleidet hatte. Beide waren Parteivorsitzende: Strauß schon seit 19 Jahren (seit 1961), Stoiber erst seit Anfang 1999 (dreieinhalb Jahre). Beide waren die "starken Männer" ihrer Partei und die unumstrittenen Chefs der CSU. Bei Strauß lagen die ernsthaften Machtkämpfe gegen innerparteiliche Gegner (etwa den klerikalen Hundhammer-Flügel) aber schon weit länger zurück als

Feist, Ursula/Liepelt, Klaus: Stärkung und Gefährdung der sozialliberalen Koalition. Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 5.10.1980, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 12/1981, S. 4-58, hier S.50f.

Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980, in: Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, hrsg. von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann, Opladen 1983, S.320-421, hier S.384.

<sup>&</sup>lt;sup>93</sup> Ebd.

<sup>94</sup> Ebd., S.388.

bei Stoiber (Waigel, Sauter). Beide hatten lange politische Erfahrung und kannten das politische Geschäft aus eigener Erfahrung und Mitarbeit seit Jahrzehnten. Beide waren in Bayern sehr populär, aber außerhalb des Landes in weit geringerem Ausmaß. Beide lagen in den Monaten vor dem Wahltermin in den persönlichen Popularitätswerten deutlich hinter dem Amtsinhaber. Dieser Abstand wurde bei beiden zum Wahltermin hin eher noch größer, wobei die Werte Stoibers insgesamt etwas höher lagen als bei Strauß. Beide lagen in ihren Sympathiewerten hinter den Werten für CDU/CSU bundesweit. Beide kandidierten aus der Opposition im Bund heraus. Zum Zeitpunkt ihrer Kandidaturen war innerhalb der Union eine gewisse Depression über das Ende langjähriger Herrschaftsperioden von CDU/CSU, verbunden mit der Ungewissheit und der Angst vor einer weiteren langen Oppositionszeit, zu spüren.

Die Kandidatur von Strauß verlief aber unter verschiedenen Gesichtspunkten unter schärferen Rahmenbedingungen als die von Stoiber. Es gab personalisierte Kampagnen gegen ihn ("Stoppt Strauß") bis hin zur extremen Diffamierung und Hasskampagnen. Intellektuelle und Künstler mobilisierten in öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen ihn. Unübersehbar war der Versuch der Erzeugung eines geistigen Klimas gegen Strauß. Auch Widerstände im bürgerlichen Lager traten auf (bei der FDP, die mit der SPD in Bonn koalierte; aber auch innerhalb der CDU). Vor allem gab es keine durchgehende Unterstützung für ihn durch die CDU auf allen Ebenen (es gab die Weigerung regionaler Gliederungen in Nordund Westdeutschland, für Strauß Wahlkampf zu machen). Strauß wurde innerhalb der Union nicht überall als "unser" Kandidat gesehen. Auch gab es keine durchgängige gemeinsame Wahlkampfkoordination. Strauß organisierte viel von München aus mit Ressourcen der CSU. Innenpolitisch wurde die Lage von der Bevölkerung noch nicht als so bedrückend empfunden: Es gab keine harte innen- und wirtschaftspolitische Krise, die Strauß als starken Oppositionskandidaten Rückenwind gegen den populären Bundeskanzler Helmut Schmidt gegeben hätte. Andererseits war die Lage außenpolitisch für die Union eher günstig wegen der Angst vor der Expansion und Hochrüstung durch die UdSSR nach deren Afghanistan-Invasion 1979.

Bei der Kandidatur Edmund Stoibers 2002 gab es keine personalisierte Kampagne gegen ihn. Selbst die "Kampa" der SPD verfolgt die Strategie der Positionierung Stoibers als "kreidefressenden" Rechtsausleger nicht weiter. Es gab auch keine breite Mobilisierung von Eliten in Kultur, Wissenschaft und Kunst gegen Stoiber. Diese fand sich nur in Ansätzen, 95 sie

Siehe Fengler, Susanne/Jun, Uwe: Rückblick auf den Wahlkampf 2002. Kopie der Kampa 98 im neuen Kontext, in: Kampagne! 2. Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, hrsg. von Marco Althaus und Vito Cecere, Münster 2003, S.168-198, hier S.192ff.

war aber auch nicht nötig, da ein großer Teil dieser Gruppen, die sich gegen Strauß mobilisieren ließen, selbst in meinungsbildender und einflussreicher Position angelangt waren und größtenteils eine Kandidatur Stoibers akzeptieren würden. Wegen ihrer gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten war eine offene Front gegen Stoiber also gar nicht notwendig, vielleicht war dies sogar als kontraproduktiv im Sinne von Rot-Grün gesehen worden.

Weit mehr als Strauß wurde Stoiber als Kandidat der gesamten Union gesehen: Frühstück in Wolfratshausen statt Kampfkandidatur in der CDU/CSU-Fraktion. Es gab keine wirklichen Widerstände im bürgerlichen Lager: "So viel Union gab es noch nie in der Geschichte von CDU und CSU", sagte Angela Merkel auf dem Frankfurter Parteitag der CDU im Juni 2002. Zweifel, die noch Anfang des Jahres 2002 an der gemeinsamen Kampagnenfähigkeit laut wurden, wurden rasch zerstreut. Auch in der Öffentlichkeit wurde dies so wahrgenommen: "Wer die bewegte Geschichte der CDU/CSU in den 70er-Jahren kennt und wer sich an die öffentlichen Schlachten der früheren Männerfreundschaft zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß erinnert, der sieht, welchen Weg die Union zurückgelegt hat. Nun hat sie ihren Namen auch wirklich verdient", schrieb die Financial Times Deutschland am 17. Juni 2002.<sup>96</sup>

Edmund Stoiber erfuhr volle Unterstützung durch die CDU bis hinauf in die Spitze. Es gab eine zentrale Wahlkampfkoordination, die größtenteils in gemeinsamen Runden mit Hilfe eines externen, nicht der Union angehörigen Chefberaters (Michael Spreng) gemanagt wurde. Es wurde eine gemeinsame Kampagnenstruktur von CDU und CSU aufgebaut, die im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin gebündelt wurde. Die beiden Parteizentralen sowie das Stoiber-Team als kleiner Beraterkreis arbeiteten zusammen und ihre Aktivitäten wurden effektiv gebündelt. "Die strukturelle Zusammenarbeit von CDU und CSU wird weit über den Wahltag hinaus Bedeutung haben."97 Innenpolitisch gab die Krise in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt Rückenwind für die Kampagne bis zum Schluss und führte zu teilweise hohen Vorsprüngen in den Umfragen, die erst durch die Oderflut zurückgingen. Die Außenpolitik hätte insgesamt kaum eine Rolle gespielt, wenn nicht die Irak-Krise (neben der Flut) dem als Person weitaus populäreren Kanzler Schröder in letzter Minute die Möglichkeit zur Profilierung als Sympathieträger und Friedenskanzler gegeben hätte.

Siehe Röseler, Oliver: Wahlkampforganisation der CDU/CSU. Union wie noch nie, in: Kampagne! 2. Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, hrsg. von Marco Althaus und Vito Cecere, Münster 2003, S.199-211, hier S.200.

<sup>&</sup>lt;sup>97</sup> Ebd., S.211.

Wie schon 1980 schnitt auch die CSU 2002 mit ihrem bayerischen Spitzenkandidaten besser ab als die Union insgesamt. Die 38,5% bundesweit entsprachen insgesamt einem Zuwachs von 3,4 Prozentpunkten, zu dem die CDU 1,1 Punkte beitrug und die CSU 2,3. In Bayern erzielte die CSU 58,6%, ein Zuwachs von 10,9 Prozentpunkten gegenüber der letzten Bundestagswahl. Die CSU konnte so 58 statt bisher 47 Abgeordnete in den Bundestag entsenden, darunter viele junge Listenkandidaten, die ihr Mandat dem guten Stoiber-Resultat verdankten. Innerhalb der CSU hat dieses Ergebnis die Position Edmund Stoibers erneut klar gestärkt.

Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2002 hatte aber auch deutliche regionale Ungleichgewichte: In den neuen Bundesländern konnte die CDU schwächere Zugewinne erzielen als im Westen. In den nördlichen Bundesländern war der Zugewinn ebenfalls geringer als im Süden; in den beiden Stadtstaaten verlor die CDU sogar leicht. Überzeugende Gewinne holte die Union nur in Süddeutschland, besonders in Bayern.<sup>98</sup>

Insgesamt konnte die CSU die Wahl im historischen Kontext also durchaus als Erfolg sehen. Bei beiden Wahlen kamen großartige Ergebnisse der CSU in Bayern zustande, aber nicht unbedingt solche der CDU im Rest des Landes. Die CSU hat die Wahl gewonnen, die Union hat sie verloren. Die Schwäche der CDU im Rest Deutschlands bei diesen Bundestagswahlen mit bayerischem Spitzenkandidaten war 2002 weitaus stärker strukturell bedingt als 1980, da sich das Ergebnis in den neuen Bundesländern negativ auswirkte. Beide Kandidaturen waren letztlich gegen den gesamten kulturellen, über die Medien verstärkten Mainstream nicht erfolgreich zu Ende zu bringen. Manche Wahlforscher gehen davon aus, dass in Deutschland ein Bayer als Bundeskanzler nicht gewählt werden kann, wenn er als Unionskandidat auftritt. Wenn dies zutrifft, dann waren diese Effekte 2002 noch stärker als 1980 wirksam. Außerdem hat Stoibers Kandidatur eher eine mobilisierende Wirkung bei Männern und älteren Wählern gehabt. Ob dies aber weitergehende Rückschlüsse auf die Mobilisierungsbereitschaft bestimmter Milieus durch die Parteien zulässt, ist umstritten.99

Beide Kandidaturen haben kurzfristig und auch mittelfristig die Schlagkraft der Union in Deutschland erhöht. Insbesondere 2002 fand sie in einer für die CDU äußerst schwierigen Phase statt (erste Legislaturperiode nach der Ära Kohl, Spendenaffäre, Angst vor Irak-Krieg). Bei dieser Wahl gezeigt zu haben, dass die Abwahl einer Bundesregierung nach nur vier Jahren nicht nur theoretisch möglich ist, sondern ein durchaus realistisches

Siehe zum Wahlergebnis Jung, Helmut: Analyse der Bundestagswahl 2002, in: Politische Studien 387/2003, S.21-33.

<sup>&</sup>lt;sup>99</sup> Ebd., S.31.

Szenario sein kann, ist ein wichtiges Resultat dieser Wahl. <sup>100</sup> Im Gegensatz zu 1980 gab es auch seitens der CDU oder der FDP keine ernsthaften Folgerungen, mit einem anderen Kandidaten wäre ein besseres Ergebnis zu holen gewesen. Insbesondere der CDU war klar, dass diese Wahl eine enorme Konsolidierung für die Union insgesamt gebracht hat. Der CSU hat diese Kandidatur für ihre Position in Bayern deutliche Vorteile gebracht, was sich insbesondere bei den folgenden Landtagswahlen zeigen sollte. Beide Kandidaten spielten nach der Kandidatur weiterhin eine tragende Rolle in der CSU und der Union, die bei Strauß bis zu seinem Tod anhielt.

# Nach der Bundestagswahl 2002: die CSU in einer historischen Stärkephase

Stoibers Position in der CSU war trotz der Wahlniederlage gefestigt. "Wieder einmal hatte sich erwiesen, wie zuverlässig seine Person für Wahlsiege der CSU sorgen konnte. Sein Führungsstil war für die CSU in Bayern weiterhin ein entscheidendes Element seines Erfolges."<sup>101</sup> Der bundespolitische Anspruch wurde weiterhin untermauert. Noch im November 2002 wurde nach einer Klausurtagung des bayerischen Kabinetts ein "Kontrastprogramm zu Rot-Grün in Berlin" für Bayern angekündigt. Anlässlich der Debatte um die "Agenda 2010" im Bundestag im März 2003 stellte Stoiber Eckpunkte eines "Sanierungsplans für Deutschland" vor, womit er erneut seine Ansprüche unterstrich. Allerdings führte dies bereits zu ersten Konflikten mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Horst Seehofer, der die soziale Balance bei einigen Punkten des ursprünglichen Vorstandsentwurfes gefährdet sah.<sup>102</sup>

Der Wahlkampf für die bayerische Landtagswahl am 21. September 2003 war erneut zu großen Teilen gegen die Bundesregierung gerichtet. "Der CSU gelang es wieder, gegen die SPD-Bundesregierung zu mobilisieren und eine Solidarisierung der Bayern mit ihrem knapp gescheiterten Kanzlerkandidaten zu erreichen."<sup>103</sup> Das Ergebnis war beeindruckend: Die CSU errang 60,7% der gültigen Gesamtstimmen und holte zwei Drittel der Mandate im Bayerischen Landtag. Nur 1974 hatte die CSU bei Landtagswahlen ein noch besseres Resultat erreicht, aber selbst damals kam sie nicht zu einer Zweidrittelmehrheit der Mandate. Auch wenn das eher von symbolischer als von praktischer Bedeutung sein dürfte, unterstrich dies nur den historischen Charakter dieser Wahl. Die Opposition wurde erneut vernichtend geschlagen: Die SPD erreichte mit 19,6% ihr schlechtestes Ergebnis nach dem Krieg und selbst mit den Zuwächsen der Grünen

<sup>&</sup>lt;sup>100</sup> Ebd., S.32.

<sup>&</sup>lt;sup>101</sup> Kießling: Die CSU, S.327.

<sup>&</sup>lt;sup>102</sup> Ebd., S.330.

<sup>&</sup>lt;sup>103</sup> Ebd., S.331.

war der Abstand der CSU zu SPD und Grünen auf Rekordhöhe gestiegen. Die 27,4%, die das rot-grüne Lager zusammen bekamen, waren immer noch 33,3% weniger als das Ergebnis der CSU. Von den anderen Parteien kam keine in den Landtag. Eindrucksvoller kann ein Vertrauensbeweis für die Regierung bei einer demokratischen Wahl kaum ausfallen.

Die Landtagswahl war auch keineswegs eine Ersatz-Bundestagswahl: Für die klare Mehrheit der Wähler war die Landespolitik wahlentscheidend (53% laut Infratest Dimap; 55% laut Forschungsgruppe Wahlen), die Bundespolitik war hingegen nur für eine nennenswerte Minderheit wichtiger (32% laut Infratest Dimap; aber 41% laut Forschungsgruppe Wahlen). 104 Und die Bewertung der Landespolitik und der Regierungspartei war deutlich: Auf der Skala von +5 bis -5 wurde die CSU bei 2,4 (deutlich über der Bundes-CDU mit 1,5) eingeordnet und damit weit besser als die SPD im Land (-0,5) und im Bund (-0,4). Als Regierungspartei waren die Werte für die CSU mit 1,8 ebenfalls klar besser als für die SPD mit -0,2 und die Grünen mit -0,6.105 Die Ergebnisse für die CSU waren hier nochmals um 0,2 Punkte höher als bei der letzten Landtagswahl 1998 – möglicherweise auch ein Indiz dafür, dass der Wähler nicht nur einen Denkzettel für die Bundesregierung ausstellen, sondern durchaus die Ergebnisse der Regierungspolitik in Bayern honorieren wollte. Die wirtschaftliche Situation in Bayern wurde zwar schlechter als bei der letzten Landtagswahl gesehen, aber 71% der Wähler bewerteten sie besser als in den anderen alten Bundesländern. 106 Mit der Staatsregierung waren 65% der Wähler zufrieden - 9% mehr als 1998. Zwei Drittel der Wähler sagten zugleich, eine SPD-geführte Staatsregierung wäre nicht in der Lage, die Aufgaben und Probleme besser zu lösen. 107

Zugleich unterstreicht dies die Stärke der CSU. Die Wahlanalyse von Infratest Dimap belegte eindrucksvoll die Kraft des Markennamens CSU – eine politische Trademark, die stark positiv besetzt war und sich deutlich von allen Konkurrenten abhob. So wurde die lange Alleinregierung der CSU durchaus gewürdigt: 82% sagten, dies war eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Stärke Bayerns und hat das politische Gewicht Bayerns in Deutschland gestärkt. Nicht einmal ein Drittel wollte dies als schädlich für die Demokratie in Bayern erkennen und sogar die mögliche (und von der Opposition im Wahlkampf zuletzt als Schreckensvision beklagte) Zwei-Drittel-Mehrheit der CSU wollten nur 41% als schädlich für die De-

Infratest Dimap Wahlreport: Die Landtagswahl in Bayern vom 21.9.2003, Berlin, November 2003, S.91; Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 21.9.2003, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr.113, Mannheim 2003, S.23.

<sup>&</sup>lt;sup>105</sup> Forschungsgruppe Wahlen, ebd., S.23f.

<sup>&</sup>lt;sup>106</sup> Infratest Dimap Wahlreport, ebd., S.70.

<sup>&</sup>lt;sup>107</sup> Ebd., S.72f.

mokratie in Bayern sehen.<sup>108</sup> Mit der CSU zufrieden oder sehr zufrieden waren 70% der Wähler; unter den Anhängern der CSU sogar 97%. Mit SPD und Grünen waren nur ein Drittel der Wähler zufrieden; die SPD erreichte auch bei den eigenen Anhängern nur 83%.<sup>109</sup>

Und dann war da noch der Spitzenkandidat: Die Beobachter waren sich einig, dass Edmund Stoiber bei der Wahlentscheidung eine überragende Rolle gespielt hatte. Insgesamt sagten 43% der Wähler, die Lösungsvorschläge zu Sachfragen hätten den entscheidenden Einfluss bei der Wahl gehabt. Zugleich war für 28% der Spitzenkandidat der Partei und für 22% die langfristige Parteibindung der ausschlaggebende Faktor. Bei den CSU-Wählern waren auch für 39% die Sachthemen entscheidend, aber immerhin für 36% der Spitzenkandidat der CSU – deutlicher Ausdruck eines "Stoiber-Bonus" für die Wahlentscheidung. Laut Infratest Dimap war dies der höchste seit 2000 gemessene Wert für einen Unions-Spitzenkandidaten in den eigenen Reihen. 110 Auch für die Forschungsgruppe Wahlen war dieser Bonus deutlich: 80% der Wähler und 97% der CSU-Anhänger waren der Meinung, Stoiber habe seine Sache eher gut gemacht. Gleichzeitig waren drei Viertel der Wähler nicht der Meinung, er vernachlässige die Landespolitik. Die Rollen als Landesvater und Bundespolitiker konnte Stoiber in den Augen der Wähler also ohne Probleme vereinen. Daher ist es nur konsequent, wenn einerseits 78% der Wähler und 95% der CSU-Anhänger Stoiber als Ministerpräsidenten bis 2008 behalten wollen, sich ihn aber 42% der Wähler und 51% der CSU-Anhänger auch als Kanzlerkandidat 2006 vorstellen können.<sup>111</sup> Edmund Stoiber wurde damals in Bayern also mehr denn je als Politiker mit großen Kompetenz- und Sympathiewerten gesehen, der für jede Aufgabe vorstellbar war. So wurde er schon wenige Tage nach der Landtagswahl in bundesweiten Umfragen im direkten Vergleich erstmals besser als der Bundeskanzler bewertet. 112 Außerdem ergab eine "Politbarometer"-Umfrage kurz nach der Landtagswahl, dass die Mehrheit der Bundesbürger (52%) glaubte, Stoiber habe am meisten Einfluss in der CDU/CSU, von Angela Merkel glaubten dies 29% und von Roland Koch 9%. 113 Dennoch war unübersehbar, dass sich bei der CDU die Kräfte mehrten, die eine erneute Spitzenkandidatur Stoibers nicht mehr akzeptieren würden. Ein relativ kühler Empfang Stoibers auf

<sup>&</sup>lt;sup>108</sup> Ebd., S.77.

<sup>&</sup>lt;sup>109</sup> Ebd., S.81.

<sup>&</sup>lt;sup>110</sup> Ebd., S.45.

<sup>111</sup> Ebd., S.94.

So ergab eine Umfrage von Infratest Dimap Anfang Oktober bei der Frage nach dem gewünschten Kanzler erstmals eine Mehrheit von 47% für Edmund Stoiber gegenüber 37% für Gerhard Schröder. Siehe: Stoiber liegt erstmals vor dem Kanzler, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 4.10.2003.

<sup>&</sup>lt;sup>113</sup> Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Oktober I/2003.

dem Leipziger CDU-Parteitag Anfang Dezember 2003 wurde in der Presse als Indikator für eine gewisse Entfremdung gewertet.<sup>114</sup>

Den überzeugenden Wahlsieg der bayerischen Landtagswahl nutzte Edmund Stoiber sofort dazu, ein ebenso überraschendes wie umfassendes Reformprogramm für den Freistaat anzukündigen. Das neue Kabinett solle eine "Doppelstrategie aus Sparen und Innovation" umsetzen. So sollten etwa zehn Prozent aller staatlichen Ausgaben für das kommende Jahr eingespart werden. Zugleich sollten die Staatsverwaltung durch Abbau von Ämtern reformiert und bis zu 12.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut werden. Die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst sollte auf 42 Stunden erhöht und die gymnasiale Schulzeit um ein Jahr verkürzt werden. Trotz des Sparkurses, der für das Jahr 2006 einen Haushalt ohne Neuverschuldung zum Ziel hatte, sollte in bestimmten Politikfeldern wie Bildung, Forschung oder Familien mehr investiert werden. 115 Stoiber kündigte an, im Jahr 2004 sollen Reformen des Steuer- und des Rentensystems angegangen werden. Auch eine grundlegende Reform der bundesstaatlichen Ordnung solle unternommen werden. 116 Für diese Föderalismusreform übernahm er zusammen mit Franz Müntefering, der kurz darauf SPD-Vorsitzender werden sollte, als Kommissionsvorsitzender eine besondere Verantwortung. Zu Beginn des Jahres legte Stoiber ein "Konzept 21 für eine große Steuerreform" vor, das sich zum Teil von den Vorschlägen der CDU unterschied.

Ein Großteil der Reformen in Bayern führte zunächst zu großer Kritik. So fühlte sich die CSU-Landtagsfraktion anfangs nicht genügend eingebunden. Anlässlich der Klausurtagung der Fraktion in Wildbad Kreuth im Januar 2004 kam es sogar zu umfangreichen Demonstrationen, was es so noch nie gegeben hatte. Trotz Kritik aus der Landtagsfraktion war Stoiber nur zu teilweisen Zugeständnissen bereit, aber sein Ziel eines ausgeglichenen Haushalts für das Jahr 2006 wollte er nicht aufgeben. Zugleich unterstrichen Umfragen, dass die Bevölkerung diesen Kurs unterstützte. Eine Umfrage von "Infratest Dimap" vom Januar 2004 ergab, dass zwar eine Mehrheit der Bayern skeptisch war, ob die Einsparziele zu erreichen seien. Aber 58% hielten den Sparkurs der Staatsregierung für richtig. Bei der Sonntagsfrage kam die CSU auf 62%; die Oppositionsparteien konnten in Bayern kaum zulegen.<sup>117</sup>

<sup>114</sup> So zum Beispiel Rudel, Detlef: Nur 88 Sekunden Beifall. Kühler Empfang für Edmund Stoiber beim CDU-Parteitag, in: Münchner Merkur, 3.12.2003.

Schärfer, Albert: Stoiber spart und blickt auf Berlin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.10.2003.

<sup>&</sup>lt;sup>116</sup> Mehr Macht den Ländern, in: Welt am Sonntag, 21.12.2003, S.4.

<sup>&</sup>lt;sup>117</sup> Infratest Dimap, BayernTREND Januar 2004 (hier die Fassung von www.br-online.de).

Dieser große Rückhalt in Bavern erleichterte die weiteren Vorstöße für eigene Reformvorschläge für Berlin. Dabei legte Stoiber großen Wert auf ein schnelles Vorgehen. In einem Interview vom 10. Februar 2004 kündigte er an, am 7. März zusammen mit der CDU eine Alternative zum "rot-grünen Regierungschaos" vorzulegen. Anlässlich der Aufgabe des Parteivorsitzes der SPD durch Gerhard Schröder sagte Stoiber: "Schröder ist 2006 nicht mehr Kanzler."118 Gleichzeitig macht er auch nach Ausarbeitung der genauen Einsparliste für Bayern deutlich, dass sein Sparkurs ohne Pause fortgeführt werde. 119 Seinen Reformkurs in Bayern wollte er als Vorbild für eine "nationale Kraftanstrengung" präsentieren. 120 Im anhaltenden Prozess der Formulierung eines gemeinsamen Programmes der Union zeigte Stoiber weiterhin Eigenständigkeit. Es kann nicht überraschen, dass diese Debatten in den Medien immer wieder unter dem Aspekt der ungelösten K-Frage diskutiert wurden. Für die Öffentlichkeit war diese Frage aber noch nicht entschieden: In Umfragen sprachen sich immer wieder Mehrheiten für Stoiber statt Merkel als künftigen Kanzlerkandidaten aus.121

Die Europawahl vom 13. Juni 2004 sollte laut Stoiber zur "Denkzettel-Wahl" für Rot-Grün werden. Dies ist im bundesweiten Ergebnis auch gelungen. In Bayern stürzte die SPD auf einen Rekordtiefwert von 15,3% ab. während die Grünen sich auf 11,7% verbessern und in einigen Regionen sogar die SPD überholen konnten. Die Wahlbeteiligung sank dabei mit 39,7% auf einen Tiefstwert. Allerdings musste auch die CSU einen Rückgang von 64% auf 57,4% hinnehmen – das entsprach einem Verlust von über 476.000 Stimmen -, der allerdings angesichts des generellen Charakters von Europawahlen als Neben- und Protestwahlen verkraftbar war. Angesichts des bundesweiten Resultats, das für die Bundesregierung in der Tat ein Protestsignal war, hatte das bayerische Ergebnis für die CSU nur eingeschränkte Bedeutung. Bei einer erneuten Umfrage im Juli 2004 zeigten sich leichte Rückgänge auch bei der Sonntagsfrage: Laut "Infratest Dimap" würde die CSU bei einer Landtagswahl von 62% auf 58% zurückgehen. Allerdings ging auch die SPD um 2% auf 17% zurück, die Grünen würden auf 12% zulegen. Auch bei den Sympathiewerten fiel Edmund Stoiber erstmals deutlich zurück, aber erneut erklärten 59% der Befragten

<sup>&</sup>quot;Schröder ist 2006 nicht mehr Kanzler." CSU-Chef Stoiber hält die Bundesregierung für gescheitert, in: Die Welt, 10.2.2004.

Wir muten niemandem zu viel zu, in: Süddeutsche Zeitung, 20.3.2004.

Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung, in: Passauer Neue Presse, 8.4.2004.

Unionswähler wollen Stoiber als Kanzlerkandidaten, in: Bild am Sonntag, 18.4.2004. Nach der dort zitierten Forsa-Umfrage wollten 72% der CSU-Wähler und 46% der CDU-Wähler Stoiber als Spitzenkandidaten. Für Angela Merkel sprachen sich 19% der CSU-Wähler und 42% der CDU-Wähler aus.

den Sparkurs der Staatsregierung für richtig. 122 Wenig später warnte Stoiber auch vor übertriebener Hoffnung bei der Opposition in Berlin: Intern warnte er, die Union müsse die gesamte Bandbreite des bürgerlichen Lagers ansprechen, denn man habe es mit Schröder und Fischer "nicht mit Leichtmatrosen" zu tun. 123

Im Herbst 2004 zeichnete sich allerdings immer mehr ab, dass es insbesondere im Bereich der Sozialpolitik umstrittene Vorschläge gab, die angesichts der weitgehenden Konzepte der CDU in der CSU nicht ohne Weiteres durchzusetzen waren. 124 Auch nach einem Gesundheitsgipfel mit der CDU konnte keine Einigung erzielt werden. Stoiber lehnte insbesondere die von der CDU geforderte Kopfpauschale ab. 125 Horst Seehofer präsentierte sich in der Folge als schärfster Kritiker des Gesundheitsmodells der CDU. Dieser Konflikt sollte sich bis zum Parteitag am 19./20. November 2004 hinziehen und dort sogar eskalieren. Zwar war im umfangreichen Leitantrag nichts umstritten – außer der nur schwer vermittelbare Gesundheitskompromiss, auf den sich die Führungen von CDU und CSU kurz zuvor geeinigt hatten. Seehofer, der persönlich dem Parteitag fernblieb, wollte diesen Kompromiss nicht mittragen und gab sein Amt als gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion auf, blieb aber stellvertretender Parteivorsitzender. Mitstreiter aus der CSA organisierten bei der Abstimmung eine lebhafte Debatte und nennenswerte Gegenstimmen – bei CSU-Parteitagen war dies angesichts im Vorfeld abgestimmter Vorstandsvorlagen sonst nicht üblich.

Zumindest optisch war durch diesen Konflikt ein Teil der Wirkung der bayerischen Reformvorschläge beschädigt worden. Gerade die CSU, die ansonsten in den Umfragen stets als sehr geschlossene Partei galt, demonstrierte öffentlich Dissens. Dadurch wurde auch der Glanz Stoibers als umfassender Reformer etwas getrübt, zumal auch in der Partei durch die Umsetzung der Reformen (etwa bei der Verwaltungsreform) Reibungen nicht ausblieben. Hinzu kam das Scheitern der Bundesstaatskommission zur Reform des Föderalismus kurz vor Weihnachten 2004, womit ein spektakuläres Reformvorhaben unter führender Beteiligung Stoibers demonstrativ nicht vorankam. Als auch Meinungsumfragen rückläufige Zustimmung zur Union vermeldeten, betonte die CSU-Führung verstärkt die Notwendigkeit einer harmonischen Zusammenarbeit mit der CDU.

Infratest Dimap, BayernTrend, Juli 2004 (hier die Fassung von www.br-online.de).

Bild, 4.8.2004. Die Behauptung, Stoiber habe den Begriff "Leichtmatrosen" auf Merkel und Westerwelle gemünzt verwendet, wurde später mehrfach dementiert.

<sup>124</sup> Ichlinge gegen Alte – die CSU ringt um ihre Sozialpolitik, in: Süddeutsche Zeitung, 25.9.2004.

Niemand will eine Kopfpauschale, in: Focus, 4.10.2004.

Auf der Klausurtagung der Landesgruppe in Wildbad Kreuth Anfang 2005 glättete Stoiber die Wogen mit seiner Forderung: "2005 ist das Jahr, in dem Geschlossenheit absoluten Vorrang hat." Kurz zuvor hatte der Vorsitzende der Landesgruppe Michael Glos noch mehr Teamfähigkeit bei Angela Merkel angemahnt.<sup>126</sup> Trotz der schlechteren Stimmungslage büßte die CSU in Umfragen aber nur wenig Zuspruch ein: Laut Infratest Dimap vom Januar 2005 hielten nach wie vor 62% der Bayern den Sparkurs der Staatsregierung für richtig. Bei der Sonntagsfrage verlor die CSU leicht auf 56%, die SPD konnte auf 22% zulegen, während die Grünen auf 10% sanken. Auch Stoibers persönliche Sympathiewerte hatten sich leicht verbessert. Nach wie vor hielten ihn in Bayern deutlich mehr Befragte für den besseren Kanzlerkandidaten als Angela Merkel.<sup>127</sup> Als diese Zahlen während der Klausurtagung der Landtagsfraktion bekannt wurden, wurden sie als "überragend freudig erregt" aufgenommen.<sup>128</sup>

Zu Beginn des Jahres 2005 hatten sich CSU und CDU - zumindest formal - in zentralen Politikfeldern auf Strukturen einer gemeinsamen Regierungspolitik geeinigt. Nach den Wahlerfolgen der CDU in den vorigen Jahren mussten die beiden kommenden Landtagswahlen Aufschluss darüber geben, ob die schlechteren Umfragewerte nur eine konjunkturelle Delle waren oder ob sich strukturelle Probleme in der Machtarchitektur der Oppositionsparteien zeigten, die eine neue Strategie erforderten. Die Landtagswahl in Schleswig Holstein - erst recht die überraschende Bildung einer Großen Koalition dort – und insbesondere die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hatten die Frage beantwortet. Damit war die Konstellation für die Bundestagswahlen mit Angela Merkel als Spitzenkandidatin nicht mehr revidierbar: Nur wenige Tage nach der Landtagswahl in NRW und der Ankündigung Gerhard Schröders, vorzeitige Neuwahlen anzustreben, wurde sie am 30. Mai 2005 in der CDU-Parteizentrale von den Spitzen von CDU und CSU offiziell in dieser Funktion vorgestellt. Die verbesserte Stimmung zugunsten der Unionsparteien wirkte sich schon im Frühjahr auch wieder zugunsten der CSU aus: In der Presse kursierte eine Umfrage, wonach die CSU im April trotz der Querelen um die Kultusministerin Hohlmeier bei Landtagswahlen 59% und bei Bundestagswahlen 57% erhalten würde. 129 Damit ging auch die Sorge zahlreicher Berliner Mandatsträger zurück, im Falle eines deutlich schlechteren Wahlergebnisses als 2002 wieder aus dem Bundestag ausscheiden zu müssen, was sich wiederum positiv auf die innerparteiliche Stimmung ausgewirkt haben dürfte. Ob und in welcher Funktion Edmund Stoiber nach

<sup>&</sup>lt;sup>126</sup> Bayerische Rebellen, in: Der Spiegel, 10.1.2005.

<sup>127</sup> Infratest Dimap, BayernTrend, Januar 2005 (hier die Fassung von www.br-online.de).

<sup>&</sup>lt;sup>128</sup> Jubel der Erleichterung in der CSU, in: Augsburger Allgemeine, 13.1.2005.

Hohlmeier geht, ihr Ausschuss bleibt, in: Straubinger Tagblatt, 20.4.2005.

Berlin gehen würde, wollte dieser sich bis zum Wahltermin offenhalten. Auch inhaltlich kamen sich die Schwesterparteien bald wieder näher: Am 11. Juli 2005 wurde das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU vorgestellt. Darin hatte auch die CSU, deren zentraler Programmpunkt seit langem die Durchführung einer Steuerreform und Steuersenkungen gewesen war, einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zugestimmt, um den Vorwurf mangelnder Finanzierbarkeit des restlichen Programms zu entgehen. Außerdem konnten die Ministerpräsidenten durchsetzen, dass nicht der gesamte Ertrag dieser Erhöhung dem Bund zugeht, sondern zum Teil an die Länder fließt. 130 Die gute Stimmung spiegelte sich auch in neuen Umfragen im Sommer 2005 wider. Laut Infratest Dimap würde die CSU bei Landtagswahlen 59% bekommen und damit auf dem Niveau ihres Rekordergebnisses der Landtagswahl vom September 2003 verbleiben. Für die Bundestagswahlen wurde ihr 57% prognostiziert. 131

Die Bundestagswahl 2005 fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem die CSU einen Höhepunkt ihrer Bedeutung im deutschen Parteiensystem und Edmund Stoiber den Zenit seines Einflusses sowohl in der CSU wie in der Union erreicht hatten. Die CSU hatte unter Edmund Stoiber auf allen Ebenen Wahlergebnisse auf historischem Spitzenniveau erreicht. Eine Zweidrittelmehrheit der Mandate im Landtag hatte selbst Franz Josef Strauß nicht vorzuweisen. Die Befürchtung von 1989/90, die CSU werde nach Strauß im wiedervereinigten Deutschland marginalisiert, hatte sich in Nichts aufgelöst. Quantitativ und qualitativ war die Position der CSU im deutschen Parteiensystem mindestens so stark wie in den 70er- und 80er-Jahren.

#### 1.4.3 **Die FDP**

#### Krise und Prozesse der Selbstfindung nach der Bundestagswahl 1998

Für die FDP bedeutete die Bundestagswahl 1998 ebenfalls einen tiefen Einschnitt in ihre jüngere Parteigeschichte. Mit der Abwahl der Regierung Kohl verlor sie ihre Regierungsbeteiligung, womit sie gezwungen war, sich neu zu definieren, da sie als möglicher Regierungspartner der CDU und

Schäffer, Albert: CSU ist nicht mehr "Steuersenkungspartei", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.7.2005.

Infratest Dimap, BayernTrend, Juli 2005 (hier die Fassung von www.br-online. de). Für Bund wie Land wurden für SPD und Grüne zusammen 27% prognostiziert, die also gegenüber der CSU keinen Boden gutmachen konnten. Interessant ist, dass Linkspartei und Sonstige zusammen jeweils 10% erhalten würden; bei der Bundestagswahl wurden ihr in dieser Umfrage in Bayern 6% vorausgesagt. Zwei Wochen zuvor wurden bei einer Allensbach-Umfrage – bei allerdings kleinem Sample – der CSU sogar über 63% bei einer Bundestagswahl verkündet.

Helmut Kohls zu dieser Wahl angetreten war. Die 6,2% der Zweitstimmen, die sie bei dieser Wahl erreichte, bedeuteten zwar nur einen relativ geringen Verlust von 0,7% und brachten sie problemlos über die 5%-Hürde. Es bedeutete aber auch, dass sie von der Stimmenzahl her hinter die Grünen und hinter die CSU gefallen waren. Die FDP musste sich fragen, ob ihre historische Rolle als Funktionspartei noch adäquat war, die sie seit den 70er-Jahren angenommen hatte, nachdem sie ihre früheren Selbstpositionierungen als Milieupartei in den 50ern oder Reformpartei in den 60er-Jahren nicht mehr einnehmen konnte. Die folgenden Wahlen unterstrichen die Notwendigkeit einer Neufindung: Nur bei der Landtagswahl in Hessen am 7. Februar 1999 kam sie knapp über die 5%-Hürde, bei allen anderen sieben Landtagswahlen des Jahres 1999 schaffte sie nicht den Einzug ins Parlament; bei den Europawahlen landete sie bei 3%. Damit war offensichtlich, dass die FDP in eine tiefe Existenzkrise geraten war, die ihren Bestand im deutschen Parteiensystem gefährdete.

In dieser Situation versuchte die FDP eine Strategie der Verjüngung und Umorientierung: Mit der Wahl Guido Westerwelles zum Parteivorsitzenden im Mai 2001 begann eine Neupositionierung als "Spaßpartei", in der mit neuen Formen neue Wählerschichten angesprochen werden sollten. 133 Zusammen mit dem umtriebigen Jürgen Möllemann als Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen wurde dies zu einem zentralen Element der Parteistrategie, die schließlich kulminierte im Versuch, als "Projekt 18" das Wählerpotenzial zu verdoppeln und eine Art Volkspartei zu werden. Damit sollte auch eine allzu frühe und offene Festlegung auf eine Partei - speziell in einer strategischen Orientierung auf die Union - vermieden werden, um wieder als Koalitionspartner für die SPD (vielleicht sogar in einer "Ampel-Regierung") dienen zu können. Als Möllemann, einer der Hauptprotagonisten dieser Ausrichtung, bei der Landtagswahl in NRW am 14. Mai 2000 überraschend 9,8% der Stimmen holte, schien dies die Richtigkeit der Strategie zu bestätigen. "Aus einer langweiligen, von Wahlniederlagen gezeichneten Partei war eine Partei mit medialem Unterhaltungswert geworden. Was zunächst wie Autosuggestion ausgesehen hatte, sollte dann gar Züge einer self fulfilling-prophecy annehmen."<sup>134</sup> Auch in den folgenden Landtagswahlen bis zur Bundestagswahl 2002 kam die FDP stets über die 5%-Hürde und holte in Sachsen-Anhalt am 21. April 2002 sogar 13,3%. Auch die Mitgliedersituation hatte sich stabilisiert, sogar mit

Siehe hierzu Vorländer, Hans: Die Schattenpartei. Mit Erfolg aus dem Scheinwerferlicht verschwunden: Die FDP, in: Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, hrsg. von Hans Zehetmair, Wiesbaden 2004, S. 159-171.

Vorländer, Hans: Die FDP – eine Partei erfindet sich neu, in: Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, hrsg. von Tilman Mayer und Reinhard C. Meier-Walser, München 2002, S.102-112.

<sup>&</sup>lt;sup>134</sup> Vorländer: Die Schattenpartei, S.161.

einem Zuwachs an jüngeren Mitgliedern. Auf dieser Basis ging die FDP die Bundestagswahl 2002 mit gewachsenem Selbstbewusstsein an: Parteivorsitzender Westerwelle wurde als "Kanzlerkandidat" in die Wahl geschickt. In einer neuen Imagekampagne sollten "Fun" und "Event" als zentrale Elemente der Spaßpartei betont werden, wozu "unorthodoxe Formen medialer Selbstinszenierung"<sup>135</sup> Entscheidendes beitragen sollten. Hierzu gehörten der Auftritt Westerwelles im Big Brother-Container, bei Christiansen mit der gelben "18" unter den Schuhsohlen und die Wahlkampftouren im "Guidomobil". "Hinter dieser Inszenierung verschwand die programmatische Selbstverortung."<sup>136</sup> Kenner der Partei kritisierten das Verschwinden der liberalen Programmtradition hinter wenigen Schlagworten.<sup>137</sup> Hinzu kam, dass die FDP in ihrer Strategie der Eigenständigkeit jegliche Koalitionsfestlegung vermied und stattdessen "Partei für das ganze Volk" sein wollte. Das Bild der Kohl-FDP sollte verschwinden, die FDP sah sich "weder als Teil eines Lagers noch als Mehrheitsbeschaffer".<sup>138</sup>

Nachdem die FDP einige Monate in den Umfragen hervorragende Werte erzielte, erledigte sich diese Strategie im Frühjahr 2002 selber. Jürgen Möllemann setzte sich mit dubiosen Aktionen in seinem Landesverband ins Abseits. Vor allem die Aufnahme eines ehemaligen Grünen-Abgeordneten in die FDP-Fraktion führte zu großen Darstellungsproblemen, da in deren Umfeld antiisraelische und antisemitische Argumente instrumentalisiert wurden ("Karsli-Affäre"). Unabhängig davon, ob Möllemann dies bewusst als Strategie zur weiteren Stimmenmaximierung eingesetzt hat, hatte dies auf die Wahlkampfstrategie der FDP katastrophale Auswirkungen - der Spaßwahlkampf war "entzaubert". 139 Später wurde bekannt, dass Möllemann bei der Finanzierung einiger Aktionen gegen die Regelungen zur Parteienfinanzierung verstoßen hatte. Die Rückkehr der "harten" Themen gegen Ende des Wahlkampfes tat ein Übriges. Es wurde deutlich, dass "die Kampagnenführung, als Spaßpartei Alleinstellung und Eigenständigkeit zu demonstrieren, in eine strategische Sackgasse geführt hatte". 140 Besonders dramatisch war, dass dies den Erwartungen der Bevölkerung offensichtlich gar nicht entsprach: Über 60% der Wähler wie der FDP-Anhänger erwarteten von der FDP eine Koalitionsaussage, 60% ihrer Anhänger wollten eine Koalition mit der Union und mehr als zwei Drittel erwarteten eine solche. 141 Angesichts dieser Vorgeschichte war das Ergebnis der

<sup>&</sup>lt;sup>135</sup> Ebd., S.164.

<sup>136</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>137</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>138</sup> Ebd.

<sup>139</sup> Ebd., S.166.

<sup>140</sup> Ebd.

<sup>&</sup>lt;sup>141</sup> Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22.9.2002. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.108., S.31.

Bundestagswahl für die FDP noch erträglich ausgefallen. Zwar war man mit 7,4% klar hinter den Grünen und der CSU gelandet und wurde auch für die Regierungsbildung nicht gebraucht. "Damit musste die FDP nun wieder bei Null beginnen."<sup>142</sup> Auf der anderen Seite bedeutete das Resultat einen Zugewinn vor allem in Ostdeutschland und bei jüngeren Wählerschichten. Dies könnte zur Folge gehabt haben, dass die FDP vom Image einer "Partei der Besserverdienenden" abrücken konnte. 143 Damit hätte die FDP eine gewisse Konsolidierung auf dem Wählermarkt erreicht. 144 Allerdings ist das Bild bei den Landtagswahlen gemischt: Einerseits konnte sie Erfolge verzeichnen wie in Niedersachsen am 2. Februar 2003, wo sie überraschend Regierungspartei wurde, oder in Hessen am selben Tag. Der 13. Juni 2004 brachte ein gutes Ergebnis in Thüringen wie bei der Europawahl, wo sie wieder den Einzug ins Europaparlament schaffte. Andererseits verpasste sie in Bremen, Bayern und Hamburg den Einzug in die Landesparlamente. Am 2. September 2004 gelang ihr mit 5,2% nach zehn Jahren knapp der Einzug in den saarländischen Landtag. Am 19. September 2004 kam sie in Sachsen mit 5,9% in den Landtag, während sie in Brandenburg am selben Tag trotz Zugewinnen scheiterte.

## Nach Möllemann: Konsolidierung als Koalitionspartner der Union

Diese Entwicklung zur relativen Konsolidierung ist umso beachtlicher, wenn man sich die innere Entwicklung der FDP vor Augen hält. War schon der Kurs der Eigenständigkeit und der Spaßpartei-Wahlkampf umstritten, so eskalierten die Konflikte im Führungsbereich der FDP vor allem durch die Ansprüche und den Stil Jürgen Möllemanns, der schon 2002 mit dem Parteivorsitzenden Westerwelle kollidierte. Möllemann zog die FDP immer mehr in einen Strudel negativer Wahrnehmungen. Nachdem zusätzlich zu seinem provokanten Stil der politischen Auseinandersetzung auch Vorwürfe über dubiose Geschäftsbeziehungen bekannt wurden, gab Möllemann im Oktober 2002 den Vorsitz der Landtagsfraktion in Düsseldorf ab und trat im März 2003 aus der dortigen FDP-Fraktion aus. Am 5. Juni 2003 kam er bei einem Fallschirmabsturz, wahrscheinlich durch Selbstmord, ums Leben. Die FDP wirkte zunächst "wie gelähmt" und stellte jede kritische Diskussion über Strategie und Taktik der Partei zurück. Damit wurde auch eine neue Phase der Strategiediskussion ermög-

<sup>&</sup>lt;sup>142</sup> Vorländer: Die Schattenpartei, S.166.

<sup>&</sup>lt;sup>143</sup> Ebd., S.169.

<sup>&</sup>lt;sup>144</sup> So sieht das Vorländer: Die Schattenpartei, S.169.

Interessantes über Interna aus der FDP bei Goergen, Fritz: Skandal FDP. Selbstdarsteller und Geschäftemacher zerstören eine politische Idee, Köln 2004.

<sup>&</sup>lt;sup>146</sup> Vorländer: Die Schattenpartei, S.170.

licht. So fanden im November 2003 Gespräche zwischen den Spitzen von CDU, CSU und FDP zur Koordinierung des Vermittlungsverfahrens über Steuer- und Arbeitsmarktvorhaben der Regierung Schröder statt. Damit wurde demonstriert, dass sich die Parteien als Bündnispartner verstanden. Westerwelle hat bei diesen Gesprächen die FDP klar als Koalitionspartner der Union bezeichnet. 147 Auf dem Bundesparteitag in Dresden vom 5. und 6. Juni 2004 – ein Jahr nach Möllemanns Tod – wurde die Abkehr vom "Projekt 18" und der Spaßpartei nach außen demonstrativ betont. Gleichzeitig bedeutete dieser Parteitag sowie generell die Situation der Neuorientierung eine Rückkehr alter Führungspersönlichkeiten. Am meisten profitierte davon Wolfgang Gerhardt, der als wiedergewählter Fraktionsvorsitzender im Bundestag wieder zur "öffentlichen Repräsentationsfigur" der Partei wurde und sich auf dem Dresdner Parteitag vor der Europawahl als Außenpolitiker profilieren und an Popularität zulegen konnte. Westerwelle, der zunächst innerparteilich unter großem Druck stand, profitierte seinerseits davon, dass es ihm gelang, zusammen mit Angela Merkel Horst Köhler als Kandidaten für das Bundespräsidentenamt zu installieren. Die Wahl Köhlers bedeutete so auch die Rückkehr Westerwelles als "Powerbroker" auf der Berliner Bühne. 148

Die weiteren Wahlen bestätigten die Konsolidierung der FDP: In Schleswig-Holstein am 20. Februar 2005 kam sie zwar mit einem Verlust, aber mit 6,6% als drittstärkste Partei in den Landtag. In Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 holte sie in der ersten Nach-Möllemann-Wahl 6,2% und konnte damit als Juniorpartner der CDU die Regierung bilden. Kurz zuvor hatte die Partei auf ihrem Bundesparteitag in Köln auch ihre Führung neu aufgestellt und am 5. Mai 2005 anstelle der immer wieder kritisierten Generalsekretärin Cornelia Pieper den baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Dirk Niebel zum Generalsekretär gewählt. Der Vorsitzende Westerwelle ließ dabei an seiner Absicht, an der Seite der Union in den Wahlkampf zu ziehen und eine neue Regierung zu bilden, keinen Zweifel. Öffentlich unterstrichen wurde die Koalitionsaussage zugunsten der Union am 1. September 2005, als in Berlin ein "Wechselgipfel" mit den Parteivorsitzenden Merkel, Stoiber und Westerwelle durchgeführt wurde, auf dem die programmatischen Gemeinsamkeiten betont wurden. Als Letzte der Parteien führte die FDP noch am 11. September 2005 einen Bundesparteitag in Berlin durch, auf dem ihr Kompetenzteam vorgestellt wurde.

Die Ankündigung der Neuwahl des Bundestages traf die FDP also in einer deutlich besseren Verfassung als zwei Jahre zuvor. Bei Vermeidung wahlkampftechnischer Exzesse und der rechtzeitigen Positionierung als

Bannas, Günter: Schwarz-gelber Binnenwahlkampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.7.2005.

<sup>&</sup>lt;sup>148</sup> Vorländer: Die Schattenpartei, S.170.

potenzieller Juniorpartner der CDU in Berlin müsste die Ausgangslage der FDP für diese Bundestagswahlen besser sein als 2002. Der anstehende Reformbedarf für eine neue Bundesregierung erforderte großen inhaltlichen Konsens der Programmatik von Liberalen wie Union, was angesichts der inhaltlichen Positionierung beider Partner möglich war. Andererseits konnten die Liberalen insbesondere bei der Inneren Sicherheit, der Rechts- und Steuerpolitik einige Bereiche finden, in denen sie sich durch Betonung ihrer Differenzen zur Union profilieren konnten, was für den Wahlkampf eine gewisse Arbeitsteilung ermöglichte. Die demonstrative Ablehnung der Erhöhung der Mehrwertsteuer, wie sie die Union in ihr Wahlprogramm aufgenommen hatte, deutet in diese Richtung. So distanzierten sie sich gegen Ende des Wahlkampfes auch vom Steuerkonzept von Paul Kirchhof, der noch im Mai 2005 umjubelter Gast auf dem Bundesparteitag der FDP gewesen war. Auch die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung hatte die FDP zumindest auf dem Wechselgipfel nicht ins gemeinsame Papier aufgenommen. Für die CDU hingegen waren vor allem die wirtschaftspolitischen Forderungen der FDP wichtig, um sich gegen die Übernahme allzu großer sozialstaatskonservierender Forderungen aus dem eigenen Lager wehren zu können. 149

# 1.5 Nach der Bundestagswahl 2005: die Union in der Regierung, aber keine bürgerliche Mehrheit

Bis unmittelbar vor der Bundestagswahl am 18. September 2005 wurde der demoskopische Vorsprung in den Umfragen für CDU, CSU und FDP immer geringer. Einige Institute bezweifelten in den beiden letzten Wochen des Wahlkampfes sogar, dass eine Mehrheit für eine schwarz-gelbe Regierung erreichbar sei. Auf der anderen Seite war bei den meisten Demoskopen stets eine Mehrheit in der Bevölkerung messbar gewesen, die für eine neue Regierung eintrat. Dennoch war – trotz allen Unbehagens mit der rot-grünen Bundesregierung – schon Wochen vor dem Wahltermin deutlich, dass eine neue schwarz-gelbe Bundesregierung nicht von einer Woge der Euphorie ins Amt getragen werden würde. Mitte August 2005 sprach Renate Köcher von einer "Entscheidung voller Unbehagen": Die Wechselstimmung sei "nicht erwartungsvoll, sondern eher resignativ", 150 da eine große Mehrheit der Bevölkerung (bei ihrer Umfrage 69%) davon überzeugt war, dass sich eine neue Regierung ähnlich schwer tun würde, die ökonomischen und sozialen Probleme zu lösen. Deshalb ist es verständlich, dass Angela Merkel noch in der letzten Woche vor der

<sup>149</sup> Fehrle, Brigitte: Warum Merkel die FDP braucht, in: Berliner Zeitung, 18.7.2005, S.4.

Köcher, Renate: Entscheidung voller Unbehagen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.8.2005, S.5.

Wahl den von ihr entfremdeten Friedrich Merz in das engere Spitzenteam zurückholte, nachdem der von ihr durchgesetzte Steuerfachmann Paul Kirchhof als Schatten-Finanzminister in die Kritik geraten war. Die Union hatte im Schlussspurt offenbar noch Kompetenzwerte im Bereich Steuerpolitik und Altersvorsorge verloren, blieb aber in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit vorn.

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 18. September 2005 war eine Überraschung für alle Beobachter. Für die potenziellen neuen Regierungsparteien der bürgerlichen Mitte war es ein Schock. SPD und Bündnis 90/ Die Grünen verfehlten zwar klar die Mehrheit, aber die Union und die Liberalen konnten ihr Wahlziel einer eigenständigen Mehrheit auch nicht erreichen. CDU und CSU erzielten nur 35,2%, was angesichts der Erwartungen und der Umfragen bis kurz vor der Wahl schockierend niedrig und noch 3,3% weniger als bei der letzten Bundestagswahl war. Zwar konnte sich die FDP klar auf 9,8% verbessern, was aber für eine gemeinsame Mehrheit mit der Union auch zu wenig war. Die SPD erhielt 34,3% – ein Verlust von 4,3 % – und damit weniger als die Union. Dennoch leitete der Bundeskanzler aus diesem Ergebnis den Auftrag zur erneuten Regierungsbildung ab. Die Grünen verloren etwas auf 8,1%, was aber für eine rotgrüne Mehrheit zu wenig gewesen wäre. Die Linkspartei aus WASG und PDS erhielt 8,7%, aber auch die PDS allein wäre wegen ihrer drei Direktmandate in den Bundestag gekommen. Die CSU trug zu dem Ergebnis der Union auf Bundesebene 7,4% bei. Dies entsprach zwar erneut einem überdurchschnittlichen Resultat verglichen mit anderen Landesverbänden der CDU und lag etwa auf dem Niveau der Bundestagswahlen von 1990 und 1994. Dennoch war der Rückgang in Bayern von 58,6% auf 49,3% und von 58 Bundestagsmandaten auf 46 ein herber Verlust. Im Bundestag war ihr Anteil nunmehr geringer als der von FDP, Grünen oder Linkspartei. Zwar blieb der Anteil der Erststimmen für die CSU bei 55%, aber auch dies entsprach einem Verlust von 421.000 Stimmen. Bei den Zweitstimmen erhielt die CSU 820.000 Stimmen weniger als bei der letzten Bundestagswahl bei einer um 3,4% niedrigeren Wahlbeteiligung.

CDU und CSU zusammen verloren etwa 480.000 Erststimmen, aber 1.891.000 Zweitstimmen. Vieles dürfte der FDP zugutegekommen sein, die 1.080.000 Zweitstimmen zulegen konnte. Dieser Rückgang der Union war zwar kleiner als die Verluste von SPD (2.340.000 Zweitstimmen) und Grünen (284.000 Zweitstimmen), aber die enttäuschte Erwartung des Regierungswechsels ließ dies in der Öffentlichkeit in den Hintergrund treten.

Die regionale Verteilung des Ergebnisses war ähnlich wie 2002. Zum einen war ein klarer Nord-Süd-Gegensatz erkennbar: Die Union wurde nur in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen stärkste Partei. Zum anderen war der Ost-West-Gegensatz erneut hervor getreten: Kam

die Union in Westdeutschland auf 37,5%, so blieb sie im Osten bei 25,3% und landete damit hinter der SPD und der Linkspartei/PDS. Die FDP erzielte im Westen mit 10,2% ein überragendes, aber mit 7,9% im Osten ebenfalls ein achtbares Resultat. Damit hätten die Union und die FDP zusammen im Westen 47,7% und so eine Mehrheit zur Regierungsbildung im Bundestag gehabt. In den neuen Bundesländern hatten sie nur ein Drittel der Zweitstimmen erreicht, wodurch eine Mehrheit im gesamten Deutschland nicht möglich war. Rein rechnerisch hatten SPD, Grüne und PDS/Linkspartei im gesamten Wahlgebiet eine Mehrheit von 51,0% erzielt – der Wert lag im Osten sogar bei 60,9%, aber auch im Westen noch bei 48,8% und damit vor dem für Union und FDP. Beide Volksparteien zusammen hatten nur 69,4% erreicht (im Osten 55,7%, im Westen 72,6%); dies war der niedrigste Wert seit 1949. In Ostdeutschland lag die CDU mit 25,3% hinter der SPD und nur knapp vor der PDS/Linkspartei.

Die Bundestagswahl 2005 hat unterstrichen, dass die bürgerliche Mehrheit aus CDU, CSU und FDP zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs ein realistisches Szenario war. Die Union insgesamt hatte ihr drittschlechtestes Ergebnis seit 1949 erzielt. Ihr Resultat lag auf dem Niveau von 1998, aber diesmal war die Ausgangsposition vermeintlich weit günstiger gewesen. Davon war vor allem die CDU betroffen: Ihr Anteil bedeutete das zweitschlechteste Ergebnis seit 1949, während die CSU trotz des Verlustes einen Anteil etwa auf der Höhe des historischen Durchschnitts erzielte – immerhin lag der Wert der CSU auf Bundesebene höher als 1990, 1994 und 1998. In Bayern allerdings war es der viertschlechteste Wert der CSU seit 1949 bei Bundestagswahlen, während FDP, Grüne und PDS/Linkspartei ihre besten Werte erzielten. Allerdings blieb der Anteil der CSU-Abgeordneten an der Unionsfraktion im Bundestag auf einem guten Wert und lag ebenfalls höher als 1990, 1994 und 1998.

Die Analyse der Wählerwanderungen laut Infratest Dimap<sup>151</sup> zeigte für die Union ein durchaus durchwachsenes Ergebnis. Sie verlor insgesamt 1,64 Millionen Stimmen, davon fast eine Million (980.000) an die FDP. Zwar konnte sie aus dem Lager der SPD 490.000 Stimmen und von den Grünen 120.000 Stimmen holen, sie verlor aber noch 610.000 Stimmen an die Nichtwähler sowie 180.000 an die Linke und 120.000 an andere Parteien. Einem minimalen Gewinn von 30.000 aus neu Zugezogenen stand ein Verlust von 390.000 an den Generationenwechsel gegenüber – ein hoher, aber mittlerweile üblicher Tribut, den die Union an ihre Altersstruktur zu entrichten hatte. Die FDP, die unter anderem auch an die Nichtwähler 140.000 Stimmen verloren hatte, erzielte insgesamt einen beachtlichen Nettogewinn, der aber weder ihr noch dem bürgerlichen La-

Siehe Infratest Dimap Wahlreport: Wahl zum 16. Deutschen Bundestag, 18.9.2005, Berlin, November 2005.

ger weiterhelfen sollte. Der Austausch zwischen Union und FDP stellte 2005 die größte Wanderungsbewegung überhaupt dar. Dies war aber eine Wanderung innerhalb des Lagers und vergrößerte daher nicht die Anteile von Union und FDP insgesamt.

Die SPD verlor netto 1,58 Millionen Stimmen, darunter 490.000 an die Union, 590.000 an die Linke und 330.000 an die Nichtwähler. Auch die Grünen als Regierungspartei wurden abgestraft und verloren netto 330.000 Stimmen, vor allem an die Linke (210.000) und die Union (120.000). Die Hauptgewinner waren also FDP (netto plus 940.000) und Linke (plus 1.430.000). Der Gewinn der FDP war aber für ein schwarzgelbes Bündnis zu wenig und das gute Abschneiden der Linken war ein entscheidender Grund für die Bildung der Großen Koalition.

In den Altersgruppen verlor die Union am stärksten bei den jüngeren und am wenigsten bei den älteren Wählern. Aber auch bei den über 60-Jährigen war die Union mit 44% (Forschungsgruppe Wahlen: 43%) weit von der absoluten Mehrheit entfernt. Die Verluste waren insgesamt bei den Frauen geringer als bei den Männern, aber bei allen Altersgruppen (außer laut Infratest Dimap bei den 25- bis 34-Jährigen) blieben die Werte bei den Männern höher. Die FDP hingegen holte höhere Werte und bessere Zugewinne meist bei den Männern – und dort je mehr, desto höher das Lebensalter. Die SPD verlor über alle Altersgruppen mit Ausnahme der 18- bis 24-Jährigen. Die Grünen konnten nur bei den Frauen von 45 bis 59 Jahren einen Zuwachs erzielen. Die Linke erzielte bei Männern höhere Werte und Zugewinne als bei den Frauen. Laut Forschungsgruppe Wahlen lag die SPD bei allen Wählern unter 45 Jahren sowie zusätzlich den Frauen von 45 bis 59 Jahren vor der Union. 152 Die Union konnte also bei dieser Bundestagswahl - wie bei vielen anderen Wahlgängen auch - ihr strukturelles Defizit bei den Wählern in jüngeren und mittleren Jahren nicht grundlegend beheben.

In den Berufsgruppen verlor die Union laut Infratest Dimap vor allem bei den Arbeitern, Selbständigen und Arbeitslosen. Nur bei den Beamten konnte sie leichte Gewinne holen. Die SPD verlor hingegen am meisten bei Arbeitslosen, Beamten, Arbeitern und Rentnern und konnte lediglich bei den in Ausbildung Befindlichen leicht hinzugewinnen. Die Grünen konnten in keiner Berufsgruppe hinzugewinnen und mussten – außer bei Arbeitern und Rentnern auf allerdings niedrigem Niveau – überall Verluste hinnehmen. Die FDP konnte flächendeckend zulegen, überwiegend bei Selbständigen, Angestellten und Rentnern. Auch die Linke konnte überall gewinnen, am deutlichsten bei Arbeitslosen und Arbeitern. Laut

Siehe Forschungsgruppe Wahlen, Bericht Nr.122, Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 18.9.2005, Mannheim, September 2005.

Forschungsgruppe Wahlen lag die Union nur bei Rentnern, Landwirten, Selbständigen und Beamten vor der SPD. Die FDP holte bei den Selbständigen ein weit überdurchschnittliches Ergebnis; die Grünen schnitten bei Selbständigen und Beamten vergleichsweise gut ab. Die Union holte bei den Arbeitern aber nur 32% und den Angestellten 35% – damit wurden die Mobilisierungsdefizite soziologisch klar verortet.

Die Analyse der Bildungsstruktur unterstrich, dass die beiden Volksparteien am meisten bei den "kleinen Leuten" verloren hatten – dort verloren SPD und noch deutlicher CDU mit jeweils 5 Punkten überdurchschnittlich. Bei den niedrig und mittel Qualifizierten hingegen holte die Linke überdurchschnittliche Gewinne. Laut Forschungsgruppe Wahlen konnte die Union bei den Absolventen mit Mittlerer Reife und Hochschulstudium vor der SPD bleiben; bei den Hauptschulabsolventen holte sie wie die SPD 38%. Die FDP schnitt nur bei den Hauptschulabsolventen deutlich schlechter ab, während die Grünen wieder höhere Anteile mit wachsender formaler Bildung erzielten. Die Linke schnitt sowohl bei den Wählern mit Mittlerer Reife als auch den Hochschulabsolventen (allerdings nur über 35 Jahre) besonders gut ab.

Bei der Konfessionsverteilung verlor die Union in allen Bereichen etwa gleich viel; bei den Protestanten offenbar etwas stärker als bei den Katholiken oder den Sonstigen. In der letzten Gruppe hatte die SPD ihre größten Verluste und die Linke ihre größten Gewinne. Insgesamt blieb die Union laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Katholiken deutlich über-, bei den Protestanten und den Sonstigen leicht bzw. stark unterrepräsentiert.

Bei den Parteikompetenzen lag die Union in vielen Feldern vorn, aber möglicherweise nicht entscheidend genug, um einen kompletten Regierungswechsel zu bewerkstelligen. Laut Infratest Dimap hatte die Union deutlich Vorsprünge in den Bereichen Wirtschaftsstandort voranbringen, Arbeitsplätze, Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen sowie Sicherung des Wohlstands der Bürger. Aber schon bei der Bildungspolitik war der Vorsprung geringer und noch geringer bei der Steuerpolitik. Knappe Vorsprünge hatte die Union noch bei Schutz vor Terroranschlägen, Altersvorsorge, Gesundheitspolitik, Ausländer- und Asylpolitik und Familienpolitik. Die SPD war gleich stark oder stärker bei der Angleichung der Lebensbedingungen in Ost und West, der sozialen Gerechtigkeit und der Außenpolitik. In der Umweltpolitik lagen die Grünen mit großem Abstand vorn.

Die potenziellen Regierungsparteien CDU, CSU und FDP hatten bei dieser Bundestagswahl ihr entscheidendes Wahlziel, das Erreichen einer eigenständigen Mehrheit, nicht erreicht. Offenbar hatte der Verlust zwei zentrale Ursachen: Zum einen konnte die FDP aus verschiedenen Gründen

unerwartet viele Zweitstimmen auf sich abziehen. Diese blieben zwar dem bürgerlichen Lager insgesamt erhalten, konnten aber die Gesamtverluste nicht kompensieren. Zum anderen manifestierte sich bei der Wahl unübersehbar eine Protestwahl, was vor allem der Linkspartei zugutekam. Darunter, wie auch unter der Abwanderung der Wähler der Volksparteien ins Lager der Nichtwähler, litt zwar auch die SPD, aber der Erfolg der Linkspartei hat die Entstehung einer tragfähigen relativen Mehrheit für Union und FDP verhindert. Proteststimmen dürften auch die Ursache dafür gewesen sein, dass die NPD von 0,4% auf 1,6% zulegen konnte, dass fast alle anderen Kleinst- und Splitterparteien einen Zuwachs verbuchten und die Zahl der ungültigen Stimmen mit 1,6% ebenfalls sehr hoch war. Die Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung ließ sich also nicht in eine eigenständige Mehrheit für Schwarz-Gelb umwandeln.

Die generelle Unzufriedenheit in der deutschen Bevölkerung korrespondierte mit einer tiefen Verunsicherung über die notwendige Politik in der Zukunft. Diese wurde von der rot-grünen Bundesregierung geschickt im Wahlkampf auf die Pläne der Union fokussiert (Mehrwertsteuererhöhung, Abschaffung der Steuerfreiheit für Nacht- und Schichtarbeit, Abbau von betrieblicher Mitbestimmung etc.). Ein wesentlicher Teil dieser Verunsicherung wurde aber von der Union verstärkt oder sogar selbst erzeugt. Nach dieser Wahl stellen sich nicht nur personelle Fragen, sondern auch solche nach der grundlegenden strategischen Orientierung der Union für diese Wahl und die Zeit danach. Die Berufung des Steuerexperten Paul Kirchhof für das Kompetenzteam und als Schatten-Finanzminister wurde offenbar auch in den eigenen Reihen nicht als optimale Lösung interpretiert und teilweise offen kritisiert, zumal dessen Steuerkonzept einer 25%igen "flat tax" auch im Wahlprogramm von CDU und CSU nicht enthalten war. Die kurzfristige Aufnahme von Friedrich Merz ins Kompetenzteam im Zuge einer "Tandemlösung" mit Kirchhof kam zu spät und war als Versuch hektischer Krisenbewältigung unglaubwürdig. Die Wirkung des Fernsehduells der Spitzenkandidaten Merkel und Schröder wird umstritten bleiben, aber sicher haben einige Äußerungen und Auftritte von Spitzenpolitikern von CDU und CSU in den Medien kontraproduktiv gewirkt. Viele Wahlanalysen waren sich darin einig, dass der Wahlkampf der Union mit Angela Merkel als "gefühlter Kanzlerin" kontraproduktiv war. 153 Manche Analyse behauptet, die Union habe sich im Wahlkampf selbst geschlagen.<sup>154</sup>. Diese Bewertung würde aber bedeuten, dass schon

So Machnig, Matthias: Der Absturz der "gefühlten Kanzlerin". Wahlkampfanalyse 2005, in: Unentschieden. Die erzwungene Koalition, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2009, S.57-69.

Brettschneider, Frank: Misslungenes Kommunikationsmanagement: Wie sich die Union 2005 mit ihrem eigenen Wahlkampf geschlagen hat, in: Unentschieden. Die erzwungene Koalition, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2009, S.37-56, hier S.56.

2005 eine Wiederkehr der bürgerlichen Mehrheit durchaus möglich gewesen wäre – damit wären die Chancen für eine solche Mehrheit bei späteren Wahlen auch relativ hoch anzusetzen. Insgesamt zeigte sich jedoch 2005, dass die Wechselstimmung insgesamt zu schwach war und gegen Ende des Wahlkampfes rapide abnahm. Die Hoffnung, eine Regierungsübernahme durch CDU, CSU und FDP würde die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die eigene Situation nennenswert verbessern, konnte sich offenbar nicht bei einer breiten Masse der Bevölkerung festsetzen.

Vor dem Hintergrund des Ergebnisses der Bundestagswahl 2005 und der anschließenden Regierungsbildung war es nicht verwunderlich, dass viele Interpreten eine schwarz-gelbe Mehrheit für die Zukunft für ebenso schwierig zu bewerkstelligen sahen wie eine rot-grüne Koalition. 155 Daher wurde insbesondere seitens der großen Parteien erwartet, dass diese ihre Anstrengungen zur Bildung neuer Koalitionsoptionen verstärkten. Dies ist – mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichen Ergebnissen – auch passiert. Das "fluide Fünfparteiensystem" schien ja insbesondere die Koalitionsoptionen für die kleinen Parteien zu erhöhen und ihnen dabei weniger programmatische Neuorientierungen abzuverlangen als den großen Parteien. 156 Allerdings wurde in der Analyse der Bundestagswahl durchaus das strategische Dilemma der FDP hervorgehoben. Dennoch schien die FDP gut beraten zu sein, spätere Koalitionsavancen des damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Beck abzulehnen. So urteilte Hans Vorländer aus der Perspektive des Jahres 2008: "Es scheint, als dürfe die FDP, um ihre neu gewonnene programmatisch-politische Authentizität zu bewahren, keine Regierungsteilhabe außerhalb einer schwarz-gelben Koalitionsoption anstrengen."157 Diese Analyse stellt zu Recht die Tatsache in den Mittelpunkt, dass große wie kleine Parteien nur einen geringen und zeitlich limitierten und vor allem keineswegs beliebigen Spielraum haben, sich programmatisch neu zu positionieren. 158 Allerdings wurde dieses Argument bei manchem Analytiker der Bundestagswahl 2005 und deren Konsequenzen nicht entsprechend gewürdigt.

15

So etwa Jesse, Eckhard: Parteiensystem im Wandel? Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, koord. von Eckhard Jesse und Roland Sturm, München 2006, S.21-41, hier S.40f.

Siehe Niedermayer, Oskar: Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, hrsg. von Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2008, S.9-35, hier S.31.

Vorländer, Hans: Partei der Paradoxien. Die FDP nach der Bundestagswahl 2005, in: Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, hrsg. von Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2008, S.135-150, hier S.149f.

Ähnlich bei Jun, Uwe: Parteiensystem und Koalitionskonstellationen vor und nach der Bundestagswahl 2005, in: Die Bundestagswahl 2005. Analyse des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, hrsg. von Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer und Bernhard Weßels, Wiesbaden 2007, S.491-515, hier S.511.

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 war die Zeit für einen kompletten Regierungswechsel zu Schwarz-Gelb vielleicht noch nicht reif. Sie bot sich als bürgerlich-marktwirtschaftliche, für viele als "neoliberal" und zu marktradikal empfundene Alternative an. Die Große Koalition konnte somit ein Zwischenschritt sein: Die Union war wieder in der Regierung und musste nicht befürchten, wegen der Verlustängste der Normalbürger allzu sehr abgestraft zu werden. Außerdem versprach die Große Koalition wegen ihrer breiten Mehrheit politische Stabilität. Es war auch nicht von vornherein klar, welcher der Partner – und ob überhaupt einer – am Ende als Verlierer aus dieser Koalition herausgehen würde. <sup>159</sup> Unmittelbar nach der Bundestagswahl war offensichtlich, dass die Union so schnell nicht zu einem überdeutlichen Marktwirtschaftskurs ohne Betonung der sozialen Gerechtigkeit zurückkehren konnte. Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 und 2009 haben diesen Prozess nochmals beschleunigt.

Helms, Ludger: The Grand Koalition. Precedents and Prospects, in: Launching the Grand Koalition. The 2005 Bundestag Elections and the Future of German Politics, hrsg. von Eric Langenbacher, New York 2006, S.49-68.

### 2. Im Windschatten der Großen Koalition: die Landtagswahlen vom 26. März 2006 und die weitere Entwicklung des deutschen Parteiensystems

#### 2.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt vom 26. März 2006 waren der erste wichtige politische Stimmungstest für die Große Koalition in Berlin seit der Bundestagswahl vom 18. September 2005. Das Ergebnis dieser Wahlen konnte dabei ohne Zweifel als Bestätigung dieser Großen Koalition gesehen werden: In Baden-Württemberg legte die CDU zu, in Rheinland-Pfalz die SPD und in Sachsen-Anhalt wurde ebenfalls eine Große Koalition gebildet. Die jeweiligen Amtsinhaber wurden bestätigt, es gab keine Wechselstimmung – eine Protestwahl fand nicht statt. Bundespolitischen Gegenwind, der die Wiederwahl der Ministerpräsidenten gefährdet hätte, gab es nicht. Die landespolitischen Themen dominierten klar die bundespolitischen. Nach diesem Wahlsonntag konnte die Große Koalition ihre Arbeit in Ruhe fortführen.

In Baden-Württemberg erzielte die CDU 44,2% und damit nur unwesentlich weniger als bei der letzten Landtagswahl 2001 (-0,6%). Dazu reichte ein Resultat, das über 280.000 Stimmen weniger aufwies als zuletzt, da die Wahlbeteiligung nur noch bei 53,4% lag (gegenüber 62,6% 2001). Die FDP als Koalitionspartner konnte absolut und relativ Stimmen gewinnen und kam auf 10,7%. Die Grünen legten noch stärker zu und kamen auf ein Rekordergebnis von 11,7%, während die SPD deutlich von 33,3 auf 25,2% absackte; sie hatte mit über 512.000 Stimmen weniger den größten Verlust zu verkraften. Die WASG blieb mit 3,1% ebenso klar unter der 5%-Hürde wie die Republikaner mit 2,5%, die in den 90er-Jahren zweimal den Einzug in den Landtag geschafft hatten. Die Koalition aus CDU und FDP konnte mit ihren 69 bzw. 15 Sitzen von (insgesamt 139) bequem weiter regieren. Die CDU hatte sogar die absolute Mehrheit der Mandate nur knapp verpasst.

Siehe hierzu die Berichte von Infratest Dimap: Wahlreport Landtagswahl in Baden-Württemberg 26.3.2006, Berlin, Mai 2006; Wahlreport Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 26.3.2006, Berlin, Mai 2006; Wahlreport Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 26.3.2006, Berlin, Juni 2006. Ebenfalls die Berichte der Forschungsgruppe Wahlen: Bericht Nr.123, Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26.3.2006, Mannheim, März 2006; Bericht Nr.124, Wahl in Rheinland-Pfalz. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26.3.2006, Mannheim, März 2006; Bericht Nr.125, Wahl in Sachsen-Anhalt. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26.3.2006, Mannheim, März 2006.

In Rheinland-Pfalz holte die SPD mit 45,6% – ein knapper Zuwachs von 0,9% – die absolute Mehrheit der Mandate. Da nur drei Parteien in den Landtag kamen, reichte dieses Resultat für 53 von 101 Mandaten. Wie in Baden-Württemberg holte die größte Partei einen klaren Sieg trotz eines Rückgangs in den absoluten Stimmen, da die Wahlbeteiligung auf 58,2% (von 62,1% 2001) zurückgegangen war. Die CDU verlor erneut und erzielte mit 32,8% ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis. Die FDP wurde trotz eines leichten Zuwachses mit ihren 8,0% als Koalitionspartner im Land nicht mehr benötigt. Die Grünen erreichten nur 4,6% (nach 5,2% bei der letzten Landtagswahl) und fielen aus dem Landtag. Auch hier hatten WASG mit 2,5% sowie andere Kleinparteien keine Chance.

In Sachsen-Anhalt ging die Wahlbeteiligung noch dramatischer zurück als in den anderen Ländern – nur noch 44,4% gingen zur Wahl gegenüber 56,5% im Jahr 2002. Daher reichte auch der CDU trotz eines Rückgangs um 106.000 Stimmen ihr Resultat für ein Ergebnis von 36,2% (gegenüber 37,3% 2002). Damit blieb sie klar stärkste Partei vor der PDS/Linkspartei, die trotz eines geringen absoluten Stimmenverlustes ihren Anteil auf 24,1% ausbauen konnte (von 20,4% 2002). Die SPD erhöhte ebenfalls bei leicht rückläufigen absoluten Stimmen ihren Anteil auf 21,4% (nach 20,0% 2002). Die FDP verlor stark und kam nur noch auf 6,7% (nach 13,3% 2002). Die Grünen verpassten mit 3,6% (von 2,0% 2002) ebenso den Einzug in den Landtag wie die DVU mit 3,0%. Damit war die schwarzgelbe Mehrheit im Landtag verloren. Die CDU mit 40 Mandaten konnte jedoch problemlos mit der SPD 24 Mandate eine Regierung bilden (bei insgesamt 97 Mandaten).

#### 2.2 Bewertungen und Einzelaspekte

#### 2.2.1 Stabilisierung der großen Parteien

Aus der Sicht der Union hatte das Ergebnis dieser Landtagswahlen einige positive Aspekte. Die Regierungsmacht konnte in Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt gehalten werden. Ein Wahlsieg in Rheinland-Pfalz war bei den gegebenen Umständen im Land ohnehin kaum realistisch gewesen. Damit wurde die Große Koalition auch im Bundesrat gestärkt, da aller Voraussicht nach das Vetopotenzial der FDP gegen eine Zweidrittelmehrheit wegfallen dürfte.

Die großen Volksparteien könnten ihr Ergebnis außerdem als Stärkung ihrer Position interpretieren: Die Regierungsparteien wurden bestätigt und die kleineren Oppositionsparteien im Bund und in den Ländern nicht gestärkt (mit Ausnahme der Grünen in Baden-Württemberg, die aber keine realistische Chance auf eine Regierungsbeteiligung hatten). Radikale und

extremistische Parteien bekamen einen Dämpfer. Selbst das sehr hohe Ergebnis der PDS in Sachsen-Anhalt bleibt politisch bedeutungslos, da sie dort nicht in die Regierung kam.

Die Kehrseite dieser Stabilisierung war die deutlich gesunkene Wahlbeteiligung. Das bedeutete einen Rückzug einer großen Zahl von Wählern. Diese Landtagswahlen haben erneut die Mobilisierungsprobleme gerade der großen Parteien unterstrichen: Bezogen auf alle Wahlberechtigten haben in Rheinland-Pfalz nur 19% CDU gewählt, in Baden-Württemberg 23% und in Sachsen-Anhalt 16%. Noch dramatischer sind die Werte für die SPD: Von 100 Wahlberechtigten wählten in Rheinland-Pfalz 26% die Sozialdemokraten, in Baden-Württemberg 13% und in Sachsen-Anhalt 9%. Dies könnte sich für die Stabilität des Parteiensystems langfristig zum Problem entwickeln. Die Reservearmee von Nichtwählern könnte für Protestparteien aller Art interessant sein. Mittelfristig muss sich auch die Union darum bemühen, aus diesem Bereich wieder Stimmen zu gewinnen, um insgesamt mehrheitsfähig zu bleiben – diese Botschaft ließ sich aus verschiedenen Wahlen der letzten Jahre ableiten.

#### 2.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen

Auch die Wählerwanderungen (laut den Zahlen von Infratest Dimap) hatten sich teilweise den Gegebenheiten des Landes angepasst. So gewann die CDU in Baden-Württemberg bei einem Gesamtverlust von 281.000 Stimmen 38.000 von der SPD, verlor aber 63.000 an die FDP, 25.000 an die Grünen und 43.000 an andere. Deutlicher waren die restlichen Rückgänge: 77.000 Wähler, die das letzte Mal CDU gewählt hatten, gingen nicht zur Wahl und der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen kostete der CDU 99.000 Stimmen, der aus Zu- und Fortgezogenen 12.000 Stimmen.

In Rheinland-Pfalz verlor die CDU insgesamt 73.000 Stimmen, aber kaum an andere Parteien: An die SPD gingen 4.000, die Grünen 2.000 und Sonstigen 1.000, an die WASG gab sie 1.000 ab – das sind Minimalwerte, die kaum realistisch gemessen werden können. Auch hier verlor die CDU aber deutlich mit 29.000 Stimmen an die Nichtwähler. Die Zahl der Verstorbenen CDU-Wähler war um 46.000 höher als die der Erstwähler. Lediglich der Saldo aus Zu- und Fortzügen war mit 4.000 leicht positiv.

Auch in Sachsen-Anhalt sahen die Wählerwanderungen – mit den typischen Ostspezifika – ähnlich aus: Die CDU gab leicht an die anderen Parteien ab – 6.000 Stimmen an die PDS, 5.000 an die SPD, 2.000 an die Grünen und 3.000 an die DVU. Die meisten Stimmen verlor sie an die Nichtwähler (66.000), die Verstorbenen überstiegen die Erstwähler um 10.000 und die Fortzüge die Zuzüge um 16.000. Das könnte ein Indiz

dafür sein, dass in Ostdeutschland zwar die Abwanderung in die Nichtwahl sowie der Verlust potenzieller Unionswähler durch Wegzug ein eher größeres Problem als im Westen darstellt, dass aber umgekehrt die Überalterung der Wählerschaft für die Union ein nicht so dramatisches Faktum ist wie im Westen.

Diese Zahlen verdeutlichen, wie sehr das relativ gute Ergebnis der CDU von der Wahlbeteiligung abhing. Auch die SPD musste in allen Ländern in absoluten Zahlen Stimmen abgeben, in Baden-Württemberg sogar dramatisch. Allerdings mussten auch die kleineren Parteien teilweise mit absoluten Stimmenverlusten zurechtkommen: In Baden-Württemberg konnten FDP und Grüne Stimmen gewinnen, in Rheinland-Pfalz gaben beide etwas ab und in Sachsen-Anhalt verlor die FDP deutlich, während die Grünen etwas zulegen konnten.

#### 2.2.3 Prognosen und Wirklichkeit

Nach der Bundestagswahl 2005 wurden die politischen Meinungsforschungsinstitute deswegen kritisiert, weil sie mit ihren veröffentlichten Prognosen zu weit vom Ergebnis entfernt gelegen hätten. Dieses Phänomen hatte es bei diesen Landtagswahlen in dieser Form nicht gegeben. Dennoch gab es auch hier Ungenauigkeiten. So hatten etwa in Sachsen-Anhalt – einem Land mit hoher Volatilität im Wahlverhalten – die Institute (Emnid, Forschungsgruppe Wahlen, Infratest Dimap) mit ihren letzten veröffentlichten Prognosen das Endergebnis gut getroffen: Der CDU wurden Werte zwischen 36% und 37% prognostiziert (es wurden 36,2%), den Grünen 4% (real 3,6%) und der FDP 6% (es wurden 6,7%). Lediglich das Ergebnis der PDS mit 24,1% wurde mit 22% bzw. 23% leicht unterschätzt, das Resultat der SPD mit 21,4% in den Prognosen mit zwischen 23% und 26% doch deutlicher verfehlt. Bei knapperen Lagerkonstellationen hätte sich dies durchaus auf eine Fehleinschätzung möglicher Mehrheiten auswirken können.

Für Baden-Württemberg lagen die Institute ebenfalls bei der SPD am stärksten daneben: Dort waren ihr zwischen 28% und 30% vorhergesagt worden, es wurden aber nur 25,2%. Die CDU erzielte 44,2% bei Prognosen von 46% und 45%. Das Ergebnis der Grünen mit 11,7% wurde mit Prognosen von 10% leicht verfehlt, ebenso das der FDP von 10,7% bei Prognosen von 8% und 9%. Interessant ist, dass sich die Prognosefehler – mit Ausnahme des Ausrutschers bei der SPD – innerhalb der Lager etwa ausglichen.

In Rheinland-Pfalz wurde das Ergebnis der SPD mit 45,6% von den letzten veröffentlichten Prognosen mit 43% etwas unterschätzt. Umgekehrt wurde die CDU, die 32,8% erhielt, in den Prognosen von 35% und 36%

überbewertet. Die Grünen, die 4,6% erhielten, wurden ebenfalls durch die Vorhersage von 6% und 7% nicht ganz richtig gesehen. Bei der FDP, die 8,0% erhielt, lagen die Prognosen mit 8% und 9% besser. Auch hier erstreckten sich die Abweichungen auf beide Lager. Die Umfragen hätten in diesem Land also weniger eine absolute SPD-Mehrheit denn eine Fortführung der bisherigen Koalition oder sogar eine theoretische Möglichkeit für Rot-Grün erwarten lassen

#### 2.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Bei der Analyse des Wahlverhaltens in einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigten sich zumeist die bekannten Muster vergangener Wahlen. In Baden-Württemberg hat die CDU bei einem insgesamt guten Ergebnis bei den Männern Stimmen verloren, während sie bei den Frauen weitgehend stabil blieb oder sogar zulegen konnte. Besonders groß waren die Verluste bei den jungen Männern, was sich auch schon bei der Bundestagswahl 2005 gezeigt hatte. Umgekehrt konnte die FDP fast bei allen Altersgruppen Zugewinne verzeichnen – mit Ausnahme der jungen Frauen. Bei der Union darf nicht übersehen werden, dass insgesamt das Ergebnis bei jüngeren und jungen Frauen deutlich unterdurchschnittlich ausfiel – auch das ein bekanntes Muster deutschen Wahlverhaltens. Davon konnte auch die SPD nicht profitieren. Sie konnte lediglich bei den jungen Männern dazugewinnen und verlor sonst in allen Altersgruppen. Interessant war hier das Resultat bei den Grünen: Die dort ohnehin überdurchschnittlich vertretenen Frauen wandten sich noch stärker dieser Partei zu. So erreichten sie laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Frauen unter 45 Jahren Werte von ca. 20% – in diesem Segment doppelt so viel wie die FDP und fast schon so viel wie die SPD.

Ansonsten fiel in Baden-Württemberg auf, dass die SPD vor allem bei den formal höher Gebildeten deutlich verlor, während hier FDP und vor allem Grüne deutlich zulegen konnten: Auch in diesem Segment hatten die Grünen einen Anteil von 20%. Die CDU konnte ihren Wähleranteil in den meisten Berufsgruppen halten oder ausbauen, lediglich bei den Arbeitern und in Ausbildung Befindlichen verzeichnete sie deutlichere Verluste. Die SPD hingegen fuhr fast überall Verluste ein, vor allem bei Angestellten, Beamten und Selbständigen.

In Rheinland-Pfalz war für die CDU der Rückgang bei den jüngeren Wählern noch viel deutlicher als in Baden-Württemberg. Die 18- bis 24-Jährigen waren die schwächste Gruppe für die CDU mit dem größten Rückgang. Auffällig waren auch die Verluste bei den 45- bis 59-Jährigen, also denjenigen, die zumeist voll im Berufsleben stehen – und auch da bei den Frauen deutlicher als bei den Männern. Erneut waren die über 60-Jährigen

die stärkste Wählergruppe, aber auch bei ihnen kam die CDU nur noch auf knapp über 40%. Die SPD hingegen schien vor allem bei den Jungwählern stark zugelegt zu haben und erzielte gleichzeitig bei den über 60-Jährigen überdurchschnittliche Ergebnisse und lag dort ebenfalls vor der Union. Die Grünen hatten auch hier bei den Frauen bis 45 ein ähnlich überproportionales Segment, wenn auch mit 9% nur etwa auf der Hälfte des Niveaus von Baden-Württemberg.

Auch bei der Bildung waren die Veränderungen in Rheinland-Pfalz nicht so dramatisch wie in Baden-Württemberg: Hier gelang es der SPD bei den formal höher Gebildeten sogar, etwas zuzulegen, und die CDU konnte ihr Ergebnis in diesem Bereich halten. Bei beiden Volksparteien waren die Unterschiede zwischen höher, mittel und niedrig Gebildeten deutlich geringer als im südlichen Nachbarland. Die SPD blieb trotz Verlusten stärkste Partei bei den Arbeitern und konnte etwas bei Beamten und Selbständigen und deutlich bei den in Ausbildung Befindlichen zulegen. Bei Letzteren hatte die CDU ihre größten Rückgänge. Daneben verlor sie am stärksten bei den Selbständigen und etwas bei Arbeitern und Arbeitslosen. Die Union hat hier also wohl soziologisch auf breiter Front verloren und bot Angriffsflächen sowohl gegenüber der SPD wie der FDP. Die Liberalen konnten ihr weit überdurchschnittliches Ergebnis bei den Selbständigen nochmals verbessern und erzielten dort 24%!

Auch in Sachsen-Anhalt zeigte sich für die CDU ein Rückgang bei den Jungwählern unter 24 Jahren, allerdings nicht bei den Männern, sondern nur, aber dafür deutlich, bei den Frauen. Insgesamt haben die Wähler unter 45 Jahren merklich weniger, die über 60-Jährigen deutlich stärker CDU gewählt als bei der letzten Landtagswahl. Die PDS/Linkspartei konnte in allen Altersgruppen leicht zulegen mit Ausnahme der Jungwähler, bei denen sie verlor, vor allem bei den Frauen. Die SPD hingegen legte in allen Altersgruppen zu außer bei den über 60-Jährigen. Die FDP hatte Verluste über alle Altersgruppen, weit überdurchschnittlich bei den Jungen.

Bei der formalen Bildung fällt auf, dass sich bei allen Parteien bei weitem nicht so große Unterschiede zwischen den Gruppen zeigten. Insofern war das Wahlverhalten erneut weitaus egalitärer als in Westdeutschland. Bei den Berufsgruppen hatte die CDU bei Angestellten, Selbständigen und Rentnern zulegen können, verlor aber bei Arbeitern, Beamten, Arbeitslosen und in Ausbildung Befindlichen. Die PDS hingegen konnte vorwiegend bei Arbeitern, Arbeitslosen und Rentnern hinzugewinnen, die SPD legte außer bei den Rentnern überall etwas zu, während die FDP über alle Berufsgruppen verlor, aber ihren überproportionalen Anteil bei den Selbständigen auf niedrigerem Niveau halten konnte.

#### 2.2.5 Stabilisierung des Parteiensystems?

Die CDU konnte sich mit Berechtigung als ein Sieger dieses Wahltages fühlen. Ihre Landesregierungen wurden bestätigt und dies erleichterte die künftige Arbeit der Kanzlerin und der CDU in der Bundesregierung. Damit war neue Zeit und mehr Spielraum für eine Reformpolitik der großen Koalition gewonnen.

Bei allen positiven Aspekten der Wahlergebnisse sollten aber die problematischen Aspekte nicht verdrängt werden. Die CDU war in Rheinland-Pfalz bei dieser Wahl zwar chancenlos, 161 aber das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit in einem prinzipiell ländlich und mittelständisch geprägten Land war kein positives Zeichen. Auch in der Wählerstruktur zeigten sich bei allen Wahlen bekannte Asymmetrien: Das Defizit bei den weiblichen Wählern - mittlerweile allen bis 45 Jahren - war nach wie vor groß. Wenn sich dieses noch verstärkt oder sich auf ältere Jahrgänge ausbreitet, könnte dies die Wählerbasis der Union weiter schwächen. Hinzu kam bei diesen Wahlen (vor allem bei den westdeutschen Landtagswahlen) auch ein deutlicher Rückgang bei den Jungwählern und vor allem bei den jungen Männern. Auch die Mobilisierung bei Arbeitern und teilweise den Angestellten war der Union schon besser gelungen. Sie hat darüber hinaus viele Stimmen an die Nichtwähler verloren – es ist die Frage, ob sie dort bleiben. In den jüngsten Jahren konnte die Union oftmals zulegen, indem sie Stimmen in der SPD-Wählerschaft holte; dies war ihr diesmal nur in Baden-Württemberg gelungen. Neben den Nichtwählern ging wie bei allen Wahlen der jüngsten Zeit - der größte Verlust der Union auf Kosten des Generationenwechsels: Der Union sterben die Wähler weg. Zwar wird die Überalterung der Gesellschaft für die Union noch längere Zeit einen positiven Standortfaktor bedeuten, aber langfristig muss sie für die Erneuerung ihrer Wählerschaft sorgen. Dieser Befund ließ sich – nicht zum ersten Mal – auch aus diesen Wahlen ableiten.

Insgesamt sollte man sich vor Augen halten, dass sich die strategische Position der Union kaum verändert hatte. In Baden-Württemberg blieb sie klar stärkste Partei und konnte theoretisch mit jeder anderen Partei eine Regierung bilden, auch war die bürgerliche Mehrheit zusammen mit der FDP groß genug, um eine Regierung gegen die CDU zu verhindern. Aber in Rheinland-Pfalz, das mit für die Union günstiger Sozialstruktur ja lange von ihr regiert wurde, ist die Union von einer strategischen Mehrheitsfähigkeit weit entfernt. Hätten die Grünen den Einzug ins Parlament geschafft, wäre dies noch deutlicher geworden und selbst bei einem Einzug

Gothe, Heiko: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 26.3.2006: "König Kurt" erringt die absolute Mehrheit, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2007, S.34-51.

der WASG in den Landtag wäre kein Szenario einer Regierungsübernahme durch die CDU vorstellbar gewesen. Die FDP hätte als Koalitionspartner für die SPD weiter zur Verfügung gestanden und eine Mehrheit aus CDU und FDP hatte es ohnehin nicht gegeben. In Sachsen-Anhalt war – wie zumeist in Ostdeutschland – keine bürgerliche Mehrheit vorhanden: Wie im Bund war die CDU auf eine große Koalition angewiesen, um eine Regierung gegen sich zu vermeiden.

Auch aus dieser koalitionsstrategischen Perspektive konnte der Wahltag also als Bestätigung der Großen Koalition gewertet werden. Andere Koalitionsoptionen waren nicht realistisch oder nicht möglich. Neue Bündnisse wurden der CDU nicht abverlangt - Schwarz-Grün oder Schwarz-Gelb-Grün waren entweder nicht möglich oder nicht nötig. Auch in Baden-Württemberg konnte die alte CDU-FDP-Koalition weiter regieren. 163 Insofern ist die Frage nach den neuen Konturen des deutschen Parteiensystems an diesem Wahlsonntag nicht beantwortet worden. Die Wahl war auch wieder ein Beleg dafür, dass die strukturelle bürgerliche Mehrheit aus Union und FDP zum süddeutschen Phänomen geworden ist. Deutlich war aber auch, dass die Union mittelfristig nur zwei Alternativen hatte: Entweder erhöht sie ihr Stimmenaufkommen, um als regierungsbildender Koalitionspartner unverzichtbar zu sein. Selbst dies schließt aber eine Mehrheit gegen die Union nicht aus, wenn sie nicht die Mehrheit der Sitze in den Parlamenten gewinnt. Oder die Union macht sich bereit für neue Bündnisse – diese waren aber noch nicht in der Praxis gebildet worden. Auf beide Strategien musste sich die Union unter den Bedingungen der Großen Koalition rasch einstellen.

Holtmann, Everhard: Die sachsen-anhaltinische Landtagswahl vom 26.3.2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des "halben Machtwechsels", in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2007, S.51-67.

Siehe auch die Analyse von Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin: Die badenwürttembergische Landtagswahl vom 26.3.2006: Schwarzes Land mit bunten Tupfen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2007, S.16-33.

# 3. Die Landtagswahlen vom 17. September 2006 in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern: keine Verbesserung für das bürgerliche Lager, aber eine neue Große Koalition

#### 3.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

#### 3.1.1 Berlin

Die Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern waren der zweite wichtige politische Stimmungstest für die Große Koalition etwa ein Jahr nach der vorgezogenen Bundestagswahl. 164 Anders als bei den Landtagswahlen vom 26. März 2006 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt bekamen die Volksparteien CDU und SPD weniger deutlichen Zuspruch. Auch die Anteile für extreme und Protestparteien fielen deutlich höher aus als im März. Neben den regionalen Spezifika hatte dafür aber auch eine erste Ernüchterung über die Große Koalition mit eine Rolle gespielt. Kurzfristige Folgen aus diesen Wahlen hätten sich aber wohl erst dann ergeben, wenn es zu überraschenden Regierungsbildungen gekommen wäre. Insgesamt liegen die Auswirkungen dieser Landtagswahlen auf die Bundespolitik wohl eher im psychologischen Bereich. Für die Landespolitik konnte es allerdings zu erheblichen Auswirkungen kommen, da in beiden Ländern die einzigen rot-roten Regierungskoalitionen in Deutschland zur Wahl standen und keinesfalls glanzvoll bestätigt wurden. Es bestand eine realistische Möglichkeit, dass die Linkspartei eine oder sogar beide Regierungsbeteiligungen aufgeben musste.

In Berlin wurde die SPD wieder stärkste Partei mit 30,8% der Zweitstimmen und einem Zuwachs von 1,1%. Die CDU erzielte mit 21,3% und einem Verlust von 2,5% ihr schlechtestes Ergebnis seit 1990 und in Westberlin seit 1954. Die Linkspartei/PDS kam nach dramatischen Verlusten von 9,2% noch auf 13,4%, blieb aber drittstärkste Partei. Die Grünen legten um 4% zu und erreichten 13,1%. Die FDP kam mit 7,6% ins Abgeordnetenhaus. Der Rest von 13,8% versammelte zahlreiche Parteien, von denen keine den Sprung ins Parlament schaffte, darunter die Grauen mit

Siehe hierzu die Berichte von Infratest Dimap: Wahlreport Abgeordnetenhauswahl in Berlin 17.9.2006, Berlin, November 2006; Wahlreport Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 17.9.2006, Berlin, Oktober 2006. Siehe auch die Berichte der Forschungsgruppe Wahlen: Nr.126, Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 17.9.2006, Mannheim, September 2006; Bericht Nr.126, Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 17.9.2006, Mannheim, September 2006.

3.8% (4,4% im Westen, 3.0% im Osten), die WASG mit 2.9% (2,7% im Westen, 3.3% im Osten) und die NPD mit 2.6% (1,7% im Westen, 4.0% im Osten).

Nach wie vor waren in Berlin die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Westen und Osten erheblich. Lediglich die SPD hatte von den bedeutenden Parteien in etwa dasselbe Niveau hier wie da: 31,4% im Westen, 29,8% im Osten. Während die CDU im Westen auf 27,7% und damit in Reichweite der SPD kam, erreichte sie im Osten nur 11,4% und wurde dort fast schon von den Grünen eingeholt. Die Linkspartei/PDS kam diesmal im Westen nur auf 4,2% und verlor im Osten 19,5%, wo sie von 47,6% auf nunmehr 28,1% abrutschte. Die Grünen waren im Westen mit 14,8% klar stärker als im Osten mit 10,5%, ebenso die FDP mit 9,3% im Westen und 4,9% im Osten.

Die Wahlbeteiligung lag mit 58% um 10,1% niedriger als 2001 und war die niedrigste in der Geschichte der Berliner Senatswahlen nach 1945. Prozentual konnten in geringem Umfang die SPD und deutlicher die Grünen und vor allem die Sonstigen zulegen. In absoluten Zahlen hatten lediglich die Grünen und die Sonstigen Stimmen gewonnen. Wegen der niedrigeren Wahlbeteiligung gingen mit 1,407 Millionen der 2,42 Millionen Wahlberechtigten 237.894 weniger zur Wahl als 2001. Bei den abgegebenen Stimmen verloren die SPD 57.860, die CDU 91.716, die Linkspartei 181.206 und die FDP über 56.358. Nur die Grünen konnten hier 32.836 Stimmen hinzugewinnen. Bezogen auf die Wahlberechtigten wurde die SPD also lediglich von 17,47% gewählt, die CDU von 12,12%, die Linke/PDS von 7,63%, die Grünen von 7,45% und die FDP von 4,31%. Die beiden Volksparteien SPD und CDU hatten zusammen also nicht einmal 30% der Wahlberechtigten erreichen können.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP hatte weiter an Boden verloren und kam nur noch auf 28,9% – den geringsten Wert, den es dort jemals hatte. Bei der letzten Wahl 2001 waren dies noch 33,7% gewesen. Im Osten kam das bürgerliche Lager noch auf 16,3% (18% 2001), aber auch im Westen ging es zurück von 44,4% auf jetzt 37%. Von der Mehrheitsfähigkeit hatte es sich in Berlin also noch weiter entfernt. Dem gegenüber stand das rot-grüne Lager bei 43,9% (2001 waren dies noch 38,3%), was für eine Mehrheit im Parlament gereicht hätte. Im Westen war Rot-Grün mit 46,2% fast gleich geblieben (gegenüber 46,1% 2001), aber im Osten hatte es zugelegt auf 40,3% (nach 32,9% 2001). Das rot-rot-grüne Lager hatte insgesamt sogar leicht verloren auf 57,3% (nach 61,4% 2001), wobei auch hier die Werte im Westen fast stagnierten. Auch wenn man die 2,9% für die WASG hier dazu rechnen würde, bliebe ein Verlust für das linke Lager. Insgesamt hatte das linke Lager unter Einschluss der bislang regierenden Linkspartei also leichte Verluste zu verzeichnen, lediglich

Rot-Grün ging gestärkt aus dieser Wahl hervor. Dies hätte ein Präjudiz für die Regierungsbildung sein können, in der die SPD zwischen den Grünen und der Linkspartei als Partner wählen konnte, spielte aber später bei der Regierungsbildung der SPD mit der Linken/PDS keine Rolle.

#### 3.1.2 Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern blieb ebenfalls die SPD stärkste Partei, allerdings mit 30,2% und einem Verlust von 10,4% gegenüber 2002 nur knapp vor der CDU. Die CDU erhielt 28,8%, verlor 2,6% und konnte damit ihr Wahlziel, stärkste Partei und erster Anwärter auf die Regierungsbildung zu werden, nicht erreichen. Die Linkspartei blieb mit 16,8% und einem leichten Gewinn von 0,4% fast auf dem Niveau der letzten Wahl. Die FDP konnte ihr Stimmenpolster deutlich erhöhen auf 9,6% (4,7% 2002) und kam wieder in den Landtag. Die Grünen legten nur leicht zu auf 3,4% nach 2,6% 2002 und verfehlten den Einzug in den Landtag. Der gelang der NPD, die nach massivem Wahlkampf stark zulegte und 7,3% erreichte. Anders als in Berlin fielen die sonstigen Parteien nicht ins Gewicht.

Auch hier war die Wahlbeteiligung deutlich zurückgegangen auf 59,2% nach 70,6% bei der letzten Landtagswahl. Nur 836.942 der 1,41 Millionen Wahlberechtigten gingen zur Wahl, das waren über 156.000 weniger Wähler als 2002. Bezogen auf die Wahlberechtigten holte die SPD einen Anteil von 17,49%, die CDU 16,63%, die Linke 9,7%, die FDP 5,54% und die Grünen 1,95%. Die beiden großen Volksparteien wurden also zusammen nur von einem Drittel der Wahlberechtigten gewählt.

In absoluten Stimmen konnten daher lediglich die NPD, die FDP und (sehr bescheiden) die Grünen dazugewinnen. Die SPD verlor bei den Zweitstimmen 146.827, die CDU 68.790 und auch die Linkspartei 21.817 Stimmen. Die FDP gewann 32.738, die NPD 51.956 und die Grünen 2.256 Stimmen. Die SPD hätte daher sowohl in einer knappen Mehrheit mit der Linkspartei weiter regieren als auch eine Große Koalition eingehen können.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern war das bürgerliche Lager aus CDU und FDP weit von der Mehrheitsfähigkeit entfernt. Es kam jetzt auf 38,4% nach 36,1% bei der Wahl 2002 und konnte sich – anders als in Berlin – immerhin verbessern. Auf der anderen Seite war Rot-Grün mit nunmehr 33,6% (43,2% 2002) noch weiter von der Mehrheit entfernt und sogar Rot-Rot-Grün hätte mit 50,4% (nach 59,6% 2002) nur noch eine knappe prozentuale Mehrheit gehabt. Die 0,5% für die WASG fielen hierbei kaum ins Gewicht. Die Strukturbedingungen für das linke Lager hatten sich in Mecklenburg-Vorpommern also eindeutig verschlechtert.

#### 3.2 Bewertungen und Einzelaspekte

#### 3.2.1 Wählerwanderungen

Die Bilanz der Wählerwanderungen zeigte erneut die Mobilisierungsschwäche der großen Parteien bei diesen Wahlen auf. So hatte in Berlin die SPD als bei weitem stärkste Partei laut Infratest Dimap einen Nettoverlust von 66.000 Stimmen ins Lager der Nichtwähler, 15.000 an die Grünen und 15.000 an andere Parteien zu verzeichnen. Nennenswerte Gewinne holte sie nur aus dem Lager der Linkspartei/PDS (29.000) und bei den neu Zugezogenen. Die CDU verlor 15.000 Stimmen an die sonstigen Parteien und 57.000 an die Nichtwähler sowie 30.000 an den Generationenwechsel. Aus den anderen Parteilagern konnte sie so gut wie nichts holen. Auch mit der FDP gab es fast keinen Austausch, die selbst vor allem ans Nichtwählerlager und an die sonstigen Parteien verlor und sich keine zusätzlichen Stimmen erschließen konnte. Die Grünen holten 15.000 Stimmen von der SPD und 10.000 von der PDS sowie 16.000 von den neu Zugezogenen, verloren aber trotz ihres positiven Gesamtsaldos 12.000 Stimmen an die Nichtwähler. Die Linkspartei/PDS verlor durch die Bank – am stärksten an die Nichtwähler (64.000), die SPD (29.000), die WASG (17.000) und die sonstigen Parteien (18.000). Die WASG hingegen holte fast die Hälfte ihrer Stimmen aus dem PDS-Lager, den Rest verteilt auf alle anderen Gruppierungen.

Ein etwas anderes Bild zeigte die Wählerwanderung in Mecklenburg-Vorpommern. Dort hatte die regierende SPD laut Infratest Dimap an alle anderen abgegeben, darunter 80.000 Stimmen an die Nichtwähler, 17.000 an die CDU, 12.000 an die FDP und jeweils 7.000 an die PDS und NPD. Die CDU wiederum konnte lediglich diese 17.000 Stimmen von der SPD holen und verlor ansonsten überall, wenn auch in geringerem Ausmaß, darunter 45.000 Stimmen an die Nichtwähler, 17.000 an die FDP und 12.000 an die NPD. Die FDP holte ihre Zugewinne zu großen Teilen von der CDU (17.000) und der SPD (12.000). Die Grünen konnten nur minimal von den anderen Parteien gewinnen (3.000), verloren aber genauso viel an die Nichtwähler. Auch bei der Linkspartei/PDS ging der größte Verlust ins Lager der Nichtwähler (22.000). Auch an alle anderen Gruppierungen verlor sie außer einem leichten Gewinn von CDU (2.000) und SPD (7.000). Die NPD holte am meisten Stimmen aus dem Lager der CDU (12.000) sowie von den Nichtwählern (11.000), aber auch frühere Wähler der SPD (7.000), der PDS (4.000) und der FDP (2.000) gaben ihr die Stimme. Auch Erstwähler trugen zu ihrem Erfolg bei. Anders als in Berlin konnte hier ein gewisser Austausch zwischen CDU und FDP verzeichnet werden. Allerdings konnte hier die NPD den Protest stärker auf sich konzentrieren und für den Einzug in den Landtag instrumentalisieren.

#### 3.2.2 Prognosen und Wirklichkeit

Spätestens seit der Bundestagswahl 2005 wurden die Prognosen der Meinungsforschungsinstitute auch in einer breiteren Öffentlichkeit kritischer betrachtet. Auch bei diesen Landtagswahlen ließen sich wieder Beispiele dafür finden, dass deren Genauigkeit sehr unterschiedlich ausfällt.

Bei den Berliner Wahlen hatte sich gezeigt, dass das Ergebnis der CDU und der Grünen recht gut vorhergesagt wurde. Das Ergebnis der SPD wurde wie das der FDP zumeist etwas überschätzt. Während die WASG zutreffend beschrieben wurde, fiel das Ergebnis für die Linkspartei/PDS klar schlechter aus als vorhergesagt – da lagen manche Institute in ihren letzten veröffentlichten Umfragen über 3 Prozentpunkte zu hoch. Dies waren allerdings die größten Abweichungen, so dass die Prognosen der Berliner Wahl durch die Institute insgesamt durchaus als gelungen bezeichnet werden kann. Größer wurden die Abweichungen allerdings, wenn man die prognostizierten Werte auf die politischen Lager addierte. Dabei waren die Vorhersagen für das bürgerliche Lager gut, lagen aber sowohl für rot-grün als auch Rot-Rot-Grün zum Teil deutlich mit bis zu fünf Prozentpunkten über den tatsächlichen Werten.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde dagegen das SPD- und FDP-Ergebnis sowie das für die NPD gut vorhergesagt. Bei der CDU lagen die Vorhersagen aber klar über dem erreichten Wert: Kein Institut hatte in den letzten Monaten ein CDU-Ergebnis unter 30% für möglich gehalten. Auch das Resultat für die Linkspartei/PDS fiel deutlich niedriger aus, als die meisten Umfragen dies sahen. Dies ist umso dramatischer, als auch keines der Institute die SPD in den letzten Wochen vor der Wahl vor der CDU gesehen hatte. Nach allen veröffentlichten Umfragen aus der Vorwahlzeit musste also die CDU als die künftige Regierungspartei gelten. Dies hatte zur Enttäuschung über das Resultat bei der Union sicher beigetragen. Die politischen Lager wurden zwar etwas besser prognostiziert als in Berlin, aber bis auf eine Umfrage lagen auch dort die Institute um bis zu vier Prozentpunkte daneben.

# 3.2.3 Zusammensetzung der Wählerschaft

Bei einer genaueren Analyse der Wählerschaft bei diesen beiden Landtagswahlen zeigten sich erneut zahlreiche Trends, die sich auch bei anderen Wahlen in der Vergangenheit haben ausmachen lassen. Es seien zunächst die Zahlen der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen zitiert: Danach wies in Berlin die CDU – wie schon so oft – ihre stärksten Werte bei den älteren Wählern über 60 auf. Dort war ihr Ergebnis weit überdurchschnittlich, aber mit 31,4% leicht rückläufig und weit von der

Mehrheit entfernt. In allen anderen Altersgruppen lag die CDU unter ihrem Durchschnitt von 21,3% – bei den unter 30-Jährigen holte sie nur 12,8% und wurde damit sogar von den Grünen weit übertroffen und der Linkspartei/PDS fast erreicht. Diese große Diskrepanz legte die Interpretation nahe, dass die CDU mit Ausnahme der Senioren weite Teile der Bevölkerung insbesondere in den Jahren der Ausbildung und Erwerbstätigkeit nicht mehr an sich binden konnte. Dabei unterschieden sich die Werte zwischen Männern und Frauen kaum. Allerdings lag die CDU bei den Seniorinnen in Berlin noch klar unter den Werten der Männer.

Die Zahlen von Infratest Dimap beschreiben dies sehr ähnlich: Danach lag die CDU bei den über 60-Jährigen bei 31%, blieb aber bei allen anderen Altersgruppen zum Teil weit unter dem Durchschnitt, wobei kaum Unterschiede zwischen Frauen und Männern auftraten.

Die SPD hingegen konnte ihre Stimmen (wiederum gemäß Forschungsgruppe Wahlen) fast gleichmäßig bei allen Altersgruppen holen – bei den Frauen etwas besser als bei den Männern, wo die SPD aber vor allem bei den jüngeren Männern über dem Durchschnitt abschnitt. Infratest Dimap sah hier sowohl bei den jungen Männern wie den jungen Frauen ein überdurchschnittliches Ergebnis. Die selbe Verteilung – Frauen etwas besser, bei den jüngeren Wählern stärker als bei den älteren - galt laut Forschungsgruppe Wahlen noch deutlicher für die Berliner FDP. Infratest Dimap sah dies jedoch etwas anders: Sie sah bei der FDP die Männer vorn, allerdings auch am stärksten die 25- bis 34-Jährigen. Die Grünen holten laut Forschungsgruppe ebenfalls etwas mehr Stimmen bei den Frauen als bei den Männern - auch das sah Infratest so, wobei dort jeweils die Altersgruppen zwischen 25 und 44 Jahren am stärksten vertreten waren. Sie waren aber mittlerweile bei allen Wählern bis 60 Jahren überdurchschnittlich vertreten; erst bei den Älteren brachen die Werte deutlich ein. Auch dies war wieder ein Beleg für das "Ergrauen" der Grünen, wo viele Wähler mit wachsendem Alter der Partei treu bleiben und sie trotzdem weiterhin nennenswert Nachwuchs aus den jüngeren Generationen an sich binden können. Die PDS/Linkspartei war laut Forschungsgruppe am stärksten in den Generationen ab 45 Jahren und erzielte bei den Jüngeren unterdurchschnittliche Werte, die aber laut Infratest vor allem bei den Männern nicht sehr weit hinter dem Durchschnitt lagen. Dies dürfte der Tatsache geschuldet sein, dass dort immer noch die Jahrgänge, die die DDR noch am bewusstesten erlebt haben, überrepräsentiert sind. Langfristig dürfte dies eine deutlich schlechtere soziologische Basis sein als etwa für die Grünen, mittelfristig ihr Überleben aber nicht gefährden.

Was die Bildungsstruktur angeht, waren ebenfalls keine großen Überraschungen zu verzeichnen. Die CDU hatte stark verloren bei den Wählern mit Volks- und Realschulabschluss, hatte bei diesen Gruppen aber wie-

derum ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielt. Deutlich unterdurchschnittlich blieb sie bei den Wählern mit Abitur bzw. Studium, auch wenn sie bei den Letzteren deutlich zulegen konnte. Die SPD blieb lediglich bei den Universitätsabsolventen unter ihrem Durchschnittswert, verlor aber bei den Volksschulabsolventen deutlich. Die Werte bei der FDP waren relativ gleich verteilt, sie verlor aber mehr bei den Wählern mit formal höherer Bildung. Bei den Grünen gab es eine gewaltige Diskrepanz zwischen den Wählern mit Volks- und Realschulabschluss, wo sie weit unter dem Durchschnitt lagen, und den höher Qualifizierten, wo sie weit darüber lagen. So war sie bei den Hochschulabsolventen in Berlin nur knapp hinter der SPD zweit stärkste Partei. Bei diesen Befunden unterschieden sich die beiden großen Institute nur in Nuancen.

Die Daten zur Berufsstruktur unterstreichen diese Befunde: Die CDU war laut Forschungsgruppe Wahlen nur bei den Rentnern deutlich und den Selbständigen sowie Angestellten und Beamten leicht über ihrem Durchschnitt. Infratest Dimap, das zwischen Angestellten und Beamten unterschied, sah die CDU in Berlin bei den Beamten deutlich über und den Angestellten klar unter dem Durchschnittswert. Außer bei Beamten und Selbständigen hatte sie überall verloren. Massiv waren die Verluste bei den Arbeitern und Arbeitslosen, wo die CDU laut Forschungsgruppe 9,1% bzw. 8,5% verlor (laut Infratest 6% bzw. 9%). Die SPD war relativ gut über alle Berufsgruppen verteilt. Sie konnte vor allem ihren leicht überdurchschnittlichen Wert bei den Arbeitern halten und damit laut Forschungsgruppe auch leichte Verluste bei Rentnern und Arbeitslosen verkraften. Laut Infratest hatte sie nur bei Beamten und Angestellten leicht verloren und war bei den Rentnern gleich geblieben. Die FDP verlor in allen Gruppen etwas, blieb aber trotz Verlusten bei den Selbständigen überdurchschnittlich stark. Die Grünen hatten in allen Segmenten gewonnen, besonders bei Angestellten und Beamten sowie Selbständigen, wo sie weit über dem Durchschnitt lagen und fast doppelt so viel Stimmen wie die FDP und etwas mehr als die CDU holten. Die Linkspartei/PDS verlor durch die Bank, besonders stark bei Arbeitern und Arbeitslosen (laut Infratest auch bei Selbständigen und in Ausbildung Befindlichen), wo sie aber dennoch Stimmenzahlen über ihrem Durchschnittswert holen konnte.

Bei den Unterschieden zwischen Ost- und Westberlin zeigten sich weitgehend bekannte Befunde. Die SPD war im Westen etwas stärker, im Osten aber in alle Berufsgruppen etwa gleich stark vertreten. Die CDU war im Osten deutlich schwächer als im Westen, sie holte lediglich bei den Beamten dort einen weit überdurchschnittlichen Wert, besonders schwach war sie bei Angestellten und in Ausbildung Befindlichen. Die Linkspartei/PDS hatte trotz ihrer Verluste ihre wichtigsten Wahlgebiete in Ostberlin, am stärksten bei Rentnern, am schwächsten bei Selbständigen, Angestellten und in Ausbildung Befindlichen. Die Grünen waren im Westen stärker,

erreichten aber auch im Osten mittlerweile überdurchschnittliche Werte bei Beamten und vor allem Selbständigen und in Ausbildung Befindlichen. Die FDP hatte – außer bei den Selbständigen – ihre Schwerpunkte im Westen. Erwähnenswert ist, dass die NPD, die insgesamt ein dürftiges Ergebnis verzeichnete, in Ostberlin bei den Arbeitern und Arbeitslosen weit überdurchschnittliche Werte erzielte (11% bzw. 10% laut Infratest Dimap).

In Mecklenburg-Vorpommern verlor die CDU am stärksten, umso jünger ihre Wählerschaft war. Bei den jungen Wählern unter 24 Jahren betrug ihr Verlust laut Infratest Dimap 7% und den Wählern von 25 bis 34 Jahren noch 6%. Erst bei den über 60-Jährigen war ein leichter Zugewinn zu verzeichnen, der aber ausschließlich auf das Konto der Frauen ging. Bei den Männern waren für die CDU durchgängig Verluste zu verzeichnen. Die Forschungsgruppe Wahlen hatte ähnliche Werte, sie sah aber leichte Gewinne für die CDU bei den Frauen von 30 bis 44 und den Männern von 30 bis 44 und 45 bis 59 Jahren. Die SPD hingegen verlor laut Infratest massiv bei allen Wählern bis 59 Jahren – bei Männern wie Frauen. Auch hier unterscheiden sich die Werte der Forschungsgruppe, die für die SPD einen leichten Gewinn für die Frauen ab 60 Jahren ermittelte. Interessant ist, dass die SPD bei den über 60-Jährigen mit deutlich geringeren Verlusten klar überdurchschnittlich stark blieb und dort deutlich vor der Union lag. Die FDP hingegen lag bei den Senioren deutlich unter ihrem Durchschnitt und legte in den Altersgruppen bis 59 Jahre deutlich zu, am stärksten bei den mittleren Altersgruppen von 35 bis 44 Jahren. Die Linkspartei/ PDS verlor laut Infratest bei den Männern unter 35 Jahren, legte aber bei den Frauen unter 59, vor allem bei den jüngeren, leicht zu, verzeichnete aber generell bei den über 60-Jährigen Verluste. Die Forschungsgruppe sah hingegen für die PDS bei den Frauen Verluste bei allen Altersgruppen außer den 45- bis 59-Jährigen, bei den Männern Verluste bei den Wählern unter 45 Jahren. Die NPD erzielte laut Infratest ihre besten Ergebnisse bei den Wählern unter 24 Jahren (17%) und denen zwischen 25 und 34 (14%) – bei den jungen Männern mehr als doppelt so viel als bei jungen Frauen: Bei Männern unter 24 kam die NPD auf 23% - mehr als für die CDU. Bei den Männern von 25 bis 34 waren es immerhin noch 19%. Die Forschungsgruppe hingegen sah die NPD bei den Männern unter 30 Jahren bei 20,7% und ganz knapp hinter der CDU.

Bezogen auf den Faktor Bildung verlor die CDU in Mecklenburg-Vorpommern laut Infratest Dimap am stärksten bei Wählern mit niedriger formaler Bildung – dort betrug der Rückgang 4%. Auch bei den mittel und hoch Qualifizierten verzeichnete sie leichte Verluste – die Forschungsgruppe sah aber bei den Wählern mit Abitur und/oder Studium leichte Gewinne. Die SPD verlor stark in allen Bildungsschichten, vor allem bei den mittleren Bildungsabschlüssen. Während die FDP ihre Gewinne bei praktisch

allen Gruppen holen konnte, hatte die Linkspartei/PDS leichte Verluste bei den formal niedriger Gebildeten und leichte Gewinne bei den Wählern mit mittlerer Bildung. Die NPD-Wähler hatten vorwiegend niedrige und mittlere Qualifikation.

In den Berufsgruppen hatte die CDU laut Infratest Verluste in allen Bereichen außer bei den Beamten. Die SPD-Verluste hingegen waren deutlich stärker bei Arbeitern, Selbständigen, Beamten und Arbeitslosen. Die FDP legte in allen Bereichen, vor allem bei den Selbständigen, zu. Die Linkspartei/PDS gewann leicht bei Arbeitern, Rentnern und Arbeitslosen, verlor aber bei Selbständigen, Angestellten und in Ausbildung Befindlichen. Die NPD holte weit überdurchschnittliche Anteile bei Arbeitern und Arbeitslosen, war aber auch bei den Selbständigen etwa im Durchschnitt ihres Ergebnisses vertreten.

Bei der NPD war einerseits zu konstatieren, dass sie in Mecklenburg-Vorpommern vom Import auswärtiger Kader und dem Aufbau einer breiten Organisationsstruktur profitiert hatte – sie kam immerhin in 33 der 36 Wahlkreise über die 5%-Marke. Daneben war aber auch überdeutlich, dass sie sich als Sammelbecken der Protestwähler präsentiert hatte – was die PDS durch die Regierungsbeteiligung nicht mehr leisten konnte. Auch regional fällt auf, dass die NPD vor allem im strukturschwachen Südvorpommern überdurchschnittlich abgeschnitten hatte.

# 3.2.4 Konsequenzen und Folgerungen

Die Konsequenzen aus diesen Landtagswahlen waren vielschichtig. Zur Wahl standen die einzigen beiden rot-roten Landesregierungen in Deutschland. Ein dramatischer Erfolg für sie bei diesen Wahlen hätte sicher als Zeichen für eine Schwächung der Großen Koalition und ein Schritt hin in Richtung einer Linksregierung auf Bundesebene verstanden werden können. Dies ist nicht eingetreten: Die dramatischen Verluste für die SPD in Mecklenburg-Vorpommern und für die Linkspartei/PDS in Berlin haben nicht nur jeweils eine der Regierungsparteien, sondern auch die rot-rote Koalition in den Ländern geschwächt. Selbst wenn als Folge der Wahlen in beiden Ländern wieder rot-rote Regierungen gebildet worden wären – was die Wahlergebnisse ermöglichten und in Berlin rasch angekündigt wurde<sup>165</sup> –, wären diese in einer psychologisch schwierigeren Position gewesen und hätten in der Öffentlichkeit größere Widerstände überwinden müssen. Ein Scheitern einer oder gar zweier rot-roter Regie-

Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard: Die Berliner Abgeordnetenwahl vom 17.9.2006: Ein "Weiter so" trotz herber Verluste des Koalitionspartners, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2007, S.84-100.

rungen wäre ein Rückschlag für alle Protagonisten einer rot-rot-grünen Regierung auf Bundesebene gewesen. Umgekehrt war eine neue große Koalition – so wie sie in Mecklenburg-Vorpommern auch gebildet wurde<sup>166</sup> – für die Bundesregierung nicht nur ein psychologischer Gewinn, sondern dadurch wurden auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat verstärkt.

Insofern konnte die Große Koalition im Bund sogar als Gewinner aus diesem Wahltag hervorgehen. Auf der anderen Seite bedeutete das Wahlergebnis an sich einen deutlichen Dämpfer für die beiden großen Parteien - weit stärker als bei den Landtagswahlen vom 26. März 2006. Bei aller Bedeutung der Landesspezifika hatten in beiden Ländern die Reaktionen auf die Politik der Großen Koalition eine Rolle gespielt. SPD und CDU haben erneut unter der gesunkenen Wahlbeteiligung gelitten, auch wenn sich die Folgen unterschiedlich auswirkten (für die Berliner SPD noch am wenigsten) und die Beteiligung insgesamt trotz eines Rückganges von gut 10 Prozent noch deutlich über der Beteiligung in anderen Ländern lag. Die Reservearmee der Nichtwähler wuchs kontinuierlich an und das würde eine große Herausforderung für alle Parteien bleiben, diese Wähler zurückzugewinnen und zu verhindern, dass diese populistischen oder extremistischen Kräften als Mehrheitsbeschaffer dienen. Das Resultat für die NPD in Mecklenburg-Vorpommern hatte beispielhaft deutlich gemacht, wo sich eine solche Partei ihre Wähler holen kann: aus dem Nichtwählerlager, von kleineren Parteien, aber auch aus dem Bereich frustrierter früherer Wähler der Volksparteien.

Auch diese Wahl hatte wieder einige und zum Teil lange bekannte strukturelle Defizite bestätigt. Die CDU hatte in Berlin mittlerweile große Standortnachteile, aber die andauernden Verluste und die desaströsen Ergebnisse im Osten der Stadt warfen Zweifel an der Mehrheitsfähigkeit der Partei auf mittlere Sicht auf. Selbst in Mecklenburg-Vorpommern, wo es laut Umfragen lange Zeit gut ausgesehen hatte, schaffte es die CDU nicht, die SPD trotz deren dramatischer Verluste zu überholen und sich einen eigenständigen Anspruch auf die Regierungsbildung zu erarbeiten. Angesichts dieser Ausgangslage konnte die CDU um das Angebot einer Regierungsbeteiligung als Juniorpartner der SPD froh sein.

Bei der Frage nach den Veränderungen in der Wählerschaft und der Integrationskraft der Volksparteien darf nicht vergessen werden, dass beide Landtagswahlen einen gewissen Sondercharakter aufgewiesen haben: In beiden Ländern war die Zahl der Wahlberechtigten bezogen auf ganz Deutschland gering und vor allem das wiedervereinigte Berlin stellt po-

Werz, Nikolaus/Schoon, Steffen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17.9.2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2007, S.67-83.

litisch und wahlsoziologisch einen eigenen Fall dar. Insofern sollte man sich vor vorschnellen Verallgemeinerungen hüten. Dennoch ließen sich einige bekannte Befunde wieder treffen: In Berlin wie in vielen anderen urbanen Regionen war die Union von der Mehrheitsfähigkeit zu weit entfernt. Überdurchschnittlich stark war sie nur bei Senioren, aber auch da erreichte sie nicht mal mehr ein Drittel. In allen anderen Altersgruppen war sie zumeist rückläufig auf niedrigem Niveau. Immerhin lagen die Werte für die Frauen nicht – wie oft in andern Ländern – deutlich niedriger als die für die Männer. In Mecklenburg-Vorpommern waren weniger die mäßigen Unionsverluste bei den Senioren problematisch – da hatte sich wie in allen neuen Bundesländern noch nicht diese Alterspräferenz für die Union entwickelt, wie sie lange für Westdeutschland typisch war und dort jetzt ebenfalls langsam abschmolz. Dort fielen die massiven Verluste bei Jungwählern auf, die zum Teil sogar zur NPD gingen. In beiden Ländern hatte die CDU offensichtlich Probleme, die jüngeren und vor allem die weniger qualifizierten Menschen in einfacheren Berufen anzusprechen – die "kleinen Leute" blieben zu Hause, wählten häufiger SPD (in Berlin) sowie NPD (in Mecklenburg-Vorpommern) oder blieben noch in beachtlichem Ausmaß bei der Linkspartei/PDS. Der Protest hatte sich auch in der Wahl der WASG manifestiert, die aber insgesamt zu schwach blieb.

Die Richtung dieses Protests war allerdings diffus. Die Landtagswahlen konnten auf der einen Seite nicht als Erfolg für das bürgerliche Lager interpretiert werden, da es in diesen Regionen zu weit von der Mehrheitsfähigkeit entfernt war, auch wenn sich in Mecklenburg-Vorpommern eine positive Tendenz abzeichnete. Das linke Lager inklusive Linkspartei/PDS war ebenfalls nicht als Sieger aus dem Wahlsonntag hervorgegangen. In beiden Ländern war die Linkspartei/PDS auf die Gnade der SPD angewiesen, um wieder in die Regierung zu kommen. Bei beiden Partnern musste das Interesse an der Fortführung von Rot-Rot zu dieser Zeit aber nicht übermäßig groß sein: Eine große Koalition in Mecklenburg konnte das politische Gewicht der SPD in der Bundesregierung erhöhen und für die PDS/Linkspartei hat eine Oppositionsphase angesichts ihrer strukturellen Stärke in diesen Ländern bei den damaligen Fusionsproblemen und der Kritik an ihrer Regierungsbeteiligung eine willkommene Pause zur Regeneration auf dem Weg für eine Linksregierung im Bund bedeutet.

Für die weitere strategische Perspektive musste dieser Wahlsonntag daher für die Union nicht unbedingt einen großen Rückschlag bedeuten. Die spätere Bildung einer großen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern war für die CDU trotz des mäßigen Wahlergebnisses sogar ein kurzfristiger Gewinn aus den Landtagswahlen. Für die SPD war es ohnehin von großer Bedeutung, angesichts des Verlustes zahlreicher Landesregierungen in den letzten Jahren und der rückläufigen Umfragewerte auf Bundesebene einen Erfolg bei diesen Wahlen vorweisen zu können. Weitergehende Lehren

für andere Bundesländer ließen sich aus diesem Wahlergebnis kaum ziehen: Im Nordosten Deutschlands waren kaum Wahlergebnisse denkbar, die die Union in einer deutlich gestärkten Position hätten sehen können. In Berlin kamen die strukturellen Nachteile einer Großstadt mit hausgemachten Problemen und den bekannten Ost-Spezifika zusammen. Daher würde die CDU ihre landespolitische Bedeutung dort nur allmählich wieder aufbauen können. Die Schwächung des rot-rot-grünen Lagers war für die Union und das bürgerliche Lager nur ein relativer Erfolg. Dies lag auch daran, dass die Schwachstellen der CDU in ihrer Wählerstruktur nach wie vor vorhanden waren und teilweise auch zunahmen wie zum Beispiel der bei allen Wahlen festzustellende Rückgang der älteren Wähler. Insofern waren die Wahlen vom 17. September 2006 auch ein Beleg dafür, dass die Union in vielen Ländern (insbesondere in Ost- und Norddeutschland) und im Bund seinerzeit nur mit der SPD eine Regierung bilden konnte. Die bürgerliche Mehrheit blieb ein süddeutsches Phänomen. Es blieb die Frage, welche strategischen Schritte die Union ergreifen wollte, um dies in ihrem Sinne zu verändern.

# 4. Die Bremer Bürgerschaftswahl vom 13. Mai 2007: nachrangige Kommunalwahl oder politische Richtungsentscheidung?

#### 4.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

Die Wahl zur Bremer Bürgerschaft stellte unter mehreren Gesichtspunkten eine Besonderheit dar. 167 Sie war die einzige Landtagswahl im gesamten Jahr 2007. Mit 486.072 Wahlberechtigten und 279.889 Wählern hat sie die Dimensionen einer Kommunalwahl in einer mittleren deutschen Großstadt. Durch die getrennten Wahlgebiete Bremen und Bremerhaven, für die jeweils die 5%-Hürde gilt, bestand eine große Chance für kleine Gruppierungen, in die Bürgerschaft zu kommen. Dies bedeutete von vornherein eine relative Verschlechterung der Ausgangspositionen für die großen Volksparteien. Bei keiner anderen Landtagswahl in Deutschland ist es leichter, in ein Landesparlament einzuziehen: So fehlten der Gruppierung "Bürger in Wut", die 2.216 Stimmen ausschließlich in Bremerhaven erhielt, nur eine einzige Stimme, um in die Bürgerschaft zu kommen. Die Gruppierung "Die Konservativen", die in beiden Wahlgebieten 4.487 Stimmen erhielt, blieb jeweils unter der 5%-Grenze und zog nicht ins Landesparlament ein. Die Besonderheiten des Bremer Wahlrechts hätte also beinahe dafür gesorgt, dass eine Protestpartei mit 2.217 Stimmen in ein deutsches Landesparlament einzieht, dort voll stimmberechtigt wäre und auch als Mitglied der Bundesversammlung 2009 den nächsten Bundespräsidenten mit hätte wählen können. Nach einer von dieser Gruppierung angestrengten Klage ordnete der Bremer Staatsgerichtshof eine Nachzählung an, die im Juli 2008 tatsächlich den Einzug der "Bürger in Wut" ins Bremer Landesparlament mit einem Sitz zur Folge hatte.

Insgesamt blieb die SPD mit 36,8% und 101.664 Stimmen stärkste Partei, auch wenn sie 21.816 Stimmen (-5,5%) verlor. Die CDU kam auf 70.845 Stimmen und 25,7%, ein Verlust von 15.974 Stimmen (-4,1%). Die Grünen konnten auf 45.346 Stimmen und 16,4% zulegen und gewannen 7.996 Stimmen (+3,6%). Auch die FDP gewann 16.444 Stimmen und kam auf 6,0% – sie legte 4.150 Stimmen zu (+1,8%) und zog erstmals seit 1991 wieder ins Parlament ein. Sie wurde überholt von der Linkspartei, die 23.189 Stimmen und 8,4% bekam – ein Zuwachs von 18.304 Stimmen oder 6,7%. Damit war die Linke erstmals in einem westdeutschen Landesparlament vertreten. Die DVU konnte nur leicht zulegen (7.587 Stimmen

Siehe Infratest Dimap Wahlreport: Bürgerschaftswahl in Bremen 13.5.2007, Berlin, Juli 2007. Bericht der Forschungsgruppe Wahlen Nr.128, Wahl in Bremen. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 13.5.2007, Mannheim, Mai 2007.

und 2,7%, ein Gewinn von 945 Stimmen oder 0,4%), konnte aber erneut einen Abgeordneten in die Bürgerschaft entsenden, weil sie in Bremerhaven knapp die 5%-Hürde übersprang. Die restlichen Parteien spielten keine Rolle.

Die Wahlbeteiligung war mit 57,6% die niedrigste aller Bremer Bürgerschaftswahlen.

Die 83 Mandate der Bürgerschaft verteilen sich auf die SPD mit 33, die CDU mit 23, die Grünen mit 14, die Linke mit 7, die FDP mit 5 und die DVU mit einem Sitz. Die SPD musste später einen Sitz zugunsten der "Bürger in Wut" abgeben. Damit war neben der Fortführung der großen Koalition ein rot-grünes Bündnis die realistischste Variante, welches dann auch gebildet wurde.

# 4.2 Bewertungen und Einzelaspekte

#### 4.2.1 Verluste der großen Parteien - Gewinne der kleinen

Die größten Verluste hatten bei dieser Bürgerschaftswahl die bisherigen Koalitionsparteien SPD und CDU zu tragen. Beide zusammen kamen nur noch auf 62,5%, das sind 9,6% weniger als bei der letzten Wahl. Für beide Parteien waren dies aber nicht die schlechtesten Resultate in Bremen. Die SPD lag zwar 5,6% unter dem letzten Bundestagswahlresultat von 2005, aber immer noch deutlich über ihrem schlechten Wert von der Europawahl 2004. Die CDU war zwar bei dieser Europawahl ebenfalls besser, ihr jetziges Ergebnis war aber immerhin 2,9% höher als ihr Resultat bei der Bundestagswahl 2005. Bei allen Verlusten war für beide Parteien das Ergebnis verkraftbar. Allerdings stellte das Ergebnis für die SPD das zweitschlechteste Resultat seit 1946 dar (nur 1995 lag sie darunter), während die CDU im historischen Vergleich immer noch besser als 1987 sowie bei den Wahlen der 40er- und 50er-Jahre lag. Angesichts der generellen Volatilität des Wahlverhaltens – insbesondere in Großstädten – hätte es für SPD wie CDU schlimmer kommen können.

Profiteure dieser Entwicklung waren die auch im Bundestag vertretenen Kleinparteien. Die Grünen erreichten ihr bislang bestes Ergebnis sowohl in Bremen als auch bei Landtagswahlen überhaupt. Die FDP zog wieder in die Bürgerschaft ein, nachdem sie nach dem Bruch der Ampelkoalition drei Legislaturperioden hintereinander an der 5%-Hürde gescheitert war. Dennoch wäre das bürgerliche Lager aus CDU und FDP zusammen so schwach wie seit den 60er-Jahren nicht mehr und käme nur auf 31,6%. Profitiert hat auch die Linkspartei, die genau denselben prozentualen Stimmenwert erreichte wie bei der Bundestagswahl 2005 in Bremen

und damit offenbar einen bundesweiten Trend zu ihren Gunsten nutzen konnte. Die sonstigen Kleinparteien konnten – trotz des Sonderfalles DVU und dem skurrilen Fall der BIW – nichts hinzugewinnen. Die Veränderungen vollzogen sich innerhalb des Fünfparteien-Systems inklusive der neuen Linkspartei, aber weitere Ausfransungen an den Rändern hat es nicht gegeben.

#### 4.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest Dimap zeigten sich bei allen Parteien Verhaltensmuster, die den bislang auch bei anderen Wahlen festgestellten Mustern entsprechen. Angesichts der Wahlbeteiligung war es nicht überraschend, dass die SPD den größten Teil der Verluste an das Nichtwählerlager zu verzeichnen hat (-7.000). Ansonsten verlor die SPD vor allem an die Linke (-6.000) und die Grünen (-5.000). Nur kleine Abgänge gab es an die FDP und CDU (jeweils -1.000). An den Generationenwechsel – also dem Saldo aus verstorbenen und neu dazugekommenen Wählern – verlor die SPD 5.000 Stimmen. Ein Indiz dafür, dass den großen Parteien die demographische Entwicklung seit längerem regelmäßige Stimmenverluste bereitet.

Auch die CDU verlor am stärksten an die Nichtwähler (-8.000) und an den Generationenwechsel (-6.000). Ansonsten gibt es leichte Verluste an die FDP (-2.000) und an die Linke sowie sonstige Parteien (jeweils -1.000). Von der SPD gab es einen leichten Zugewinn (+1.000).

Die Grünen hatten einen interessanten Wähleraustausch zu verzeichnen: Sie gewannen stark von der SPD (+5.000), von den Zugezogenen (+4.000; der größte Zugewinn aller Parteien) und aus dem Generationenwechsel (+2.000). Hingegen verloren sie etwas an die FDP (-1.000) und deutlich an die Linkspartei (-3.000).

Die FDP holte ihre Zugewinne von der CDU (+2.000) und gleichermaßen von SPD, Grünen und den Zugezogenen (jeweils +1.000). Abgeben musste sie nur an die Nichtwähler (-1.000).

Die Linke holte ihre Gewinne vor allem von der SPD (+6.000), aber auch von den anderen Parteien (+4.000) und den Grünen (+3.000). Gewonnen hat sie auch aus dem Bereich der Nichtwähler und den Zugezogenen (jeweils +2.000) sowie von der CDU und aus dem Generationenwechsel (jeweils +1.000). Sie musste in keine Richtung Wähler abgeben – auch ein Indiz dafür, dass die Konjunktur für die Linke günstig war.

#### 4.2.3 Prognosen und Wirklichkeit

Verglichen mit anderen Landtagswahlen wurden vor der Bremer Bürgerschaftswahl nur wenige Umfragen veröffentlicht. Allerdings zeigte sich auch bei diesen Umfragen wiederum die übliche Tendenz, dass keine das Wahlergebnis exakt vorhersagen konnte. Emnid (veröffentlicht am 1. April 2007) und die Forschungsgruppe Wahlen (4. Mai 2007) setzten das CDU-Resultat mit 28% deutlich zu hoch an, das der SPD mit 38% bzw. 40% ebenfalls. Die FDP wurde von beiden exakt prognostiziert. Die Grünen wurden von Emnid ziemlich genau getroffen, von der Forschungsgruppe Wahlen mit 14% deutlich unterschätzt. Eine Umfrage von Infratest Dimap (26. April 2007) traf die CDU fast genau, überschätzte aber die SPD mit 42% und unterschätzte die Grünen mit 14,5% deutlich. Insgesamt zeigt sich also, dass die Umfragen erneut mehr oder weniger ungenau waren, vor allem bei den großen Parteien. Die Prognosen für beide Regierungsparteien zusammen lagen noch deutlicher daneben. Dies gilt erst recht für die Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, die zeitlich am Nächsten zum Wahltermin publiziert wurde.

Auch bei dieser Wahl hat sich die Tendenz bestätigt, die Wahlentscheidung immer kurzfristiger zu treffen. Laut Infratest Dimap hatten sich 16% aller Wähler erst am Wahltag, 16% während der letzten Tage und weitere 16% während der letzten Wochen entschieden. Während bei den großen Parteien der Anteil der Kurzentscheider unter dem Durchschnitt blieb, war er bei Linkspartei, Grünen und in besonderem Maße bei der FDP weit über dem Durchschnitt. Neben Linken und Grünen könnte also die FDP am meisten von den Mobilisierungsschwächen der großen Parteien profitiert haben.

# 4.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Bezogen auf das Alter hatten beide große Parteien auch bei dieser Wahl ihre Schwerpunkte bei den älteren Wählern. Die Verluste der SPD waren laut Infratest Dimap am geringsten bei den über 60-Jährigen und am höchsten in der Altersgruppe zwischen 45 und 59 Jahren. Bei den Wählern unter 24 hat die SPD bei den Frauen leicht gewonnen, bei den Männern jedoch stark verloren. Überhaupt waren die SPD-Verluste bei den jüngeren Männern weit stärker als bei den Frauen.

Allerdings zeigte sich auch bei dieser Wahl wieder, dass sich die großen Institute bei der Analyse der Wählerschaft im Detail keineswegs einig sind. Interessanterweise zeigen die Ergebnisse basierend auf den Daten der Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen doch an einigen Stellen deutliche Abweichungen. So sah die Forschungsgruppe Wahlen

für die SPD bei den 45- bis 59-Jährigen die höchsten Verluste ebenso wie bei den über 60-Jährigen. Umgekehrt sah dieses Institut leichte Gewinne für die SPD bei den 18- bis 29-jährigen Männern und klare Verluste bei den gleichaltrigen Frauen. Dies war das genaue Gegenteil der Resultate von Infratest Dimap.

Laut Infratest Dimap wiederum hatte die CDU über alle Altersgruppen verloren, am stärksten aber bei den Wählern zwischen 25 und 34 Jahren. Bei ihr waren die Verluste bei den Frauen über alle Altersgruppen stärker außer bei den über 60-Jährigen. Generell waren aber für Union wie SPD vor allem die über 60-Jährigen – und dort vor allem die Frauen – die treuesten Wähler, die weit überdurchschnittlich bei der jeweiligen Partei geblieben waren.

Auch hier sah die Forschungsgruppe Wahlen andere Bewegungen: Sie sah die geringsten Verluste der CDU bei den Frauen über 60, aber die Forschungsgruppe Wahlen gab die höchsten Verluste der CDU bei den 18- bis 29-jährigen Männern an, und dort weit höher als bei allen Altersgruppen der Frauen

Die Grünen waren bei den über 60-Jährigen nach den Daten beider Institute nur stark unterdurchschnittlich vertreten. Sie erzielten aber bei allen anderen Altersgruppen unter 60 Jahren überdurchschnittliche Werte – bei Frauen noch stärker als bei Männern – außer laut Forschungsgruppe Wahlen bei den 18- bis 29-jährigen Frauen, die bei diesem Institut leichte Verluste aufwiesen und leicht hinter den Männern lagen. Sie sind also (bei dieser wie bei anderen Wahlen auch) schon lange keine reine Partei der Jugendlichen mehr, sondern haben – mit Ausnahme der Senioren – alle Altersschichten der Gesellschaft für sich reklamiert. Sie lagen bei den Frauen in allen Altersgruppen bis 59 Jahren über der Union und auch bei den Männern bis 45 praktisch gleichauf – darin sind sich beide Institute einig.

Bei der FDP fiel auf, dass sie stärker bei jüngeren Wählern bis 35 Jahren war, bei Männern wiederum stärker als bei Frauen. Diesen Befund meldeten beide Institute, auch wenn der Unterschied bei der Forschungsgruppe Wahlen etwas geringer ausfiel.

Die Linkspartei hatte ihre Schwerpunkte bei den mittleren Jahrgängen von 35 bis 59 Jahren, ebenfalls etwas stärker bei den Männern. Die DVU hatte ihre Schwerpunkte deutlich bei den jungen Wählern, etwa doppelt so stark bei den Männern.

Bezogen auf die formale Bildung erzielte laut Infratest Dimap die SPD erneut einen weit überdurchschnittlichen Wert bei den niedrig Qualifizierten und hat dort auch unterdurchschnittlich verloren, während ihr

Resultat bei den Hochqualifizierten mit hohen Verlusten weit unter dem Durchschnitt lag. Die Forschungsgruppe Wahlen hingegen attestierte der SPD sogar Gewinne bei den unter 35-Jährigen mit geringer und mittlerer Ausbildung, bei den Hauptschülern sogar erhebliche. Die höchsten Verluste erlitt sie laut Infratest Dimap bei Angestellten, in Ausbildung Befindlichen und Arbeitslosen, am wenigsten verlor sie bei Arbeitern und Beamten. Dagegen sah die Forschungsgruppe Wahlen die höchsten Verluste der SPD bei Beamten, Rentnern und Selbständigen und ebenfalls leichte Verluste bei den Arbeitern und Arbeitslosen. Sie blieb bei Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich vertreten bei allerdings laut Infratest Dimap hohen Verlusten, laut Forschungsgruppe Wahlen leichten Zugewinnen. Bei der Konfession war die SPD bei den Protestanten erneut stärker vertreten als bei den Katholiken. Die höchsten Verluste hatte sie in der Gruppe der Wähler mit anderer oder keiner Konfession zu verzeichnen, sie blieb in diesem Segment aber die stärkste Partei.

Die CDU schnitt laut Infratest Dimap überdurchschnittlich bei den formal Hochgebildeten ab und hatte dort keine Verluste hinzunehmen – laut Forschungsgruppe Wahlen aber schon bei den Universitätsabsolventen. Über dem Durchschnitt blieb sie (bei beiden Instituten) bei den Wählern mit mittlerer Qualifikation – dort hatte sie aber die höchsten Verluste – und sie verlor auch überdurchschnittlich bei den Geringqualifizierten. Bezogen auf die Berufe hatte die CDU laut Infratest Dimap die größten Verluste bei den Arbeitern, den Selbständigen und den Rentnern, auch wenn sie bei diesen beiden Gruppen über ihrem Durchschnitt blieb. Die Forschungsgruppe Wahlen sah allerdings höhere Verluste bei den Arbeitslosen. Zulegen konnte sie – laut Infratest Dimap – lediglich bei den in Ausbildung Befindlichen und laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Beamten. Spiegelbildlich zur SPD war ihr Anteil bei den Nichtmitgliedern einer Gewerkschaft deutlich höher und sie war auch bei den Katholiken stärker als bei den Protestanten – allerdings bei Verlusten in beiden Gruppen.

Die Grünen erzielten weit überdurchschnittliche Resultate bei den formal Hoch- und weit unterdurchschnittliche bei den niedriggebildeten Wählern. Ihre besten Resultate holten sie bei den Angestellten und Selbständigen und noch stärker bei Beamten und in Ausbildung Befindlichen. Klar unter dem Durchschnitt lagen sie bei Arbeitern, Rentnern und Arbeitslosen. Die beiden Institute waren sich dabei einig, außer dass sie die Forschungsgruppe Wahlen auch bei den Arbeitslosen deutlich im Durchschnittsbereich maß. Deutlich über dem Schnitt lagen sie auch bei den Wählern mit anderer oder keiner Konfession.

Auch die FDP war laut Infratest Dimap deutlich schwächer bei den Wählern mit niedriger Qualifikation. Bei der Forschungsgruppe Wahlen waren die Unterschiede nicht so deutlich: Dort lag sie etwa bei den Hauptschul-

abgängern unter 35 im Schnitt. Die meisten Stimmen holte sie bei den Selbständigen. Sie lag bei Infratest Dimap bei den Angestellten, Rentnern und Arbeitslosen im Schnitt, bei Arbeitern, Beamten und in Ausbildung Befindlichen darunter. Laut Forschungsgruppe Wahlen war die FDP nur bei den Selbständigen über, bei Angestellten und Beamten im Schnitt und bei den anderen Berufsgruppen darunter. Bei den Protestanten war sie etwas stärker als bei den Katholiken.

Die Linkspartei hatte ihre stärksten Zugewinne bei den niedrig qualifizierten Wählern. Sie erzielte weit überdurchschnittliche Werte und Zugewinne bei den Arbeitern und Arbeitslosen, bei allen anderen Gruppen außer den in Ausbildung Befindlichen gewann sie durchschnittlich dazu. Auch sie war bei Gewerkschaftsmitgliedern überdurchschnittlich stark und holte weit höhere Werte bei den Wählern mit anderer oder keiner Konfession. Beide Institute waren sich darin einig, außer dass die Forschungsgruppe Wahlen die Linkspartei bei Beamten und Selbständigen unter ihrem Durchschnittswert sah.

Mit Ausnahme der Konfession war die Wählerschaft der DVU sozialstrukturell der der Linkspartei sehr ähnlich: auch dort überdurchschnittliche Werte bei den mittel und niedrig Qualifizierten sowie bei Arbeitern (vor allem in Gewerkschaften) sowie (laut Forschungsgruppe Wahlen) den Arbeitslosen.

# 4.2.5 Zusammenfassung

Ohne Zweifel war die Bremer Bürgerschaftswahl eine Randerscheinung in der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das Wahlgebiet ist viel zu klein, um daraus Rückschlüsse für das gesamte Land ziehen zu können. Eine Kommunalwahl in einer norddeutschen Großstadt hat typische eigene Gesetze – noch dazu bei geteiltem Wahlgebiet und jeweils eigener 5%-Hürde, Einstimmen-Listenwahl ohne Direktmandate und ohne Überhang- und Ausgleichsmandate. Strukturell ist dies von vornherein ein Vorteil für kleine und Protestparteien und ein Nachteil für große Volksparteien.

Obwohl in der Praxis eine weitere große Koalition genauso möglich gewesen wäre wie eine rot-grüne Koalition, hat die SPD ein Bündnis mit den Grünen gebildet. Es wäre aber weit übertrieben, dies als eine politische Richtungsentscheidung oder ein Misstrauensvotum gegen die Bundesregierung zu interpretieren. In Bremen ist seit jeher das linke Lager im Vorteil gewesen. Schon seit dem ersten Antreten der Grünen 1979 war das rot-grüne Lager weit vor Schwarz-Gelb gelegen, zumeist sogar mit größeren Abständen als bei dieser Wahl. Dies hat sich durch das Auftreten der

PDS 1995, 1999 und 2003 sowie der Linkspartei 2007 noch verstärkt. Das bürgerliche Lager wurde zusätzlich geschwächt durch sonstige Parteien, die immer wieder an ihrem Wähleranteil (zum Teil auch an dem der SPD) nagten wie "Arbeit für Bremen" 1995 oder Schill-Partei 2003. Aus diesem Blickwinkel muss eine Regierungsbeteiligung der CDU in Bremen eher als Ausnahmefall wirken, zumal sie ja aus numerischen Gründen nur mit der SPD koalieren kann, so lange eine Koalition mit der FDP nicht ausreicht und ein zusätzlicher Koalitionspartner nicht in Sicht ist.

Die Bremer Wahl war also keine Richtungsentscheidung und präjudizierte nichts für die weiteren Wahlgänge in den Ländern 2008 oder gar für die Bundestagswahl. Dennoch konnte von dieser Wahl eine symbolische Wirkung in verschiedenen Bereichen ausgehen. Zum einen konnte die SPD demonstrieren, dass sie jenseits einer großen Koalition jederzeit andere Koalitionspartner findet, auch unter den Bedingungen einer erstarkenden Linkspartei, wenn sie eine gewisse Mindeststärke erreicht. Zum anderen war es für die Grünen wichtig, unter allen Umständen wieder irgendwo in Deutschland Regierungspartei zu sein. Bei aller strukturellen Stärke ist es für eine Kleinpartei unerlässlich, über kurz oder lang in Regierungsverantwortung eingebunden zu sein. Dasselbe Problem hatte auch die FDP, die trotz ihres Einzugs ins Landesparlament von einer solchen Regierungsverantwortung weit entfernt zu sein schien. Schließlich war es auch ein wichtiger symbolischer Erfolg für die Linkspartei (wahrscheinlich auch, weil sie nicht mehr unter dem Titel "PDS" auftreten musste), ihren Erfolg der letzten Bundestagswahl wiederholt zu haben und erstmals in ein westdeutsches Bundesland eingezogen zu sein.

Die symbolische Strahlwirkung konnte also der wichtigste Effekt dieser Wahl sein. Dazu gehörte auch, dass eine rot-grüne Landesregierung die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat so beeinflussen konnte, dass eine theoretische Zweidrittel-Mehrheit aus Union und SPD unmöglich wäre und damit Verfassungsänderungen erschwert werden würden. Bestenfalls die Symbolik des Wahlergebnisses konnte also eine Aufwertung der Grünen und vor allem der Linkspartei ableiten lassen, die sich dabei ihrem Ziel, gesamtdeutsche linke Flügelpartei mit potenzieller Fähigkeit zur Regierungsbeteiligung in Ost und West zu sein, einen Schritt näher gekommen fühlen mochte. Damit war für interessierte Kreise auch das Argument forcierbar, die Wahl in Bremen habe (wie andere Landtagswahlen auch) gezeigt, dass das bürgerliche Lager stagniere oder sogar rückläufig sei, das linke Lager aber nicht zuletzt durch eine mögliche Etablierung der Linkspartei im Wachsen begriffen sei und sich zu einer strukturellen Regierungsmehrheit entwickle. Schließlich hatte die CDU bei dieser Wahl wahlsoziologisch mehr oder minder dieselben Defizite aufgewiesen wie bei den letzten Wahlen, auch wenn die Bremer Stadtstaaten-Situation dabei eine verstärkende Rolle gespielt hat. Sollten die Wahlen 2008 in

Hamburg oder 2009 im Saarland sowie in Brandenburg, Thüringen und Sachsen eine ähnliche Tendenz aufweisen, dann könnten derartige Argumentationen weitere Nahrung bekommen und in der öffentlichen Debatte eine gewisse Dynamik erhalten. Umso wichtiger wäre es dann für die Union, in den anderen Landtagswahlen 2008 in Hessen, Niedersachen und Bayern sowie in den Europa- und Bundestagswahlen 2009 die eigene Fähigkeit zur Mehrheits- und Regierungsbildung zu dokumentieren. Dazu war es aber erforderlich, weit breitere Wählerschichten zu erreichen, als dies bei der Bremer Bürgerschaftswahl möglich war.

# 5. Die Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen vom 27. Januar 2008: das bürgerliche Lager auf dem Rückzug?

# 5.1 Die Landtagswahl in Niedersachsen vom 27. Januar 2008

#### 5.1.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

Ebenso wie die gleichzeitig durchgeführte Wahl in Hessen wurde auch die Landtagswahl in Niedersachsen von der veröffentlichten Meinung als Stimmungstest für die Große Koalition und die CDU, aber vor allem für die Linkspartei gesehen, die sich aufgrund des Wahlergebnisses in Bremen vom 13. Mai 2007 und der andauernd guten Umfragewerte den Einzug in weitere Westparlamente erhoffte. 168 Zwar schlugen die Wogen wegen des deutlicheren demoskopischen Vorsprungs der Landesregierung im Vorfeld der Wahl bei weitem nicht so hoch wie in Hessen, aber selbst bei einer Bestätigung der Landesregierung wäre durch einen Einzug der Linkspartei ins Parlament weitere Unsicherheit im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Parteiensystems zu erwarten gewesen. Anders als in Hessen, wo die Demoskopen sie zumeist im Bereich der 5%-Marke sahen. gaben vor der Wahl wenige Analytiker der Linkspartei große Chancen, im Flächenland Niedersachsen mit schwacher Parteistruktur der Linken auf dem Land ins Parlament zu kommen. Das Wahlergebnis brachte zwar eine Bestätigung der Regierung Wulff und damit auch der CDU, aber der Erfolg der Linkspartei hätte für die Bundespolitik kurz- und mittelfristig bedeutendere Effekte nach sich ziehen können.

Die CDU konnte zwar 42,5% der Zweitstimmen holen und sich damit zusammen mit der FDP, die auf 8,2% kam, die Regierungsmehrheit sichern. Das war aber immer noch ein Verlust von 5,8 Prozentpunkten bei einem leichten Zugewinn von 0,1 Prozentpunkten der FDP. In absoluten Stimmen bekam die CDU noch 1.455.687 Stimmen. Das waren 469.368 Stimmen oder fast ein Viertel weniger als bei der letzten Landtagswahl 2003. Damit hat die Union auch über den Rückgang der Wahlbeteiligung hinaus – sie sank um etwa 10 Prozentpunkte auf 57,1% – überdurchschnittlich verloren. Auch die FDP büßte bei den absoluten Stimmen fast 15% auf 279.557 ein.

Siehe hierzu die Berichte von Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Niedersachsen 27.1.2008, Berlin, März 2008; Wahlreport Landtagswahl in Hessen 27.1.2008, Berlin, März 2008. Siehe auch die Berichte der Forschungsgruppe Wahlen: Bericht Nr.129, Wahl in Niedersachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27.1.2008, Mannheim, Januar 2008; Bericht Nr.130, Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27.1.2008, Mannheim, Januar 2008.

Union und FDP profitierten indirekt von den Verlusten der SPD, die 1.035.894 Stimmen erhielt und einen Rückgang von 294.262 Stimmen, das entspricht mehr als einem Fünftel der Stimmen von 2003, eingefahren hat. Prozentual ging die SPD von 33,4% auf 30,3% zurück, ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt in diesem Land. Da die Grünen nur leicht von 7,6% auf 8,0% zulegen konnten (allerdings auch bei einem Rückgang von 30.598 auf 273.934 Stimmen), blieb die Mehrheit aus CDU und FDP ungefährdet. Hauptgewinner der Wahl war die Linke, die ihren Stimmenanteil von 2003 fast verzehnfachte und mit 243.106 Stimmen zwar hinter FDP und Grünen blieb, aber mit 7,1% überraschend deutlich die 5%-Sperrklausel überwinden konnte. Bei den sonstigen Parteien fielen lediglich die Werte für die NPD (1,5%) und mit Einschränkungen der Tierschutzpartei (0,5%), der Freien Wähler (0,5%) und der Familienpartei (0,4%) auf; der Rest blieb unter 0,3%.

Die niedrige Wahlbeteiligung hatte zur Folge, dass die großen Volksparteien nur einen relativ geringen Anteil der gesamten Wählerschaft erreichen konnten: Der Anteil der CDU entsprach 23,9% aller Wahlberechtigten, der der SPD sogar nur 17,0%. Beide großen Parteien zusammen hatten also nur die Stimmen von 40,9% der Wahlberechtigten gewonnen.

Die 152 Mandate verteilen sich einschließlich der Überhangs- und Ausgleichsmandate so: Die CDU erhält 68 und hat zusammen mit den 13 FDP-Abgeordneten eine klare Mehrheit. Die SPD erhält 48, die Grünen 12 und die Linke 11 Mandate.

# 5.1.2 Bewertungen und Einzelaspekte

# Einordnung im Vergleich

In mittel- und längerfristiger Perspektive bewegte sich das Ergebnis der CDU trotz der Verluste durchaus im Rahmen. Die Ausgangslage der Landtagswahl 2003 war wegen des damaligen Unmuts über die rot-grüne Bundesregierung außergewöhnlich gut gewesen. Das diesmalige Resultat lag immer noch über den Werten der Landtagswahlen von 1998, 1994 und 1990 und über dem der Bundestagswahl 2005 wie der Kommunalwahl 2006. Der Abstand zur größten Konkurrenzpartei SPD betrug deutliche 12,2 Prozentpunkte.

Die SPD hingegen hatte ihr schlechtestes Ergebnis bei Landtagswahlen seit Kriegsende zu verzeichnen. In den letzten Jahren war es ihr nur bei der Bundestagswahl 2005 gelungen, vor der CDU zu liegen. Bei den Grünen reichte ihr Resultat zwar zum besten Landtagswahlergebnis ihrer Geschichte, aber der Zugewinn war eher bescheiden und weit von den 12,1% entfernt, die sie bei der letzten Europawahl erzielt hatten. Die FDP hat ein

Ergebnis am oberen Rand ihrer historischen Bandbreite erzielt und lag in jüngeren Jahren nur bei der letzten Bundestagswahl etwas darüber.

Die Linkspartei konnte einen eindeutigen Erfolg verzeichnen, der auch über ihr beachtliches Bundestagswahlergebnis von 4,3% im Jahr 2005 noch deutlich hinausging.

#### Bilanz der Wählerwanderungen

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest Dimap verlor die CDU nach allen Richtungen Wähler. Der größte Teil der Verluste ging an die Nichtwähler: Etwa 262.000 ehemalige CDU-Wähler blieben der Wahlurne fern – das entsprach etwa 56% der Gesamtverluste der CDU. Weitere 76.000 waren dem Generationenwechsel, also dem Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen, zum Opfer gefallen. Aber auch die anderen Parteien profitierten von den Verlusten der Union: An die FDP gingen 43.000 Stimmen, die Linkspartei 27.000, die sonstigen Parteien 26.000, die SPD 17.000 und noch 9.000 an die Grünen.

Auch die SPD hatte den größten Teil ihrer Verluste an die Nichtwähler zu beklagen: Mit 157.000 Stimmen machten diese etwa 54% der Gesamtverluste aus – fast dasselbe Niveau wie bei der CDU. Daneben verlor die SPD 79.000 Stimmen – mehr als ein Viertel der Verluste – an die Linke. Sie verlor ebenfalls 18.000 Stimmen an die Grünen, 19.000 an sonstige Parteien und 53.000 an den Generationenwechsel. Leichte Zugewinne erzielte die SPD von ehemaligen CDU-Wählern (17.000) und FDP-Wählern (3.000).

Die FDP verlor 25.000 Stimmen an die Nichtwähler – weit mehr als die Hälfte der Gesamtverluste. Sie verlor an alle Parteien mit Ausnahme der CDU, von der sie 43.000 Stimmen holte: Ansonsten gab sie ab an die sonstigen Parteien (12.000), die Linke (10.000), die SPD und die Grünen jeweils 3.000 sowie 8.000 an den Generationenwechsel.

Die Grünen wiesen ein heterogenes Wählerstromkonto auf: Einerseits verloren sie stark an die Nichtwähler (44.000) und an die Linke (31.000). Andererseits bekamen sie 18.000 Stimmen früherer SPD-Wähler, 12.000 aus dem Generationenwechsel, 9.000 von der CDU und 3.000 von der FDP. Diese Gewinne konnten die Verluste an absoluten Stimmen aber nicht aufwiegen.

Die Linke konnte Gewinne von allen Seiten verzeichnen: Die meisten Stimmen holte sie aus dem SPD-Wählerbereich (79.000), aber auch von den Grünen bekam sie 31.000, 27.000 von der CDU, 17.000 von den sonstigen Parteien und 10.000 von der FDP sowie 28.000 von früheren Nichtwählern und 11.000 aus dem Generationenwechsel.

Die sonstigen Parteien konnten ebenfalls von allen Parteien etwas holen: 26.000 von der CDU, 19.000 von der SPD, 12.000 von der FDP und 6.000 von den Grünen sowie 11.000 aus dem Generationenwechsel. Lediglich an die Linke verloren sie 17.000 Stimmen.

#### Prognosen und Wirklichkeit

Anders als in Hessen verbreiteten praktisch alle veröffentlichten Umfragen schon früh den Eindruck, die Regierung Wulff würde wiedergewählt werden. Dies hat vielleicht sogar zu einem stärkeren Absinken der Wahlbeteiligung beigetragen, als dies ansonsten der Fall gewesen wäre. Die prognostizierten Werte für die CDU wurden aber deutlich über-, die der FDP hingegen unterschätzt. Hier zeigte sich erneut ein Phänomen, das auch bei früheren Wahlen immer wieder zu verzeichnen war, dass nämlich ein politisches Lager als Ganzes besser eingeschätzt wird als die einzelnen Parteien. Bei der CDU waren insgesamt die Abweichungen am größten: Fast alle Umfragen hatten die CDU seit zwei Jahren bei Werten zwischen 44% und 47% gesehen. Die letzten veröffentlichten Umfragen vor der Wahl maßen ihr 44% (Infratest Dimap) und 46% (Forschungsgruppe Wahlen) zu, also klar über den erreichten 42,5%. Aber auch die SPD wurde deutlich überschätzt: Diese bewegte sich in den Umfragen seit längerem bei 33-34%. Auch die letzten beiden veröffentlichten Prognosen billigten ihr 33% bzw. 34% zu – also weit mehr als die 30,3% des Wahlergebnisses. Bei Grünen wie FDP lagen die letzten Umfragen mit jeweils 7% unter den erreichten Werten von 8,0% bzw. 8,2%; frühere Studien hatten ihnen auch mehr zugebilligt. Klar unterschätzt hingegen wurde die Linke, der die meisten Umfragen zuvor zwischen 2% und 4% zugebilligt hatten. Lediglich die beiden letzten Umfragen vor der Wahl sprachen ihr 5% zu, was aber angesichts der Fehlermargen kein aussagefähiges Indiz für einen Einzug in den Landtag gewesen war. Kaum ein Wahlforscher hatte sich vor dem Wahltermin zu der Aussage verleiten lassen, die Linkspartei sei sicher im Landtag. Insgesamt brachten die publizierten Umfragen vor der Wahl keine gravierenden Fehlurteile, es zeigte sich aber erneut, dass Wahlumfragen bei knappen Mehrheiten oder dünnen Margen für das Überschreiten der Sperrklausel sehr geringe Prognosekraft haben können.

# Zusammensetzung der Wählerschaft

Betrachtet man das Wahlergebnis nach Altersgruppen, so fällt auf, dass die CDU in allen Jahrgängen bis 59 Jahren überdurchschnittlich verloren hatte; lediglich bei den über 60-Jährigen hielt sich der Verlust mit -3% in Grenzen. Bei den Frauen war laut Infratest Dimap der Verlust nur halb so groß wie bei den Männern, bei denen die Union insgesamt überdurch-

schnittlich einbüßte. Insofern war das CDU-Ergebnis von der Altersstruktur her ausgeglichener, da bei der letzten Wahl die Männer quer durch die Jahrgänge stärker vertreten gewesen waren. Die Forschungsgruppe Wahlen sah ein etwas stärkeres Abschneiden der Männer bei der CDU.

Die SPD verlor laut Infratest Dimap ebenfalls quer durch die Jahrgänge und bei den 25- bis 44-Jährigen überdurchschnittlich, hatte aber bei den Jungwählern bis 24 Jahren einen leichten Zugewinn zu verzeichnen. Bei der SPD waren aber die Verluste bei den Frauen deutlich höher als bei den Männern, wiederum mit Ausnahme der jüngsten Wähler. Hier sah die Forschungsgruppe Wahlen eine etwas stärkere Vertretung der Frauen.

Die FDP konnte bei den mittleren Jahrgängen von 25 bis 44 zulegen, dort besonders bei den Frauen. Sie war aber ähnlich überdurchschnittlich bei den Senioren über 60 vertreten, laut den Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen sogar genauso wie die Union. Die Grünen hatten bei den Jahrgängen von 25 bis 59 zugelegt und bei den ganz jungen Wählern sogar verloren. Sie waren aber insgesamt bei allen Wählergruppen unter 59 Jahren überdurchschnittlich vertreten und nur bei den Senioren – nach wie vor – klar unterdurchschnittlich. Die stärksten Verluste hatten sie – bei allerdings überdurchschnittlichen Werten – bei den Frauen unter 24 Jahren.

Die Linke gewann in allen Altersgruppen dazu, am deutlichsten bei den Wählern von 35 bis 59 Jahren. Bei den Senioren hatte sie zwar unterdurchschnittliche Werte, aber bei weitem nicht so stark wie die Grünen. Bei den Männern fielen ihre Zugewinne deutlich stärker aus als bei den Frauen, auch insgesamt haben um die Hälfte mehr Männer als Frauen die Linke gewählt. Auch dies unterstreicht, dass es sich bei der Wahl der Linken mindestens zu großen Teilen um Protest gehandelt haben dürfte.

Bei der Analyse nach dem Stimmverhalten aufgrund der formalen Bildung fällt auf, dass die CDU laut Infratest Dimap überdurchschnittlich bei den mittel und niedrig Qualifizierten und weniger bei den höher Qualifizierten verloren hatte – möglicherweise ein Indiz dafür, dass man breite Wählerschichten und insbesondere die "kleinen Leute" schlechter erreicht hat. Laut Forschungsgruppe Wahlen erzielte die CDU ihre besten Ergebnisse bei Wählern über 35 mit Hauptschulabschluss oder mittlerem Abschluss. Auch die SPD hatte bei allen Bildungsgruppen verloren, bei den gering Qualifizierten aber etwas weniger. Allerdings war sie dort noch eindeutig überrepräsentiert, während ihr Ergebnis bei den höher Qualifizierten deutlich unter dem Durchschnitt und relativ schlechter als bei allen anderen Parteien lag.

Die FDP erzielte ihr mit Abstand stärkstes Resultat bei den höher Qualifizierten, bei denen sie sogar noch zulegen konnte. In dieser Gruppe holten

auch die Grünen mit Abstand die meisten Stimmen, hatten dort aber klare Verluste zu verzeichnen. Die Linke war in allen Gruppen relativ gleich vertreten, hatte aber bei den höher Qualifizierten die größten Zuwächse.

Auch bei der Berufstätigkeit zeigen sich laut Infratest Dimap zum Teil die typischen Unterschiede: Die CDU verlor deutlich über dem Durchschnitt bei Arbeitslosen (wo sie weit unterdurchschnittlich abschnitt), bei Arbeitern und in Ausbildung Befindlichen (wo sie mäßig unter dem Durchschnitt blieb) sowie bei Selbständigen (wo sie immerhin noch 49% erzielen konnte; laut Forschungsgruppe Wahlen sogar 54%). Die SPD verlor ebenfalls überdurchschnittlich bei Arbeitern und Selbständigen sowie leicht überdurchschnittlich bei Angestellten und Rentnern, konnte aber bei Arbeitern und Arbeitslosen immerhin noch einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil holen. Die FDP konnte lediglich bei den Selbständigen einen nennenswerten Zugewinn verzeichnen und mit 17% einen weit überdurchschnittlichen Wert erzielen. Die Grünen konnten nur bei Angestellten und Selbständigen zulegen, blieben aber bei Angestellten, Beamten, Selbständigen und in Ausbildung Befindlichen über dem Durchschnitt. Die stärksten Zugewinne der Linken waren bei Arbeitslosen, Arbeitern und in Ausbildung Befindlichen. Unter den Arbeitslosen wurde sie mit 27% (Forschungsgruppe Wahlen: 25%) stärkste Partei, unter den Arbeitern mit 12% (Forschungsgruppe Wahlen: 10%) drittstärkste Kraft.

Die Konfessionsverteilung zeigte wenig überraschende Ergebnisse: Die Verluste bei der CDU waren weit überdurchschnittlich bei den nicht oder anders konfessionell Orientierten. Bei Protestanten waren die Verluste höher als bei Katholiken, aber immer noch unter dem Durchschnitt. Die SPD verlor bei den Konfessionslosen etwas mehr, während die FDP in dieser Gruppe leicht und die Linke sehr stark zulegen konnten; insgesamt waren dort Grüne und Linke am stärksten überrepräsentiert.

#### Zusammenfassung

Die Wahl in Niedersachsen brachte eine Bestätigung der Landesregierung und des Regierungschefs Christian Wulff, die im Vorfeld von niemandem ernsthaft bezweifelt worden war. Insofern war das Ergebnis ohne die Dramatik, die die Landtagswahl in Hessen ausgezeichnet hatte. Die Union konnte den Popularitätsvorsprung ihres Spitzenkandidaten gegenüber dem SPD-Herausforderer Wolfgang Jüttner voll ausspielen. Die Kompetenzwerte für die Landesregierung waren ebenfalls überzeugend und brachten die Regierung nicht an den Rand der Abwahl. Laut Infratest Dimap lag die CDU anders als in Hessen bei den Parteikompetenzen deutlicher vor der SPD: Die CDU hatte einen klaren Vorsprung bei den Themen "die Wirtschaft in Niedersachsen voranbringen", "die Verschuldung

verringern", "Kriminalität und Verbrechen bekämpfen" sowie "Arbeitsplätze sichern und neue schaffen". Auch bei der Frage, wer die Zukunftsprobleme des Landes lösen könne, lag die CDU weit vorn. Die SPD lag nur vorn in den Bereichen bessere Integration von Einwanderern und soziale Gerechtigkeit sowie ganz knapp bei den Themen bezahlbare Energie und der Schul- und Bildungspolitik. Die Grünen hatten einen Vorsprung bei Umwelt- und Klimapolitik. Laut Forschungsgruppe Wahlen hatte die CDU aber auch im Bereich Schule/Bildung einen Kompetenzvorsprung, die SPD hingegen lediglich bei der sozialen Gerechtigkeit. Alles in allem schien die Mobilisierung durch wirtschaftspolitische Themen der CDU bei dieser Wahl gut gelungen zu sein.

Ein anderes dominantes Thema dieser Wahl, das der sozialen Gerechtigkeit, kam hingegen weniger der SPD denn dem Überraschungssieger Linkspartei zugute. War bei den meisten Beobachtern ein Überschreiten der 5%-Hürde in Hessen noch als im Bereich des Möglichen erschienen, vertraten viele Analytiker die Meinung, im Flächenland Niedersachsen hätte die Linke keine Chance, da sie außer in Hannover kaum organisatorisch vertreten sei. Das Wahlergebnis für die Linke zeigte daher vielleicht auch, dass es in der heutigen Welt der Medienpolitik auf klassische organisatorische Basisstrukturen vielleicht nicht mehr so ankommt wie früher. Die Linke hatte vor allem von den Stimmen früherer SPD-Wähler und Nichtwähler profitiert, war aber wohl auch in der Lage, Protestpotenzial aufzusammeln. Dafür spricht auch, dass sie am meisten Stimmen unter den Spätentscheidern bekam. Laut Infratest Dimap haben sich 30% am Wahltag oder während der letzten Tage entschieden. Bei der Linken waren es aber 39% Spätentscheider, bei der CDU nur 26% und bei der SPD 30%. Der kurzfristige Trend kam also der Linken zugute und schadete SPD wie CDU. Darüber hinaus könnte dieses Resultat der Linkspartei aber auch tieferliegende strukturelle Verschiebungen aufzeigen: Nach dem Stadtstaat Bremen war die Linke nun auch (zwar knapp) in Hessen und weitaus deutlicher im Flächenland Niedersachsen vertreten - und dies, obwohl die Linkspartei in Bremen im letzten Jahr einige Probleme mit sich hatte, die breit über die Medien transportiert worden waren. Dies hätte Rückenwind für die Linke für die Wahl in Hamburg und vor allem für Wahlentscheidungen im Jahr 2009 bedeuten können, vor allem im Saarland, bei der Europawahl und der Bundestagswahl. Selbst für die Landtagswahl in Bayern konnte nach diesem Resultat angesichts einer schwachen SPD im Land ein Aufwind für die Linke nicht ganz ausgeschlossen werden. Das Fünfparteiensystem hatte sich fürs Erste etabliert; die bürgerliche Mehrheit aus Union und FDP schien schwerer erreichbar denn je. Vielleicht war die wichtigste Lehre aus der Wahl in Niedersachsen, dass die Union am ehesten dann als glaubhafte Alternative angesehen wurde, wenn sie mit ihren Kernthemen mobilisierte, die sie vorher in der praktischen Politik glaubhaft umgesetzt hatte.

# 5.2 Die Landtagswahl in Hessen vom 27. Januar 2008

#### 5.2.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

Die Landtagswahl in Hessen verlief – anders als in Niedersachsen – dramatisch und erhielt ihre Spannung durch die ansteigende Unsicherheit über das zu erwartende Ergebnis. Die lange in Umfragen vorne liegende CDU unter ihrem Spitzenkandidaten Roland Koch verlor mit wachsender Nähe zum Wahltermin immer mehr ihren Vorsprung, so dass am Ende ein Kopf-an-Kopf-Rennen entstand, das noch dazu über die Unklarheit der Lagerergebnisse und das Abschneiden der Linken verstärkt wurde. Welche Rolle dabei die Wahlkampfführung und vor allem die herausgehobene Thematisierung der Jugendkriminalität in den Wochen vor der Wahl wirklich gespielt hat, muss sicher noch näher analysiert werden. In jedem Fall kam keine klare Mehrheit für eine bürgerliche Regierung in Hessen mehr zustande.

Die CDU erreichte 36,8% der Zweitstimmen und musste einen Verlust von 12,0 Prozentpunkten hinnehmen. In absoluten Stimmen holte sie 1.009.749, das waren 324.114 weniger als bei der letzten Landtagswahl 2003. Dieser Verlust von fast einem Viertel der Wähler der letzten Wahl erklärt sich - wie in Niedersachsen - daraus, dass diese Wahl vor dem Hintergrund der tiefen Unzufriedenheit mit der damaligen rot-grünen Bundesregierung stattgefunden hatte. Die SPD erzielte 36,7%, ein Zugewinn von 7,6 Prozentpunkten, blieb aber damit hinter der CDU. In absoluten Stimmen legte sie um 210.578 Stimmen auf 1.006.154 Stimmen zu. Anders als in Niedersachsen verloren die Grünen deutlich auf 7,7% und gaben 2,6 Prozentpunkte ab. Auch in absoluten Stimmen verloren sie 69.670 auf nunmehr 206.606 – also auch dies ein Verlust von einem Viertel der Wähler von 2003. Die FDP hingegen legte stark auf 9,4% zu; ein Gewinn von 1,5 Prozentpunkten und damit von 42.444 Stimmen auf nunmehr 258.554 Stimmen. Die Linke holte aus dem Stand 5,1% und 140.488 Stimmen und zog damit erstmals ins Hessische Parlament ein. Bei den sonstigen Parteien war erwähnenswert, dass die Republikaner trotz Verlusten 1,0% und die NPD zusätzlich 0,9% bekamen. Die Freien Wähler kamen bei ihrer ersten Kandidatur auf 0,9%, die Tierschutzpartei auf 0,6%. Die restlichen Gruppierungen blieben unter diesen Werten, etwa die Familienpartei mit 0,3% und die Grauen mit 0,2%.

Die Wahlbeteiligung lag mit 64,6 Prozent so niedrig wie nie bei einer Landtagswahl in Hessen – noch 0,3 Prozentpunkte niedriger als 2003. Der Anteil der CDU an allen Wahlberechtigten entsprach 23,1%, der der SPD 23,0% – beide Volksparteien zusammen konnten also lediglich die Stimmen von 46,1% der Wahlberechtigten holen.

#### 5.2.2 Bewertungen und Einzelaspekte

#### **Einordnung im Vergleich**

Das Ergebnis für die CDU war auch im historischen Kontext ein eher schlechtes Resultat. Zwar lag sie über dem Wert der Bundestagswahl 2005, hatte aber bei allen anderen Wahlen der jüngeren Zeit und auch bei den Landtagswahlen seit 1974 besser abgeschnitten. Die SPD konnte sich zwar gegenüber der letzten Landtagswahl deutlich verbessern, erzielte aber ein kaum besseres Resultat als bei der letzten Bundestags- und Kommunalwahl. In der historischen Perspektive war das SPD-Ergebnis dennoch das zweitschlechteste bei Landtagswahlen seit dem Krieg.

Die FDP erzielte ihr bestes Resultat bei Landtagswahlen seit 1974, konnte aber an ihr sehr gutes Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl nicht anknüpfen. Die Grünen hatten gegenüber allen Wahlergebnissen der letzten Jahre verloren. Mit Ausnahme der Landtagswahl von 1999 waren sie so schwach wie seit 1983 nicht mehr. Der Erfolg der Linken brachte für sie dennoch nicht ganz das Resultat der letzten Bundestagswahl.

Im hessischen Landtag mit 110 Sitzen standen sich CDU und SPD mit jeweils 42 Sitzen gleich stark gegenüber. Auch die 11 Sitze der FDP waren aber nicht genug für eine bürgerliche Mehrheit. Die 9 Sitze für die Grünen und die 6 Sitze für die Linkspartei würden auch für eine rot-grüne Regierung nicht reichen. Möglich wären also neben einer großen Koalition nur Dreierbündnisse wie Rot-Rot-Grün, Rot-Gelb-Grün oder Schwarz-Gelb-Grün gewesen; andere rechnerisch mögliche Kombinationen waren nicht vorstellbar. Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse und der Besonderheiten der hessischen Landesverfassung wäre auch die Tolerierung einer Minderheitsregierung - sowohl geführt durch die CDU wie die SPD - durchaus denkbar gewesen, zumal eine solche schon einmal in den 80er-Jahren bestanden hatte, als die SPD mit Unterstützung der Grünen regierte, ohne eine formelle Koalition einzugehen. Diese Konstellation sorgte in der Folge dafür, dass die Regierung unter Roland Koch vorläufig im Amt bleiben konnte, da der Versuch der SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti, entgegen ihrer Aussage vor der Wahl ein Bündnis mit Grünen und Linken einzugehen, am Widerstand aus den eigenen Reihen der SPD scheiterte.

#### Bilanz der Wählerwanderungen

Die CDU verlor Wähler in alle Richtungen, wobei der größte Verlust mit 90.000 an die SPD ging. 75.000 Wähler gab sie an die Nichtwähler ab und 67.000 an die FDP. Immerhin 61.000 Stimmen verlor sie an den Generationenwechsel. Kleinere Verluste gingen an die Linke und an die sonstigen

Parteien mit jeweils 17.000 Stimmen sowie an die Grünen mit 11.000. Lediglich beim Saldo der Zu- und Fortzüge ergab sich für die CDU ein kleines Plus von 8.000 Stimmen.

Die SPD musste zwar an die Linke 32.000 Stimmen abgeben und verlor an den Generationenwechsel noch 9.000, gewann aber von den anderen Parteien dazu: 90.000 von der CDU, 66.000 von den Grünen, 8.000 von der FDP und 3.000 von den sonstigen Parteien. Auch aus dem Nichtwählerlager konnte sie 68.000 Stimmen holen. Die Abgaben an die Linkspartei konnten also durch die Mobilisierung in anderen Bereichen mehr als kompensiert werden.

Auch die Bilanz bei den Grünen sah sehr durchwachsen aus: Sie konnten von der CDU 11.000 Stimmen holen, von den Nichtwählern und aus dem Generationenwechsel jeweils 7.000. Verluste gab es an die SPD 66.000, an die Linke 19.000 und an sonstige Parteien 1.000.

Die FDP holte praktisch alle Zugewinne mit 67.000 Stimmen von der CDU. Ansonsten gab sie an die SPD 8.000 Stimmen ab, an Linke, Nichtwähler und sonstige Parteien jeweils 5.000 sowie 3.000 an den Generationenwechsel.

Die Linke holte ihre Stimmen zum größten Teil von der SPD mit 32.000, aber ebenfalls von den sonstigen Parteien mit 28.000, den Nichtwählern mit 26.000, den Grünen mit 19.000 und der CDU mit 17.000; auch 5.000 Erstwähler gaben ihr ihre Stimme.

# Prognosen und Wirklichkeit

Angesichts der prognostizierten Knappheit des Ergebnisses war von vornherein unklar, inwieweit Umfragen das reale Resultat vorwegnehmen könnten. Die erwartete Knappheit ist dann auch eingetreten. Insofern kann kaum der Vorwurf erhoben werden, die Umfrageinstitute hätten weit daneben gelegen. Ob aber durch die Veröffentlichung von Umfragen der Verlauf des Wahlkampf beeinflusst worden sein könnte, ist gerade bei dieser Wahl wohl eine schwer zu beantwortende Frage. Ab dem Jahreswechsel gaben mehrere Umfragen für die SPD steigende Werte und wachsende Zustimmung für die Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti an. Wurde im Dezember/Januar die SPD zwischen 30% und 34% gehandelt, so gaben die Institute die Werte für die SPD kurz vor der Wahl fast alle mit 38% an (Forsa nannte in der letzten veröffentlichten Umfrage 37-38%). Das reale Ergebnis von 36,7% wurde also knapp überschätzt.

Umgekehrt die Werte für die CDU: Wurden für sie um den Jahreswechsel noch Werte von 40-42% angegeben, so lag sie in den letzten Umfragen

vor der Wahl bei 37-39%. Auch ihr reales Ergebnis von 36,8% wurde also noch etwas zu hoch eingeschätzt. Die Resultate für Grüne und FDP wurden relativ gut von den Instituten vorhergesagt. Auch das Ergebnis von 5,1% für die Linke wurde mit Prognosen von 5% (Forsa sah kurz vor der Wahl 4-5%) gut getroffen. Angesichts der Fehlermargen ist bei solchen Werten ohnehin keine Aussage darüber möglich, ob die jeweilige Partei dann tatsächlich die 5%-Schwelle überschreitet.

#### Zusammensetzung der Wählerschaft

Bezogen auf das Alter hatte laut Infratest Dimap die CDU weit überdurchschnittlich bei den Jungwählern bis 24 Jahren, aber auch noch bei den Wählern bis 44 Jahren verloren. Bei den über 45-Jährigen lagen die Verluste im Durchschnitt; nur bei den über 60-Jährigen waren sie mit -7% weit niedriger. Bei allen Altersklassen lag sie unter ihrem Durchschnittswert. Bei den über 60-Jährigen erreicht die CDU 47% (Forschungsgruppe Wahlen: 49%). Interessant ist, dass die Verluste bei den Männern durchweg höher waren als bei den Frauen, und zwar in allen Altersklassen, auch wenn die Männer bei den jüngeren Wählern noch besser vertreten waren.

Umgekehrt gewann die SPD in allen Altersklassen, besonders stark bei Jungwählern und Wählern unter 45 Jahren. Lediglich bei den Senioren waren die Zugewinne unterdurchschnittlich. Der Zugewinn fiel bei den Frauen deutlich stärker aus als bei den Männern; auch strukturell war ihre Wählerschaft bis zum Alter von 59 Jahren weiblicher.

Die Grünen verloren überdurchschnittlich bei den jüngeren Wählern bis 34 Jahren, bleiben dort aber dennoch überdurchschnittlich stark vertreten – bei den Frauen noch etwas stärker. Die FDP blieb nur bei den Wählern unter 29 Jahren deutlicher unter ihrem Durchschnittswert und holte ihre Gewinne bei den mittleren Altersgruppen von 25 bis 59 Jahren; bei Frauen etwas deutlicher. Bei der Linken war auffällig, dass die Altersgruppe von 45 bis 59 überdurchschnittlich vertreten war. Laut Forschungsgruppe Wahlen kamen 41% ihrer Wähler aus dieser Altersgruppe – verhältnismäßig mehr als bei jeder anderen Partei.

Hinsichtlich der formalen Bildung ist zu erkennen, dass die CDU bei allen Gruppen verlor: Bei den höher Qualifizierten leicht über, bei den mittel und niedrig Qualifizierten leicht unter ihrem Gesamtwert. Die SPD dagegen gewann weit überdurchschnittlich bei den höher Qualifizierten und unterdurchschnittlich bei den anderen Gruppen. Die CDU hatte aber erneut bei den mittel und niedrig Qualifizierten am meisten Stimmen geholt, die SPD besonders bei den niedrig Qualifizierten. Die Forschungs-

gruppe Wahlen sah hingegen auch in dieser Gruppe die CDU vorn. Die Grünen verloren relativ viel bei den höher Qualifizierten, waren bei diesen aber nach wie vor überdurchschnittlich vertreten. Dort hatten auch die Liberalen mit relativ höheren Zugewinnen eine überdurchschnittliche Position. Dort lag aber auch die Linke über ihrem Durchschnittswert, während sie bei den niedrig Qualifizierten leicht darunter war. Die Forschungsgruppe Wahlen hat hingegen auch bei der Linken einen leicht überdurchschnittlichen Wert bei den gering Qualifizierten gemessen.

Bezogen auf die Berufstätigkeit waren die Verluste der CDU am größten bei Selbständigen und Beamten, aber auch bei Arbeitslosen und in Ausbildung Befindlichen. Bei Arbeitern verlor sie leicht, bei Rentnern deutlich unterdurchschnittlich. Die SPD holte ihre Gewinne überdurchschnittlich bei Beamten, Angestellten, Selbständigen und in Ausbildung Befindlichen, während sie bei Arbeitern und Rentnern nur knapp zulegte. Insgesamt blieb die CDU in der Arbeiterschaft knapp die stärkste Partei. Die Forschungsgruppe Wahlen sieht hingegen hier die SPD knapp vorn und die CDU lediglich bei den Selbständigen als stärkste Partei.

Bei den Grünen waren die Verluste am stärksten bei Angestellten und in Ausbildung Befindlichen. Sie erzielten aber auch bei Beamten, Selbständigen und Arbeitslosen überdurchschnittliche Werte. Die FDP hatte sehr stark bei den Selbständigen zulegen können, bei denen sie ohnehin relativ stark gewesen war. Die Werte differieren aber stark: Laut Infratest Dimap lag die FDP dort bei 24%, laut Forschungsgruppe Wahlen bei 16%. Auffällig ist bei ihr auch das Plus bei den in Ausbildung Befindlichen, wo sie ebenfalls überdurchschnittlich vertreten war. Die Linke holte überdurchschnittlich viel Stimmen bei Arbeitern, Beamten und vor allem Arbeitslosen.

Bezogen auf die Konfession waren die Verluste der CDU bei Protestanten und Katholiken gleich hoch, sie blieb aber bei Katholiken deutlich stärker vertreten. Etwas höher waren die Verluste bei den Wählern ohne oder anderer Konfession. In letzterer Gruppe waren die Gewinne der SPD und die Verluste der Grünen besonders hoch. Auch die Linke hat dort ihre weitaus besten Ergebnisse erzielt.

Laut Infratest Dimap gaben 28% der Wähler an, sich erst am Wahltag oder in den Tagen zuvor entschieden zu haben. Weit höher waren diese Werte bei den Wählern der Grünen, der FDP und der Linkspartei, was zum einen auf Stimmensplitting (wohl vorwiegend von Grünen-Wählern zugunsten der SPD) und zum anderen auf Protestwahl zurückzuführen sein dürfte. Laut Forschungsgruppe Wahlen hätte sich fast die Hälfte der Wähler der Linken erst kurzfristig zur Wahl dieser Partei entschieden.

#### Zusammenfassung

Die Ausgangslage für die Regierung unter Roland Koch, der seine zweite Amtsperiode beendete, war offenbar nicht optimal. Zwar wurde von der Bevölkerung die wirtschaftliche Situation in Hessen wie im Bund als überwiegend sehr gut angesehen und die Arbeitslosigkeit wie die wirtschaftliche Lage weitaus weniger als politisches Problem genannt wie 2003. Zugleich wurden aber mit den Themen Bildung und Schule, Kriminalität sowie Umweltschutz Themen für wichtiger erachtet, bei denen der Landesregierung und der CDU weniger Kompetenz zugemessen wurde. Auch bei dem relativ spät von der CDU im Wahlkampf forcierten Thema Jugendkriminalität schien dies eher als taktisches Manöver interpretiert worden zu sein. Zudem sagten 68% vor der Wahl, sie seien mit der Landesregierung im Bereich Bekämpfung der Kriminalität eher unzufrieden; bei der Schul- und Bildungspolitik waren dies sogar 71%. In einem Land, in dem die Mehrheiten zwischen den Lagern ohnehin zumeist knapp waren, können solche Kompetenzdefizite schnell zu fehlender Mobilisierung oder zur Abwanderung von Wählern führen. Umgekehrt sagten 77%, die Kampagne der SPD für den Mindestlohn sei ein ernsthaftes Anliegen der SPD. Dies schlug sich insgesamt auch in den Bewertungen der Parteikompetenzen nieder: Die CDU hatte nur einen Vorsprung bei den Themen Wirtschaft in Hessen voranbringen, Kriminalität und Verbrechen in Hessen bekämpfen, Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, Verschuldung Hessens verringern und für bezahlbare Energie sorgen. Die SPD hingegen lag vorn bei den Themen Schul- und Bildungspolitik, Familienpolitik und Kinderbetreuung, soziale Gerechtigkeit, Integration von Einwanderern und Zukunftsprobleme Hessens lösen. Den Grünen wurde am meisten Kompetenz in der Umwelt- und Klimapolitik zugebilligt.

Somit ist es nicht verwunderlich, dass die negativen Ansichten über die CDU vor der Wahl schon manifest wurden: 67% sagten, die CDU habe in Hessen nicht das gehalten, was sie versprochen habe, und 63% meinten, die Interessen der Arbeitnehmer würden unter der CDU nicht ausreichend berücksichtigt. Bei der Aussage, die Partei passe zu Hessen, sagten dies nur 42% über die CDU – der niedrigste Wert aller etablierter Parteien. Hinzu kommt, dass Roland Koch als Spitzenkandidat seit Anfang des Jahres stetig hinter seiner Herausfordererin zurückfiel: Zuletzt bevorzugten ihn 39% gegenüber 51% für Andrea Ypsilanti – 2003 lag er noch mit 53% gegenüber 37% für seinen damaligen Herausforderer vorn. Es hat also nicht nur an der überzeugenden Mobilisierung und dem Ansprechen potenzieller Wechselwähler gefehlt, sondern offenbar auch an der Integrationskraft und dem Ansehen des Ministerpräsidenten und Spitzenkandidaten, was aber zumindest bis zum Jahreswechsel so nicht absehbar war.

Insgesamt muss festgehalten werden, dass beide Wahlergebnisse für die Volksparteien einen Rückschlag bedeuteten. In Niedersachsen verloren sowohl CDU als auch SPD jeweils ein Viertel ihrer Wähler der letzten Landtagswahl. Nur die niedrige Wahlbeteiligung sorgte dafür, dass das CDU-Ergebnis prozentual im Rahmen blieb. In Hessen<sup>169</sup> konnte die SPD zwar zulegen, erreichte aber ein im historischen Kontext dennoch schlechtes Ergebnis. Der Anteil der Volksparteien an den Gesamtstimmen war sehr niedrig, aber nur die Linke war der Profiteur dieser Situation. Bis auf die Linke hatten in Niedersachsen alle relevanten Parteien an Stimmen verloren. Diese Mobilisierungsschwäche konnte durch den relativ hohen Mobilisierungsgrad der letzten Landtagswahl zum Teil erklärt werden. Sie war aber möglicherweise auch die Bestätigung eines längerfristig wirksamen Trends, der sich auch in anderen Wahlen in Deutschland seit vielen Jahren immer wieder gezeigt hat. Dabei haben die anderen Parteien außer der Linkspartei kaum von dieser Schwäche profitiert: Bei der CDU in Niedersachsen gingen zwei Drittel der Verluste an die Nichtwähler und den Generationenwechsel; bei der SPD sogar über 70%. Von den restlichen Verlusten und der Mobilisierung der Nichtwähler lebte im Wesentlichen die Linkspartei. Was immer der Grund für diese Mobilisierung war – ob die Kampagne für den Mindestlohn oder die allgemeine Forderung nach sozialer Gerechtigkeit: In Niedersachsen hat dies der Linkspartei genützt und nicht der SPD. Davon hat auch die FDP profitiert und der CDU hat dies nur mäßig geschadet. Die bürgerliche Mehrheit konnte so unter erschwerten Bedingungen erhalten bleiben.

In Hessen sah die Mobilisierungsstruktur wegen der unterschiedlichen Ausgangslage für die Landesregierung anders aus. Sie geriet im Wahlkampf der letzten Wochen und Monate immer mehr in die Defensive. Die CDU verlor auch in Hessen ein Viertel der Wähler der letzten Wahl, aber wegen der höheren Wahlbeteiligung als in Niedersachsen und des besseren SPD-Ergebnisses konnte sie trotz des guten FDP-Resultats nicht die notwendigen Stimmen für die Fortsetzung der bürgerlichen Koalition erzielen. Ob dieses Ergebnis die langfristige Perspektive der SPD verbessert, musste fraglich bleiben, da sie weder die Konkurrenz der Linken abblocken noch die CDU überholen konnte – und dies, obwohl ihre Kompetenzwerte vor der Wahl stark gestiegen und die der Regierung wie auch die Beliebtheit des Amtsinhabers stark rückläufig waren. Die SPD in Hessen war nach wie vor weit von ihren historischen Bestwerten entfernt. Sie konnte trotz ihrer Zugewinne die gute Position der CDU gerade bei Arbeitern und "kleinen Leuten" nicht gefährden.

Schmitt-Beck, Rüdiger/Faas, Thorsten: Die hessische Landtagswahl vom 27.1.2008: Wiederkehr der "hessischen Verhältnisse", in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2009, S.16-33.

Für die FDP stellte sich das generelle Problem, dass sie – das haben die Bundestagswahlen wie andere Wahlentscheidungen immer wieder gezeigt – selbst bei gutem Ergebnis in die Opposition verbannt wird, wenn es der Union nicht gelingt, ein notwendiges Maß an Stimmen zu erreichen. Ob und wann dies dazu führt, dass sich auch die FDP an anderen Koalitionsoptionen beteiligt, ist unklar. Klar ist aber, dass sich eine kleine bürgerliche Funktionspartei im Bund wie in den Ländern nicht auf unbeschränkte Zeit mit der Oppositionsbank zufrieden geben kann, ohne ihre Legitimation zu verlieren. Insofern ist der strategische Umgang der Union mit der FDP eine wichtige Frage, die auch für die folgenden Wahlen von Bedeutung war.

Auch die Grünen waren nicht die Profiteure dieser Mobilisierung. In Niedersachsen verloren sie an absoluten Stimmen leicht; der prozentuale Zugewinn war nur der rückläufigen Wahlbeteiligung zu verdanken. In Hessen verloren sie sogar ein Viertel ihrer Stimmen und dies zumeist in den Hochburgen. Das könnte darauf hindeuten, dass sich ihr massiver Anti-Koch-Wahlkampf nicht bezahlt gemacht hatte. Es könnte aber auch ein Indiz dafür sein, dass die Grünen gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um soziale Gerechtigkeit und der Konkurrenz der Linkspartei an den Grenzen ihres Wachstums angelangt sind. Mit Umweltthemen allein, wo die Grünen in beiden Ländern führend in der Kompetenzvermutung waren, sind offenbar keine zusätzlichen Stimmen zu holen. Mit dem Versuch, sich weiter links zu positionieren, könnten sogar Stimmen verlorengehen.

Die Linkspartei konnte knapp in den Landtag gelangen und hatte damit - selbst wenn sie nicht an der Regierung beteiligt wird - einen weiteren Etappensieg erzielt. Dies verbesserte ihre Ausgangslage für die anstehenden Wahlen und sicherte überdurchschnittliche Medienpräsenz für sich und ihr Megathema soziale Gerechtigkeit. Ohne ihre Kompetenz in diesem Thema im Detail wirklich darlegen zu müssen, war es ihnen gelungen, es als Mobilisierungsschub für sich zu benutzen und aus dem Treibsand der Nicht- und Protestwähler genügend Stimmen für das Überschreiten der 5%-Hürde zu holen. Damit hat sich das Fünfparteiensystem weiter ausgebreitet und ist nahe daran, zum Normalfall in Deutschland zu werden. Das bürgerliche Lager hatte sich bei diesen Wahlen zwar noch teilweise behaupten können, musste aber einen Rückschlag hinnehmen. Der Verlauf des Wahlkampfes und das Ergebnis waren ein Indiz dafür, dass die Konjunktur "linker" Themen noch nicht vorbei war. Die Eigendynamik unserer Medienwelt schien dies eher zu verstärken. Insofern ist es durchaus möglich, dass die Linkspartei in weitere Parlamente auch in Flächenstaaten einziehen wird. Dies dürfte aber entweder bei SPD oder Grünen oder beiden auch Verluste an sie wahrscheinlich machen, die neue Konkurrenzdimensionen eröffnen.

Die Rot-Rot-Grüne Mehrheit in Bund und Ländern war nach wie vor an vielen Stellen nur theoretisch möglich. Die SPD würde sich aufgrund ihrer Mobilisierungsprobleme gut überlegen, ob sie sich flächendeckend in solche Bündnisse begibt, da dies mittelfristig ihr Ende als Volkspartei und der Abstieg auf das Niveau mancher ostdeutscher Länder bedeuten könnte.

Insofern blieb die bürgerliche Mehrheit in Deutschland noch immer eine realistische Option auf allen Ebenen. Die bürgerlichen Parteien – so eine Lehre dieser Wahlen – müssen für die nächsten Wahlen Argumentations- und Kommunikationsstrategien entwickeln, die dieser Konjunktur entgegenarbeiten und eigene Mobilisierungsschübe ermöglichen. Dann sollte auch im Fünfparteiensystem eine bürgerliche Mehrheit aus Union und FDP durchaus erreichbar sein.

# 6. Die Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 24. Februar 2008: Startschuss für die schwarz-grüne Premiere – neue Perspektiven

#### 6.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

Die CDU konnte bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg<sup>170</sup> vom 24. Februar 2008 ihre Position als stärkste Partei klar halten. Sie erhielt 42,6%, verlor dabei aber 4,6 Prozentpunkte gegenüber der letzten Wahl 2004 (bezogen auf die Landeslisten-Stimmen). Erstmals wurde nach einem neuen Wahlrecht gewählt, das neben der Landesliste fünf weitere Stimmen vorsah, die die Wähler durch Kumulieren und Panaschieren auch auf Einzelkandidaten anderer Listen verteilen konnten. Nimmt man die Parteistimmen der Landesliste als Maßstab, dann hatte die CDU 58.009 Stimmen gegenüber der letzten Wahl verloren und kam auf 331.161 Stimmen – ein Rückgang von fast 15% gegenüber der letzten Wahl.

Die SPD konnte leicht um 3,6 Prozentpunkte zulegen auf 34,1%. Das entsprach einem Zuwachs von 14.032 auf 265.473 Stimmen oder einer Zunahme von 5,5%. Die Grünen (GAL – Grüne Alternative Liste) verloren 2,7 Prozentpunkte und kamen auf 9,6%. Das entsprach einem Verlust von 26.511 Stimmen auf nunmehr 74.716 Stimmen – ein Rückgang von über 26%! Die FDP konnte sich zwar um 2,0 Prozentpunkte auf 4,8% verbessern (ein Zuwachs um 13.591 Stimmen auf 36.964 Stimmen), scheiterte aber dennoch an der 5%-Hürde und kam nicht in die Bürgerschaft. Die Linke erzielte aus dem Stand 50.111 Stimmen oder 6,4%. Die sonstigen Parteien verloren deutlich und blieben mit 2,5% deutlich unter dem Quorum, darunter die DVU mit 0,8% und die Liste des ehemaligen Justizsenators Kusch mit 0,5%.

Die Wahlbeteiligung lag mit 63,6% um 5,1 Prozentpunkte niedriger als bei der letzten Bürgerschaftswahl – der niedrigste bisher in Hamburg erreichte Wert.

Die CDU erhielt 56 Sitze, die SPD 45 (gemäß des endgültigen Ergebnisses der Auszählung mussten die Grünen doch noch einen Sitz an sie abgeben), die Grünen 12 und die Linke 8. Damit war rechnerisch neben einer rot-rot-grünen Koalition und einer großen Koalition auch ein Bündnis aus CDU und Grünen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>170</sup> Infratest Dimap Wahlreport: Bürgerschaftswahl in Hamburg 24.2.2008, Berlin, März 2008; Bericht der Forschungsgruppe Wahlen Nr.131, Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 24.2.2008, Mannheim, Februar 2008.

# 6.2 Bewertungen und Einzelaspekte

#### 6.2.1 Einordnung im Vergleich

Die CDU verlor zwar im Vergleich zur letzten Bürgerschaftswahl, blieb aber klar stärkste Partei mit deutlichem Abstand vor der SPD. Ihr Ergebnis war zwar auch schwächer als das der letzten Bezirkswahlen, lag aber klar vor dem der Europawahl 2004 und vor allem der Bundestagswahl 2005, wo sie unter 30% und klar hinter der SPD blieb. Im historischen Langzeitvergleich war es immerhin das drittbeste Resultat für die CDU bei Bürgerschaftswahlen in Hamburg überhaupt.

Die SPD hingegen erzielt trotz ihrer Zugewinne nur ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei Bürgerschaftswahlen in der Geschichte der Stadt. Sie lag damit zwar über dem Wert der letzten Bezirkswahl sowie der Europawahl, blieb aber auch klar unter ihrem Resultat bei der letzten Bundestagswahl.

Die Grünen erzielten eines ihrer schlechtesten Resultate in Hamburg der letzten Jahre. Bei Bürgerschaftswahlen, zu denen sie seit 1978 antreten, erzielten sie bereits vier Mal bessere Werte als bei dieser Wahl. Bei allen anderen Wahlen der letzten Jahre hatten sie zum Teil deutlich höhere Ergebnisse erzielt – so 14,9% bei der letzten Bundestagswahl und 24,6% bei der Europawahl. Die mögliche Koalitionsperspektive mit der CDU hat sich hierbei vielleicht nicht unerheblich ausgewirkt und zu ihren Mobilisierungsdefiziten beigetragen.

Die FDP schaffte trotz ihrer Zugewinne gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl weder den Einzug ins Parlament noch das Erreichen der Wahlergebnisse der letzten Jahre; so hatte sie bei der letzten Bundestagswahl noch 9,0% geholt. Zwar schwankten ihre Ergebnisse bei Bürgerschaftswahlen seit 1978 immer um die 5%-Hürde, doch dieses Resultat gehört zu den Schwächeren der Hamburger Wahlgeschichte bei den Liberalen.

Die Linke erzielte ihr bislang bestes Ergebnis bei Wahlen in Hamburg, allerdings nur einen zehntel Prozentpunkt mehr als bei der letzten Bundestagswahl. Es war auch niedriger als das Resultat im Flächenland Niedersachsen bei der Landtagswahl vom 27. Januar 2008.

# 6.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest Dimap hatte die CDU an fast alle anderen Gruppierungen abgeben müssen. Lediglich von den Sonstigen erhielt sie 3.000 Stimmen und profitierte mit 11.000 Stimmen vom Saldo aus Zu- und Wegzügen. An die SPD und die Grünen verlor sie

jeweils 1.000 Stimmen, an die FDP 11.000 und die Linke 3.000 Stimmen. Die größten Verluste mit 38.000 gingen ans Nichtwählerlager; zusätzlich blieben 17.000 Stimmen durch den Generationenwechsel auf der Strecke.

Die SPD holte 1.000 Stimmen von der CDU und 10.000 von den Grünen sowie 5.000 von den sonstigen Parteien. An die FDP verlor sie 2.000 und an die Linke 9.000 Stimmen – genauso viel gab sie an die Nichtwähler ab. Stark positiv war mit 17.000 nur der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen.

Die Grünen konnten nur von der CDU und den sonstigen Parteien jeweils 1.000 Stimmen holen, mussten aber an die SPD 10.000, an die FDP 1.000 und an die Linke 6.000 Stimmen abgeben. Nochmals 15.000 Stimmen verloren sie an die Nichtwähler, nur ihr Saldo beim Generationenwechsel und den Zu- sowie Fortgezogenen war mit 2.000 bzw. 1.000 Stimmen leicht positiv.

Die FDP hatte den Löwenanteil ihrer Gewinne von der CDU geholt; von dort kamen 11.000 Stimmen. Von der SPD kamen 2.000, den Grünen 1.000 und den Sonstigen 2.000 Stimmen. Nochmals 3.000 gewann sie aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen, verlor aber 3.000 an die Nichtwähler und 1.000 an den Generationenwechsel.

Die Linke legte auf breiter Front zu: Zwar kamen die meisten zusätzlichen Stimmen mit 17.000 von den sonstigen Parteien, aber es kamen auch von der SPD 9.000, der FDP 6.000 und der CDU 3.000. Zusätzliche 9.000 Stimmen kamen aus dem Nichtwählerlager, 4.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen und 2.000 aus dem Generationenwechsel.

## 6.2.3 Prognosen und Wirklichkeit

Die veröffentlichten Umfragen vor der Wahl hatten das Ergebnis insgesamt ordentlich prognostiziert. Das Ergebnis der CDU von 42,6% wurde etwas unterschätzt: In den Wochen vor der Wahl schwankten die Umfrageergebnisse zwischen 39% und 42%, die letzten drei Umfragen lagen zwischen 40% und 42%. Allerdings gab seit vielen Monaten kein Institut eine Vorhersage von über 42% ab, sodass es der CDU möglicherweise gelungen sein könnte, kurzfristig Wähler zu mobilisieren.

Bei der SPD lagen die Institute kurz vor der Wahl sämtlich bei 34% oder 35% und daher nahe am tatsächlichen Resultat von 34,1%. Allerdings hatten im Januar 2008 zwei Institute Werte von 38% sowie 36% prognostiziert, so dass die Debatte um eine mögliche Koalition der SPD mit der Linkspartei in Hessen und die wohlwollende Haltung des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck hierzu eine Rolle gespielt haben könnten.

Bei den Grünen lagen ebenfalls die letzten Umfragen mit Werten von 9% und 10% nahe am Resultat von 9,6%, aber in den Monaten zuvor hatte sie stets Prognosen von 10% bis 13% eingefahren – auch bei ihnen könnte sich die Entwicklung in Hessen sowie die Koalitionsdebatten ausgewirkt haben. Der FDP, die 4,8% erhielt, hatte keines der Institute einen Wert über 5% vorhergesagt. Die Linke, die 6,4% erhielt, lag in der Mehrzahl der Umfragen bei Werten zwischen 7% und 9% und wurde von den Instituten möglicherweise etwas überschätzt, könnte aber auch kurzfristig Zuspruch verloren haben.

### 6.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Bei der CDU zeigten sich laut Forschungsgruppe Wahlen die üblichen Verteilungen der Wählerschaft in der Altersstruktur: Während sie von den über 60-Jährigen weit überdurchschnittlich gewählt wurde und dort mit 57% klar die absolute Mehrheit holte (laut Infratest Dimap 53%), lag sie bei den jüngeren Wählern unter dem Durchschnitt und dies am stärksten bei den 18- bis 29-Jährigen. Die SPD verlor umgekehrt mit wachsendem Lebensalter Stimmanteile und erzielte ihren besten Wert bei den jüngsten Wählern mit 40%, blieb in den folgenden Jahrgängen im Durchschnitt und bei den über 60-Jährigen klar darunter. Laut Infratest Dimap war der Abstand bei den älteren Wählern der SPD zum Durchschnitt aber nicht ganz so dramatisch. Die Grünen holten ihr bestes Resultat bei den 30- bis 44-Jährigen, blieben aber auch bei den Wählern von 45 bis 59 deutlich über dem Durchschnitt und bei den Jungwählern etwa im Durchschnitt, laut Infratest Dimap aber auch dort über dem Durchschnitt. Lediglich bei den über 60-Jährigen blieben sie mit 2% (Infratest Dimap: 3%) marginal. Die FDP hatte offenbar laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Senioren am besten abgeschnitten, während Infratest Dimap in dieser Gruppe kein so großes Übergewicht und stattdessen bei den mittleren Jahrgängen eine gute Repräsentation sieht. Die Linke hatte (nach den Ergebnissen beider Institute) deutlich am meisten Stimmen bei den 45- bis 59-Jährigen geholt. Bei den Jüngeren war sie etwa im, bei den Älteren unter dem Durchschnitt.

Bezogen auf das Geschlecht lag laut Forschungsgruppe Wahlen die SPD bei Frauen in allen Altersgruppen deutlich vor den Männern, während bei der CDU das Verhältnis fast ausgeglichen war und lediglich ein leichtes Übergewicht seitens der Männer zustande kam. Bei den über 60-Jährigen waren laut Infratest Dimap bei der Union aber die Frauen stärker vertreten. Bei den Grünen war das Verhältnis laut Forschungsgruppe Wahlen ebenfalls fast ausgeglichen, aber bei den jüngeren Wählern schnitten die Frauen etwas besser ab. Infratest Dimap sah hingegen – mit Ausnahme der über 60-Jährigen – die Frauen bei den Grünen in allen Altersgruppen

stärker vertreten. FDP wie Linkspartei wurden beide von deutlich mehr Männern als Frauen gewählt, wobei sich dies bei der FDP praktisch über alle Altergruppen verteilte. Bei den Linken lagen laut Forschungsgruppe Wahlen bei den 45- bis 59-Jährigen die Männer sehr deutlich vorn, während die Frauen bei den 18- bis 29-jährigen Wählern stärker vertreten waren. Infratest Dimap hingegen sah bei der Linken in allen Altersgruppen die Männer vorn und auch bei den jüngsten weit stärker als die weiblichen Wähler.

Bei den Berufsgruppen erzielte die CDU laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Arbeitern ein leicht unterdurchschnittliches Ergebnis, schnitt aber mit 39% gleich gut wie die SPD ab. Infratest Dimap hingegen sah die CDU bei den Arbeitern hinter der SPD mit 34% gegenüber 38%. Auch bei den Beamten schnitt die Union etwas unterdurchschnittlich ab, während sie bei Angestellten und Selbständigen deutlich über dem Durchschnitt liegt. Laut Infratest Dimap lag die CDU aber bei den Beamten stark und den Angestellten und Selbständigen etwas unter dem Durchschnitt, dafür bei den Rentnern weit über dem Durchschnitt. Die SPD hingegen lag bei den Selbständigen deutlich unter und den Arbeitern klar über dem Durchschnitt, bei Angestellten und Beamten erzielte sie durchschnittliche Werte. Die Grünen lagen bei Beamten deutlich und Selbständigen etwas über dem Durchschnitt (laut Infratest Dimap auch bei Angestellten), bei Arbeitern deutlich darunter. Die Linke war bei Arbeitern überdurchschnittlich vertreten. Bei den Arbeitslosen war die SPD und vor allem die Linkspartei (21%; Infratest Dimap: 19%) überrepräsentiert.

Bezogen auf die Bildung war die CDU bei den gering und mittel Qualifizierten über dem Durchschnitt. Bei den Wählern mit Hauptschulabschluss oder mittlerer Reife über 35 Jahren war sie deutlich stärkste Partei. Grüne wie FDP (laut Infratest Dimap galt dies nicht für die FDP) waren bei den Wählern mit höheren Abschlüssen deutlich überrepräsentiert. Bei SPD wie Linken verteilten sich die Wähler ziemlich gleichmäßig über die Bildungsgruppen. Beide konnten aber bei den Wählern unter 35 Jahren jeweils einen größeren Anteil auf Kosten der CDU erzielen.

Im Hinblick auf die Konfession fiel auf, dass die CDU bei den Katholiken (die allerdings nur 9% der Wähler ausmachten) wie bei den Protestanten überdurchschnittlich abschnitt. Die Wählerschaft von SPD und FDP entsprach weitgehend der Konfessionsverteilung. Bei den Wählern der Grünen und noch stärker der Linken waren die Konfessionslosen bzw. anders konfessionell Orientierten (das waren 36% der Wähler!) deutlich überrepräsentiert.

### 6.2.5 Zusammenfassung

Trotz Verlusten waren die CDU und der Bürgermeister Ole von Beust Gewinner der Bürgerschaftswahl. Der Anspruch der SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Michael Naumann, selbst die Regierung zu stellen, war gescheitert. Allerdings war eine traditionelle bürgerliche Koalition aus CDU und FDP nicht möglich, genauso ohne Mehrheit wäre auch ein rot-grünes Bündnis gewesen. Da sich dies in Umfragen schon lange vor dem Wahltermin abgezeichnet hatte, wurde in den Augen vieler Wähler ein Bündnis aus Union und Grünen immer mehr zur realistischen Option. Damit wurde so die Grundlage für das erste schwarz-grüne Regierungsbündnis auf Landesebene gelegt.<sup>171</sup>

Zwar weisen Wahlen in Stadtstaaten meist Eigentümlichkeiten auf, aber bei dieser Wahl hatten sich die Gemeinsamkeiten mit den Ergebnissen klassischer Flächenstaaten wieder vergrößert. Überraschende Erfolge populistischer Parteien oder schillernder Einzelkandidaten, die in Hamburg in der Vergangenheit oftmals ein optimales Betätigungsfeld fanden (STATT-Partei, Schill-Partei) blieben diesmal ohne Bedeutung. Auch ein neuer Aufschwung linkspopulistischer Politik oder gar dessen Regierungsübernahme war nicht zu verzeichnen: Die Linke zog zwar nach Hessen und Niedersachsen erneut in ein westliches Landesparlament ein, aber ihr Ergebnis war für einen Stadtstaat, den die Partei selbst eher als Hochburg gesehen haben dürfte, nicht spektakulär. Außerdem hatten die Ereignisse in Hessen mit der kurzfristigen Perspektive der Bildung einer rot-grünen Landesregierung unter Einbeziehung der Linken wohl zum einen auf viele gemäßigte Wähler eher abschreckend gewirkt, zum anderen die SPD in Vorfeld der Wahl zu einer klaren Abgrenzung von der Linkspartei gebracht.

Der öffentliche Tumult um eine mögliche rot-rot-grüne Regierung in Hessen hatte es möglicherweise auch den Hamburger Grünen erleichtert, sich schon vor der Wahl vorsichtig in Richtung der CDU zu orientieren. Zwar hatten sie bei der Wahl über ein Viertel der Stimmen verloren, aber sie haben ein für eine Kleinpartei dennoch respektables Ergebnis erzielt. Im Übrigen waren die Verluste der hessischen Grünen relativ gesehen – unter anderen Ausgangspositionen – eher noch größer gewesen. Ein klares Argument gegen eine mögliche Allianz mit der CDU war das Ergebnis für die Grünen in keinem Fall.

Horst, Patrick: Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 24.2.2008: Wahlsieger Ole von Beust bildet die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/2008, S.509-528.

Für die SPD musste das Ergebnis eine Enttäuschung sein, da ohne den Einzug der Linken ins Parlament eine rot-grüne Regierungsübernahme lange Zeit als möglich betrachtet wurde. Entsprechend verständlich war die Kritik von Michael Naumann am SPD-Vorsitzenden Kurt Beck nach der Wahl, da dieser – ohne die Hamburg-Wahl abzuwarten – für ein Bündnis mit der Linken in Hessen grünes Licht gegeben hatte. Seine Ablehnung war für Naumann dennoch ein Problem, da (laut Infratest Dimap) 52% aller Wähler dies nicht glaubwürdig erschien. Zugleich sagten 22% aller Bürger, aber 35% der CDU-Wähler, diese Frage hätte für ihre Wahlentscheidung eine Rolle gespielt. Daher könnte diese Debatte in der Tat einen Mobilisierungsschub zugunsten der CDU ausgelöst haben. Das Ergebnis musste für die SPD auch in längerfristiger Perspektive als unbefriedigend erscheinen. Für künftige Wahlen musste es entscheidend sein zu beobachten, wie sich die Resultate der SPD bei der jeweils im Vorfeld vorgenommenen Positionierung gegenüber der Linken entwickeln.

Für die Hamburger Linke herrschte trotz des Einzugs ins Parlament dennoch Enttäuschung vor, denn angesichts der gegenwärtigen Konjunktur für die Linke und ihre Themen haben sich ihre Strategen mehr erwartet. Aber auch für die FDP war das Ergebnis eine Enttäuschung, da sie trotz Zugewinnen nicht ins Parlament kam – und das in der reichsten Stadt Deutschlands, in der angesichts der auch vom Wähler im Vorfeld sehr positiv eingeschätzten wirtschaftlichen Gesamtsituation offenbar große Teile der potenziellen Wählerschaft der Liberalen nicht von der FDP erreicht wurden.

Angesichts der Schwäche der FDP war eine alleinige Regierungsbildung der CDU realistischerweise nicht zu erwarten. Dies umso mehr, als sich bei der CDU (wie im Großen und Ganzen bei den anderen Parteien) bei dieser Wahl die üblichen Facetten der Wahlergebnisse in Bezug auf Alter, Sozial- und Berufsstruktur zeigten wie bei anderen Wahlen auch – mit allen damit verbundenen Problemen und Defiziten in bestimmten Segmenten der Wählerschaft. Insofern war eine Koalition der CDU, die in Hamburg sehr stark die "kleinen" Leute anspricht, die der SPD längst verlorengegangen waren, mit den dort stark bürgerlichen Grünen eine naheliegende Konsequenz. Ob dies auch für andere Länder vor allem in den Flächenstaaten oder gar für den Bund gilt, blieb eine offene Frage.

Die Union hatte sicher einen großen Teil ihres Erfolges dem populären und erfolgreichen Spitzenkandidaten zu verdanken. Vor der Wahl wurden (laut Infratest Dimap) der CDU vor allem Verdienste in der Wirtschaft zugebilligt (58%) und 55% der Hamburger meinten, die CDU habe Hamburg vorangebracht. Dies drückt sich auch in den Parteikompetenzen aus, die der CDU zugebilligt wurden: Sie war führend in den Bereichen Wirtschaft voranbringen, Kriminalität bekämpfen, Verschuldung verrin-

gern, Arbeitsplätze schaffen und sichern, gute Verkehrspolitik und die Zukunftsprobleme Hamburgs lösen. Die CDU lag aber von den von Infratest abgefragten 13 Kompetenzfeldern nur in diesen sechs vorn. Der SPD wurde mehr Kompetenz zugebilligt in der Schul- und Bildungspolitik, der Familienpolitik, Stadtentwicklung, Energie, Integration und soziale Gerechtigkeit. Die Grünen waren mit Abstand die Partei mit der größten Kompetenz in der Umweltpolitik. Der Union als Regierungspartei wurde also keineswegs ein Kompetenzvorsprung durch alle Felder zugebilligt. Als größte Defizite wurde der CDU vor der Wahl laut Infratest Dimap von 66% nachgesagt, unter ihrer Regierung sei die Schere zwischen Arm und Reich gewachsen, 60% meinten, die CDU berücksichtige die Interessen der Arbeitnehmer nicht ausreichend, 53% kritisierten, Ole von Beust lege sich nicht gerne fest und 50% sagten, bei der CDU wisse man im Moment nicht, was sie wolle. Bei aller Zufriedenheit mit der Regierung in Hamburg lassen sich aus diesen Zahlen einige Defizite herauslesen.

Da die CDU die absolute Mehrheit ihrer Mandate verloren hatte, war sie auf einen Koalitionspartner angewiesen. Eine große Koalition mit der SPD wäre nicht nur wegen der unterschiedlichen Kompetenzschwerpunkte der Parteien möglich gewesen, sondern hätte auch für 40% der Hamburger, darunter 44% der CDU-Anhänger und 50% der SPD-Anhänger, die beste Lösung bedeutet. Eine solche Koalition wäre möglicherweise zumindest auf dem Papier mit mehr politischen Gemeinsamkeiten ausgestattet gewesen. Insofern war für die CDU die Bildung einer Koalition mit den Grünen, die nur 24% der Bevölkerung und jeweils 40% der Anhänger beider Parteien befürworteten, ein schwierigeres Unterfangen mit – auf kurze Sicht – dem größeren Risiko. Auf der anderen Seite war dies ein Signal der koalitionspolitischen Öffnung, das über Hamburg hinaus wirken und neue Koalitionskonstellationen ermöglichen konnte. Wahlsoziologisch hatte sich die Wählerschaft von Union und Grünen ideal ergänzt - in fast allen Segmenten, in denen der eine Partner schwach war, war der andere stark. Ob sich dies auch positiv auf die Arbeit der Koalition auswirkt, wird die Zukunft zeigen. Ein erfolgreiches schwarz-grünes Bündnis in Hamburg könnte bei nachhaltigem Erfolg aber durchaus Modellcharakter für Deutschland bekommen.

# 7. Die Landtagswahl in Bayern vom 28. September 2008: Einbußen für die CSU, Bestätigung für das bürgerliche Lager

### 7.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

Bei der Wahl zum 16. Landtag der Nachkriegszeit in Bayern<sup>172</sup> verlor die CSU die absolute Mehrheit der Stimmen und der Mandate. Sie erzielte einen prozentualen Anteil von 43,4% der Gesamtstimmen und damit 17,3 Prozentpunkte weniger als bei der letzten Wahl. Das war der niedrigste Wert seit der Landtagswahl 1954. Sie holte 4.603.960 Gesamtstimmen (von 10.796.004 abgegebenen Stimmen), davon 2.267.521 Erststimmen und 2.336.439 Zweitstimmen. Dies stellte den niedrigsten Wert seit 1962 dar, bei allerdings seitdem stark gestiegener Zahl an Wahlberechtigten.

Die SPD als größte Oppositionspartei erzielte 18,6% und damit noch einen Prozentpunkt weniger als 2003. Dies war das schlechteste Ergebnis der SPD seit 1946. Sie holte 1.972.437 Gesamtstimmen, davon 1.017.153 Erststimmen und 955.284 Zweitstimmen. Der deutlich niedrigere Wert der Zweitstimmen deutete darauf hin, dass der Landes-SPD nochmals weniger Vertrauen entgegengebracht wurde als einzelnen Kandidaten vor Ort.

Die Freien Wähler, die bei den beiden letzten Wahlen an der 5%-Hürde gescheitert waren, holten einen Anteil von 10,2%, ein Zugewinn von 6,2 Prozentpunkten. Sie bekamen 1.085.896 Gesamtstimmen, davon 567.509 Erststimmen und 518.387 Zweitstimmen. Angesichts ihrer starken lokalen Verankerung war der höhere Erststimmenanteil verständlich, allerdings fielen die Zweitstimmen nicht stark ab. Landesweit hatten die Freien Wähler also mehr als die Hälfte des Werts der SPD-Stimmen erreicht.

Die Grünen verbesserten sich ebenfalls um 1,7 Punkte; sie erzielten 9,4% und damit das beste Ergebnis bei Landtagswahlen in Bayern, wurden aber von den Freien Wählern überrundet. Sie holten 999.111 Gesamtstimmen, davon 484.092 Erststimmen und 515.019 Zweitstimmen, die bei ihnen traditionell stärker ausfallen als die Erststimmen.

Die FDP holte 8,0% – eine Verbesserung um 5,4 Punkte – und konnte erstmals seit der Wahlperiode 1990 bis 1994 wieder in den Landtag einzie-

Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Bayern 28.9.2008, Berlin, Oktober 2008; Bericht der Forschungsgruppe Wahlen Nr.132, Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 28.9.2008, September 2008.

hen. Auch für sie war es das beste Ergebnis bei Landtagswahlen in Bayern überhaupt. Sie bekam 847.227 Gesamtstimmen, darunter 432.948 Erststimmen und 414.279 Zweitstimmen.

Während der Einzug der genannten Parteien ins Parlament wahrscheinlich war, konnte die Linke bis zum Schluss nicht sicher sein, den Einzug in den Landtag zu schaffen. Sie erzielte 4,4% und holte 461.755 Gesamtstimmen. Dies waren 234.480 Erststimmen und 227.275 Zweitstimmen – ein Indiz dafür, dass auch einige der Direktkandidaten durchaus Zuspruch gefunden hatten. Für das Erreichen der 5%-Schwelle wären etwa 539.800 Gesamtstimmen oder ungefähr 39.022 zusätzliche Wähler nötig gewesen – dieser Wert war für die Linke bei der Landtagswahl wohl nicht zu erreichen gewesen.

Alle anderen Parteien blieben noch deutlicher unter der 5%-Hürde: Die ÖDP holte 2,0%, die Republikaner 1,4% und die NPD 1,2%. Die Bayernpartei blieb mit 1,1% noch im Bereich der Wahlkampfkostenerstattung, während die restlichen Gruppierungen marginal abschnitten.

Von den durch Ausgleichsmandaten auf 187 Sitze gewachsenen Landtagsmandaten gingen 92 an die CSU, 39 an die SPD, 21 an die Freien Wähler, 19 an die Grünen und 16 an die FDP. Damit wäre theoretisch eine Mehrheit gegen die CSU möglich gewesen. Politisch wahrscheinlich war aber eine Koalition der CSU mit der FDP, aber auch ein Bündnis mit den Freien Wählern oder mit der SPD und sogar den Grünen hätte zur Mehrheitsbildung gereicht. Die Koalition aus CSU und FDP wurde dann aber recht schnell in die Realität umgesetzt.

Regional gestaltete sich das Ergebnis recht heterogen. Die CSU konnte in keinem der sieben Bezirke mehr die absolute Mehrheit der Stimmen holen. Am stärksten waren die Verluste in Altbayern, vor allem in Oberbayern, wo sie 20,9% verlor und noch auf 39,3% der Stimmen kam. Auch in Niederbayern und der Oberpfalz waren die Verluste mit -19,4% und -18,1% überdurchschnittlich. Im fränkischen Raum waren die Verluste unterdurchschnittlich. In Unterfranken wurde mit 47,3% das beste Ergebnis erzielt vor Schwaben mit 47,1%.

Umgekehrt verlor die SPD überdurchschnittlich in Franken, auch wenn sie in Oberfranken und Mittelfranken ihre besten Resultate holte. In den großen Städten schnitt sie traditionell deutlich besser als auf dem flachen Land ab. Verluste in München standen Gewinnen im Münchner Umland und in Augsburg gegenüber.

Die Grünen schnitten in Oberbayern und dort vor allem im Münchner Umland weit überdurchschnittlich ab mit auch noch überdurchschnittli-

chen Gewinnen. In allen anderen Landesteilen waren die Zuwächse unterdurchschnittlich, vor allem im fränkischen Raum gab es gelegentlich sogar Verluste.

Die Freien Wähler hatten ihre Schwerpunkte eindeutig in den ländlichen Regionen und schnitten in städtischen Wahlkreisen deutlich schlechter ab. Deutlich überproportional waren ihre Ergebnisse in Niederbayern und der Oberpfalz, während sie in Mittelfranken leicht und in Oberbayern deutlich unter ihrem Durchschnittswert lagen.

Die FDP holte weit überdurchschnittliche Werte in Oberbayern – dort auch mit dem größten Anstieg – sowie leicht überdurchschnittliche Werte in Niederbayern. In Schwaben lag sie im Durchschnitt, in allen anderen Landesteilen deutlich darunter. Im Gegensatz zu den Freien Wählern hatte die FDP ihre Schwerpunkte in den Städten und schnitt in den ländlichen Regionen schwächer ab.

Die Linke erzielte ihre besten Ergebnisse in Mittelfranken und Unterfranken und schnitt generell in Universitätsstädten am stärksten ab.

Die Wahlbeteiligung lag mit 57,9% über dem Wert der letzten Landtagswahl. Bei dieser Wahl hatten 193.283 mehr Wähler ihre Stimme abgegeben als 2003. Die Zahl der Wahlberechtigten lag um 212.901 höher.

### 7.2 Bewertungen und Einzelaspekte

## 7.2.1 Einordnung im Vergleich

Während die kleinen Parteien Rekordwerte erzielen konnten, musste die SPD ihr schlechtestes Resultat bei Landtags- wie bei Bundestagswahlen in Bayern hinnehmen. Die CSU hatte in Landtagswahlen lediglich 1950 und 1954 und bei Bundestagswahlen 1949 ein Ergebnis erzielt, das unter dem jetzigen Resultat der Landtagswahl war. Für die Grünen war es nicht nur der beste Landtagswert, sondern er lag auch über allen Ergebnissen bei Bundestagswahlen in Bayern. Für die FDP war es das beste Landtagsergebnis. Lediglich bei Bundestagswahlen lagen sie in Bayern 1961, 1987 und 1990 etwas über diesem Wert. Die kleinen Parteien hatten somit ein Resultat absolut am obersten Ende ihrer historischen Bandbreite erzielt.

Im Vorfeld der Landtagswahl waren insgesamt die Bewertungen der Programmatik und des Personals sehr heterogen. Laut Forschungsgruppe Wahlen wurde die Arbeit der CSU in der Regierung auf einer Skala von +5 bis -5 mit +1,1 bewertet gegenüber +1,8 bei der letzten Landtagswahl; 1998 waren dies noch +1,6 gewesen. Die CSU genoss auch mit +1,6 das

höchste Ansehen der Parteien (gegenüber +2,4 im Jahr 2003, +1,9 im Jahr 1998 und +1,8 im Jahr 1994). Immerhin lagen die Freien Wähler bei +1,1 und auch die anderen Parteien hatten sich durchweg verbessert. Der Spitzenkandidat Günther Beckstein erzielte mit 62% Zufriedenheit einen ordentlichen Wert, der aber unter der 80%-Marke bei der letzten Landtagswahl zurückblieb. Becksteins Imagewert erreichte +1,4 gegenüber +2,1 bei der letzten Wahl. Im direkten Vergleich zu seinem Gegenkandidaten Franz Maget schnitt er in allen abgefragten Bereichen deutlich besser ab.

Bei den Parteikompetenzen fiel auf, dass die CSU laut Forschungsgruppe Wahlen in allen Bereichen vorn blieb, aber die Abstände in einigen Feldern geringer wurden. Vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt behielt die CSU mit 47% bzw. 45% einen deutlichen Vorsprung, musste aber auch hierbei einen Verlust von etwa 12 Punkten gegenüber 2003 hinnehmen. Im Bereich Schule und Bildung lag sie 2008 mit 32% nur noch knapp vor der SPD mit 27%. Noch knapper war der Abstand im Bereich soziale Gerechtigkeit, wo sie mit 30% nur noch zwei Punkte vor der SPD lag. In der Familienpolitik wie in der allgemeinen Zukunftsfähigkeit lag sie wiederum deutlich vor allen anderen Parteien.

Laut Infratest Dimap war die CSU vor der Wahl nicht in allen abgefragten Kompetenzbereichen vorn: Bei den Items "Kriminalität und Verbrechen in Bayern bekämpfen" sowie "Wirtschaftsstandort Bayern sichern" lag die CSU – bei moderaten Verlusten – klar vor allen anderen Parteien. Ebenso vorn mit Werten über 50% lag sie bei "Arbeitsplätze sichern und neue schaffen" und "Interessen des ländlichen Raumes und der Gemeinden stärken". Auch bei der Schul- und Bildungspolitik behielt sie einen Vorsprung mit allerdings drastischen Verlusten von 16 Punkten auf 40%. Zwar waren mit 32% die meisten Befragten der Meinung, die CSU könne eine gute Energiepolitik betreiben, aber bei den Themen Familienpolitik und Kinderbetreuung lag sie mit 33% um einen Punkt hinter der SPD in der Kompetenzzuschreibung. Einen Rückstand gegenüber der SPD wies die CSU ebenfalls auf in den Items soziale Gerechtigkeit, Integration von Einwanderern, gerechtes Steuer- und Abgabensystem und Sorgen der kleinen Leute. Bei Umwelt- und Klimapolitik hatten die Grünen mit Abstand die besten Kompetenzwerte. Einen geringen Kompetenzvorsprung hatte die CSU beim Item "Sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehen" und immerhin noch eine Mehrheit von 51% (bei einem Verlust von 9 Punkten) billigte der CSU generell zu, die wichtigsten Probleme Bayerns lösen zu können.

Die kleinen Parteien konnten sich daneben bei dieser Wahl kaum in der Kompetenzzuschreibung bemerkbar machen. Lediglich den Freien Wählern billigten 12% eine gute Vertretung des ländlichen Raums und 9% das sich Kümmern um die Sorgen kleiner Leute zu. Den Grünen wurde ne-

ben der Umwelt nur bei der Integration von Einwanderern nennenswerte Kompetenz zugebilligt. Der FDP wurde mit 11% eine bemerkenswerte Kompetenz bei der Schaffung eines gerechten Steuer- und Abgabensystems zugebilligt und mit 6% ein etwas höherer Wert in der Schul- und Bildungspolitik. Die Linke fiel nur durch leicht höhere Werte bei den Themen soziale Gerechtigkeit und Sorgen der kleinen Leute auf.

Vor diesem Hintergrund hatten die entscheidenden Themen bei dieser Wahl die CSU nicht durchweg begünstigt. Nach der Forschungsgruppe Wahlen waren für die Gesamtheit der Wähler am wichtigsten die Themen Schule und Bildung (32%), Arbeitsmarkt (21%), Kosten/Preise/Löhne (13%) sowie Familie mit 9%. Laut Infratest Dimap waren für alle Wähler am wichtigsten die Themen Wirtschaft (32%), Gerechtigkeit (26%), Arbeitsmarkt sowie Schule und Bildung mit jeweils 19%, Innere Sicherheit und Umwelt/Klima mit jeweils 15%, Familie mit 13%, Gesundheit und Steuern mit jeweils 11% und Integration mit 7%. Die vor der Wahl gemessenen Kompetenzwerte verdeutlichen, dass die CSU offenbar nicht bei allen dieser wichtigen Themen vorn lag und sich dadurch anderen Parteien Chancen eröffneten. Dies ist auch deswegen wichtig, weil laut Infratest Dimap bei dieser Wahl die Kompetenz bei allen Wählern mit 49% deutlich stärker die Wahl entschieden hat als die Kandidaten, deren Bedeutung insgesamt um 11 Punkte auf 18% zurückgegangen ist.

Der Zeitpunkt der Wahlentscheidung hatte sich – analog zu zahlreichen anderen Wahlen der letzten Jahre – auch in Bayern weiter nach vorn verlagert. Laut Infratest Dimap haben sich 39% erst am Wahltag (21%) oder während der letzten Tage (18%) entschieden. Besonders bei FDP und Freien Wählern lag dieser Anteil mit 44% bzw. 52% deutlich über dem Durchschnitt. Die Forschungsgruppe Wahlen gab nur 27% an, die sich in den letzten Tagen und Wochen vor der Abstimmung entschieden hätten. Aber auch da wurden die Spätentscheider bei FDP-Wählern mit 46% und bei denen der Freien Wähler mit 47% angegeben. Das legt den Schluss nahe, dass diese beiden Parteien auch am stärksten von der kurzfristigen Mobilisierung im bürgerlichen Lager profitiert haben.

## 7.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest Dimap hatte die CSU Stimmen an alle anderen Gruppierungen abgeben müssen. Die größten Verluste gingen mit 190.000 an die Freien Wähler und mit 180.000 an die FDP. An die Nichtwähler verlor die CSU 130.000 Stimmen, an die SPD 80.000 und an andere Parteien 60.000. Sogar an die Linke gab sie 40.000 Stimmen ab. Auch an den Generationenwechsel (Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen) verlor sie mit 130.000 weit mehr als früher.

Lediglich die Zugezogenen (Saldo aus Fort- und Zuzügen) bescherten der Partei einen Zugewinn von 50.000 Stimmen. Dies war eine dramatische Veränderung gegenüber den letzten beiden Landtagswahlen, wo die CSU zumindest von einzelnen Mitbewerbern zum Teil deutliche Stimmengewinne zu verzeichnen hatte.

Die SPD profitierte mit 80.000 Stimmen von der Schwäche der CSU und holte noch 20.000 aus dem Nichtwählerbereich. Ansonsten musste auch die SPD in fast alle Richtungen abgeben: 50.000 an die Linke, 40.000 an die Freien Wähler, 30.000 an die Grünen und 10.000 an die FDP. Auch die SPD verlor 30.000 Wähler an den Generationenwechsel, profitierte aber mit 40.000 ebenfalls von den Zugezogenen. Ohne die Stimmen früherer CSU-Wähler wäre das Ergebnis für die SPD also noch deutlich schlechter gewesen.

Die Freien Wähler holten den Löwenanteil ihrer Gewinne mit 190.000 Stimmen aus dem Lager der CSU. Aber auch von den Nichtwählern bekamen sie 80.000 und von der SPD 40.000. Vom Generationenwechsel profitierte sie mit 20.000, von den Zugezogenen mit 10.000. An die Linke musste sie sogar 10.000 Stimmen abgeben; zu den anderen Parteien waren Bewegungen nicht messbar. Die Freien Wähler sind bei dieser Wahl eindeutig ein Sammelbecken für Nichtwähler und frühere Wähler der Volksparteien gewesen.

Die Grünen holten ebenfalls 60.000 Stimmen aus dem CSU-Lager, 30.000 von der SPD und 20.000 von den Nichtwählern. Sie mussten aber 30.000 Stimmen an die Linke, 10.000 an die FDP und 10.000 an andere Parteien abgeben. Profitieren konnten sie mit 30.000 Stimmen vom Generationenwechsel und mit 20.000 von den Zugezogenen. Trotz ihres prozentualen Anstiegs hatten die Grünen also mindestens genauso von der aktuellen Schwäche der CSU profitiert, als sie in der Lage gewesen wären, ihren eigenen Wählerstamm aufzubauen.

Die FDP holte den Löwenanteil ihrer Gewinne mit 180.000 Stimmen von der CSU. Aber auch von den Nichtwählern holte sie 40.000 und jeweils 10.000 Stimmen von der SPD, den Grünen und den anderen Parteien. An die Linke musste auch sie 10.000 Stimmen abgeben. Auch sie gewann 10.000 Stimmen vom Generationenwechsel und 30.000 von den Zugezogenen. Die FDP profitierte also ebenfalls von den CSU-Verlusten, ohne den Freien Wählern in die Quere zu kommen.

Die Linke holte ihre Stimmen aus praktisch allen Richtungen, aber die größten Zuwächse kamen mit 50.000 von der SPD, 40.000 von der CSU und 40.000 von den Nichtwählern. Von den Grünen und den anderen Parteien kamen jeweils 30.000, von den Freien Wählern und der FDP je-

weils 10.000. Jeweils 10.000 Stimmen kamen von den Erstwählern und den Zugezogenen. Ihr Zuwachs kam also keineswegs nur durch Stimmen aus dem linken Lager zustande.

### 7.2.3 Prognosen und Wirklichkeit

Für den größten Teil des Jahres 2008 hatten die Umfrageinstitute der CSU Werte um die 50% vorausgesagt. Lagen die Prognosen der Institute in den ersten Tagen des Jahres noch deutlich über dieser Marke, so schwankten sie bei den seriösen Instituten in der Folge um diesen Wert. Allerdings produzierten einige Umfragen im Frühjahr und Sommer 2008 auch Werte darunter. Seit Juli 2008 ergab nur noch eine Untersuchung einen Wert über der 50%-Marke. Ab Mitte September wurden drei Umfragen mit Werten von 47% und 48% publiziert. Der kurzfristige Trend zeigte aber wieder nach oben – die letzte in der Öffentlichkeit verbreitete Umfrage prognostizierte für die CSU 49%. Damit erschien in jedem Fall der Erhalt der absoluten Mehrheit der Mandate in erreichbarer Nähe, aber auch das erneute Überschreiten der 50%-Marke war nicht ausgeschlossen.

Bei der SPD vermuteten die Institute weniger Schwankungen: Die Werte lagen stets um die 20%-Marke. Nur ein einziges Mal erreichte die Prognose 23%. In den Wochen zuvor oszillierten die Angaben zwischen 19% und 21%. Zuletzt wurden der SPD 19% bzw. 20% vorhergesagt. Damit lag die SPD in den Prognosen genau auf dem Niveau ihres letzten Landtagswahlergebnisses.

Die Grünen konnten laut der Aussage der Institute für die meiste Zeit des Jahres auf Werte zwischen 9% und 11% hoffen. In den Wochen vor der Wahl lagen die Werte zwischen 8% und 10%, wobei bei den drei letzten publizierten Umfragen zwei Mal ein Wert von 8% prognostiziert wurde. Dies ließ zuletzt keinen überragenden Zugewinn mehr erwarten und sprach eher für ein Ergebnis auf dem Niveau der letzten Landtagswahl.

Die FDP konnte aufgrund der meisten Umfragen des Jahres 2008 auf einen erneuten Einzug in den bayerischen Landtag hoffen. Nur die erste Umfrage des Jahres prognostizierte ihr noch 4%, bei allen anderen lag sie bei 5% oder zum Teil deutlich darüber. In den Wochen vor der Wahl wurden ihr Werte zwischen 6% und 9% vorhergesagt. Bei den letzten publizierten Umfragen vor der Wahl zwischen 7% und 9%. Damit war ein klarer Einzug in den bayerischen Landtag zu erwarten.

Auch die demoskopischen Werte für die Freien Wähler zeigten aufsteigende Tendenz. Wurden ihnen bis zum Sommer nur vereinzelt 5% prognostiziert, so wurden ihr in den Wochen vor der Wahl – und ebenfalls

bei den letzten publizierten Umfragen – zumeist Werte von 7% oder 8% vorhergesagt. Auch die Freien Wähler durften also in den Augen der Demoskopen und der Öffentlichkeit mit einem Einzug in den bayerischen Landtag rechnen.

Die Linke konnte für den größten Teil des Jahres 2008 aufgrund ihrer demoskopischen Daten nicht mit einem Einzug ins Parlament rechnen. Die wenigsten Umfragen – darunter allerdings auch die letzte publizierte – sprachen ihr 5% zu. Von den aussichtsreichen Kleinparteien hatte die Linke also sicher die geringste Chance auf einen Einzug in den Landtag. Allerdings musste mit einem knappen Ergebnis gerechnet werden, da die Werte zumeist mit 4% nur wenig darunter lagen und die Linke als Protestpartei auch bei vorherigen Wahlen in den Prognosen unterschätzt worden war. Völlig unmöglich erschien es vor der Wahl also nicht, dass auch die Linke den Sprung über die 5%-Hürde würde schaffen können, was für die restlichen zur Wahl angetretenen Gruppierungen von vornherein aussichtslos schien.

Versucht man, die Umfragewerte seit der letzten Landtagswahl vom September 2003 mit einer Trendlinie zu betrachten, so fällt auf, dass sich die Werte für die CSU von ihrem außerordentlich hohen Wert der Landtagswahl praktisch linear zurückgebildet haben. Eine lineare Trendlinie durch diese Werte hätte spätestens im Juli 2008 die 50%-Marke nach unten durchbrochen. Ein Wert für die CSU bei der Landtagswahl um die 50% oder gar darüber musste im Licht dieser Entwicklung als schwieriges Unterfangen erscheinen, hätte es doch das kurzfristige Durchbrechen der Trendlinie nach oben bedeutet. Nimmt man nur die Umfragen des Jahres 2008, so zeigte die lineare Trendlinie auf einen Wert um die 47%.

Von dieser Tendenz konnte aber die SPD während der gesamten Legislaturperiode nicht grundlegend profitieren. Trotz kleinerer Schwankungen lagen die Werte für die SPD immer um die 20%-Marke. Der lineare Trend wies keinerlei Anstieg, sondern bestenfalls eine Stagnation oder sogar noch einen leichten Rückgang auf. Ein deutliches Überschreiten dieses Wertes bei den Wahlen konnte also im Vorfeld als äußerst unwahrscheinlich gelten.

Trotz oftmals deutlich besserer Einzelumfragen zeigte auch für die Grünen der langfristige Trend nur wenig nach oben. Die lineare Trendlinie blieb insgesamt immer unter der 10%-Schwelle. Ein zweistelliges Ergebnis wäre auch für die Grünen in Bayern alles andere als selbstverständlich gewesen und hätte als ein unerwarteter Erfolg angesehen werden müssen.

Für die FDP zeigte sich in dieser Betrachtung ein relativ kontinuierlicher Anstieg ihrer Werte. Die lineare Trendlinie zeigte nach oben, was allerdings auch an den niedrigen Ausgangswerten der letzten Landtagswahl und den Umfragen danach liegt. Ein Überschreiten der 5%-Hürde konnte aber auch aus dieser Perspektive für die FDP im Rahmen des Möglichen sein.

Dies galt noch stärker für die Freien Wähler, bei denen die lineare Trendlinie ihrer Umfragewerte noch deutlicher nach oben zeigte. Nachdem ihre Werte lange Zeit mehr oder weniger deutlich unter der 5%-Marke lagen, lagen sie ab Juli bei diesem Wert klar darüber. Die letzten veröffentlichten Umfragen prognostizierten 8% bzw. 7%, so dass ein Einzug der Freien Wähler in den Landtag wahrscheinlich erschien.

Für die Linke war eine langfristige Trendaussage sehr schwierig, da sie fast immer bei den Umfragen unter der 5%-Marke blieb und sie aufgrund ihres Charakters als Protestpartei schwer zu prognostizieren war.

### 7.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Betrachtet man die Altersstruktur der Wähler, so hatte die CSU (laut Forschungsgruppe Wahlen) bei den unter 29-Jährigen 42% (davon Männer 43% und Frauen 39%) erhalten und blieb damit unter dem Durchschnitt. Dies waren 17 Punkte weniger als bei der letzten Wahl und blieb damit im Durchschnitt der Verluste. Bei den 30- bis 44-Jährigen verlor die CSU aber 20 Punkte und kam nur noch auf 37% (Männer 41%, aber Frauen nur 33%). Noch dramatischer war der Verlust bei den 45- bis 59-Jährigen, wo die CSU von 60% auf 38% (Männer 40%, Frauen 37%) abstürzte. Lediglich bei den über 60-Jährigen hielt sich der Verlust von 65% auf nunmehr 54% (Männer 55%, Frauen 54%) in Grenzen. Nur bei den Senioren konnte die CSU also noch die 50%-Marke überschreiten. Laut Infratest Dimap waren die Unterschiede noch dramatischer: Danach hat die CSU bei den 18- bis 24-Jährigen nur 37%, den 25- bis 24-Jährigen 39%, den 35bis 44-Jährigen 44% und den 45- bis 59-Jährigen 37% erreicht. Lediglich die über 60-Jährigen wurden mit 57% angegeben. Bei den Frauen waren die Unterschiede ebenfalls ausgeprägter: Während die über 60-jährigen Frauen auf 59% kamen, waren es bei den Altersgruppen von 45 bis 59 nur 38%, bei der Gruppe von 35-44 Jahren 34%, bei der Gruppe von 25-34 Jahren 39% und den unter 24-jährigen Wählerinnen sogar nur 33%. Bei den Männern lagen ebenfalls die über 60-Jährigen mit 54% am höchsten, dafür waren die anderen Altersgruppen mit zwischen 36% und 40% etwas stärker vertreten.

Bei der SPD waren die Abweichungen nicht so deutlich, aber auch sie erzielte laut Forschungsgruppe Wahlen mit 21% ihr bestes Ergebnis bei den über 60-Jährigen und mit 16% ihr schlechtestes bei den 30- bis 44-Jährigen. Ähnliche Werte hatte Infratest Dimap, die aber die 25- bis 34-Jährigen.

gen bei der SPD mit 15% als schwächste Gruppe ausmachte. Dieses Institut sah auch die Frauen bei der SPD stärker als die Männer, vor allem bei den jüngeren Frauen schnitt sie überdurchschnittlich und zum Teil deutlich besser als bei den Männern ab.

Die Grünen hingegen schnitten – wie in anderen Wahlen auch – laut Forschungsgruppe Wahlen deutlich schwächer bei den über 60-Jährigen ab, wo sie nur 4% holten, dafür überdurchschnittlich bei den Jüngeren, am deutlichsten mit 14% bei den 30- bis 44-Jährigen. Laut Infratest Dimap war die Diskrepanz bei den Grünen zwischen Frauen und Männern groß: So holten sie in allen Altersgruppen unter 60 bei Frauen deutlich mehr Stimmen. Bei den unter 24-Jährigen mit 16% sogar doppelt so viel wie bei den Männern. Aber auch bei den anderen Wählerinnen unter 60 ist ihr Anteil deutlich höher als bei den Männern und fast so hoch wie die SPD-Anteile. Gegenüber 2003 hat sie laut Forschungsgruppe Wahlen in der Wählerschaft über 30 zugelegt, ist bei den Wählern unter 29 aber schwächer geworden. Infratest Dimap sieht aber lediglich einen leichten Rückgang bei den jüngeren Männern, der durch die Gewinne bei den Frauen mehr als kompensiert wurde.

Die FDP hatte laut Forschungsgruppe Wahlen überdurchschnittlich bei den 30- bis 59-Jährigen abgeschnitten, etwas unter dem Durchschnitt bei den Senioren und jungen Wählern. Infratest Dimap hingegen sah auch bei den jungen Wählern ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis für die Liberalen. Bei den Männern waren dabei die Ergebnisse durchweg besser als bei den Frauen. Ihre stärksten Werte erzielten sie bei den Männern zwischen 25 und 44 Jahren.

Auch die Freien Wähler hatten laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Wählern von 30 bis 59 Jahren überdurchschnittlich abgeschnitten und erreichten bei den Senioren mit 7% nur einen Wert deutlich unter dem Durchschnitt. Dies sah Infratest Dimap größtenteils ebenso. Danach waren die Freien Wähler bei den Frauen in allen Altersgruppen unter 60 mehr oder weniger gleich stark vertreten, während bei den Männern bis 60 eher höhere Werte mit steigendem Lebensalter zu verzeichnen waren. Die Forschungsgruppe Wahlen sah jedoch die Gruppe der Frauen von 30-44 Jahren mit 14% als die stärkste Wählergruppe bei den Freien Wählern überhaupt an.

Die Linke erzielte laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Wählern von 45 bis 59 Jahren deutlich bessere Werte als in allen anderen Altersgruppen. Diese Einschätzung wurde von Infratest Dimap geteilt, die darüber hinaus bei den Männern deutlich höhere Werte als bei den Frauen gemessen hatte. Die Forschungsgruppe Wahlen sah jedoch bei den Wählern unter 29 Jahren einen leichten Vorsprung der Frauen bei den Linken.

Auch bei den Bildungsgruppen zeigten sich laut Forschungsgruppe Wahlen deutliche Unterschiede. So erreichte die CSU bei den Wählern mit Hauptschulabschluss 50% und damit einen Wert deutlich über dem Durchschnitt, was aber auch einem Verlust von 17 Punkten gegenüber 2003 bedeutete. Bei den Wählern mit Mittlerer Reife kam sie auf 44%, ebenfalls ein Verlust von 17 Punkten. Die Wähler mit Hochschulreife gaben mit 37% ihre Stimme der CSU (ein Rückgang um 13 Punkte), während die Wähler mit Hochschulabschluss nur zu 32% CSU wählten, 18 Punkte weniger als 2003. Die Werte von Infratest Dimap differierten von diesen Ergebnissen nur geringfügig. Dabei unterschieden sich vor allem die Werte der Hauptschulabsolventen mit dem Alter deutlich: Bei den über 35-Jährigen entschieden sich 51% für die CSU, bei denen darunter nur 45%. Bei den anderen Bildungsgruppen unterschieden sich die Werte der CSU nur um einen Prozentpunkt.

Während die SPD bei den höher Qualifizierten nur leicht über ihrem Durchschnittswert lag, lag sie bei den Absolventen der Hauptschule und Realschule etwa im Schnitt, bekam aber ebenfalls bei den über 35-Jährigen deutlich bessere Werte als bei den Jüngeren.

Die Grünen erzielten bei den höher Qualifizierten mit 15% bzw. 19% weit überdurchschnittliche Werte und konnten dort gegenüber 2003 noch jeweils einen Punkt zulegen. Dafür blieben sie bei den Hauptschulabsolventen mit 4% (bei Infratest Dimap sogar nur 3%) erneut weit unter ihrem Durchschnitt.

Strukturell ähnlich sah das Ergebnis bei der FDP aus, die ebenfalls bei den höher Qualifizierten über, bei den niedriger Qualifizierten unter dem Durchschnitt abschnitt. Dabei war bei der ersten Gruppe das Ergebnis bei den Jüngeren verhältnismäßig besser, bei der zweiten Gruppe etwas schlechter.

Umgekehrt bekamen die Freien Wähler mit 7% bei den Hochschulabsolventen einen klar unterdurchschnittlichen Wert, während sie mit 11% bei den Hauptschulabsolventen und mit 12% bei denen mit Mittlerer Reife am besten abschnitten. Dieses Muster schien sich im Wesentlichen auf alle Altersgruppen zu erstrecken.

Die Linke wiederum hatte ein leicht überproportionales Resultat bei den Hochschulabsolventen zu verzeichnen, dort aber bei den Älteren wesentlich besser als bei den Jüngeren.

Bei den Berufsgruppen hatte die CSU laut Infratest Dimap am stärksten bei den Landwirten verloren, wo ihr Anteil um 39 Punkte auf 52% sank. Aber auch bei den Arbeitern war ihr Rückgang um 24 Punkte auf 41% überdurchschnittlich ebenso wie bei den Angestellten mit einem Rückgang von 21 Punkten auf 36% sowie bei den Selbständigen mit einem Minus von 22 Punkten auf 39%. Etwas milder fielen die Verluste bei den Arbeitslosen, den in Ausbildung Befindlichen und den Beamten aus, wo die erzielten Werte allerdings zum Teil erheblich unter dem landesweiten Resultat liegen – bei den Beamten etwa nur bei 31%. Lediglich bei den Rentnern holte die CSU mit einem Verlust von 8 Punkten und 56% ein ordentliches Resultat.

Laut Forschungsgruppe Wahlen sah die Analyse für die CSU aber teilweise deutlich anders aus: Sie gab bei den Landwirten für die CSU einen Wert von 66% an, bei den Arbeitern 43%, den Angestellten 41%, bei den Selbständigen von 42% und den Beamten 43%. Für die Rentner ermittelte sie 52%, für die Arbeitslosen 26% Stimmenanteil für die CSU. Vor allem die erheblichen Unterschiede bei Landwirten und Beamten mit weit mehr als 10 Prozentpunkten zwischen beiden Instituten sind unerklärlich und müssten durch weitere Analysen erhellt werden.

Die SPD konnte sich laut Infratest Dimap bei den Arbeitern und Angestellten leicht verbessern, allerdings von unterdurchschnittlichen Werten aus. Die Forschungsgruppe Wahlen sah aber bei diesen Gruppen für die SPD keinen Zugewinn, sondern Stagnation oder bei den Arbeitern sogar einen Verlust von 2 Punkten. Die deutlichsten Zugewinne mit 15 Punkten erzielte sie laut Infratest Dimap bei den Arbeitslosen, wo sie relativ am besten abschnitt. Auch das sah die Forschungsgruppe Wahlen anders, die der SPD bei den Arbeitslosen ein leicht unterdurchschnittliches Ergebnis konstatierte. Trotz deutlicher Verluste holte sie laut Infratest Dimap bei Beamten und Rentnern (und nach Forschungsgruppe Wahlen auch bei Angestellten) erneut ein überdurchschnittliches Resultat. Bei Selbständigen und in Ausbildung Befindlichen fiel sie auf unterdurchschnittlichem Niveau weiter zurück. Unterstützung aus dem Bereich der Landwirte für die SPD war für Infratest Dimap erneut nicht messbar, während ihr die Forschungsgruppe Wahlen hier 8% zubilligte.

Die Freien Wähler profitierten laut Infratest Dimap vor allem von ihrem Zugewinn im Bereich der Landwirte, wo sie mit 26% und einem Gewinn von 17 Punkten in Erscheinung traten. Die Forschungsgruppe Wahlen maß hingegen nur einen unterdurchschnittlichen Wert von 9% bei einem Zugewinn von 5 Punkten – erneut eine völlig unerklärliche Abweichung zwischen den Instituten. Bei den Beamten holten sie laut Infratest Dimap mit 13% und einem Gewinn von 10 Punkten ein überdurchschnittliches Resultat. Die Forschungsgruppe Wahlen sah hier nur 11% bei einem Gewinn von 6 Punkten. Bei den Arbeitern fand Infratest Dimap einen Wert von 14% bei einem Gewinn von 9 Punkten, die Forschungsgruppe Wahlen aber einen Wert von 11% bei einem Gewinn von 7 Punkten. Für die

Angestellten sind die Unterschiede geringer: Infratest Dimap maß 12% bei einem Gewinn von 7 Punkten, die Forschungsgruppe Wahlen 11% bei einem Gewinn von 7 Punkten. Bei Selbständigen und in Ausbildung Befindlichen blieben sie laut Infratest Dimap unter dem Durchschnitt, bei Rentnern und Arbeitslosen deutlich unter dem Durchschnitt. Bei der Forschungsgruppe Wahlen holten die Freien Wähler mit 10% fast den Durchschnittswert und lagen bei den Arbeitslosen mit 11% sogar leicht darüber. Also auch bei den Freien Wählern differierten die Angaben über die Berufsstruktur so stark, dass weitere Untersuchungen unumgänglich sind, um weitergehende Aussagen treffen zu können.

Die Grünen holten laut Infratest Dimap deutlich überdurchschnittliche Werte aus dem Bereich der Angestellten und in Ausbildung Befindlichen (dort auch der höchste Zugewinn mit jeweils 3 Punkten), Beamten und Selbständigen. Verluste in größerem Umfang mussten sie im Bereich der Arbeitslosen verzeichnen. Trotz Zugewinnen von 3 Punkten blieben sie bei den Landwirten mit 3% (Forschungsgruppe Wahlen 4%) ebenso klar unter dem Durchschnitt wie bei Arbeitern und Rentnern. Bei den Grünen traten zwischen den Instituten nur sehr geringe Unterschiede in der Analyse auf.

Die FDP erzielte laut Infratest Dimap ihre besten Werte und höchsten Zugewinne bei Selbständigen (17%), in Ausbildung Befindlichen (11%) und Landwirten (11%). Hohe Zugewinne holte sie auch bei Angestellten und Beamten mit 8% bzw. 9%. Unter dem Durchschnitt mit niedrigeren Zuwächsen blieb sie bei Arbeitern, Rentnern und Arbeitslosen. Als einzige Partei hatte sie laut Infratest Dimap Zuwächse in allen Berufsgruppen zu verzeichnen. Dies sah die Forschungsgruppe Wahlen genauso, aber ihre Werte differierten für die FDP etwas: Sie maß bei den Selbständigen 15% für die FDP, bei den Landwirten aber nur 6%. Die Angestellten sah sie bei 9%, die Beamten aber nur bei 6%.

Die Linke holte laut Infratest Dimap mit 14% (bei Forschungsgruppe Wahlen sogar 18%) ein deutlich überproportionales Ergebnis bei den Arbeitslosen. Über dem Durchschnitt war sie laut Infratest Dimap auch bei den Arbeitern, den Angestellten und den Selbständigen (bei Letzteren war sie laut Forschungsgruppe Wahlen aber mit 3% unter dem Durchschnitt). Bei Beamten, Rentnern und in Ausbildung Befindlichen blieb sie unter dem Durchschnitt. Stimmen aus dem Bereich der Landwirte waren wie bei der SPD nicht messbar. Allerdings ging die Forschungsgruppe Wahlen hier von einem Stimmenanteil von 1% für die Linke aus.

Bei der Wahlentscheidung nach Konfession zeigte sich nach der Forschungsgruppe Wahlen, dass die CSU zwar bei den Katholiken mit 49% klar überproportional abschnitt, dies bedeutete aber ebenfalls einen Rück-

gang von 17 Punkten gegenüber 2003. Bei den Protestanten erzielte sie 40% und damit 14 Punkte weniger. Bei den Wählern ohne oder mit anderer Konfession 23%, das waren 16 Punkte weniger als 2003. Infratest Dimap ermittelte fast die gleichen Werte mit 50% bei den Katholiken und 22% bei den Sonstigen.

Die SPD wiederum schnitt laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Katholiken unterdurchschnittlich, bei den Protestanten mit 24% aber überdurchschnittlich ab und erzielte beim Rest mit 22% fast den Wert der CSU. Infratest Dimap gab den Wert der SPD bei den Protestanten mit 25% und den Sonstigen mit 24% an, also mehr als bei der CSU.

Ähnlich sah die Verteilung bei den Grünen aus, die auch bei den Protestanten überdurchschnittlich und beim Rest mit 16% deutlich überdurchschnittlich abschnitten. Auch die FDP holte bei dieser dritten Gruppe, die weder katholisch noch protestantisch ist, mit 13% einen überdurchschnittlichen Wert. Bei den Freien Wählern zeigten sich nur geringe Abweichungen vom Durchschnitt. Sie holten ihre Stimmen aus allen drei Lagern fast gleichmäßig. Infratest Dimap maß hier lediglich einen leicht überdurchschnittlichen Wert bei den Katholiken und einen mit 8% stärker unterdurchschnittlichen Wert bei den Sonstigen.

### 7.2.5 Zusammenfassung

Das Resultat der Landtagswahl vom 28. September 2008 war in mehrerlei Hinsicht eine Überraschung.<sup>173</sup> Es war jedem Beobachter seit langem klar, dass das Ergebnis von 2003 mit 60,7% für die CSU und einer Zweidrittelmehrheit für sie im Bayerischen Landtag auf keinen Fall wiederholbar war. Dieses Resultat war ein Sonderfall in der Wahlgeschichte Bayerns. Schon die beiden vorherigen Landtagswahlen 1994 und 1998 hatten Werte von 52,8% bzw. 52,9% erbracht, so dass auch im langfristigen Trend und unter Berücksichtigung der allgemeinen Tendenzen im Wahlverhalten für das beginnende 21. Jahrhundert selbst bei günstigen Rahmenbedingungen eher Resultate um die 50% oder knapp darunter erwartbar waren. Das neue Wahlergebnis musste also aller Wahrscheinlichkeit nach ohnehin einen deutlichen prozentualen Rückgang gegenüber 2003 aufweisen. Dass die CSU aber nur auf 43,4% der Stimmen kam, musste auch aufgrund der demoskopischen Daten der Wochen zuvor überraschen. Bei den anderen Parteien war abzusehen, dass die SPD nicht dazugewinnen und FDP wie Freie Wähler in den Landtag einziehen würden. Ein so gutes Resultat für

Schultze, Rainer Olaf unter Mitarbeit von Grasnik, Jan: Die bayerische Landtagswahl vom 28.9.2008: Betriebsunfall oder Ende eines Mythos?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2009, S.34-55.

die FDP, aber vor allem für die Freien Wähler kam dann doch unerwartet. Bei der Linken war angesichts ihrer demoskopischen Werte ein Scheitern eher wahrscheinlich, aber ein Einzug ins Parlament auch nicht ganz auszuschließen.

Auch die strukturelle Analyse zeigt, dass es sich bei diesem Wahlergebnis um einen Einschnitt handelte. So hatte die CSU diesmal an alle anderen Gruppierungen verloren – nur von den Zugezogenen konnten neue Stimmen geholt werden. Dabei waren konjunkturelle Verluste und zugleich Schwächen zu verzeichnen, die schon früher zu erkennen waren. Einerseits ging eine große Zahl ehemaliger CSU-Wähler ins Lager der FDP und Freien Wähler, ein kleiner Teil aber auch an SPD, Grüne und Linke. Gleichzeitig verlor die CSU eine erhebliche Anzahl von Stimmen an die Nichtwähler (dies war bei der letzten Landtagswahl der einzige große Verlustposten gewesen) und eine ebenso hohe Zahl an den Generationenwechsel (der mit Abstand höchste negative Wert der letzten drei Landtagswahlen). Die konjunkturellen Verluste wurden also noch verstärkt durch die zunehmende Alterung der Wählerschaft, die durch einen Absturz bei den jüngeren Wählern nicht mehr annähernd kompensiert werden konnte.

Von den Verlusten der CSU hatten also mehrere Konkurrenten profitiert, sogar die SPD, die ohne die Stimmen aus dem CSU-Lager noch schlechter abgeschnitten hätte. Auch FDP und Nichtwähler wurden durch ehemalige CSU-Stimmen mit in den Landtag gebracht, wobei die Freien Wähler zusätzlich eine nennenswerte Zahl an Nichtwählern und aus dem SPD-Lager mobilisieren konnten. Selbst die Grünen hatten ihr ordentliches Ergebnis zu großen Teilen dem Zuwachs aus dem CSU-Lager zu verdanken, zumal sie auch an andere – vor allem die Linke – abgeben mussten. Die Zeiten des kontinuierlichen Stimmenwachstums scheinen jedenfalls auch für die Grünen vorbei zu sei. Schließlich konnte sogar die Linke einen für sie nicht unerheblichen Stimmenanteil von der CSU holen.

Die strukturelle Problematik wurde beim CSU-Ergebnis auch an anderen Indikatoren deutlich: So war der Wählerstamm der CSU gegenüber den beiden letzten Landtagswahlen deutlich geschrumpft. Auch bei der SPD war dieser allerdings dramatisch zurückgegangen. FDP, Freie Wähler und Grüne hatten zwar einen Anstieg ihres jeweiligen Wählerstammes zu verzeichnen, dieser war aber nicht so groß, als dass die erreichten Werte dieser Parteien als selbstverständlich gelten könnten. Das Wählerverhalten war also offenbar stark in Bewegung geraten. Die Wechselbereitschaft ist auch in Bayern deutlich gestiegen.

Weitere strukturelle Probleme waren augenfällig: In den Berufsgruppen hat die CSU nur noch bei Rentnern und bei Landwirten (dort aber mit dramatischen Verlusten) einen Wert über 50% erreicht. Bei allen ande-

ren Gruppen war sie stark abgesunken, am deutlichsten bei den Beamten, wo sie noch 31% holte. Allerdings waren die Angaben der beiden großen Forschungsinstitute gerade in diesen beiden Bereichen so enorm unterschiedlich, dass eine abschließende Aussage nicht getroffen werden kann. Möglicherweise kam hier das Instrumentarium der Umfrageforschung – selbst bei den großen Fallzahlen der Wahltagsbefragung – an seine Grenzen. Unstrittig sind die Verluste, aber wenn noch nicht einmal über das Ausmaß Einigkeit besteht, wird man über die Gründe erst nach vertiefteren Analysen reden können. Dies galt besonders drastisch für die Aussagen über das Wahlverhalten von Landwirten und Beamten zugunsten der CSU, betraf aber (etwas abgeschwächter) auch andere Daten – nicht nur bei CSU und SPD, sondern auch bei Freien Wählern (dort wiederum vor allem die Landwirte) oder etwa bei den Grünen bezogen auf ihr Abschneiden in einigen Altersgruppen.

Doch unabhängig von den unterschiedlichen Aussagen der Institute waren klare Tendenzen unübersehbar: Die CSU konnte nur noch bei den über 60-Jährigen Werte über 50% holen. Alle anderen Altersgruppen lagen deutlich darunter. Mit Ausnahme der über 60-Jährigen lagen dabei die Werte für die Frauen nochmals klar unter denen der Männer – so kam die CSU bei Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren auf 33% und von 35 bis 44 Jahren auf 34%. In allen Altersgruppen unter 60 Jahren erzielten neben der SPD auch Grüne und Freie Wähler, bei den Männern auch die FDP fast durchgängig zweistellige Werte. Auch andere Indikatoren deuten darauf hin, dass die CSU breit verloren hatte, vor allem auch in den mittleren und unteren Segmenten der Gesellschaft. Zugleich war der Rückgang für die CSU bei den Wählern mit höherer Qualifikation unübersehbar, der ein grundsätzliches strukturelles Problem in diesem Bereich noch verstärkte. Insgesamt konnte die CSU erneut ihre besten Werte bei den niedriger Qualifizierten einfahren, was aber auch mit dem demographischen Faktor zusammenhing, da die überwiegend älteren Wähler über im Schnitt eher niedrigere formale Qualifikationen verfügen.

Die CSU stand also vor dem Problem, dass sie in den gesellschaftlichen Segmenten, die sich quantitativ eher rückläufig entwickeln werden (Menschen mit niedriger formaler Qualifikation), bei allen Verlusten überdurchschnittlich stark vertreten war, während ihre strukturelle Schwäche bei den höher Qualifizierten, die im Laufe der Zeit eher zunehmen werden, größer wurde. Ähnliches galt auch für die konfessionelle Zuordnung: Insbesondere bei den nicht so stark an die katholische oder evangelische Kirche Gebundenen oder bei keiner dieser Kirchen Zugehörigen verlor die CSU überdurchschnittlich stark an Zuspruch. Auch diese Gruppen werden wahrscheinlich quantitativ in den nächsten Jahren eher zunehmen.

Vieles deutete darauf hin, dass bei dieser Wahlentscheidung ein großer Anteil Protestwahl im bürgerlichen Lager eine Rolle spielte. Die Umfragewerte deuteten auch darauf hin, dass sich die Proteststimmung und die Kritik an der Regierungspartei CSU in den Tagen vor der Wahl nochmals verschärfte und die Bereitschaft, der CSU erneut die Stimme zu geben, innerhalb der letzten Tage zurückging. Davon hatten vor allem die FDP und ganz deutlich die Freien Wähler profitiert, die bei der Landtagswahl auf ein Ergebnis kamen, das deutlich über allen Umfragewerten der letzten Monate und Jahre lag.

Insgesamt blieb das bürgerliche Lager in Bayern also klar die stärkste Kraft: CSU und FDP hatten zusammen 51,4%, mit den Freien Wählern sogar 61,6%. Hingegen kamen SPD und Grüne nur auf 28% und bei Hinzurechnung der Linken auf 32,4%. Dies war immer noch weniger, als SPD und Grüne zusammen in den Jahren 1982 bis 1998 bei Landtagswahlen erzielt hatten. Das linke Lager konnte also von der Schwäche der CSU in keiner Weise profitieren.

Dies legte den Schluss nahe, dass die CSU die erlittenen Verluste zu großen Teilen auch wieder wettmachen kann. Die verlorenen Stimmen waren größtenteils bei den Nichtwählern und im bürgerlichen Lager geblieben. Das hat aber zur Voraussetzung, dass neben konjunkturellen Faktoren auch grundsätzliche Defizite angegangen werden müssten wie die Überalterung der Wählerschaft, das sich verstärkende Defizit bei Frauen jüngeren und mittleren Alters oder Rückgänge bei bestimmten Berufsgruppen und generell den Generationen in der Mitte des Arbeitslebens. Auch bei künftigen Wahlen können die Ausschläge groß sein, aber Wahlergebnisse von bis zu 50% oder auch darüber sind nach wie vor für die CSU erreichbar.

## 8. Die Landtagswahlen in Hessen vom 18. Januar 2009: das bürgerliche Lager auf dem Vormarsch?

### 8.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

Die Wahl zum hessischen Landtag am 18. Januar 2009<sup>174</sup> hatte ihre eigene Logik, weil es sich um eine vorgezogene Wahl handelte, die deswegen zustande kam, da die SPD unter der Führung ihrer früheren Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti keine Regierung gegen die Union bilden konnte. Entgegen anderslautender Bekundungen vor der letzten Landtagswahl vom 27. Januar 2008 wollte sie eine von der Linken tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung installieren, was letztlich am Widerstand aus den eigenen Reihen und einer breiten, zumeist sehr kritischen Debatte in der Öffentlichkeit scheiterte. Der Vorwurf des "Wortbruchs" an Frau Ypsilanti und führende Kräfte in der hessischen SPD dominierte den Wahlkampf und sorgte schon in den Monaten zuvor für wachsende Zustimmung für Union und FDP und deutlich schwächere Werte für die SPD. Insofern war nach dem Beschluss zur Auflösung des Landtages und für Neuwahlen eine Wiederwahl Roland Kochs an der Spitze einer CDU-FDP-Koalition immer mehr zur wahrscheinlichsten Perspektive geworden.

Anders als bei der letzten Wahl wurde die CDU wieder klar die stärkste Partei. Sie erhielt 963.763 Zweitstimmen ("Landesstimmen"). Das waren zwar 46.012 Stimmen weniger als 2008, aber entsprach auch einem Anteil von 37,2% und damit 0,4% mehr als im letzten Jahr. Bei den Erststimmen konnte sie ihren Anteil sogar von 39,1% auf 42,0% steigern und einen Zugewinn von 14.816 Stimmen auf insgesamt 1.083.174 verzeichnen.

Wie zu erwarten verlor die SPD dramatisch: Sie holte nur noch 614.648 Zweitstimmen und verlor 391.616 Stimmen; ihr Anteil sank von 36,7% auf 23,7%. Die SPD verlor damit etwa zwei Fünftel ihrer Wähler von 2008. Bei den Erststimmen war der Verlust (-279.983 auf noch 767.068 Stimmen, Rückgang von 38,4% auf 29,7%) nicht ganz so stark.

Größter Gewinner in absoluten Zahlen ist die FDP, die 161.876 Zweitstimmen gewann und auf 420.426 Zweitstimmen kam – ein Gewinn von 9,4% auf 16,2%. Auch bei den Erststimmen legte sie um 108.751 auf nunmehr 304.755 Erststimmen zu, ein Anstieg um 4,6% auf 11,8%.

<sup>&</sup>lt;sup>174</sup> Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Hessen 18.1.2009, Berlin, Februar 2009; Bericht der Forschungsgruppe Wahlen Nr.133, Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 18.1.2009.

Wie bei der FDP lagen auch bei den Grünen die Werte für die Erststimmen niedriger als bei den Zweitstimmen – da macht sich bei den kleinen Parteien das Stimmensplitting traditionell bemerkbar. Die Grünen legten 149.430 Zweitstimmen auf nunmehr 356.040 Zweitstimmen zu – ein Anstieg um 7,5% auf 13,7%. Bei den Erststimmen war der Anstieg schwächer: 68.242 zusätzliche Stimmen auf jetzt 274.492 Erststimmen – ein Gewinn von 3,0% auf 10,6%.

Die Linke büßte zwar 1.695 Stimmen auf nunmehr 139.074 Zweitstimmen ein, dies bedeutete aber einen Zuwachs von 0,3% auf 5,4% und damit den Einzug in den Landtag. Bei den Erststimmen gewann sie sogar 10.325 Stimmen auf jetzt 117.300 Stimmen hinzu, was aber nur einem Zuwachs von 4,5% entsprach.

Für die anderen Parteien verlief die Wahl eher enttäuschend: Die Republikaner verloren 12.060 Zweitstimmen und kamen mit ihren 15.664 nur noch auf 0,6%. Die NPD verlor 1.832 Zweitstimmen und kam noch auf 22.172 – das war ein Anteil von 0,9%. Die Freien Wähler konnten zwar 17.826 Zweitstimmen gewinnen und insgesamt 42.153 Zweitstimmen holen, kamen damit aber nur auf 1,6% und überschritten so im Gegensatz zu den anderen Kleinparteien die Hürde der Wahlkampfkostenerstattung. Auffällig war, dass die Freien Wähler bei den Erststimmen 32.215 Stimmen verloren und nur noch 3.997 Erststimmen holten (das entsprach 0,2%). Selbst bei Republikanern und NPD war die Differenz zwischen Erstund Zweitstimmen deutlich geringer.

Von den restlichen Listen fiel nur noch die der "Piraten" auf, die keine Erststimmenkandidaten stellten. Diese gewannen 6.834 Zweitstimmen hinzu und kamen so auf 13.796 Zweitstimmen – immerhin 0,5%. Alle anderen Gruppierungen und Einzelkandidaten blieben weit unter diesem Wert.

Die Wahlbeteiligung erreichte mit 61,0% den niedrigsten Wert aller Landtagswahlen in Hessen.

In den neuen hessischen Landtag zogen aufgrund von Überhangs- und Ausgleichsmandaten erstmals statt 110 nunmehr 118 Abgeordnete ein. Die CDU erhielt 46 Sitze und konnte mit der FDP (20 Sitze) eine klare Regierungsmehrheit bilden. Die SPD erzielte 29 Mandate, die Grünen 17 und die Linken 6. Angesichts der klaren Mehrheit für Union und FDP, die ihre Regierungsbereitschaft vor der Wahl angekündigt hatten, erübrigte sich jede weitere Koalitionsarithmetik.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP zusammen hatte bei dieser Wahl einen Wert von 53,4% erreicht. Das war zwar weniger als der Spitzenwert von 2003 (56,7%), aber klar mehr als bei der letzten Wahl 2008 (46,2%)

und auch deutlich mehr als bei jeder anderen Landtagswahl seit 1982. Umgekehrt erzielte Rot-Grün den schlechtesten Wert seit 1982 (37,4%). Mit Ausnahme der letzten Landtagswahl gingen die Werte für Rot-Grün seit 1982 kontinuierlich zurück. Auch ein rot-rot-grünes Lager käme nur auf 42,8%.

Der Zeitpunkt der Wahlentscheidung lag laut Forschungsgruppe Wahlen etwas früher als bei der letzten Landtagswahl: Für 72% stand er schon länger fest, 20% hätten sich in den letzten Wochen und nur 7% unmittelbar vor der Wahl entschieden – das waren zwischen 2 und 4 Prozentpunkten weniger als 2008. Laut Infratest Dimap konnten 52% als Frühentscheider und 28% als Spätentscheider (Wahltag und die Tage davor) definiert werden, wobei sich unter den CDU-Wählern mit 65% besonders viele Frühentscheider fanden, während der Anteil der Spätentscheider bei FDP und Grünen, aber auch bei SPD über dem Durchschnitt lag. Dies sprach dafür, dass die kurzfristige Mobilisierung der Wähler in den letzten Tagen vor der Wahl der CDU weniger zugutekam als anderen Parteien.

### 8.2 Bewertungen und Einzelaspekte

### 8.2.1 Einordnung im Vergleich

Das Ergebnis der CDU lag nur 0,4 Prozentpunkte über dem Resultat von 2008, das das schwächste seit 1966 gewesen war. Insofern ragte dieser Wert trotz der klaren Mehrheit für Union und FDP nicht über einen niedrigen Durchschnittswert für Landtagswahlen heraus. Bei der Kommunalwahl 2006 hatte die Union nur etwas besser abgeschnitten. Bei der Bundestagswahl 2005 war die CDU allerdings mit 33,7% deutlich schlechter gelegen.

Die SPD hat mit ihrem Ergebnis von 23,7% den mit Abstand schlechtesten Wert überhaupt bei Landtagswahlen in Hessen erzielt. Bis 1991 lagen ihre Resultate stets über 40% und zwei Mal sogar über 50%. Ein sozialdemokratisches Stammland war Hessen also schon lange nicht mehr. Ihr Resultat lag auch noch unter dem schlechten Wert der letzten Europawahl und weit unter dem der letzten Kommunal- wie auch Bundestagswahl.

FDP und Grüne erzielten dagegen Spitzenwerte: Die 16,2% der FDP waren der beste Wert seit 1954 und die Grünen holten mit 13,7% den besten Wert bei Landtagswahlen überhaupt. Die FDP hatte bisher lediglich bei den Bundestagswahlen 2005 mit 11,7% ein zweistelliges Resultat holen können. Die Grünen hingegen hatten bereits bei der letzten Bundestagsund der vorletzten Landtagswahl ein zweistelliges Resultat einfahren können. Bei der letzten Europawahl hatten sie sogar 15,0% geholt.

Die Linken konnten nur prozentual einen minimalen Zugewinn verzeichnen, durch ihren Verlust an Zweitstimmen konnte man ihr Abschneiden nur als Stagnation werten. Auch bei der Bundestagswahl 2005 waren sie in Hessen bereits auf 5,3% gekommen.

Die Republikaner hatten ihr schlechtestes Resultat seit ihrem ersten Antreten 1991 eingefahren. Die sonstigen Parteien kamen insgesamt über einen Wert von 3,2% nicht hinaus.

### 8.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen

Die CDU musste bei dieser Wahl laut Infratest Dimap netto 93.000 Stimmen an die FDP abgeben – mit Abstand der größte Verlust. Kaum ins Gewicht fielen 3.000 Stimmen an die Grünen, aber der Generationenwechsel war (wie fast immer bei den Volksparteien in den letzten Jahren) mit 9.000 im negativen Bereich. Allerdings konnte die CDU einen deutlichen Nettogewinn von 36.000 Stimmen von der SPD verzeichnen sowie 6.000 von anderen Parteien und 9.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen sowie 10.000 aus dem Bereich der Nichtwähler.

Die SPD hatte hingegen in fast alle Richtungen verloren: Sie gab an die Grünen 122.000 Stimmen ab, an die CDU 36.000 und an die FDP 31.000. Die Verluste an die Linke fielen diesmal mit 8.000 vergleichsweise gering aus, aber auch der SPD gingen 6.000 Stimmen an den Generationenwechsel verloren. Ein riesiger Verlustposten war mit 192.000 der Abgang an die Nichtwähler. Minimale Zugewinne gab es mit 3.000 aus dem Bereich der anderen Parteien sowie mit 2.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen, was angesichts der Größenordnungen praktisch zu vernachlässigen war.

Bei der FDP ermittelte Infratest Dimap einen enormen Zugewinn von 93.000 Stimmen von der CDU. Aber auch von der SPD kamen 31.000 Stimmen, 30.000 von Nichtwählern und 8.000 von anderen Parteien. Sogar aus dem Generationenwechsel sowie dem Saldo aus Zu- und Fortzügen erhielt sie noch jeweils 1.000 Stimmen, während die FDP lediglich 1.000 Stimmen an die Grünen abgeben musste.

Bei den Grünen sah das Wählerstromkonto durchweg positiv aus: Der Löwenanteil der Gewinne kam mit 122.000 Stimmen von der SPD. Die anderen Zuwächse fielen aber deutlich geringer aus: 10.000 Stimmen kamen von anderen Parteien, 3.000 von der CDU, jeweils 1.000 von FDP und Linken, 3.000 von Nichtwählern und jeweils 5.000 aus dem Generationenwechsel und dem Saldo von Erstwählern und Verstorbenen.

Bei der Linken gab es relativ wenig Bewegung. Den größten Gewinn mit 8.000 Stimmen erhielt sie von der SPD sowie mit 4.000 Stimmen von anderen Parteien. Auch der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war mit 2.000 positiv. Daneben verlor die Linke aber 16.000 Stimmen an die Nichtwähler, 1.000 an die Grünen sowie 1.000 an den Generationenwechsel.

### 8.2.3 Prognosen und Wirklichkeit

Auch diese Landtagswahl hatte wieder gezeigt, dass die veröffentlichten Prognosen in den Wochen vor dem Wahltermin nicht alle Parteien gleich genau erfassen und vor allem auch die beiden Volksparteien nicht gleichermaßen realistisch einschätzen. So lag die CDU in allen veröffentlichten Umfragen seit November 2008 bei Werten zwischen 41% und 43% und die beiden letzten Umfragen gaben jeweils 41% an. Dadurch wurden sicher Hoffnungen geweckt, die auf ein höheres Resultat als das Wahlergebnis von 37,2% hindeuteten. Die Umfragewerte für die CDU lagen insgesamt am deutlichsten neben dem tatsächlichen Resultat.

Die SPD lag hingegen zumeist zwischen 23% und 25%, zuletzt bei 25% bzw. 24% und damit nur geringfügig über ihrem Resultat von 23,7%. Dies galt auch für die Grünen, denen in den letzten vier Umfragen 13% prognostiziert wurden und die 13,7% erhielten.

Die FDP lag in den meisten Umfragen der letzten Monate bei 13%, in der zuletzt veröffentlichten bei 15%. Insofern lag ihr Ergebnis von 16,2% noch klar darüber. Das könnte darauf hindeuten, dass sich kurzfristig mehr Wähler innerhalb des bürgerlichen Lagers hin zur FDP orientiert haben.

Die Linken lagen in den meisten Umfragen der letzten Wochen bei 5%, in der zuletzt veröffentlichten bei 4%. Wie auch bei der letzten Landtagswahl lag ihr Resultat letztlich so knapp über der 5%-Hürde, dass dies demoskopisch nicht vorhergesagt werden konnte.

## 8.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Betrachtet man das Wahlverhalten in den Altersgruppen, dann fiel bei der CDU auf, dass (laut Infratest Dimap) die Wähler über 60 Jahren mit 45,7% weit überdurchschnittlich vertreten waren. Zugleich war diese Altersgruppe aber die einzige, bei der die CDU deutlich verloren hatte. In allen anderen hatte sie gewonnen. Dies bestätigt die Tendenz in anderen Wahlen, dass die Union zwar nach wie vor bei Senioren überdurchschnittlich vertreten ist, aber auch dort mit einem Rückgang des Wählerpotenzials rech-

nen muss. Dabei war der Verlust bei den Frauen über 60 deutlich stärker als bei den Männern. Insgesamt waren die Frauen wiederum schwächer vertreten als die Männer, aber immerhin mit einem starken Zuwachs der Frauen unter 30 und einem schwachen Zuwachs der Frauen bis 44 Jahren. Insgesamt haben die Männer aber zugelegt, vor allem die mittleren Jahrgänge. Im Gesamtbild blieb aber festzuhalten (das zeigten die Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen genauso), dass alle Altersgruppen unter 60 Jahren stark unterdurchschnittlich am Wahlergebnis der CDU Anteil hatten – bei den Frauen noch um bis zu drei Prozentpunkte mehr als bei den Männern

Die SPD hatte bei allen Altersgruppen unter 60 Jahren noch dramatischere Verluste als im Durchschnitt. Bei den über 60-Jährigen waren die Rückgänge deutlich geringer, am geringsten bei den Frauen in dieser Kategorie, die auch insgesamt die stärkste Wählergruppe für die SPD war. Allerdings hatte sich ihre Wählerschaft bei den Frauen unter 44 Jahren fast halbiert.

Die FDP verzeichnete Zugewinne bei allen Altersgruppen, bei unter 44-Jährigen etwas stärker. Insgesamt waren bei den Liberalen die Männer etwas stärker vertreten als die Frauen, am deutlichsten die zwischen 30 und 44 Jahren. Dies wurde von der Forschungsgruppe Wahlen ähnlich gesehen.

Auch die Grünen verzeichneten Zugewinne in allen Jahrgängen, aber deutlich weniger bei den über 60-Jährigen. Bei ihren Wählern waren insgesamt weitaus mehr Frauen als Männer: Bei allen Frauen unter 59 Jahren lagen die Grünen über 20%. Damit erreichten sie fast die Werte der SPD und bei den Frauen zwischen 30 und 44 haben sie diese (nach den Daten beider Institute) sogar überschritten.

Die Linke holte wiederum klar bessere Werte bei Männern als bei Frauen. Allerdings hatte sie bei den Männern mit Ausnahme der 30- bis 44-Jährigen deutlich verloren, während sie bei den Frauen insgesamt zulegen konnte. Ihre stärksten Altersgruppen bei Männern wie Frauen waren die Altersklassen zwischen 45 und 59 Jahren.

Was die formale Bildung anging, so behielt die CDU ihre Schwerpunkte bei den Absolventen von Haupt- und Realschule sowie den Wählern ohne Abschluss, wo sie jeweils Resultate deutlich über dem Durchschnitt erzielte. Allerdings hatte sie bei Volks- und Realschulabsolventen leichte Verluste, bei Abiturienten oder Akademikern waren dagegen Gewinne zu verzeichnen. Im Gesamtbild war die CDU (auch laut Forschungsgruppe Wahlen) bei den Hauptschulabsolventen deutlich und den Realschulabsolventen etwas über, bei den anderen Gruppen unter dem Durchschnitt vertreten – besonders schwach unter den Hochschulabsolventen.

Die SPD hatte Verluste in allen Bildungsgruppen, bei den Volksschulabsolventen aber weit unter dem Durchschnitt. Insgesamt nahmen die Verluste mit wachsender formaler Qualifikation zu. Von der Struktur her war die Wählerschaft der SPD nach Bildungskriterien ähnlich verteilt wie die der CDU.

Die FDP hatte ihre höchsten Anteile bei den Absolventen von Universitäten und Fachhochschulen. Dort lag sie (wie auch die Grünen) sogar deutlich vor der SPD. Sehr starke Zuwächse hatte sie aber auch bei den Hauptschulabsolventen, wo sie (wie auch bei den Realschulabsolventen) nur leicht unter ihrem Durchschnittswert landete.

Bei den Grünen war diese Verteilung deutlich ungleicher: Bei den Akademikern holten sie mit 25,1% und einem Gewinn von 10,9% einen weit überdurchschnittlichen Wert. Mit sinkenden Abschlüssen ging die Stimmenzahl rapide nach unten auf nur 5,6% bei Hauptschulabsolventen, wo sie allerdings ebenfalls zulegen konnten. Auch hier waren die Werte der Forschungsgruppe Wahlen fast identisch.

Die Linke hatte bei den Hauptschulabsolventen deutlich verloren und mit 3,9% einen unterdurchschnittlichen Wert erzielt. In den anderen Bildungsgruppen konnte sie zulegen – am deutlichsten bei denen ohne Abschluss mit einem Gewinn von 5,7% auf 14,9%.

In den Berufsgruppen konnte die CDU laut Infratest Dimap in den meisten Bereichen zulegen – am deutlichsten bei den Landwirten mit einem Gewinn von 25,2% auf 75,1%. Bei Arbeitern, Beamten und Selbständigen gab es Gewinne und bei Angestellten leichte Verluste. Dennoch blieben die Beamten deutlich unter dem Durchschnitt, bei Arbeitern und Angestellten war die CDU etwa im Durchschnitt, bei Selbständigen leicht und bei Landwirten deutlich darüber. Bei den Rentnern blieb die Union trotz Verlusten über dem Durchschnitt, bei den Arbeitslosen und in Ausbildung Befindlichen deutlich darunter. Auch hierbei waren sich die beiden Institute einig.

Die SPD verlor durch alle Berufsgruppen, am wenigsten bei Rentnern, Arbeitslosen und Arbeitern. Bei diesen Gruppen sowie den in Ausbildung Befindlichen blieb sie auch über dem Durchschnitt ihrer Werte. Bei Landwirten schnitt sie traditionell sehr schwach ab, aber auch bei den Selbständigen blieb sie hinter CDU, FDP oder Grünen.

Die FDP verlor lediglich bei den Landwirten leicht und blieb dort auch klar unter ihrem Durchschnittswert. Ihre stärksten Gewinne hatte sie bei Selbständigen und Angestellten, wo sie deutlich über dem Durchschnitt abschnitt. Bei Arbeitern und Arbeitslosen blieb sie trotz Zugewinnen deutlich unter dem Durchschnitt.

Die Grünen gewannen am meisten bei Beamten, Arbeitslosen und in Ausbildung Befindlichen, wo sie jeweils auch deutlich über ihrem Durchschnittswert abschnitten. Bei Landwirten, wo sie kaum Resonanz hatten, verloren sie erneut. Auch bei Rentnern und Arbeitern waren ihre Gewinne bescheidener. Dort blieben sie jeweils unter dem Durchschnittswert.

Die Linke erzielte nennenswerte Gewinne nur bei Arbeitern und in Ausbildung Befindlichen. Über dem Durchschnitt waren ihre Werte aber insgesamt bei Arbeitern und vor allem bei Arbeitslosen.

Was die Konfession betraf, so ergaben sich insgesamt keine großen Verschiebungen. Laut Infratest Dimap gewann die CDU etwas bei den Evangelischen, verlor aber leicht bei Katholiken sowie den Restlichen ohne bzw. mit anderer Konfession. Die SPD hatte in der letzten Gruppe mehr verloren als bei Katholiken oder Protestanten. So wie die CDU nach wie vor stärker bei den Katholiken verankert blieb, behielt die SPD ihre überproportionale Verankerung bei den Protestanten. Die FDP war stärker bei den Wählern ohne bzw. mit anderer Konfession vertreten und erzielte dort ihre stärksten Gewinne. Das galt auch für die Grünen, wenn auch noch deutlicher. Auch die Linke hatte ihre stärksten Werte wie Zugewinne in dieser Gruppe erzielt.

### 8.2.5 Zusammenfassung

Nachdem das bürgerliche Lager 2008 in Hessen eine regierungsbildende Mehrheit verpasst hatte, wurde ein Jahr danach eine Koalition aus CDU und FDP möglich. Die Unfähigkeit der SPD, nach der letzten Wahl eine Koalition zu bilden, brachte nun die CDU unter Roland Koch wieder in eine Regierung mit den Liberalen, die über eine bequeme Mehrheit im Landtag verfügte.

Einige Indikatoren deuten darauf hin, dass diese Wahl in der Tat nicht nur in Hessen die politischen Verhältnisse geklärt hatte, sondern auch eine Auswirkung der verbesserten Ausgangsposition für eine bürgerliche Mehrheit im Bund war. Die politische Großwetterlage wirkte sich für die Union dabei vor allem durch einen positiven stimmungsmäßigen Einfluss der Bundesebene aus, auch wenn 65% der Wähler angeben, die Politik in Hessen sei für sie wahlentscheidend gewesen. So wurde die hessische CDU auf einer Skala von +5 bis -5 laut Forschungsgruppe Wahlen insgesamt nur mit +0,7 bewertet. Das war zwar besser als bei der letzten Wahl mit +0,4, aber immer noch deutlich hinter der Bewertung der Bundes-CDU mit +1,5 (zuletzt +1,1). Die SPD hingegen wurde mit -0,5 deutlich schlechter als die Bundes-SPD (+0,9) oder im Jahr zuvor (+0,8) bewertet. Auch die hessische FDP hatte wohl vom Ansehensverlust der SPD mehr profitiert als die CDU (+0,7 nach zuletzt +0,2).

Beim allgemeinen Parteienprofil wurde laut den Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen ebenfalls deutlich, dass die CDU nur bedingt von den internen Problemen der SPD profitieren konnte. Bei der Frage, wie fortschrittlich die Partei sei, erhielt die CDU nur 29% der Nennungen – also weniger als der Stimmenanteil. Die SPD kam gar nur auf 16%, während FDP und Grüne jeweils auf 17% kamen. Bei der Frage nach der Glaubwürdigkeit kam die SPD wenig überraschend nur auf 9%, die CDU aber auch nur auf 26%, FDP auf 14% und Grüne auf 16%. Nur das Attribut "sozial" wurde mit 41% überproportional der SPD und mit 19% der CDU, 8% der FDP und 7% den Grünen zugebilligt. Diese Zahlen sprachen also nicht gerade für eine enthusiastische Zustimmung für den Wahlsieger CDU.

Dies ließ sich auch am Spitzenpersonal ablesen: Zwar wurde die frühere SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti mit einem Rekord-Negativwert von -2,5 beurteilt, aber Ministerpräsident Roland Koch kam bei allen Wählern nur auf einen Wert von 0,0 (2,7 bei den eigenen Anhängern, 0,8 bei denen der FDP). Sein Gegenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel (der vor der Wahl nur 59% der Wähler bekannt war) kam immerhin auf +0,4%. Im direkten Vergleich beider Kandidaten plädierten 41% für Roland Koch und 37% für Schäfer-Gümbel. Auch bei den Attributen bürgernah, glaubwürdig und sympathisch blieb Koch hinter seinem Herausforderer zurück.

Auch bei den Parteikompetenzen ergab sich ein gemischtes Bild. Laut Forschungsgruppe Wahlen blieb die CDU beim wichtigsten politischen Thema (Schule und Bildung) erneut deutlich hinter der SPD zurück (23% zu 36%). Bei den Themen Arbeitsplätze und Wirtschaft lag sie allerdings mit 41% gegen 17% und 41% gegen 14% klar vor der SPD. Auch bei den Themenkomplexen Finanzkrise und Zukunft lag die CDU deutlich vorn. Bei den Themen Familie sowie soziale Gerechtigkeit lag wiederum die SPD vor der Union. Bei der generellen Frage, welche Partei die künftigen Probleme des Landes am besten lösen könne, lag aber die CDU mit 37% klar vor der SPD mit 19%. Das war für die Union eine deutliche Verbesserung gegenüber der letzten Wahl 2008.

Laut Infratest Dimap war der Bereich Bildung, Schule und Ausbildung für die Wähler das wichtigste Politikfeld, dessen Bedeutung sogar noch von 52% auf 59% zugelegt hatte. Die Faktoren Arbeit zusammen mit der wirtschaftlichen Situation und Wirtschaftskrise waren ebenfalls für 59% wichtig. Im Einzelnen legte der Bereich Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt um einen Punkt auf 34% zu, der Bereich wirtschaftliche Situation/Wirtschaftskrise/Finanzkrise sogar um 19 Punkte auf 30%. Alle anderen Felder wie Flughafenausbau, soziale Ungerechtigkeit (allerdings bei einem Anstieg um 2 Punkte), Familie und Verkehr blieben im einstelligen Bereich. Damit war offensichtlich, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedin-

gungen einen beachtlichen Einfluss auf das Wahlgeschehen hatten. In genau diesen Feldern bescheinigten auch die Daten von Infratest Dimap der CDU einen klaren Kompetenzvorsprung: So war die Union deutlich vor der SPD in den Bereichen Kriminalität und Verbrechensbekämpfung (55% zu 23%), die Wirtschaft voranbringen (52% zu 22%), Arbeitsplätze sichern und neue schaffen (47% zu 26%) sowie Haushalts- und Finanzpolitik (40% zu 27%) und Steuerpolitik (33% zu 27%). In den Bereichen Wirtschaft, Haushalt und Steuer kam auch die FDP jeweils zu guten zweistelligen Kompetenzwerten. Hingegen lag die CDU deutlich hinter der SPD in den Bereichen soziale Gerechtigkeit (23% zu 43%), Familienpolitik und Kinderbetreuung (29% zu 40%) und Schul- und Bildungspolitik (29% zu 39%). In den Bereichen Umwelt- und Klimapolitik sowie Energiepolitik hatten die Grünen mit 57% und 37% jeweils mit Abstand die besten Kompetenzwerte. Insgesamt erhielt die CDU mit 41% die höchsten Werte bei der allgemeinen Vermutung, die Zukunftsprobleme des Landes am besten lösen zu können. Aber insgesamt ergaben die Kompetenzwerte für die Union ein keineswegs einheitlich positives Bild.

Die positivsten Aussagen zur CDU bezogen sich ebenfalls auf den wirtschaftspolitischen Bereich: Laut Infratest Dimap bescheinigten 60% der Wähler der CDU, sie stehe in schwierigen Zeiten für Stabilität, 56% meinten, die CDU hätte gut auf die Wirtschaftskrise reagiert und 53% gaben an, sie verstehe am meisten von Wirtschaft. Umgekehrt sagten 60%, die Interessen der Arbeitnehmer würden bei ihr nicht ausreichend berücksichtigt, und 54%, sie hätte in Hessen nicht gehalten, was sie versprochen habe. Diese Werte waren insgesamt etwas günstiger für die CDU als 2008. Noch deutlicher verbessert hatten sich im bürgerlichen Lager allerdings die Aussagen zur FDP: 57% meinten, es wäre gut, wenn die FDP an der Regierung beteiligt würde, und 52% sagten, sie sei eine gute Alternative für alle, die sich über die CDU geärgert hätten. 51% gaben an, die FDP solle in Deutschland künftig eine größere Rolle spielen, und 47% sagten, die FDP sei die einzige Partei, die klar für die Marktwirtschaft eintrete.

Dieses Bild spiegelte sich auch in den Motiven zur Wahlentscheidung wieder: So sagten bei den CDU-Anhängern 69%, sie hätten die Partei aus Überzeugung gewählt, und lediglich 29% aus Enttäuschung über andere Parteien. Bei den FDP-Wählern hatten aber nur 42% die Partei aus Überzeugung gewählt, jedoch 56% aus Enttäuschung über andere. Ähnlich sah es bei SPD sowie Grünen aus. Und bei den Linken gaben sogar nur 23% an, sie hätten die Partei aus Überzeugung gewählt, aber 75% sagten, dies geschah aus Enttäuschung über andere.

Wahlsoziologisch gesehen bedeutete das Ergebnis weitgehend die Bestätigung bekannter Muster des Wahlverhaltens in Deutschland. Dies wurde auch – unabhängig von der Sondersituation der hessischen SPD – erneut

durch den Befund unterstrichen, dass die großen Parteien Probleme in der Mobilisierung bestimmter Teile der Wählerschaft haben, die sie in der Regel daran hindern, zusätzliches Wählerpotenzial an sich zu ziehen. Der dramatische Niedergang der Zustimmung zur SPD hatte in Hessen zwar zur erwarteten Regierungsmehrheit geführt, aber nicht zu einer breiten zusätzlichen Mobilisierung zugunsten der CDU. Stattdessen waren die Liberalen die Profiteure dieser Entwicklung, die sich ebenso über enorme Zugewinne freuen konnten wie die Grünen. Auch hier haben sich die Lager nicht stark verschoben, allerdings hat die Schwäche der SPD im linken Lager insgesamt für rückläufige Werte gesorgt, wenn man die Ergebnisse für SPD und Grüne addiert – selbst unter Einbeziehung der Linken wäre die Situation nicht besser. Sieht man dieses Ergebnis vor dem Hintergrund des bayerischen Landtagswahlresultats, aber auch der allgemeinen demoskopischen Situation dieser Monate, so sprach durchaus einiges dafür, dass sich die Ausgangsbedingungen für Mehrheiten von Union und Liberalen in Bund und Ländern verbessert hatten.

## 9. Die Europawahlen vom 7. Juni 2009: Stärkebeweis für das bürgerliche Lager?

### 9.1 Wahlergebnisse und bundespolitische Dimension

Die Union blieb bei dieser Europawahl<sup>175</sup> klar stärkste Partei in Deutschland. Sie holte 9.968.153 Stimmen und erzielte damit 37,9%. Dies entsprach einem Verlust von 6,7 Prozentpunkten und 1.508.744 Stimmen. Damit blieb sie aber deutlich vor der nächststärksten Partei: Die SPD verlor erneut 0,7% und 75.405 Stimmen und kam nur noch auf 5.472.566 Stimmen oder 20,8%. Mit diesem Erfolg trugen CDU und CSU dazu bei, dass die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament wieder zur stärksten Formation wurde. Sie entsandten 42 von 99 deutschen Abgeordneten, davon 8 von der CSU.

In den alten Bundesländern lag die Union mit 39,9% noch deutlicher vor der SPD mit 21,9%. Die Grünen erhielten im Westen 12,9%, die FDP 11,6% und die Linke 3,9% sowie die Sonstigen 9,9%. Deutlich über dem Durchschnitt lag bei der Union die CSU mit 48,1%. Die CDU holte in Baden-Württemberg 38,7%, in Rheinland-Pfalz 39,9% und im Saarland 35,9% – jeweils bei gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen. Auch in Niedersachsen (39,2%) und in Nordrhein-Westfalen (38,0%) erreichte die CDU gute Ergebnisse. Die geringsten Verluste fielen für die Union in Bremen und Hessen an. Die SPD erzielte ihre besten Ergebnisse in Bremen, Niedersachsen und im Saarland. Sie konnte nur in Hamburg minimal dazugewinnen (+0,1%), musste aber in allen anderen Ländern Stimmen abgeben. Die Grünen lagen in Bremen und Hamburg deutlich, in Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein erkennbar über dem Durchschnitt. Die FDP hatte überdurchschnittliche Werte in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Die Linke lag vor allem im Saarland mit 12% weit über dem Durchschnitt, in Bremen und Hamburg lag sie etwas darüber.

In den neuen Bundesländern blieb die CDU mit 30,1% ebenfalls stärkste Partei gefolgt von der Linken mit 21,4%. Die SPD wurde mit 16,3% drittstärkste Partei gefolgt von den Grünen mit 9,1% und der FDP mit 8,6%. Die sonstigen Parteien erhielten 14,4%. Die CDU lag in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (bei jeweils gleichzeitigen Kommunalwahlen) über dem ostdeutschen Durchschnittswert. Allerdings lagen in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern auch die Verluste über dem

<sup>&</sup>lt;sup>175</sup> Infratest Dimap Wahlreport: Wahl zum Europäischen Parlament 7.6.2009, Berlin, Juli 2009; Bericht der Forschungsgruppe Wahlen Nr.134, Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 7.6.2009, Mannheim, Juni 2009.

Durchschnitt. Die SPD lag nur in Sachsen und Thüringen unter ihrem Durchschnittswert und konnte in Brandenburg als einzigem Land in Deutschland stärker als die CDU aus der Wahl hervorgehen. Die Grünen erzielten in Berlin mit 23,6% ein Ergebnis weit über ihrem Durchschnitt und blieben nur knapp hinter der CDU. Die Linke blieb in Berlin und (knapp) auch in Sachsen unter ihren Durchschnittswerten, konnte aber in Brandenburg mit 26% stärkste Partei werden. Zulegen konnte sie aber nur in Mecklenburg-Vorpommern und leicht in Berlin. Die FDP konnte generell dazugewinnen – am meisten in Thüringen und Sachsen, wo sie auch ihren höchsten Wert erzielte.

Die CSU holte allein in Bayern 1.896.762 Stimmen oder 7,2%. Dies war ein Verlust von 167.123 Stimmen oder 0,8 Prozentpunkte, war aber deutlich ausreichend, um über die 5%-Marke zu kommen und wieder ins Europaparlament einzuziehen. Auf Bayern bezogen entsprach dies 48,1%. Die SPD in Bayern kam nur auf 12,9%, die Grünen auf 11,5%. Die FDP holte in Bayern 9,0%, die Freien Wähler 6,7%. Werte über 1% erreichten nur noch die Linke mit 2,3% sowie die ÖDP mit 2,1%.

Die Grünen holten bundesweit 12,1% und 3.194.509 Stimmen und damit 0,2 Prozentpunkte (oder 114.781 Stimmen) mehr als 2004. Den stärksten Zuwachs verzeichnete die FDP, die auf 11,0% (2.888.084 Stimmen) kam und 4,9 Prozentpunkte oder 1.322.653 Stimmen dazugewinnen konnte. Die Linke erhielt 7,5% (1.969.239 Stimmen), was einem Zuwachs von 1,4 Prozentpunkten oder 390.130 Stimmen entsprach.

Die restlichen Stimmen verteilten sich auf zahlreiche Listen, von denen nur vier über 1% holen konnten: Die Freien Wähler mit 1,7% (442.579 Stimmen), die REP mit 1,3% (347.887 Stimmen), die Tierschutzpartei mit 1,1% (289.694 Stimmen) und die Partei FAMILIE mit 1,0% (252.121 Stimmen).

Die Wahlbeteiligung war leicht auf 43,0% (plus 0,3 Punkte) gestiegen und hatte sich damit auf niedrigem Niveau stabilisiert. In den alten Bundesländern lag sie bei 43,7%, in den neuen bei 41,7%. In Bayern war die Wahlbeteiligung deutlicher auf 42,4% (plus 2,7 Punkte) gestiegen und blieb somit knapper hinter dem Bundesdurchschnitt als bei anderen Europawahlen.

Das bürgerliche Lager blieb rechnerisch auch bei dieser Wahl deutlich vorn. Union und FDP zusammen erzielten 48,9%. Das war zwar etwas weniger als bei den beiden letzten Europawahlen, aber deutlich mehr als Rot-Grün (32,9%) oder Rot-Rot-Grün (40,4%).

Der Zeitpunkt der Wahlentscheidung lag bei dieser Europawahl noch näher am Wahltermin als bei vergleichbaren Wahlen. Laut Infratest Dimap

hatten sich 43% erst am Wahltag oder die Tage zuvor entschieden. Bei der letzten Bundestagswahl waren dies noch 29% gewesen. Bei den FDP-Wählern war dieser Anteil mit 47% besonders hoch, aber auch bei Union (40%), SPD (40%) und Grünen (42%). Lediglich bei den Wählern der Linken lag er mit 36% niedriger.

## 9.2 Bewertungen und Einzelaspekte

## 9.2.1 Einordnung im Vergleich

Das Ergebnis der Union insgesamt war zwar 6,7 Punkte niedriger als bei der letzten Europawahl 2004, aber auch 2,7 Punkte über dem entsprechenden Ergebnis der letzten Bundestagswahl vom September 2005. Insgesamt lag das Resultat etwa auf dem Niveau der Europawahlen von 1989 und 1994.

Die SPD lag nicht nur 0,7 Punkte unter dem Wert der letzten Europawahl, sondern auch 13,4 Punkte unter dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl. Sie erzielte damit nicht nur den schlechtesten Wert bei Europawahlen, sondern ein Rekordminus bei nationalen Wahlen seit dem Ende des Krieges.

Die Grünen konnten sich gegenüber der letzten Europawahl um 0,2 Punkte und gegenüber der letzten Bundestagswahl um 4 Punkte verbessern. Dies unterstrich wiederum den Charakter von Europawahlen, wo die kleinen Parteien sich zumeist deutlicher in Szene setzen konnten.

Dies galt auch für die FDP, die gegenüber der letzten Europawahl um 4,9 Punkte und gegenüber der Bundestagswahl um 1,2 Punkte zulegen konnte.

Die Linken konnten von dieser Tendenz am wenigsten profitieren: Sie legten zwar gegenüber der Europawahl um 1,4 Punkte zu, lagen aber 1,2 Punkte unter ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl.

Die sonstigen Parteien erhielten einen Punkt mehr als bei der letzten Europawahl.

## 9.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen

Die Wählerwanderungsbilanz von Infratest Dimap wird bei Europawahlen nur im Vergleich zur letzten Bundestagswahl erstellt. Insofern beziehen sich Gewinne und Verluste in diesem Fall auf die Bundestagswahl vom 18. September 2005, wo die Wahlbeteiligung deutlich höher war und auch das Wahlverhalten teilweise von anderen Aspekten bestimmt wurde.

Dennoch ist es nicht uninteressant, sich diese Veränderungen vor Augen zu halten.

Die CDU musste bei dieser Wahl laut Infratest Dimap netto 6.010.000 Stimmen an die Nichtwähler abgeben – ein sehr großer Verlust, der aber durch die Unterschiede der Wahlbeteiligung erklärbar ist und praktisch alle Parteien betrifft. Dieser Verlust war aber deutlich geringer als bei den beiden letzten Europawahlen. Ansonsten musste die Union nur 160.000 Stimmen an die FDP und 30.000 an die Grünen abgeben. Dagegen konnte sie 40.000 Stimmen von den Linken und 350.000 von anderen Parteien holen. Hinzu kamen 550.000 Stimmen aus dem SPD-Lager. Lässt man die Nichtwählerbilanz außer Acht, so hatte die Union von den anderen Parteien netto Stimmen mobilisieren können. In den neuen Ländern sah die Verteilung ähnlich aus, dort hatte allerdings die CDU im Gegensatz zum Westen sowohl von den Grünen als auch von den sonstigen Parteien netto Stimmen gewonnen.

Die SPD hatte hingegen in alle Richtungen verloren. Sie hatte zwar mit 7.880.000 Stimmen deutlich weniger ans Nichtwählerlager verloren als 2004 und 1999, aber das konnte auch nur ein Effekt der weiter gesunkenen Gesamtstimmenzahl sein. Sie gab an die Grünen 650.000 Stimmen ab, an die Union 550.000 und an die FDP 330.000. An die Linke verlor sie 200.000 und 560.000 an andere Parteien. Die SPD konnte also nirgendwo zusätzliches Wählerpotenzial mobilisieren und hat offenbar gleichzeitig Stammwähler verloren. Zwischen alten und neuen Ländern fiel vor allem der Unterschied auf, dass die SPD im Osten im Verhältnis deutlich mehr Stimmen an die Linke abgeben musste als im Westen.

Bei der FDP ermittelte Infratest Dimap einen enormen Verlust von 1.920.000 Stimmen an die Nichtwähler – weit mehr als bei den beiden letzten Europawahlen, was aber auch zum Teil am hohen Wert der letzten Bundestagswahl gelegen haben könnte. Außerdem verlor sie 230.000 Stimmen an andere Parteien und 10.000 an die Linke. Andererseits konnte sie 20.000 Stimmen von den Grünen, 160.000 von der Union und 330.000 von der SPD holen. Dies unterstrich ihre gegenwärtige Attraktivität im Lager der beiden großen Parteien. Während die FDP im Westen von allen außer den sonstigen Parteien Stimmen holen konnte, waren die Zuwächse im Osten deutlich geringer – an die Linke musste sie sogar 20.000 Stimmen abgeben.

Bei den Grünen wies das Wählerstromkonto ebenfalls einen Verlust von 1.160.000 Stimmen an die Nichtwähler auf – etwas weniger als bei den letzten Europawahlen. Sie verloren mit 270.000 Stimmen relativ viel an sonstige Parteien und nochmals 20.000 an die FDP. Gewinnen konnten sie 40.000 Stimmen von den Linken und 30.000 von der Union, aber stattliche 650.000 Stimmen von der SPD. Ohne die dramatischen

Wanderungen von der SPD wäre das Ergebnis der Grünen also deutlich schlechter ausgefallen. Interessant war, dass die Grünen im Westen netto 50.000 Stimmen von der Union holten, im Osten aber netto 20.000 an sie verloren. An die FDP mussten sie im Westen netto 20.000 Stimmen abgeben, im Osten war die Bilanz ausgeglichen. Von den Linken konnten die Grünen nur im Westen 40.000 Stimmen holen, während sie von der SPD im Westen wie im Osten größere Stimmenanteile holen konnten.

Die Linke verlor 1.930.000 Stimmen an die Nichtwähler – mehr als doppelt so viel wie bei der letzten Europawahl. Sie verlor ebenfalls 230.000 an sonstige Parteien und jeweils 40.000 an die Union und die Grünen. Allerdings holte sie 200.000 Stimmen von der SPD und 10.000 von der FDP – auch hier hatten also die Abwanderungen von der SPD die Linken vor Verlusten bewahrt. Während die Linke im Westen nur von der SPD Stimmen holen konnte und an alle anderen Parteien abgab, konnte sie im Osten neben einer großen Anzahl Stimmen von der SPD auch 20.000 Stimmen von der FDP holen. Mit den Grünen war das Konto ausgeglichen.

## 9.2.3 Prognosen und Wirklichkeit

Bei fast allen Wahlen der letzten Jahre lagen die letzten veröffentlichten demoskopischen Prognosen bei einigen Parteien recht deutlich vom tatsächlichen Ergebnis entfernt. Bei diesen Europawahlen war dies ebenfalls zu verzeichnen.

Das Resultat für die Union war in den letzten veröffentlichten Umfragen vom 28. bzw. 29. Mai 2009 noch recht gut getroffen worden: Der Union wurden jeweils 39% vorhergesagt und damit etwas mehr als die tatsächlich erreichten 37,9%. Für die CSU wurden 6% prognostiziert und damit weniger als die erreichten 7,2%. Allerdings sahen die beiden großen Institute Forschungsgruppe Wahlen und Infratest Dimap die CSU über der 5%-Hürde. Da diese Prognose wohl aus bundesweiten Umfragen abgeleitet wurde, war eine größere Genauigkeit in Bezug auf das CSU-Ergebnis auch kaum zu erwarten

Bei der SPD waren die Abweichungen aber dramatisch: Wurden ihr in den beiden letzten Umfragen noch 26% bzw. 25% und in den Umfragen ab Anfang April sogar Werte von 27-28% prognostiziert, so fiel ihr Ergebnis von 20,8% deutlich ab. Interessant war, dass der SPD schon vor den letzten Europawahlen viel zu hohe Werte vorhergesagt wurden. Ob dies ein Problem der Demoskopie war oder massive, nicht genau zu erfassende Mobilisierungsprobleme der Partei eine entscheidende Rolle spielten, ist offen. Angesichts der Umfragewerte, die zumeist über den Werten für eine Bundestagswahl lagen, musste dies für die SPD eine heftige Enttäuschung sein.

Das Ergebnis der Grünen von 12,1% wurde von den Demoskopen recht genau vorhergesagt – außer bei der letzten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, wo sie nur auf 10% geschätzt wurden. Die FDP mit real 11,0% wurde von allen Instituten mit 9% bzw. 10% leicht unterschätzt. Das Resultat der Linken von 7,5% wurde hingegen mit Werten von 7% bzw. 8% recht genau prognostiziert.

### 9.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Betrachtet man das Wahlverhalten in den Altersgruppen, dann fiel bei der Union auf, dass (laut Infratest Dimap) die Wähler über 60 Jahren mit 48% weit überdurchschnittlich vertreten waren. Dieses Muster zeigte sich bei praktisch allen Wahlen der jüngeren Zeit immer wieder. Der Rückgang war in dieser Altersgruppe aber der geringste unter allen Segmenten. Dabei waren die Werte bei den Frauen über 60 deutlich stärker (50%) als bei den Männern (45%). Insgesamt holten die Frauen diesmal wieder einen höheren Anteil als bei den Männern (39% zu 37%), was in jüngster Zeit bei den Landtagswahlen nicht immer der Fall war. Deutlich überdurchschnittlich war der Verlust bei den Frauen von 18-24 Jahren und den Männern von 18-34 Jahren. Die Daten der Forschungsgruppe Wahlen fielen sehr ähnlich aus (über 60: 47,7%; darunter Frauen 49,3% und Männer 44,9%; insgesamt Frauen 38,2% und Männer 36,8%). Diese erfassten aber nur die Altersgruppe von 18 bis 30 Jahren, wobei hier der Rückgang bei den Frauen unter 30 Jahren etwa im Durchschnitt war.

Die SPD hatte laut Infratest Dimap insgesamt Verluste bei den über 45-Jährigen. Zwar konnte sie (allerdings auf niedrigem Niveau) bei den jüngeren Frauen und Männern zulegen (bei den Frauen unter 25 um 6 Punkte), was aber insgesamt die Verluste bei den älteren Wählern nicht kompensieren konnte. Möglicherweise war auch das ein Indiz für eine Mobilisierungsschwäche bei der (ehemaligen) Stammwählerschaft. Die Forschungsgruppe Wahlen sah hingegen Verluste bei allen Altersgruppen über 30 Jahren und auch bei der jüngsten Gruppe nur einen Gewinn bei den Männern.

Die FDP verzeichnete Zugewinne bei allen Altersgruppen. Lediglich bei den jüngsten und den ältesten Frauen fielen sie geringer aus. Insgesamt waren bei den Liberalen (wie so häufig) die Männer etwas stärker vertreten als die Frauen (12% gegenüber 10%), am deutlichsten die zwischen 25 und 44 Jahren. Dies wurde von der Forschungsgruppe Wahlen ähnlich gesehen (Männer 12,1%, Frauen 10,1%).

Auch die Grünen verzeichneten ein durchwachsenes Ergebnis: Während sie laut Infratest Dimap bei den Frauen unter 24 Jahren und über 45 Jahren zulegen konnten, hatten sie bei den anderen Altersgruppen Verluste.

Bei den Männern über 45 Jahren legten sie leicht zu, während sie bei den Jüngeren verloren. Laut Forschungsgruppe Wahlen hatten sie Verluste bei Frauen unter 45 Jahren. Sie blieben aber bei allen Frauen unter 60 Jahren deutlich überdurchschnittlich vertreten.

Die Linke holte wiederum klar bessere Werte bei Männern als bei Frauen (9% zu 7%, laut Forschungsgruppe Wahlen 8,2% zu 6,4%). Bei den Männern waren die Gewinne auch höher als bei den Frauen. Bei den Frauen über 60 Jahren mussten sie sogar Verluste verzeichnen, laut Forschungsgruppe Wahlen auch bei den Männern zwischen 30 und 44 Jahren. Ihre stärksten Altersgruppen bei Männern wie Frauen waren – wie bei einigen anderen Wahlen zuvor – die Altersklassen zwischen 45 und 59 Jahren.

Was die formale Bildung anging, so behielt die Union ihre Schwerpunkte bei den Absolventen von Haupt- und Realschule, wo sie Resultate deutlich über dem Durchschnitt erzielte (46%). Die Verluste waren in etwa gleich über die Bildungsgruppen verteilt. Im Gesamtbild war die Union (auch laut Forschungsgruppe Wahlen) bei den Hauptschulabsolventen deutlich und den Realschulabsolventen etwas über, bei den anderen Gruppen unter dem Durchschnitt vertreten – wie bei den meisten Wahlen in Deutschland.

Die SPD hatte Verluste in allen Bildungsgruppen, bei den Volksschulabsolventen aber diesmal am geringsten. Laut Forschungsgruppe Wahlen hatte sie bei dieser Gruppe sowie denen ohne Abschluss sogar Zugewinne. Insgesamt nahmen die Verluste mit wachsender formaler Qualifikation zu. Von der Struktur her war die Wählerschaft der SPD nach Bildungskriterien ähnlich verteilt wie die der CDU.

Die FDP hatte ihre höchsten Anteile bei den formal hoch und mittel Qualifizierten. Dort hatte sie auch überdurchschnittliche Zuwächse. Bei den niedrig Qualifizierten blieb sie mit 7% weit unter ihrem Durchschnitt. Mit sinkendem Bildungsabschluss gingen auch bei dieser Wahl die FDP-Werte nach unten.

Bei den Grünen war diese Verteilung noch ungleicher: Bei den Akademikern verloren sie zwar 2 Punkte, kamen aber immer noch auf 20% und lagen damit in dieser Gruppe vor der SPD. Die Forschungsgruppe Wahlen differenziert auch die Wähler mit absolviertem Studium: Dort kamen sie sogar auf 23,2% und lagen – wie schon bei der letzten Europawahl – weit vor der SPD. Bei den niedrig Qualifizierten konnten sie zwar leicht zulegen, blieben aber mit 5% weit unter ihrem Durchschnittswert.

Die Linke hatte ihre Gewinne vor allem bei den mittel und gering Qualifizierten geholt. Bei den höher Qualifizierten stagnierte sie auf einem Niveau leicht über dem Durchschnitt.

In den Berufsgruppen konnte die Union laut Infratest Dimap in keinem Bereich zulegen. Am stärksten waren die Verluste bei Arbeitern, Selbständigen, in Ausbildung Befindlichen und Arbeitslosen. Nur bei Rentnern und Selbständigen lag die Union über dem Durchschnitt, bei Arbeitern und Angestellten leicht, den anderen Gruppen deutlich darunter. Laut Forschungsgruppe Wahlen, die auch die Landwirte gesondert auswies, hatte sie bei den Landwirten einen unterdurchschnittlichen Verlust und kam dort wieder auf 66,2%. Die Union blieb aber in allen Tätigkeitsgruppen stärkste Partei – nur bei Arbeitslosen war die Linke genauso stark vertreten, laut Forschungsgruppe Wahlen war aber die Union auch dort leicht vorn.

Die SPD verlor bei Rentnern und Angestellten und konnte in allen anderen Berufsgruppen zulegen. Laut Forschungsgruppe Wahlen hatte sie auch bei Rentnern leicht zugelegt, aber zusätzlich bei Selbständigen und Landwirten verloren. Überdurchschnittliche Werte erzielte sie vor allem bei Beamten, aber auch Arbeitern und Rentnern. Bei den Arbeitslosen waren die Linke, bei den Selbständigen und in Ausbildung Befindlichen die Grünen stärker.

Die FDP gewann bei allen Berufsgruppen, überdurchschnittlich bei Selbständigen und Angestellten. In beiden Gruppen blieb sie am stärksten verankert. Innerhalb der Selbständigen wurde sie nach der Union zweitstärkste Partei.

Die Grünen gewannen laut Infratest Dimap bei Arbeitern und Rentnern, verloren aber bei allen anderen Tätigkeitsgruppen. Laut Forschungsgruppe Wahlen gewannen sie bei Angestellten, Selbständigen, Landwirten und Rentnern und hatten bei den anderen Gruppen Verluste. Ihre Wählerschaft war erneut sehr heterogen: Sie lagen weit über dem Durchschnitt bei in Ausbildung Befindlichen, Beamten, Angestellten und Selbständigen, dagegen weit unter dem Durchschnitt bei Arbeitern und Rentnern und etwas darunter bei Arbeitslosen.

Die Linke erzielte in allen Gruppen Gewinne außer bei den in Ausbildung Befindlichen. Laut Forschungsgruppe Wahlen legte sie in allen Berufsgruppen außer den Landwirten zu. Weit über dem Durchschnitt lag sie bei Arbeitslosen (wo sie laut Infratest Dimap gemeinsam mit der Union stärkste Partei wurden) und etwas über dem Durchschnitt bei Arbeitern und Rentnern, laut Forschungsgruppe Wahlen auch bei Angestellten.

Was die Konfession betraf, so ergaben sich insgesamt keine großen Verschiebungen. Laut Infratest Dimap verlor die CDU überdurchschnittlich bei den Katholiken, laut Forschungsgruppe Wahlen aber auch bei den Protestanten. Die SPD hingegen hat laut Infratest Dimap überproportional bei den Protestanten verloren und bei Katholiken sogar leicht gewon-

nen, laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Katholiken im Durchschnitt und bei den Protestanten unterdurchschnittlich verloren. So wie die CDU insgesamt nach wie vor stärker bei den Katholiken verankert blieb, behielt die SPD ihre überproportionale Verankerung bei den Protestanten. Die FDP hatte überall zugelegt, überdurchschnittlich bei Katholiken. Die Grünen konnten lediglich bei den Protestanten leicht zulegen, blieben aber bei den Konfessionslosen überdurchschnittlich stark. Dies gilt auch für die Linke, die zwar in dieser Gruppe leicht verlor (laut Forschungsgruppe Wahlen minimal dazugewann), aber bei den Anhängern der Konfessionen zulegen konnte.

## 9.2.5 Zusammenfassung

Europawahlen sind in Deutschland nach wie vor Wahlen, bei denen für die meisten Wähler nicht die europäische Politik im Vordergrund steht. Wie immer man es bewerten mag, aber es ist nach wie vor eine Wahl, die stark von nationalen politischen Themen und Stimmungen bestimmt ist. So gaben vor der Wahl laut Infratest Dimap 65% der Wähler an, die Entscheidungen des Europäischen Parlaments seien sehr wichtig oder wichtig – weit weniger als bei Landtag, Kommunalparlamenten oder Bundestag (dort waren es 85%). Für die Wahlentscheidung spielte demnach auch für 56% die Bundespolitik und nur für 25% die Europapolitik eine Rolle. Für 43% war das Interesse an der Europawahl stark oder sehr stark (das entsprach der späteren Wahlbeteiligung), für 57% weniger stark oder gar nicht vorhanden.

Daher spielten für die Wahlentscheidung nicht zuletzt die Parteikompetenzen eine Rolle, so wie auch bei anderen nationalen oder regionalen Wahlen. Bei diesen Kompetenzen lag die Union in den meisten Feldern vorn: "Die Wirtschaft voranbringen" trauten 48% der Union und nur 20% der SPD, aber immerhin auch 11% der FDP zu. Die Bekämpfung der Wirtschaftskrise und die Beaufsichtigung der internationalen Finanzmärkte trauten ebenfalls mit 43% bzw. 42% der Union und nur 22% bzw. 20% der SPD zu. Auch bei den Themen Arbeitsplätze, Bildung sowie Haushaltsund Finanzpolitik lag die Union klar vorn. Insgesamt lag die Union beim Zutrauen, die wichtigsten Probleme Deutschlands lösen zu können, mit 41% klar vor allen anderen Parteien. Schließlich sahen mit 49% auch mit Abstand die meisten Wähler die Vertretung deutscher Interessen in der EU am besten bei der Union aufgehoben.

In den Kompetenzfeldern Vertretung der Arbeitnehmer, soziale Gerechtigkeit und – allerdings ganz knapp – Altersversorgung und Steuerpolitik lag die SPD vorn, während die Grünen beim Klimawandel klar als die kompetenteste Partei angesehen wurden. Die FDP erzielte neben der Wirt-

schaft auch in den Bereichen Haushalts- und Finanzpolitik sowie Steuerpolitik gute Werte, während die Linke nur im Bereich soziale Gerechtigkeit nennenswert punkten konnte. Im Gesamtbild ergeben sich daraus keine Überraschungen. Bei vielen Wahlen zeigen sich ähnliche Muster. Allerdings unterstrich dies durchaus den Zugewinn der FDP, der offenbar nicht nur aus taktischen Erwägungen zu erklären war. So stimmten der Aussage "Die FDP ist eine gute Alternative für alle, die sich bei der Union nicht mehr aufgehoben fühlen" 91% der FDP-Anhänger und 66% der Unionsanhänger zu.

Die Bedeutung der Bundespolitik für die Wahlentscheidung ließ sich auch aus der Tatsache ablesen, dass es beim Bekanntheitsgrad der Spitzenkandidaten enorme Unterschiede gab, die sich aber offensichtlich nicht unbedingt positiv auf die Stimmabgabe für die jeweilige Partei auswirkten. So hatte Gabriele Pauli einen Bekanntheitsgrad von 82% deutschlandweit, was die Freien Wähler aber insgesamt nicht ins EU-Parlament brachte. Auch 72% für Lothar Bisky dürften der Linken kaum genützt haben. Hingegen brachten es die Spitzenkandidaten der Union (Pöttering und Ferber) nur auf bundesweit 30% bzw. 16%, ohne dass dadurch das gute Wahlergebnis für die Union in Gefahr geriet.

Für das gute Ergebnis der Union und vor allem der CSU waren wohl auch kurzfristige Entwicklungen der deutschen Innenpolitik mit verantwortlich. So sagten laut Infratest Dimap 70%, sie vertrauen darauf, dass die Bundesregierung uns gut durch die Krise führt. Eine Insolvenz der krisengeschüttelten Opel-Werke hielten vor der Europawahl 59% für richtig. Mit der Arbeit des Wirtschaftsministers Karl-Theodor zu Guttenberg, der sich am prominentesten für eine solche Insolvenz ausgesprochen hatte, waren 61% zufrieden - mehr als Angela Merkel, die auf 52% kam. Frank-Walter Steinmeier, der ebenfalls auf den SPD-Plakaten zur Europawahl abgebildet wurde, erreichte nur 36%. Bei der Frage, welche Partei die besten Ideen habe, wie Wirtschaft und Gesellschaft zukünftig gestaltet werden sollten, lag die Union vor der EU-Wahl mit 27% deutlich vorn. Die SPD kam auf 19%, die FDP auf 11%, die Grünen auf 8% und die Linke auf 6%. Bei den wahlentscheidenden Themen nannten alle Befragten im Vorfeld mit 37% am meisten die Wirtschaft, bei den Unionswählern waren es sogar 49% und den FDP-Wählern 56%. Dies hatte auch die Bedeutung des Themas Gerechtigkeit (34% bei allen Wählern) übertroffen, zumal dies nur von den Wählern der SPD (48%) und der Linken (66%) überdurchschnittlich ebenfalls so gesehen wurde. Hinzu kamen noch erwähnenswerte Nennungen der Themen Arbeitsmarkt (18% bei allen) und Krise (12% bei allen, aber jeweils 16% bei Wählern der Union und FDP). Die aktuelle Kriseneinschätzung in Verbindung mit der kurzfristigen und längerfristigen Beurteilung der Parteien und ihrer führenden Repräsentanten haben diese Europawahl also klar mitbestimmt.

Auch für die CSU war das Ergebnis der Europawahl ein Erfolg. Zwar hatte auch sie gegenüber der letzten Europawahl in Bayern 9,3 Prozentpunkte verloren, aber angesichts der Entwicklungen der letzten zwei Jahre stand diese Europawahl unter einem besonderen Stern. Seit den ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 hatte die CSU an allen Europawahlen teilgenommen. Dabei stand die Partei jeweils vor der Ausgangslage, mit einer eigenen Parteiliste antreten zu müssen und nicht - wie bei den Bundestags- oder Landtagswahlen - eine große Zahl von direkt gewählten Kandidaten in die Parlamente entsenden zu können. Mit ihrer Europaliste, die nur in Bayern wählbar war, musste die CSU also jeweils so viele Stimmen erzielen, die auf Bundesebene ein Überschreiten der 5%-Hürde ermöglicht hätten. Da die meisten der Europawahlen in die historischen Hochphasen der Zustimmung zur CSU fielen, war dies über lange Zeit nur ein theoretisches Problem für die Partei. Nach dem Ergebnis der Wahl zum Bayerischen Landtag am 28. September 2008, als die CSU nur auf 43,4% kam, stiegen die Befürchtungen, die CSU könnte erstmals keine Abgeordneten in das Europäische Parlament entsenden.

Insbesondere unter dieser Perspektive war das Ergebnis für die CSU ein klarer Erfolg. Das Ergebnis lag deutlich über dem der letzten Landtagswahl im September 2008 und auch über dem der durch die Umfragen erwartbaren Höhe. Dieses Ergebnis entsprach 7,2% auf Bundesebene - damit hatte die CSU die 5%-Hürde deutlich übersprungen: Dafür hätte in dieser Konstellation ein Wert von 33,36% in Bayern gereicht. Obwohl auch diesmal die Wahlbeteiligung (vor allem wegen zahlreicher Kommunalwahlen in anderen Ländern) leicht unter dem Bundesdurchschnitt lag (42,3% gegenüber 43,3% bundesweit), konnte die CSU in der letzten Phase des Wahlkampfes, der stark von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft geprägt war, offenbar besser mobilisieren als die meisten Konkurrenten. Dies wurde vor allem dadurch deutlich, dass die SPD als nächstgrößere Konkurrenzpartei nur auf 12,9% in Bayern kam. Auch die Freien Wähler als potenzielle Konkurrenz konnten ihren Aufschwung der Landtagswahl nicht fortsetzten: Sie erreichten in Bayern 6,7% – also deutlich weniger als bei der Landtagswahl – und kamen bundesweit nur auf 1,7%. Insgesamt kamen etwa 60% aller deutschen Stimmen für die Freien Wähler aus Bayern. Sie konnten also keine bayerischen Abgeordneten ins EU-Parlament entsenden. Damit wurde deutlich, dass eine bundesweite Resonanz für diese Gruppierung nicht vorhanden war und die Freien Wähler für die Bundestagswahl im September 2009 keine unmittelbare Gefahr für die CSU mehr würden darstellen können. Da gleichzeitig sowohl in Bayern wie im Bund Union und FDP zusammen klar die stärkste politische Formation wurden (57,1% in Bayern, 48,9% im Bund), war dies erneut eine Europawahl, die neben ihrer eigentlichen Funktion der Wahl des Europäischen Parlaments (bei

der die EVP deutlich die stärkste Fraktion wurde) als wichtige innenpolitische Wegweisung im Vorfeld der nächsten anstehenden Wahlen gewertet wurde.

Unter innenpolitischen Gesichtspunkten war die Europawahl durchaus eine Wegweisung. Nur gut 100 Tage vor der nächsten Bundestagswahl war sie eine Testwahl für die nächste Wahl zum Bundestag und wurde von großen Teilen der Bevölkerung auch so gesehen. Union und FDP zusammen hatten knapp die Hälfte der abgegebenen Stimmen erzielt. Bei einer Bundestagswahl hätten sie damit eine klare parlamentarische Mehrheit gewonnen. Die Union hat – nicht zuletzt dank des CSU-Ergebnisses – über den Werten für Umfragen zur Bundestagswahl abgeschnitten. Grundsätzlich zeigten sich bei der Wahl die bekannten Stärken und Schwächen der Wählerstruktur, aber einige der wahlsoziologischen Daten deuteten auf eine gewisse Stabilisierung hin. So hatte sich die Stimmabgabe in den meisten Alters- und Berufsgruppen gegenüber der Bundestagswahl relativ sogar wieder verbessert. Hinzu kamen die Auswirkungen der Wirtschaftsund Finanzkrise, die offenbar eher bei Union und FDP für höhere Kompetenz- und Vertrauenswerte gesorgt hat als bei den anderen Parteien. Auch die Liberalen haben von dieser Konstellation profitiert und bei weitem nicht nur der Union Stimmen weggenommen.

Dieses Wahlergebnis hatte auch die Aussichten potenzieller Konkurrenten nicht verbessert. Die SPD hatte ein historisches Negativergebnis eingefahren, von dem sie angesichts der demoskopischen Daten völlig überrascht wurde. Da diese Wahl von der Mehrheit der Wähler als innenpolitisches Signal interpretiert wurde, bedeutete das für die Bundestagswahl nichts Gutes. In Bayern, wo die SPD ja seit Jahren kontinuierlich abfiel, wurde sie geradezu gedemütigt. Sie wurde – noch stärker als bei der letzten Europawahl – in weiteren Regionen (jetzt sogar auf Regierungsbezirkebene) von den Grünen überholt und fuhr in zahlreichen Gebieten einstellige Ergebnisse ein. Sie hat sich in Bayern in der Fläche als Volkspartei verabschiedet – ein Schicksal, das ihr auch in anderen Regionen drohen kann. Auf Bundesebene schien damit ein Beharren in der Großen Koalition die einzige Überlebensperspektive der SPD zu sein.

Die Grünen hatten zwar zugelegt, haben aber offenbar die Grenzen ihres Wachstums erreicht. Vor allem die Wirtschaftskrise hat bei ihnen – anders als bei der FDP – nicht für rasante Sprünge nach oben in der Zustimmung gesorgt. Dies gilt noch stärker für die Linke, die insgesamt von ihrem Resultat enttäuscht sein musste. Gerade sie als linkspopulistische Protestpartei konnte von der aktuellen Krise nicht profitieren – und das trotz der historischen Schwäche der SPD. Bei den Freien Wählern schließlich war ihr kurzer Traum nach bundesweitem Auftreten zerstoben: Bei einem solchen Resultat wäre dies bestenfalls noch als Langfristperspektive denkbar.

Europawahlen laufen in Deutschland nach wie vor nach anderen Gesetzen ab als Landtags- oder Bundestagswahlen. Aber für die Bundestagswahl 2009 war es wahrscheinlich, dass wieder die bekannten Tendenzen eine Rolle spielen würden: Die Wahlbeteiligung würde weit höher sein, dafür würde es weniger Protestwahl geben. Insofern waren Verschiebungen möglich und kein Wahlausgang war garantiert. Viel würde abhängen von der Fähigkeit zur Mobilisierung. Diese Europawahl war aber insgesamt ein guter Indikator dafür, dass eine bürgerliche Mehrheit aus CDU, CSU und FDP die nächste Bundesregierung stellen konnte.

## 10. Wegweiser vor der Bundestagswahl: die Landtagswahlen vom 30. August 2009 und die Entwicklung des deutschen Parteiensystems

### 10.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

Die Landtagswahlen in Sachsen, 176 Thüringen 177 und im Saarland 178 vom 30. August 2009 waren der letzte große Stimmungstest vor der Bundestagswahl vom 27. September 2009. Dabei war im Vorfeld unklar, ob es Union und FDP in diesen drei Ländern, in denen die CDU jeweils den Ministerpräsidenten stellte, gelingen würde, eine Mehrheit zu erreichen. Die Union stand jeweils in unterschiedlichen Ausgangspositionen: In Thüringen regierte sie allein, in Sachsen in einer Koalition mit der SPD und im Saarland mit der FDP. Insofern war es wichtig, wie weit die Landesspezifika der Wahl durchschlagen würden oder ob die Wähler so kurz vor der Bundestagswahl auch ein bundespolitisches Signal aussenden wollten. Dies galt vor allem auch deswegen, da die Linke, die in Sachsen und Thüringen stark vertreten war und die Regierung übernehmen wollte, auch im Saarland mit ihrem Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine gute Chancen hatte. Dadurch ergab sich mindestens theoretisch in allen Ländern die Möglichkeit einer Koalition der SPD mit der Linken. Je stärker sich diese Möglichkeit am Abend des Wahltages als politische Option verfestigte, umso größer hätten die Auswirkungen dieser Wahlen auf die Bundestagswahl vier Sonntage darauf sein können.

In Sachsen erzielte die CDU das relativ beste Ergebnis der drei Landtagswahlen und unterstrich so den Anspruch auf erneute Regierungsbildung unter ihrer Führung. Sie holte 723.000 Stimmen und damit 132.203 Stimmen weniger als bei der letzten Landtagswahl 2004, dies entsprach 40,2% und war mit nur einem Verlust von 0,9% fast ein Resultat auf demselben Niveau. Bezogen auf die abgegebenen Stimmen war dies allerdings ein Rückgang von über 15%.

<sup>&</sup>lt;sup>176</sup> Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Sachsen 30.8.2009, Berlin, September 2009; Bericht der Forschungsgruppe Wahlen Nr.136: Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30.8.2009, Mannheim, September 2009.

<sup>&</sup>lt;sup>177</sup> Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Thüringen 30.8.2009, Berlin, September 2009; Bericht der Forschungsgruppe Wahlen Nr.135: Wahl in Thüringen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30.8.2009, Mannheim, September 2009.

<sup>&</sup>lt;sup>178</sup> Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl im Saarland 30.8.2009, Berlin, September 2009; Bericht der Forschungsgruppe Wahlen Nr.137: Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 30.8.2009, Mannheim, September 2009.

Die Linke wurde mit 370.199 Stimmen und 20,6% (ein Verlust von 3,0%) zweitstärkste Partei. Der Rückgang um 120.289 Stimmen bedeutete aber, dass die Linke fast ein Viertel ihrer Wähler von 2004 verloren hatte.

Die SPD konnte 10,4% erzielen und 0,4% dazugewinnen. Dies bedeutete 187.232 Stimmen und damit auch einen leichten Rückgang um 17.216 Stimmen gegenüber 2004.

Die FDP konnte 178.869 Stimmen holen bei einem Gewinn von 56.264 Stimmen. Dies entsprach einem Anstieg um 4,1% auf 10,0%. Sie konnte damit fast auf die SPD aufschließen.

Die Grünen konnten 8.213 Stimmen zulegen und kamen auf 114.984 Stimmen, ein Ergebnis von 6,4% und ein Anstieg um 1,3%. Neben der FDP konnten nur die Grünen und die Sonstigen an absoluten Stimmen zulegen.

Die NPD konnte mit 5,6% bei einem Verlust von 3,6% noch knapp in den Landtag einziehen. Sie erhielt 100.832 Stimmen und damit 90.077 Stimmen weniger als 2004 – sie hat also fast die Hälfte ihrer Stimmen der letzten Wahl eingebüßt.

Die Sonstigen konnten leicht auf 6,8% zulegen, darunter die Tierschutzpartei mit 2,1% (36.914 Stimmen), die Piraten mit 1,9% (34.620 Stimmen) und die Freien Sachsen mit 1,4% (24.267 Stimmen).

Die Wahlbeteiligung lag bei 52,2% und damit um 7,4% niedriger als 2004.

Im Landtag wurde die CDU mit 58 Sitzen klar die stärkste Partei, die mit der FDP (14 Sitze) eine Koalitionsmehrheit hat. Die Linke kam auf 29 Sitze, die SPD auf 14 und die Grünen auf 9 sowie die NPD auf 8. Die Fortführung der Koalition mit der SPD war also nicht mehr nötig; eine linke Mehrheit gegen die CDU nicht möglich. Die Bildung einer schwarz-gelben Landesregierung war die logische Konsequenz dieses Wahlergebnisses.

In Thüringen musste die CDU einen deutlichen Verlust hinnehmen. Sie verlor bei den Zweitstimmen (Landesstimmen) 104.847 Stimmen und kam noch auf 329.241. Sie hat damit fast ein Viertel ihrer Stimmen der letzten Landtagswahl 2004 eingebüßt. In Prozenten bedeutet dies 31,2%, ein Verlust von 11,8%. Alle anderen Parteien konnten hingegen – mit Ausnahme der Sonstigen – an absoluten Stimmen zulegen.

Die Linke kam auf 27,4% und konnte 1,3% gewinnen. Dies waren 288.932 Stimmen bei einem Gewinn von 25.215.

Die SPD konnte 4,0% zulegen und kam auf 18,5%, ein Gewinn von 49.056 auf 195.353 Stimmen.

Die FDP konnte mit einem Gewinn von 4,0 Punkten 7,6% erzielen und wieder in den Landtag einziehen. Sie erhielt 80.511 Stimmen, 44.028 mehr als bei der letzten Wahl.

Die Grünen kamen mit 6,2% (ein Gewinn von 1,7%) ebenfalls in den Landtag. Sie legten um 19.240 Stimmen zu und erhielten 64.889 Stimmen.

Nicht in den Landtag schafften es die Freien Wähler mit 3,9% (ein Plus von 1,3%) und 40.834 Stimmen, 14.532 mehr als 2004. Noch knapper war es bei der NPD, die 4,3% erhielt (2,7% mehr als 2004). Sie kam auf 45.401 Stimmen und einen Gewinn von 29.706. Die Sonstigen kamen nur auf 0,9% (9.040 Stimmen). Das waren 3,2% oder 33.307 Stimmen weniger als bei der letzten Landtagswahl.

Die Wahlbeteiligung stieg um 2,4% auf 56,2%.

Im neuen Landtag kam die CDU nur noch auf 30 Sitze. Da die FDP nur 7 Sitze holte, reichte dies nicht für eine Regierung der bürgerlichen Mehrheit. Eine Koalition mit der SPD (18 Sitze) wäre möglich gewesen. Aber selbst ein Bündnis aus CDU, FDP und Grünen (6 Sitze) hätte keine Mehrheit gehabt, während die SPD sowohl mit der CDU als auch mit der Linken (27 Sitze) eine Mehrheit hätten finden können. Die entschied sich letztlich für eine Koalition mit der CDU.

Im Saarland musste die CDU ebenfalls heftige Verluste verkraften. Sie kam auf 34,5% bei einem Verlust von 13,0%. An abgegebenen Stimmen erhielt sie 184.537, das waren 25.153 weniger als 2004, also knapp 12% weniger. Da nur noch die SPD und die Sonstigen Stimmen verloren, andere – vor allem die FDP und die Linke – aber relativ stark an Stimmen zulegen konnten und gleichzeitig die Wahlbeteiligung höher war, liegt die Vermutung nahe, dass es vor allem den Liberalen und den Linken gelang, zusätzliche Wähler zu mobilisieren, was bei der CDU offenbar nicht der Fall war.

Die SPD kam bei einem Verlust von 6,3% auf 24,5%. Das bedeutete 131,241 Stimmen bei einem Verlust von 4,983 Stimmen.

Die Linke legte um 19,0% zu und kam auf 21,3%. Das waren 113.660 Stimmen und ein Gewinn von 103.420 Stimmen.

Die FDP konnte 4,0% zulegen und 9,2% holen und zog damit wieder in den Landtag ein. Sie konnte 26.222 Stimmen zulegen und erreichte 49.064.

Die Grünen legten leicht um 0,3% zu und holten 5,9%, ein Gewinn von 6.686 Stimmen auf 31.516.

Die Sonstigen verloren 4,0% (13.028 Stimmen) und kamen auf 4,6% (24.774 Stimmen), darunter die Partei "Familie" mit 2,0% (10.710 Stimmen) und die NPD mit 1,5% (13.028 Stimmen).

Die Wahlbeteiligung stieg um 12,1% auf 67,6%.

Die CDU kam im neuen Landtag nur noch auf 19 Sitze und hätte auch mit der FDP (5 Sitze) keine Mehrheit gehabt. Zusammen mit den Grünen (3 Sitze) kam rechnerisch eine Mehrheit aus CDU, FDP und Grünen zustande, die aber politisch zunächst schwer vorstellbar war. Für die CDU war ansonsten nur eine Koalition mit der SPD (13 Sitze) möglich. Die SPD hätte hingegen auch mit der Linken (11 Sitze) koalieren können, aber zur Regierungsbildung ebenfalls die Mitarbeit der Grünen benötigt. Diese entschieden sich aber für die Bildung einer Koalition mit CDU und FDP, womit das erste "Jamaika"-Bündnis in Deutschland Realität wurde.

### 10.2 Bewertungen und Einzelaspekte

### 10.2.1 Einordnungen im Vergleich

#### Sachsen

In Sachsen unterstrich die CDU mit diesem Ergebnis ihre Position als stärkste politische Kraft. Sie holte bei dieser Landtagswahl fast den Wert der letzten Landtagswahl, während sie bei allen anderen Wahlen seit dieser Zeit deutlich darunter geblieben war. Ihr Ergebnis liegt auch klar über den Resultaten der Europa- und Kommunalwahl vom Juni 2009, wo sie nur 35,3% bzw. 32,7% erhielt.

Die SPD blieb in Sachsen auf dem Niveau der anderen Wahlen, das sie nur bei der Bundestagswahl 2005 mit 24,5% überschreiten konnte.

Die Linke konnte das Niveau der Europawahl halten, hat sich aber seit 2008 bei allen Wahlen verschlechtert. Die Werte der Landtagswahl 2004 und der Bundestagswahl 2005 mit 23,6% und 22,8% hat sie klar unterschritten.

Die FDP konnte ihren positiven Trend fortsetzen und gegenüber der Europawahl nochmals leicht zulegen und erreichte fast den Wert der Bundestagswahl 2005.

Auch die Grünen konnten ihren leichten Trend nach oben weiterführen, erlangten fast den Wert der Europawahl und lagen ansonsten über den Wahlergebnissen der letzten Jahre.

Die NPD hat zwar gegenüber der letzten Landtagswahl stark verloren, kam aber auf einen höheren Wert als bei der letzten Bundestagswahl oder den Kommunalwahlen.

### Thüringen

In Thüringen lag die CDU lediglich auf dem Niveau der letzten Europaund Kommunalwahl (31,1% bzw.33,3%). Schon bei der Bundestagswahl 2005 war sie auf 25,7% gefallen. Insofern setzte sich bei dieser Landtagswahl ein Negativtrend für die CDU fort.

Die SPD erreichte nicht das Ergebnis der letzten Kommunalwahl, lag aber über ihrem Wert der Europawahl. Sie blieb jedoch weit hinter ihrem Wert der letzten Bundestagswahl von 29,8%.

Die Linke konnte gegenüber der Europa- und Kommunalwahl (23,8% sowie 20,7%) zulegen und blieb auch auf dem Niveau der letzten Bundestagswahl.

Die FDP war im Aufwärtstrend und konnte ihr gutes Ergebnis bei der Kommunalwahl (7,4%), bestätigen, auch wenn sie weder den Wert der letzten Bundestagswahl (7,9%) noch den der Europawahl (8,2%) erreichte.

Die Grünen konnten das Niveau der Europawahl (5,8%) bestätigen und im Gegensatz zur letzten Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl die 5%-Hürde überwinden.

Für die NPD bedeutete das Resultat trotz des verpassten Einzugs in das Landesparlament das beste Resultat im Land überhaupt.

#### Saarland

Im Saarland erreichte die CDU nur knapp das Niveau der Europa- und Kommunalwahl vom Juni 2009 (35,9% bzw. 36,7%). Auch bei der Bundestagswahl 2005 hatte sie mit 30,2% schon deutlich schlechter als bei der Landtagswahl 2004 mit 47,5% abgeschnitten, so dass sich ihr Negativtrend fortsetzte.

Für die SPD bedeutete dieses Ergebnis zwar ein Resultat auf der Höhe der Europawahl 2009 (26,6%), aber ihre Ergebnisse bei anderen Wahlen (Bundestag 2005: 33,3%; Kommunalwahl 2009: 32,3%) waren seit 2005 rückläufig und die Landtagswahlen haben an diesem Trend nichts geändert.

Die Linkspartei holte ihr bislang bestes Ergebnis und konnte sowohl gegenüber der letzten Bundestagswahl (18,5%) als auch der Europa- und Kommunalwahl (12,9% bzw. 12,0%) deutlich zulegen.

Die Grünen stagnierten etwas unter dem Niveau der Europawahl, bei der sie noch 7,7% holen konnten.

Die FDP konnte hingegen ihren Aufwärtstrend seit 2004 deutlich fortschreiben, erzielte ihr bestes Resultat seit 2004 und blieb auch über dem Europawahlergebnis von 8,1%.

### 10.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen

#### Sachsen

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest Dimap gingen bei der CDU die Hälfte ihrer Stimmenverluste an die Nichtwähler (–62.000). Der Generationenwechsel (also der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen) kostete die CDU 37.000 Stimmen und der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen 12.000. 34.000 Stimmen gab sie an die FDP ab, 1.000 an die Grünen und 4.000 an andere Parteien. Netto konnte sie aus dem Lager der NPD 11.000 Stimmen holen, von der Linken 4.000 und der SPD 3.000. Die größte Veränderung fand also innerhalb des schwarz-gelben Lagers statt, sieht man vom Abgang an die Nichtwähler und den Generationenwechsel ab, der sich aber im Gesamtkontext kaum bemerkbar macht. Zusätzlich konnten CDU und FDP einige enttäuschte ehemalige NPD-Wähler zu sich ziehen.

Die Linke konnte insgesamt nur einen minimalen Zugewinn aus dem Lager der NPD verzeichnen (+3.000), musste aber ansonsten in alle Richtungen abgeben: 40.000 an die Nichtwähler, 28.000 an den Generationenwechsel und 16.000 im Saldo der Zu- und Fortzüge. Außerdem verlor sie 19.000 Stimmen an die SPD, 8.000 an andere Parteien, 5.000 an die Grünen und jeweils 4.000 an die CDU und FDP. Diese Zahlen unterstreichen die Mobilisierungsproblematik der Linken bei dieser Wahl, allerdings auf relativ hohem Niveau.

Die SPD verlor 20.000 Stimmen an die Nichtwähler und 11.000 an den Generationenwechsel; immerhin war der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen mit +2.000 leicht positiv. Bei den Parteien holte sie 19.000 Stimmen von den Linken, 3.000 von der NPD und 2.000 von anderen Parteien. An die Grünen und die FDP musste sie jeweils 4.000 Stimmen abgeben, an die CDU 3.000.

Die NPD verlor in alle Richtungen, nur der Generationensaldo war mit +3.000 leicht positiv. Sie verlor 39.000 an die Nichtwähler und 12.000 an

den Saldo von Zu- und Fortzügen. 15.000 Stimmen gingen an die FDP, 11.000 an die CDU und jeweils 3.000 an die SPD und die Linke. Die Attraktivität der NPD hat also offenbar deutlich nachgelassen, auch wenn sie überdurchschnittlich viele Jungwähler ansprechen konnte.

Die FDP hat nur an die Nichtwähler 7.000 Stimmen verloren sowie im Saldo der Zu- und Fortzüge 2.000. Ansonsten gewann sie im Generationenwechsel 5.000 Stimmen sowie von der CDU 34.000, der NPD 15.000, der Linken und der SPD jeweils 4.000 und den anderen Parteien 2.000.

Bei den Grünen war weniger Bewegung feszustellen: Sie verloren 2.000 Stimmen an die Nichtwähler, holten aber 4.000 aus dem Generationenwechsel. Ansonsten holten sie 1.000 Stimmen von der CDU, 5.000 von den Linken und 4.000 von der SPD, gaben aber 3.000 Stimmen an andere Parteien ab. Dies unterstreicht, dass sie ihren Wählerstamm in etwa halten konnten, aber keine zusätzliche Mobilisierung möglich war.

### Thüringen

In Thüringen hat die CDU laut Infratest Dimap praktisch in alle Richtungen verloren. Lediglich von den sonstigen Parteien konnte sie 1.000 Stimmen holen. Ansonsten verlor sie an die Nichtwähler 6.000 und den Generationenwechsel 16.000 sowie den Saldo aus Zu- und Fortzügen 3.000. An die FDP gab sie 28.000 Stimmen ab, an die SPD 27.000, die Linke 16.000, die Grünen 6.000 und die NPD 4.000. Besonders beunruhigend ist, dass der Wechsel nicht nur innerhalb des Lagers stattfand, sondern auch darüber hinaus viele Wähler abwanderten. Gegenüber den zahlreichen Stimmen, die die Konkurrenzparteien der CDU abnehmen konnten, fielen diejenigen für die Nichtwähler kaum ins Gewicht. Man kann in Thüringen für die CDU also weniger eine Mobilisierungsschwäche, sondern eher eine Abwanderung von der Partei konstatieren.

Die Linke holte 9.000 Stimmen von den Nichtwählern, gab aber genauso viel an den Generationenwechsel ab sowie 1.000 an den Saldo von Zuund Fortzügen. Den Großteil ihrer Gewinne holte sie mit 16.000 Stimmen von der CDU, dazu bekam sie 5.000 von der SPD und 7.000 von anderen Parteien. Abgeben musste sie 2.000 Stimmen an die NPD und 1.000 an die FDP.

Die SPD holte mit 20.000 Stimmen einen erstaunlich hohen Anteil aus dem Nichtwählerbereich sowie 7.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen, musste aber 3.000 Stimmen an den Generationenwechsel abgeben. Von der CDU holte sie 27.000 und 4.000 von den anderen Parteien, gab aber 5.000 an die Linke sowie jeweils 1.000 an die FDP und die NPD ab.

Die Grünen hatten netto überall Stagnation oder Zuwächse zu verzeichnen. Sie erhielten 8.000 Stimmen von den Nichtwählern und 4.000 aus dem Generationenwechsel sowie 6.000 Stimmen von der CDU und 2.000 von anderen Parteien.

Auch die FDP holte den Löwenanteil ihrer Gewinne (28.000 Stimmen) von der CDU. Daneben bekam sie jeweils 1.000 von der Linken, der SPD und anderen Parteien, musste dafür aber 1.000 an die NPD abgeben. Von den Nichtwählern holte sie 9.000 Stimmen, dem Generationenwechsel 4.000 und den Zuzügen 3.000.

Die NPD holte den größten Teil ihrer Gewinne aus dem Nichtwählerlager (10.000) sowie dem Generationenwechsel (7.000). Weitere 1.000 kamen aus dem Saldo der Zu- und Fortzüge. Von der CDU holte sie 4.000 Stimmen, den Linken 2.000, von SPD und FDP jeweils 1.000 sowie 5.000 von anderen Parteien.

#### Saarland

Laut Infratest Dimap hat die CDU im Saarland 12.000 Stimmen an den Generationenwechsel verloren, aber 11.000 aus dem Bereich der Nichtwähler und 5.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen gewonnen. Sie musste jedoch an die FDP 12.000 Stimmen abgeben, an die Linke 10.000, die SPD 6.000 und die Grünen 1.000. Dies deutet darauf hin, dass die CDU durchaus Nichtwähler mobilisieren und den Verlust im eigenen Lager an die FDP in Grenzen halten konnte. Die gleichzeitigen Verluste an das andere Lager zeigen aber, dass die außergewöhnliche Mobilisierung durch Oskar Lafontaine den Linken bei dieser Wahl eine Sonderkonjunktur bescherte, die nicht typisch war für andere Wahlen.

Die SPD holte aus dem Bereich der Nichtwähler 14.000 Stimmen sowie 6.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen. Zugleich verlor sie 3.000 an den Generationenwechsel. Sie holte 6.000 Stimmen von der CDU, verlor aber 26.000 Stimmen an die Linke und jeweils 1.000 an die FDP und andere Parteien. Nur die Mobilisierung von Nichtwählern und die Zuströme von der CDU verhinderten also, dass die Linke der SPD ein weitaus schlechteres Ergebnis bescherte.

Die Linke konnte quer durch die Lager zulegen. Sie holte 43.000 von den Nichtwählern, 4.000 aus dem Generationenwechsel und 3.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen. 26.000 Stimmen kamen von der SPD, 10.000 von der CDU, 7.000 von anderen Parteien, 5.000 von der NPD, 4.000 von den Grünen und 1.000 von der FDP.

Die Grünen holten 5.000 Stimmen aus dem Nichtwählerbereich, 3.000 aus dem Generationenwechsel und 3.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen. Dies war auch nötig, denn neben einem bescheidenen Gewinn von 1.000 Stimmen von der CDU musste sie 4.000 an die Linken und 3.000 an andere Parteien abgeben.

Die FDP gewann 11.000 Stimmen aus dem Bereich der Nichtwähler und 1.000 aus dem Generationenwechsel. 12.000 Stimmen kamen von der CDU, 3.000 von der NPD und 1.000 von der SPD. Abgeben musste sie nur an die Linke und andere Parteien jeweils 1.000 Stimmen.

Die NPD profitierte lediglich von den Jungwählern, indem sie 2.000 Stimmen aus dem Generationenwechsel holte. Ansonsten verlor sie an Nichtwähler 2.000 und an den Saldo von Zu- und Fortzügen 1.000 sowie an die FDP 3.000 und die Linke 5.000.

### 10.2.3 Prognosen und Wirklichkeit

#### Sachsen

Für die Landtagswahl in Sachsen waren der CDU für die meiste Zeit des Jahres 2009 Werte über 40% prognostiziert worden. Schon vor dem Wechsel im Amt des Regierungschefs von Georg Milbradt zu Stanislaw Tillich im Mai 2008 waren die Werte zumeist um die 40% gelegen, um kurz nach dem Wechsel deutlich darunter zu sinken. Bis Ende 2008 stand die CDU bei den Demoskopen aber wieder bei oder über 40%. Erst Mitte August 2009 bekam sie in einer Umfrage 39%, Ende August 38% von Infratest Dimap, aber 42% von der Forschungsgruppe Wahlen. Eine noch am 22. August veröffentlichte Umfrage des IfM-Instituts Leipzig (allerdings mit Feldarbeit schon vom 10. bis 17. August) billigte der CDU 41% zu. Alle diese Umfragen lagen nahe an den tatsächlich erzielten 40,2%.

Die FDP hingegen bekam im Jahr 2008 noch regelmäßig Werte deutlich unter 10%, stieg im Februar und März auf 9% und erzielte seitdem Werte bei und über 10%. Die FPD konnte sich in vielen Umfragen 2008 der 20%-Marke nähern, fiel aber 2009 wieder zurück und erhielt ab April 2009 Werte zwischen 13% und 15%, Ende August bei der Forschungsgruppe Wahlen sogar nur 11%; bei der Umfrage von IfM wieder 10%. Die FDP, die realiter 10,0% erhielt, ist also bestenfalls leicht überschätzt worden. Auch Union und FDP zusammen (50,2%) waren von den Umfragen insgesamt bei leichter Tendenz zur Überschätzung gut getroffen worden.

Die Linke konnte 2008 in den Umfragen die 20%-Marke mehrmals deutlich überschreiten, fiel aber 2009 in den meisten Umfragen unter diese

zurück. Zuletzt lag sie bei 17% bzw. 19%, Ende August aber wieder bei 21% (Infratest Dimap) bzw. 20% (Forschungsgruppe Wahlen sowie IfM). Ihr reales Ergebnis von 20,6% wurde also gut prognostiziert.

Die SPD lag bei allen Umfragen 2009 weit über der 10%-Marke und erreichte Anfang des Jahres mehrfach 18%. Dann gingen die Werte zurück und sanken in den letzten Umfragen bei Infratest Dimap auf 13%, bei der Forschungsgruppe Wahlen auf 11%, bei IfM allerdings nur auf 14%. Insofern wurde sie mit ihrem realen Ergebnis von 10,4% nur von einem Institut gut prognostiziert, von den anderen eher überschätzt. Dies gilt auch, wenn man Rot-Grün oder Rot-Rot-Grün zusammen betrachtet. Diese beiden Lager wurden insgesamt von den Umfragen gut getroffen, sieht man von den zu hohen Werten des IfM-Instituts ab.

Den Grünen wurden fast das gesamte Jahr 2009 Werte von 6% oder 7% vorhergesagt, so dass man von einem deutlichen Einzug ins Parlament ausgehen konnte. Die letzten Umfragen lagen allesamt bei 6%. Auch hier wurde das tatsächliche Ergebnis mit 6,4% gut erfasst.

Dies war bei der NPD nicht möglich, da sie in den Umfragen zumeist bei 5% (Ende August bei Infratest Dimap mit 4%, bei der Forschungsgruppe Wahlen mit 6% und bei IfM mit 5%) gemessen wurde. Damit war angesichts der Fehlermargen eine Aussage über den Einzug ins Parlament nicht möglich. Wegen ihrer teilweise beachtlichen Verankerung auf regionaler Ebene musste jedoch durchaus mit einem Wiedereinzug der NPD in den sächsischen Landtag gerechnet werden. Dies ist ihr mit 5,6% auch knapp gelungen.

## Thüringen

Bei der Landtagswahl in Thüringen traten zum Teil deutliche Abweichungen zwischen den letzten Prognosen der Umfrageinstitute und dem realen Ergebnis auf. Dafür waren aber überdurchschnittlich Studien kleinerer Institute verantwortlich. In Thüringen wurde der CDU im Jahr 2008 zumeist Werte zwischen 31% und 37% prognostiziert, zuletzt im Oktober 33%. Nach der Winterpause und dem schweren Skiunfall von Ministerpräsident Althaus stieg der Wert für die CDU ab Januar 2009 auf bis zu 40%. Lediglich Mitte und Ende August meldeten zwei Umfragen von Infratest Dimap 34% sowie Ende August die Forschungsgruppe Wahlen 35%. Dies lag deutlich über dem realen Wert von 31,2%. Hinzu kam, dass in einer Umfrage des IfM Leipzig, die am 22. August 2009 bekannt wurde, aber bei der die Feldarbeit vom 10. bis 13. August geleistet worden war, die CDU sogar auf 37% geschätzt wurde. Schließlich kursierte am 25. August noch eine (allerdings mit 369 Befragten kaum repräsentative) Umfrage der TU Ilmenau, die die CDU sogar auf 41% taxierte. Unabhängig von der Quali-

tät dieser Studien muss konstatiert werden, dass sämtliche Umfragewerte der jüngeren Zeit für die CDU deutlich über dem Wahlergebnis lagen.

Auch hier konnte sich die FDP in den Umfragen von Werten 2008 um 5% oder 6% auf Werte bis zu 9%, bei der Forschungsgruppe Wahlen zuletzt sogar 10% verbessern. Dies lag ebenfalls deutlich über ihrem realen Ergebnis von 7,6%. Auch die beiden zitierten Umfragen von IfM und TU Ilmenau sahen sie bei 9% bzw. 8%. Die FDP wurde also ebenfalls (wenn auch nicht so stark wie die CDU) in den Umfragen vor der Wahl stärker angegeben als sie später abschnitt. Dies gilt auch für das bürgerliche Lager insgesamt, das 38,8% erhielt, in den jüngsten Umfragen aber zum Teil auf bis zu 45% kam.

Die SPD sackte in der zweiten Jahreshälfte 2008 auf Werte deutlich unter 20% ab und konnte sich 2009 nur bei wenigen Umfragen auf Werte über 20% erholen, Mitte August wurde sie aber wieder bei 20%, Ende August bei 19% (Infratest Dimap) oder 18% (Forschungsgruppe Wahlen) gemessen. Damit wurde ihr späteres Ergebnis von 18,5% gut getroffen. Dies galt wiederum nicht für die Umfragen von IfM und der TU Ilmenau, wo die SPD auf 20% sowie 15% kam.

Die Linke lag zuletzt stabil bei 24% (Forschungsgruppe Wahlen Ende August 25%), nachdem sie Ende 2008 noch deutlich höher gelegen hatte. Die Studien von IfM und der TU Ilmenau sahen sie bei 23%. Damit wurde ihr reales Ergebnis von 27,4% deutlich zu pessimistisch gesehen.

Die Grünen erhielten in den letzten Umfragen 6% (bei der Forschungsgruppe Wahlen 5%; ebenso bei IfM und bei der TU Ilmenau sogar 10%), was ihren Einzug in den Landtag wahrscheinlicher machte, nachdem sie bei vielen Umfragen 2008 und 2009 bei oder sogar unter 5% gelegen hatten. Dennoch konnte man von einem Einzug ins Parlament nicht sicher ausgehen. Ihr reales Ergebnis von 6,2% wurde aber von den jüngsten Umfragen zumeist gut getroffen. Wegen der Unterschätzung der Linken und der Überschätzung der SPD wurde auch das rot-rot-grüne Lager insgesamt von den Umfragen gut prognostiziert.

Die NPD blieb bei allen Umfragen klar unter der 5%-Hürde, was keinen Einzug ins Parlament erwarten ließ. Bei der Wahl blieb sie mit 4,3% auch darunter.

#### Saarland

Für das Saarland wurden 2009 über lange Monate keine Umfragen veröffentlicht. Im April 2009 wurde die CDU mit 36% gemessen, während ihr im Jahr zuvor zumeist höhere Werte, zum Teil bis zu 42% prognostiziert

worden waren. Ende August wurde ihr von Infratest Dimap 38% und von der Forschungsgruppe Wahlen 36% vorhergesagt. Das lag über dem realen Wert von 34,5%.

Die FDP konnte sich in den Umfragen im Frühjahr 2009 auf Werte von 8 und 9% steigern, nachdem sie 2008 zumeist bei 6% gelegen hatte. Die jüngsten Umfragen lagen allesamt bei 9%, so dass ihr realer Wert von 9,2% sehr gut getroffen wurde. Wegen der Überschätzung der CDU in den letzten Umfragen wurde daher auch das bürgerliche Lager insgesamt von den Demoskopen etwas zu hoch bewertet.

Die SPD lag im April 2009 bei 27%, während sie zuvor deutlich niedriger war, nämlich 2008 zwischen 22% und 25% und Ende August bei zwei Umfragen von Forschungsgruppe Wahlen und Infratest Dimap bei 26%. Dies war etwas höher als die tatsächlich erreichten 24,5%.

Die Linke, die lange Zeit nahe an den Werten der SPD lag und in einer Umfrage 2008 sogar darüber, sank von Werten an und über 20% in der Umfrage vom April 2009 auf 18% und Ende August bei Infratest Dimap auf 15% ab, bei der Forschungsgruppe Wahlen erhielt sie zeitgleich 16%. Dies war deutlich niedriger als die real erzielten 21,3%.

Die Grünen erhielten im April 7% und Ende August bei beiden großen Instituten 6%, lagen aber zuvor oft auch nur bei 5%, so dass ihr Einzug in den Landtag durchaus noch als fraglich gelten konnte. Dennoch bedeutet ihr reales Ergebnis von 5,9%, dass die Prognose hier zutreffend war. Wegen der starken Unterschätzung der Linken war Rot-Grün insgesamt etwas, Rot-Rot-Grün aber deutlich zu schwach von den Demoskopen angegeben worden.

Sonstige Parteien lagen in allen neueren Umfragen klar unter 5%. Auch in der Realität kam keine weitere Partei diesem Wert nahe.

## 10.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

#### Sachsen

Betrachtet man das Wahlverhalten in den Altersgruppen, so zeigten sich bei der Union bekannte Muster. So schnitt sie laut Forschungsgruppe Wahlen bei den 18- bis 29-Jährigen mit 29% deutlich unterdurchschnittlich und bei den 20- bis 44-Jährigen mit 38% etwas unterdurchschnittlich ab. Lediglich bei den über 60-Jährigen kam sie mit 46% (Infratest Dimap: 47%) auf einen Wert weit über ihrem Ergebnis von 40,2%, blieb aber – wie bei vielen Wahlen der letzten Jahre – auch bei den Senioren

unter der 50%-Marke. Interessant ist, dass die CDU bei den Frauen insgesamt mit 44% deutlich besser abschnitt als bei den Männern mit 38% (Infratest: 38%). Während bei den Männern insgesamt ein Verlust von 3 Prozentpunkten zu verzeichnen war (bei den Männern bis 29 Jahren sogar -11), konnte sie bei den Frauen (allerdings erst bei denen ab 30 Jahren) insgesamt um 2 Punkte zulegen. Zwar kam die CDU bei dieser Wahl bei den jüngeren Frauen also erneut auf einen unterdurchschnittlichen Wert, verglichen mit anderen Wahlen war der Generationenunterschied bei den weiblichen CDU-Wählern aber nicht so dramatisch.

Generell überdurchschnittlich haben bei den jüngeren Generationen die kleinen Parteien abgeschnitten. Bei der FDP waren die Wähler unter 45 deutlich, bei den Grünen etwas überdurchschnittlich vertreten. Neben der CDU hatten nur die Grünen ein deutliches Übergewicht weiblicher Wähler. Die NPD hingegen wurde weit mehr von Männern gewählt, vor allem von den jungen (12% bei den Wählern bis 29 Jahren; laut Infratest 10% bei denen von 18 bis 24 Jahren). Während SPD und FDP weitgehend ausgeglichen von beiden Geschlechtern gewählt wurden (Infratest sah jedoch für die FDP eine Überrepräsentation der Männer), hatte die Linke ein klares Übergewicht bei den Männern und den Wählern ab 45 Jahren, bei den jüngeren wäre sie bei unter 15% gelandet.

Bezogen auf die Berufsgruppen blieb die CDU laut Forschungsgruppe Wahlen in allen Bereichen außer dem der Arbeitslosen die stärkste Partei. Bei den Arbeitern blieb sie mit 40% weit vor der Linken mit 22% (Infratest: 18%). Die SPD erreichte hier mit 9% (Infratest: 8%) ebenso viel wie FDP und NPD. Infratest sah hier FDP mit 12% und NPD mit 10% sogar vor der SPD. Ähnlich sah das Bild bei den Angestellten aus, wo die CDU 42% (Infratest: 39%) erreichte. Die Linke verlor in dieser Gruppe am meisten (laut Infratest aber noch mehr bei den in Ausbildung Befindlichen und den Beamten). Die NPD schnitt hier deutlich unter dem Durchschnitt ab. Bei den Selbständigen hingegen erreichte die CDU mit 39% (Infratest: 44%) nur einen Wert knapp unter dem Durchschnitt bei hohen Verlusten. Dort konnte die FDP 19% (Infratest: 23%) holen und (als einzige Berufsgruppe) die Linke mit 16% (Infratest: 11%) hinter sich lassen. Auch die Grünen schnitten hier mit 9% (Infratest: 7%) überdurchschnittlich ab. Bei den Beamten holte die CDU mit 43% (Infratest: 42%) einen Wert über dem Durchschnitt und auch hier konnten die Grünen 9% erreichen. Insgesamt holte die CDU bei allen Erwerbstätigen mit 40% ein Ergebnis im Durchschnitt. Bei den Rentnern schnitt sie mit 45% überdurchschnittlich ab, ebenso wie die SPD (14%) und die Linke (28%; Infratest: 25%). Bei den Arbeitslosen konnte die CDU zwar dazugewinnen, blieb aber mit 28% (Infratest: 27%) unter ihrem Durchschnittswert. In dieser Gruppe schnitten die Linke (30%; Infratest: 32%), aber auch NPD, Sonstige und sogar die FDP mit jeweils 11% mehr oder weniger überdurchschnittlich

ab. Infratest ermittelte aber bei den Arbeitslosen 12% für die NPD und nur 5% für die FDP.

Betrachtet man die Bildungsgruppen, so schnitt die CDU laut Forschungsgruppe Wahlen am besten bei Wählern mit formal niedriger Bildung ab - weit überdurchschnittlich bei den Hauptschulabsolventen mit 48%, was wohl auch dem guten Anteil an den Arbeitern entspricht. Allerdings konzentrierte sich dieses Resultat dort weitgehend auf die über 35-Jährigen, während die CDU bei den jüngeren Hauptschulabsolventen zwar zulegen konnte, aber weit unter ihrem Durchschnitt blieb. Bei den Absolventen mit Mittlerer Reife holte die CDU 41%, bei denjenigen mit Hochschulreife 39% und bei den Hochschulabsolventen 36%. Umgekehrt holte die FDP bei den höher Qualifizierten größere Anteile. Die Grünen verzeichneten ebenfalls höhere Anteile bei höherer formaler Qualifikation, schnitten aber auch bei den Hauptschulabsolventen mit 12% überdurchschnittlich ab. Die NPD hingegen holte ihre Stimmen weit überdurchschnittlich bei den formal niedriger Qualifizierten. Bei allen Bildungsgruppen schlug natürlich die erwähnte Altersverteilung durch. So holte die NPD weit überdurchschnittliche Anteile bei den Wählern mit Hauptschulabschluss und Mittlerer Reife unter 35 Jahren (20% bzw. 16%).

Auch bezogen auf die Konfession zeigten sich die bekannten Muster. Unter den Katholiken (die in Sachsen aber nur 4% der Wählerschaft ausmachen) schnitt die CDU mit 54% (Infratest: 59%) weit überdurchschnittlich ab, ebenso bei den Protestanten mit 55% (Infratest: 54%). Beim Rest – immerhin 58% der Wähler – kam sie nur auf 32%. Während die anderen Parteien weitgehend gleich über die drei Gruppen verteilt waren, holten sowohl die Sonstigen und vor allem die Linke bei der Gruppe der Konfessionslosen bzw. mit anderer Konfession ein überdurchschnittliches Ergebnis, die Linke mit 27% (Infratest: 26%).

#### Thüringen

Auch in Thüringen zeigten sich bei der CDU bezogen auf das Alter die bekannten Verteilungsmuster. Allerdings war laut Forschungsgruppe Wahlen hier der Unterschied zwischen männlichen (31%) und weiblichen Wählern (32%) weit geringer als in Sachsen. Hier holte die CDU ebenfalls bei den Wählern unter 29 Jahren mit 28% ein unterdurchschnittliches Ergebnis, bei den folgenden Altersgruppen blieb sie mit 30% leicht unter dem Durchschnitt und nur bei den über 60-Jährigen holte sie mit 35% ein Ergebnis weit über dem Gesamtwert von 31,2%. Das Verhältnis von männlichen und weiblichen Wählern war in Thüringen bei der CDU weitaus uneinheitlicher als in Sachsen. So lagen bei den unter 30-Jährigen die Frauen deutlich vor den Männern, in den folgenden Altersgruppen

konnte die CDU mehr Männer erreichen und erst bei den über 60-Jährigen schnitten die Frauen mit 38% deutlich stärker ab. Die meisten Verluste musste die CDU bei den Männern unter 29 Jahren und den Frauen in den mittleren Altersgruppen hinnehmen.

Bei Infratest Dimap stellte sich die Verteilung für die CDU etwas anders dar. Sie fanden mit insgesamt 33% weiblichen und 29% männlichen Wählern einen größeren Abstand zwischen den Geschlechtern. Dabei sah dieses Institut auch die Altersverteilung prononcierter. So sei die CDU bei allen Wählern unter 60 (mit Ausnahme der 25- bis 34-Jährigen) unter 30% gelandet, bei den über 60-Jährigen bei 37% (dort bei den Frauen mit 41%, den Männern aber nur mit 33%). Die stärksten Verluste wurden bei den jungen Wählern bis 24 Jahren und den Frauen von 25 bis 59 Jahren gesehen.

Die SPD war generell bei den Frauen überrepräsentiert, während bei der Linken und der NPD die Männer stärker vertreten waren. Die SPD hatte ähnlich wie die CDU ihre stärksten Wählergruppen bei den über 60-Jährigen. Die FDP war bei den Wählern unter 45 Jahren am stärksten und am deutlichsten überrepräsentiert, bei den Männern dabei etwas stärker. Während die Linke bei den Wählern ab 45 Jahren deutlich überrepräsentiert war (31%; bei denen unter 45 unter 22%; bei Männern meist stärker), war auch hier die NPD die Partei der Jungwähler, bei den Männern unter 29 Jahren laut Forschungsgruppe Wahlen 14%.

Bei den Berufsgruppen konnte die CDU anders als in Sachsen nicht so starke Akzente setzen. So blieb sie laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Arbeitern mit 30% (Infratest Dimap: 31%) leicht unter dem Durchschnitt, während die Linke hier 31% (Infratest Dimap: 30%) holte. Bei den Angestellten holte sie mit 30% (Infratest Dimap: 29%) auch einen leicht unterdurchschnittlichen Wert, wurde hier aber stärkste Partei. Bei den Beamten lag sie mit 31% (Infratest Dimap: 30%) etwa im Schnitt. Dort holte die SPD mit 24% (Infratest Dimap: 22%) einen weit überdurchschnittlichen Wert. Nur bei den Selbständigen holte die CDU mit 36% (Infratest Dimap: 42%) einen überdurchschnittlichen Wert ebenso wie die FDP mit 17%. Bei den Arbeitern und Beamten lagen die CDU-Verluste über, bei den Selbständigen weit über dem Durchschnitt. Bei den Rentnern blieb die CDU mit 33% (Infratest Dimap: 34%) etwas über dem Durchschnitt. Dort holten Linke und SPD weit überdurchschnittliche Werte. Bei den Arbeitslosen blieb die CDU mit 20% (Infratest Dimap: 25%) unter dem Durchschnitt, dort holten Linke und NPD relativ viele Stimmen.

In den verschiedenen Bildungsgruppen erreichte die CDU bei den Hauptschulabsolventen mit 36% noch einen überdurchschnittlichen Wert, obwohl sie auch sehr hohe Verluste zu verzeichnen hatte. Infratest Dimap sah den Wert hier aber bei 40% und die Verluste etwas unter dem Durch-

schnitt. Bei den Absolventen mit mittlerer Reife lag sie etwa im Durchschnitt, bei den Wählern mit höherer formaler Qualifikation unter dem Durchschnitt. Auch in Thüringen war sie bei den Hauptschulabsolventen über 35 Jahren mit 37% am stärksten vertreten. Die FDP konnte hingegen vor allem bei den jüngeren Abiturienten und Hochschulabsolventen überdurchschnittlich punkten. Auch die Grünen schnitten bei allen Hochschulabsolventen überdurchschnittlich ab. Die Wähler der NPD rekrutierten sich zu weit überwiegendem Teil aus Wählern unter 35 Jahren mit mittlerer Reife oder Hauptschulabschluss. In dieser Gruppe wurde sie mit 29% sogar stärkste Partei!

Die Konfessionsverteilung sah ähnlich aus wie in Sachsen. Bei den Katholiken (9% der Gesamtbevölkerung) holte die CDU 55%, bei den Protestanten nur noch 40% (Infratest Dimap: 39%), bei den anderen (immerhin 55% der Bevölkerung) mit 22% einen stark unterdurchschnittlichen Wert. In dieser letzten Gruppe waren erneut die NPD mit 5% und vor allem die Linke mit 35% überdurchschnittlich vertreten.

#### Saarland

Im Saarland zeigten sich bezogen auf das Alter stärkere Unterschiede als bei den anderen Landtagswahlen. Die CDU blieb laut Forschungsgruppe Wahlen bei allen Altersgruppen unter 60 Jahren mit 29% bzw. 30% deutlich unter ihrem Gesamtergebnis von 34,5%, nur bei den Senioren kam sie mit 44% (Infratest Dimap: 45%) deutlich darüber. Am stärksten schnitt sie mit 49% bei den Frauen über 60 Jahren ab. Infratest Dimap sah hier aber auch nur einen Wert von 45%. In den Jahrgängen über 45 Jahren waren die Frauen stärker vertreten, bei den Jüngeren insgesamt die Männer. Die mit Abstand stärksten Verluste verzeichnete die CDU bei den 45- bis 59-Jährigen und dort bei den Frauen noch stärker (Infratest Dimap: gleich hoch) als bei den Männern.

Die SPD schnitt in allen Altersgruppen – auch bei den Jüngeren – bei den Frauen besser ab. Die Grünen waren mit Abstand in der Altersgruppe bis 29 Jahre am stärksten vertreten und bei allen Altersgruppen bis 59 Jahren bei den Frauen stärker als bei den Männern. Sie hatten aber bei den Jahrgängen unter 45 Jahren Verluste, die sie nur durch ihre Gewinne bei denjenigen über 45 Jahren ausgleichen konnten. Infratest Dimap sah hingegen in allen Altersgruppen Verluste für die SPD außer bei den Männern unter 24 Jahren. Die FDP war bei den Wählern bis 45 Jahren und generell bei den Männern etwas stärker vertreten. Die Linke war bei den Männern (24%) deutlich stärker als bei den Frauen (17%; Infratest Dimap: 18%) und hatte ihren Schwerpunkt in den Altersgruppen zwischen 30 und 59 Jahren. Dort verzeichnete sie auch die meisten Zugewinne. Bei den Männern

zwischen 45 und 59 Jahren holte sie sogar genauso viele Stimmen (28%) wie die CDU (Infratest Dimap sah hier sogar einen Vorsprung von 30% zu 29%). Bei den Männern zwischen 30 und 44 Jahren konnte sie mit 25% immerhin die SPD hinter sich lassen. Die Sonstigen hatten ein leichtes Übergewicht bei Männern und jüngeren Wählern.

Bei den Berufsgruppen konnte die CDU nur bei den Beamten mit 51% (Infratest Dimap: 48%) und den Selbständigen mit 43% (dort aber bei einem überdurchschnittlichen Verlust von 15%) einen Wert über dem Durchschnitt holen. Infratest Dimap sah aber bei den Selbständigen nur einen Wert von 33% und einen überdurchschnittlichen Verlust von 22 Punkten. Bei den Arbeitern blieb sie mit 26% (Infratest Dimap: 25%) nicht nur unter dem Durchschnitt, sondern auch hinter der SPD (28%; Infratest Dimap: 27%) und den Linken (31%; Infratest Dimap: 34%). Auch bei den Angestellten blieb die CDU mit 32% knapp unter dem Durchschnitt ihres Gesamtergebnisses von 34,5%. Dort waren die Verluste mit 15% ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Während sie bei den Rentnern mit 41% (Infratest Dimap: 42%) stärkste Partei wurde und über dem Durchschnitt abschloss, blieb sie bei den Arbeitslosen mit 15% (Infratest Dimap: 17%) weit darunter und hinter der SPD (20%; Infratest Dimap: 21%) und den Linken (44%; Infratest Dimap: 46%).

Bei der SPD waren die Stimmen gleichmäßiger über die Berufsgruppen verteilt. Nur bei den Arbeitslosen und vor allem den Selbständigen blieb sie unter ihrem Durchschnittswert. Die FDP schnitt bei den Angestellten und vor allem den Selbständigen überdurchschnittlich gut ab. Die Linke holte weit überproportionale Werte bei Arbeitern und Arbeitslosen.

In den Bildungsgruppen zeigte sich laut Forschungsgruppe Wahlen ein erstaunliches Ergebnis, das untypisch für das Wahlverhalten zugunsten der CDU war. Sie blieb sowohl bei den Absolventen von Haupt- und Realschule als auch denjenigen mit Hochschulreife leicht unter ihrem Durchschnittswert, während sie bei Universitätsabsolventen mit 43% deutlich darüber abschnitt. Auch Infratest Dimap stellte diese Verteilung fest, wenn auch nicht ganz so heftig. Besonders schwach schnitt die CDU bei den Absolventen von Haupt- und Realschule unter 35 Jahren ab. Bei der SPD hingegen sanken die Anteile mit höherer formaler Qualifikation. Bei den Grünen wiederum stiegen sie an und erreichten bei den Universitätsabsolventen 11%, während sie bei den Hauptschulabsolventen nur auf 2% kamen. Die FDP schnitt in allen Altersgruppen vor allem bei Abiturienten und Hochschulabsolventen überdurchschnittlich ab. Die Linke war wie die SPD bei den Wählern mit formal niedriger Qualifikation deutlich stärker vertreten. So holte sie bei den Hauptschulabsolventen unter 35 Jahren 37%, blieb aber bei den jüngeren Absolventen von Gymnasium oder Hochschule mit 16% bzw. 10% weit unter ihrem Durchschnitt und

erzielte dort ihre schlechtesten Werte. Auch die Sonstigen erlitten zwar bei den jüngeren Absolventen von Haupt- und Realschule die größten Verluste, erzielten dort aber dennoch überdurchschnittliche Ergebnisse.

Bei der Konfessionsverteilung zeigte sich, dass die CDU zwar bei den Katholiken (immerhin 63% der Wähler) mit 40% ein überdurchschnittliches Ergebnis holte, dort aber auch mit 13% sehr starke Verluste zu verzeichnen hatte. Bei den Protestanten (22% der Wähler) kam sie mit 26% (Infratest Dimap: 27%) auf ein noch weiter unter ihrem Durchschnitt liegendes Resultat, ebenso bei den Wählern mit anderer oder sonstiger Konfession (allerdings nur 9% der Wählerschaft), wo sie mit 17% (Infratest Dimap: 19%) noch deutlicher darunter blieb. Die SPD holte hingegen überdurchschnittliche Werte bei den Protestanten, die Grünen und die FDP bei den Konfessionslosen. Auch die Linke holte bei den Konfessionslosen mit 32% (Infratest Dimap: 31%) einen weit überdurchschnittlichen Wert, blieb aber auch bei den Protestanten (21%) und den Katholiken (19%) nur etwas unter ihrem Gesamtwert von 21,3%. Infratest Dimap sah sie auch bei den Protestanten mit 23% etwas über dem Gesamtwert.

# 10.2.5 Zusammenfassung: Fingerzeige für die Bundestagswahl?

Drei Landtagswahlen an einem Tag – vier Wochen vor einer Bundestagswahl – werden notgedrungen von der Publizistik und großen Teilen der Öffentlichkeit als möglicher Fingerzeig oder gar Vorentscheidung für diese anstehende nationale Wahl interpretiert. Bei entsprechenden Resultaten bietet ein solcher Wahltermin für die beteiligten Parteien auch die Möglichkeit oder sogar die Notwendigkeit, ihre Strategien für die letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes noch zu modifizieren. Andererseits kann das Ergebnis in diesen Ländern auch als Bestätigung für den Kurs einer Partei für die Wahl zum Bundestag gewertet werden.

Die Reaktionen auf die Ergebnisse der Landtagswahlen des 30. August 2009 sind daher sehr unterschiedlich ausgefallen. Schon die Tatsache, dass die jeweiligen Landesregierungen einen Wahltermin kurz vor der Bundestagswahl ausgesucht und diese nicht mit der Bundestagswahl zusammengelegt haben (so wie in Brandenburg und kurzfristig auch in Schleswig-Holstein) war ein Indiz dafür, dass diese sich positive Effekte von einer Absetzung von bundespolitischen Einflüssen und einer stärkeren Betonung des landespolitischen Charakters versprachen. Dieser Effekt war aber bestenfalls in Sachsen feststellbar. In Thüringen wie im Saarland hat er sich für die jeweilige CDU-Regierung nicht positiv ausgewirkt. Dennoch kann nur darüber spekuliert werden, ob bei einem Wahltermin gleichzeitig zur Bundestagswahl in diesen Ländern ein anderes Ergebnis herausgekommen wäre.

#### Sachsen

In Sachsen konnte die CDU die auch von den Demoskopen vorhergesagte Konstellation in die Realität umsetzen. Die von allen Beobachtern erwartete schwarz-gelbe Mehrheit war nicht in Gefahr. Dabei waren auch keine negativen Bundeseinflüsse zu verzeichnen. Laut Forschungsgruppe Wahlen sagten 55%, die Politik in Sachsen sei wahlentscheidend, aber immerhin 38% gaben die Bundespolitik an. Die Regierungspartei CDU kam (auf einer Skala von +5 bis -5) auf einen guten Wert von +1,4, die SPD immerhin auf +0,6 und von den Oppositionsparteien nur die FDP mit +0,4 auf einen positiven Wert. Die CDU im Land wurde mit +2,0 noch besser bewertet als die Bundes-CDU mit +1,7. SPD, FDP und Grüne kamen jeweils ebenfalls auf positive Werte, wobei jeweils die Landesparteien etwas schlechter als die Bundespartei beurteilt wurden. Die Linke blieb mit -0,5 im negativen Bereich, wurde aber im Land etwas besser als im Bund beurteilt.

Auch die Einstellungen zum Spitzenkandidaten spiegelten diese sehr positive Bewertung der CDU wieder. Stanislaw Tillich, der erst seit Mai 2008 im Amt war, erreichte zwar nicht ganz die Werte seines Vorgängers Milbradt bei der Wahl 2004, lag aber überzeugend vorne. 68% sagten, er mache seine Arbeit gut. 50% wünschten sich ihn als Ministerpräsident und auch bei den eigenen Anhängern erreichte er mit +3,6 einen Spitzenwert. Laut Infratest Dimap lag er mit 70% zu 20% vorn im Vergleich zum Kandidaten der Linken, André Hahn, und mit 64% zu 23% vor dem SPD-Spitzenmann Thomas Jurk.

Das Ansehen der sächsischen CDU war ebenfalls sehr gut. In allen Kompetenzbereichen hatte die CDU laut Forschungsgruppe Wahlen einen Vorsprung. Insbesondere in den Feldern Arbeitsplätze und Wirtschaft (Arbeitslosigkeit stellte für 63% das wichtigste Problem dar), aber auch mit Zukunft lag sie mit 33%, 40% und 38% weit vor allen anderen Parteien. In den Feldern Familie, Schule und Bildung sowie soziale Gerechtigkeit lag sie ebenfalls – wenn auch knapper – vor den Mitbewerbern. Laut Infratest Dimap führte die CDU in den Bereichen Wirtschaft, Bewältigung der Wirtschaftskrise, Arbeitsplätze, Verschuldung, Schul- und Bildungspolitik, Familienpolitik, Steuerpolitik und Integrationspolitik. Die SPD lag vorn bei den Themen angemessene Löhne und soziale Gerechtigkeit. Die Grünen waren in der Umweltpolitik am stärksten angesehen.

Alles in allem konnte die CDU mit dem Ausgang der Wahl zufrieden sein. Zwar kamen wieder sechs Parteien (darunter die NPD) in den Landtag, aber angesichts der Turbulenzen während der vergangenen Legislaturperiode hatte sich die CDU für diese Wahlen gut positioniert. Insofern waren die Landtagswahlen in Sachsen vor allem ein gelungenes Plebiszit über die erfolgreiche Regierungspolitik im Land. Auch strukturell war das Er-

gebnis – auch bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangslage in den neuen Bundesländern – zwar durchwachsen, aber auch mit positiven Aspekten versehen. Prozentual konnte die CDU ihr Resultat halten, auch wenn in absoluten Zahlen Stimmen verloren gingen. Kaum überraschend war der überdurchschnittliche Zuspruch bei den Senioren, aber auch in den mittleren Generationen fiel das Ergebnis besser aus als bei anderen Landtagswahlen. Vor allem die Frauen konnten insgesamt überdurchschnittlich gewonnen werden. Sie blieb bei allen Berufsgruppen die stärkste Partei und konnte vor allem bei Arbeitern und den Wählern mit niedrigerer formaler Qualifikation gut abschneiden. Sie hat sich damit wiederum als Partei der kleinen Leute und Volkspartei präsentiert.

Die FDP konnte sich vor allem in den Alters-, Berufs- und Bildungsgruppen verstärken, in denen die Union ihre Defizite hatte. Insofern war eine Koalition mit der FDP auch wahlsoziologisch eine naheliegende Alternative. Eine linke Mehrheit war trotz der Gewinne der SPD (allerdings auch nur prozentual) außer Reichweite. Die Grünen konnten zwar leicht zulegen, blieben aber zu schwach. Die Linke verlor nicht nur 3%, sondern auch fast ein Viertel ihrer Stimmen von 2004. Die gefestigte Mehrheit der CDU in Sachsen konnte nach diesem 30. August 2009 also noch am ehesten als Vorbild für eine bürgerliche Mehrheit im Bund gelten.

Laut Infratest Dimap entschieden sich 34% der Wähler in Sachsen relativ kurzfristig während der letzten Tage vor der Wahl oder am Wahltag selbst. Besonders hoch war der Anteil hier bei der SPD (39%) und der FDP (36%), während er bei der CDU (33%) und der Linken (29%) etwas unter dem Durchschnitt blieb.

### Thüringen

In Thüringen, dem ebenfalls von der CDU regierten Nachbarland, sah die Landschaft komplett anders aus. Mit einem Rekordverlust von 11,8% und einem Viertel der Stimmen von 2004 war die Zeit der Alleinregierung beendet. Insgesamt waren die demoskopischen Daten zum Teil dramatisch schlechter als in Sachsen. Dabei hat offenbar die Situation im Land eine größere Rolle gespielt. Zwar sagten in Thüringen laut Forschungsgruppe Wahlen 35%, die Politik im Bund sei für ihre Wahl entscheidend, aber 58% nannten die Politik in Thüringen. Auf der Skala von +5 bis -5 kam die CDU-Alleinregierung nur auf einen Wert von +0,2 (2004 waren es +1,0 gewesen), während die SPD-Opposition auf +0,7 kam. In der Parteienwertung kam die CDU in Thüringen auf +0,7 (die Bundes-CDU auf +1,3), die SPD auf +0,8 und die FDP auf +0,2, während Linke und Grüne leicht negativ beurteilt wurden. Laut Infratest Dimap waren 40% der Wähler mit der Landesregierung zufrieden oder sehr zufrieden, darunter aber nur 79% der CDU- und 41% der FDP-Anhänger.

Bei den Werten für den Spitzenkandidaten wird die Problematik noch deutlicher. 54% meinten, Dieter Althaus mache seine Sache gut, 2004 waren dies noch 72% gewesen. Er erreichte nur einen persönlichen Wert von +0,5, während Christoph Matschie von der SPD +0,9 erhielt und Bodo Ramelow von den Linken immerhin +0,2. Bei der Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten lag er zwar 44 zu 22 vor Ramelow (Infratest Dimap: 50% zu 35%), aber nur 40 zu 39 vor Matschie (Infratest Dimap: 44 zu 42). Laut Infratest Dimap waren mit ihm nur 47% zufrieden oder sehr zufrieden, 21% weniger als bei der letzten Landtagswahl. Dies waren keinesfalls Werte, die eine unangefochtene Wiederwahl erwarten ließen.

Auch bei den Parteikompetenzen sah die Lage in Thüringen weitaus schwieriger für die CDU aus. Das Thema Arbeitsplätze war auch hier für die große Mehrheit (63%) das wichtigste Thema. Die CDU lag auch in diesem Land vorne bei den Themenfeldern Arbeitsplätze (26%), Wirtschaft (33%) und Zukunft (29%). Allerdings waren die Abstände zu den anderen Parteien hier deutlich geringer. Im Bereich Familie lag man mit der SPD gleich auf, in den Bereichen Schule/Bildung und soziale Gerechtigkeit aber hinter der SPD und den Linken. Laut Infratest Dimap konnte die CDU auch bei den Themenfeldern Abwanderungsstopp der jungen Generation, Steuerpolitik, angemessene Löhne und Umweltpolitik keine Spitzenwerte erzielen.

Die CDU zeigte also sowohl beim Spitzenkandidaten als auch in einzelnen Politikfeldern Schwäche. Unklar ist, ob Letztere durch die Politik der Landesregierung bedingt waren oder sich aus dem Verfall der Zustimmungswerte zum Spitzenkandidaten entwickelt haben. Der Skiunfall von Dieter Althaus im Winter, bei dem durch sein Verschulden eine Frau zu Tode kam, hatte für die Wahl eine unvorhersehbare Sondersituation geschaffen. Ob dieser Unfall oder dessen spätere kommunikative Verarbeitung den Verfall der persönlichen Werte des Spitzenkandidaten ausgelöst haben, ist letztlich irrelevant, das Faktum der schlechten Werte hat den Wahlausgang aber sicher entscheidend mitbeeinflusst.

Auch strukturell machte sich dies im Wahlergebnis vor allem im Vergleich zu Sachsen deutlich: Starke Verluste bei jüngeren Wählern und auch bei Frauen in den mittleren Altersgruppen, generell weniger weibliche Wähler als in Sachsen, bei weitem weniger Resonanz bei Arbeitern und weit überdurchschnittliche Verluste bei Arbeitern, Beamten und Selbständigen. Die CDU konnte in Thüringen also weitaus weniger ihren Charakter als Volkspartei unterstreichen als in Sachsen. Zugleich waren die Verluste bei den "kleinen Leuten" so groß, dass auch die Zugewinne der FDP bei Selbständigen oder höher Qualifizierten dies nicht ausgleichen konnten.

Laut Infratest Dimap haben sich 38% der Wähler erst kurzfristig während der letzten Tage vor der Wahl oder am Wahltag entschieden. Überdurchschnittlich hoch war dieser Wert bei Wählern der FDP (46%), der SPD (45%) und der Grünen (44%).

#### Saarland

Im Saarland stand ebenfalls eine CDU-Alleinregierung auf dem Spiel. Aber auch hier waren Sonderfaktoren erkennbar, die sich auf das Wahlverhalten ausgewirkt haben. Einerseits ein stark katholisch geprägtes, kleines Flächenland im Westen mit andererseits starker Arbeitertradition und der Wiederkehr des langjährigen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine als Spitzenkandidat der Linken. Der Verlust von 13% war nicht nur der stärkste Verlust der CDU an der Saar, sondern der stärkste Verlust der CDU in einem Flächenland seit 1950. Dass der Verlust auf die abgegebenen Stimmen bezogen nur etwa 12% beträgt, war hier nur ein schwacher Trost.

Im Saarland haben offenbar noch stärker landespolitische Effekte den Ausschlag gegeben. So sagten laut Forschungsgruppe Wahlen 31%, die Bundespolitik sei für ihre Wahl entscheidend gewesen, aber 66% nannten die Landespolitik. Die CDU-Alleinregierung kam auf der Skala von +5 bis -5 nur auf einen Wert von +0,4, die Oppositionsparteien wurden sämtlich ebenfalls positiv bewertet – die SPD sogar mit +0,5. Als Partei wurde die CDU mit +0,6 bewertet (nach +1,7 2004), die SPD kam auf +0,8, die Grünen auf +0,2 und die FDP auf +0,3. Die Linke kam zwar auf -1,1, das war jedoch deutlich besser als die -2,9 aus dem Jahr 2004. Die Bundespartei wurde im Saarland mit +1,0 klar besser bewertet als die Landespartei. Laut Infratest Dimap war nur eine Minderheit von 43% der Wähler mit der Landesregierung sehr zufrieden oder zufrieden, darunter immerhin 83% der CDU-Anhänger, aber nur 44% der FDP-Wähler.

Ähnlich wie in Thüringen kam auch im Saarland der Spitzenkandidat nicht auf hohe Zustimmungswerte. Auf die Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten erreichte Peter Müller 42%, sein Herausforderer Heiko Maas aber 43% (Infratest Dimap sah allerdings einen Vorsprung von 46 zu 42 für Müller). Bei der letzten Wahl hatte Müller noch mit 56 zu 29 vor Maas gelegen. Nur im Vergleich zu Oskar Lafontaine lag er mit 58 zu 32 vorne. 57% sagten, Müller mache seine Sache gut, 2004 waren dies noch 75% gewesen. Auf der bekannten Skala wurde er mit +0,9 bewertet, Heiko Maas mit +1,1 und Oskar Lafontaine mit -0,8. Im Vergleich mit Maas wurde ihm zwar mehr Sachverstand, aber etwas weniger Glaubwürdigkeit und deutlich weniger sympathische Wirkung zugebilligt.

Bei den Kompetenzwerten konnte sich die CDU nicht entscheidend von den Mitbewerbern absetzen: Auch im Saarland lag die CDU in den Bereichen Arbeitsplätze (30%), Wirtschaft (30%) und Zukunft (31%) vorne. Das Thema Arbeitsplätze war hier insgesamt für 60% am wichtigsten. Aber bei den Bereichen Schule, Bildung, Familie und soziale Gerechtigkeit lag sie hinter der SPD. Hinzu kam eine deutlich schlechtere Sicht der wirtschaftlichen Lage im Land verglichen mit anderen westdeutschen Ländern als 2004. Laut Infratest Dimap erzielte die CDU auch in den Themenbereichen angemessene Löhne und Umweltpolitik keine Spitzenwerte.

Dies spiegelte sich in der Wählerstruktur wider. Starke Verluste waren bei den jüngeren und mittleren Jahrgängen zu verzeichnen, bei den Wählern unter 60 Jahren konnte die CDU insgesamt die 30%-Marke nicht überschreiten. Es gab überdurchschnittliche Verluste bei Angestellten und große Verluste bei Arbeitern und Arbeitslosen, wo sie hinter der SPD und den Linken landete. Die Tatsache, dass die CDU im Saarland entgegen der Entwicklungen in anderen regionalen und nationalen Wahlen überdurchschnittlich gut bei Wählern mit formal höherer Qualifikation abschloss, war kaum von Bedeutung angesichts der dramatischen Verluste bei den "kleinen Leuten", die von der SPD, aber noch stärker von den Linken angezogen wurden. Sollte diese Entwicklung im Saarland kein Einzelfall bleiben, dann hätte die zukünftig CDU Probleme, sich im Land weiterhin als Volkspartei zu präsentieren.

Im Saarland entschieden sich laut Infratest Dimap 29% der Wähler erst während der letzten Tage vor der Wahl oder am Wahltag selbst. Überdurchschnittlich war dieser Anteil bei den Wählern der Grünen (41%) und der FDP (38%) zu verzeichnen.

Alle Landtagswahlen waren wiederum ein Beleg dafür, dass eine schlechte Stimmungslage im Land auch durch weit bessere Einschätzungen der Leistungen der Politik oder der eigenen Partei im Bund nicht kompensiert werden können. Die strukturellen Stärken wie die Defizite in der Mobilisierung einzelner Segmente der Wählerschaft zeigen sich prinzipiell bei jeder Wahl. In den neuen Bundesländern muss gleichzeitig mitberücksichtigt werden, dass insgesamt noch weniger feste Parteibindungen vorhanden sind als im Westen und daher eine größere Wechselbereitschaft nach wie vor vorhanden ist. Dies wurde in Thüringen noch durch den Sonderfall der persönlichen Probleme des Spitzenkandidaten verstärkt. Aber auch im Saarland wurde durch die Kandidatur der Linken unter ihrem populärsten Politiker und früheren Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine eine Sondersituation geschaffen, die die Mobilisierungsprobleme der CDU erhöhte und die auch im Westen steigende Wechselbereitschaft nochmals verstärkte. Aufgrund dieser Konstellation können die Landtagswahlen des 30. August 2009 nur sehr bedingt als Testlauf für die Bundestagswahl 2009

gesehen werden. Auf der einen Seite haben diese Wahlen wieder einmal gezeigt, wie groß insgesamt die Volatilität unter den Wählern in Deutschland schon ist. Jede Regierungspartei muss sich in diesen Jahren auf mehr Wechselbereitschaft einstellen, was dazu führen kann, dass auch etablierte Regierungen schnell vom Wähler abgewertet werden. Die Wahl in Sachsen hat unterstrichen, dass die Schwächen in der Wählerstruktur zu großen Teilen kompensiert werden können, wenn Kandidat, Programm und vermutete Kompetenz hohe Werte erreichen. Sobald dies nicht der Fall ist, bricht die Zustimmung immer rascher und in immer größerem Ausmaß ab. Davon profitieren vor allem die Liberalen auf der einen Seite (im Westen wie im Osten) und die Linken – diese im Westen stärker wie im Osten. Damit dürfte sich auch im Westen die Zahl der Parteien in den Parlamenten erhöhen, was mittelfristig die Regierungsbildung erschweren und neue Kooperationsmuster fördern dürfte. Bei diesen Landtagswahlen wurde andererseits aber auch deutlich, dass eine bürgerliche Mehrheit aus Union und FDP durchaus möglich ist. Die Grundlagen hierfür müssen von den Beteiligten und ihren wichtigsten Persönlichkeiten aber rechtzeitig geschaffen werden.

# 11. Im Schatten der Bundestagswahl: die Landtagswahlen vom 27. September 2009 in Schleswig-Holstein und Brandenburg

## 11.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

## 11.1.1 Schleswig-Hostein

Die Landtagswahlen vom 27. September 2009 fanden parallel zur Bundestagswahl statt. Daher war bei beiden eine höhere Wahlbeteiligung zu erwarten als bei einem anderen Termin. Während in Brandenburg<sup>179</sup> schon seit längerem der Zeitpunkt in Koinzidenz zur Bundestagswahl gelegt worden war, kam die Landtagswahl in Schleswig-Holstein<sup>180</sup> erst viel kurzfristiger zustande, da die Regierungskoalition in diesem Land wenige Wochen zuvor auseinandergebrochen war. Bei allen Unterschieden war doch die Gemeinsamkeit, dass in beiden Ländern wie im Bund eine Große Koalition regiert hatte und hier wie da es sehr unwahrscheinlich erschien, dass eine Koalition aus Union und SPD weitergeführt werden würde. Insofern war es interessant, welche Koalitionsoptionen sich neben der Bundesebene bei diesen Landtagswahlen ergeben würden, nachdem vier Wochen zuvor aus den Landtagswahlen sehr unterschiedliche Koalitionen hervorgegangen waren: die CDU mit den Liberalen in Sachsen, CDU und SPD in Thüringen und die CDU mit den Liberalen und den Grünen im Saarland.

In Schleswig-Holstein erreichte die CDU noch 31,5% – ein Verlust von 8,6% gegenüber der Landtagswahl 2005. Sie holte 503.592 Zweitstimmen, was 72.503 Stimmen weniger bedeutete. Bei den Erststimmen kam sie auf 36,9%, das war ein Verlust von 6,6%. Wie bei vielen anderen Wahlen auch zeigte sich, dass die CDU bei der Wahl der Direktkandidaten ein größeres Potenzial erreicht als mit den Zweitstimmen.

Die SPD kam auf 25,4%, ein Verlust von 13,2%. Sie holte 406.215 Stimmen, das waren 148.664 Stimmen weniger als 2005. Sie musste also über ein Viertel ihrer Stimmen abgeben. Bei den Erststimmen verlor sie nur 11,4% und kam auf 29,7%.

Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Brandenburg 27.9.2009, Berlin, Oktober 2009; Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr.140: Wahl in Brandenburg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27.9.2009, Mannheim, Oktober 2009

<sup>&</sup>lt;sup>180</sup> Infratest Dimap Wahlreport: Landtagswahl in Schleswig-Holstein 27.9.2009, Berlin, Oktober 2009; Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr.139: Wahl in Schleswig-Holstein. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27.9.2009, Mannheim, Oktober 2009.

Die FDP kam auf 14,9% und legte 8,3% zu. Sie erreichte 238.568 Zweitstimmen, das waren 143.633 Stimmen mehr als 2005. Sie konnte also ihren Stimmenanteil weit mehr als verdoppeln.

Die Grünen kamen auf 12,4% bei einem Gewinn von 6,2%. Sie holten 198.563 Stimmen, ein Gewinn von 109.176 Stimmen, was ebenfalls mehr als eine Verdopplung bedeutete.

Die Linke konnte 5,2% zulegen, kam auf 6,0% und konnte erstmals in den Landtag einziehen. Sie holte 95.238 Stimmen, das waren 83.846 mehr als 2005.

Der Südschleswigsche Wählerverbund, der von der 5%-Hürde befreit ist, kam auf 4,3% bei einem Gewinn von 0,7%. Er holte 69.438 Stimmen und legte um 17.518 Stimmen zu. Bei allen vier kleineren Parteien lag der Erststimmenanteil unter dem Wert der Zweitstimmen.

Von den sonstigen Parteien erhielten noch erhöhte Werte die Piraten (1,8%), die NPD (0,9%), die Partei Familie (0,8%) und die Rentnerpartei (0,6%).

Die Wahlbeteiligung lag bei 73,5%, das waren 6,9% mehr als 2005. Hierfür war sicher vor allem die gleichzeitig stattfindende Bundestagswahl verantwortlich.

In den Landtag von Schleswig-Holstein zogen inklusive der Überhangmandate 95 Abgeordnete ein. Die CDU erhielt 34, die SPD 25, die FDP 15, die Grünen 12, die Linke 5 und der SSW 4 Sitze. Damit bekamen CDU und FDP eine Mehrheit, während die SPD weder mit den Grünen noch zusätzlich mit der Linken eine Mehrheit gehabt hätte.

### 11.1.2 Brandenburg

In Brandenburg kam die CDU auf 19,8% der Zweitstimmen, ein Zuwachs um 0,4 Prozentpunkte gegenüber der letzten Landtagswahl 2004. Dies entsprach 274.774 Zweitstimmen, ein Gewinn von 47.712 Stimmen. Bei den Erststimmen kam sie auf 22,3%.

Die SPD wurde mit 33,0% der Zweitstimmen (+1,1%) stärkste Partei und kam auf 458.852 Stimmen, ein Gewinn von 85.883 Stimmen. Ihr Erststimmenanteil war mit 30,3% allerdings deutlich niedriger.

Die Linke wurde mit 27,2% der Zweitstimmen (-0,8%) zweitstärkste Partei. Sie erhielt 377.084 Stimmen, das waren 50.283 mehr als 2004. Auch ihr Erststimmenanteil war mit 29,5% höher.

Die FDP kam auf 7,2% der Zweitstimmen (+3,9%). Sie erreichte 100.042 Stimmen – 61.152 mehr – und erhielt so etwa zweieinhalb Mal mehr als 2004.

Die Grünen kamen auf 5,6% (+2,0%) und zogen ebenfalls in den Landtag ein. Sie gewannen 36.277 Stimmen und holten 78.368 Zweitstimmen. Anders als bei der FDP war bei den Grünen auch der Erststimmenanteil leicht höher

Die DVU erhielt noch 1,2% (-4,9%) und zog nicht mehr in den Landtag ein. Sie verlor 54.661 Stimmen und kam noch auf 16.380 Stimmen.

Die Wahlbeteiligung lag bei 67,5%, das waren – wahrscheinlich vor allem wegen der parallelen Bundestagswahl – 11,1% mehr als 2004.

Im Brandenburger Landtag (88 Sitze) erhielten die SPD 31, die Linke 26, die CDU 19, die FDP 7 und die Grünen 5 Sitze. Damit war nur eine Mehrheit aus SPD und CDU oder aus SPD und Linken möglich. Weder eine Ampel- noch eine Jamaika-Koalition hätte eine Mehrheit gehabt. Als stärkste Partei konnte sich die SPD den Koalitionspartner aussuchen und entschied sich für ein Bündnis mit der Linken analog der Regierung in Berlin.

### 11.2 Bewertungen und Einzelaspekte

### 11.2.1 Einordnungen im Vergleich

### Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein holte die CDU mit 31,5% ihr schlechtestes Ergebnis der letzten Jahre. Auch bei den Europawahlen vom Juni 2009 war sie noch über 6 Prozentpunkte höher gelegen. Bei den gleichzeitigen Bundestagswahlen erzielte sie mit 32,2% nicht wesentlich mehr als bei der Landtagswahl. Die großen Parteien schnitten generell bei der Bundestagswahl schlechter, die kleinen Parteien besser ab.

Die SPD lag mit 25,4% etwa auf dem Niveau der Kommunalwahl 2008 (26,6%) und der Europawahl (24,6%). Bei der Bundestagswahl am selben Tag lag auch sie mit 26,8% nur wenig besser.

Die FDP erzielte mit 14,9% ihr mit Abstand bestes Ergebnis seit Jahren, das vom Wert der Bundestagswahl mit 16,3% noch übertroffen wurde.

Die Grünen holten mit 12,4% ein gutes Resultat verglichen mit früheren Jahren, blieben aber hinter dem Wert der Europawahl von 13,5% zurück. Bei der Bundestagswahl kamen sie auf 12,7%.

Die Linke konnte mit 6,0% in den Landtag einziehen, hatte aber bei der Kommunalwahl 2008 mit 6,9% schon besser abgeschnitten. Bei der Bundestagswahl kam sie sogar auf 7,9%.

### **Brandenburg**

In Brandenburg erzielte die CDU trotz der Gewinne an absoluten Stimmen nur 0,4% mehr (insgesamt 19,8%) als bei der letzten Landtagswahl und denselben Prozentwert wie bei der Kommunalwahl 2008. Das Ergebnis lag auch unter den Resultaten der Bundestagswahl 2005 wie der Europawahl 2008. Bei der Bundestagswahl am selben Tag holte die CDU hingegen 23,6%, was darauf hindeutet, dass die CDU im Land Popularitätsdefizite aufweist.

Die SPD erzielte eines ihrer besten Ergebnisse der letzten Jahre, nur bei der Bundestagswahl 2005 lag sie deutlich darüber. Bei der Bundestagswahl am selben Tag lag sie mit 25,1% aber weit unter ihrem Landtagsergebnis von 33,0%, so dass sich bei ihr die Landespartei deutlich vom negativen Bundestrend abheben konnte.

Die Ergebnisse der Linken bewegten sich seit einigen Jahren in einem engen Korridor, der auch bei dieser Landtagswahl nicht überschritten wurde. Bei der Bundestagswahl am selben Tag holte sie aber mit 28,5% ihren besten Wert seit Jahren und blieb über dem Landtagsergebnis von 27,2%.

Die FDP blieb mit 7,2% ebenfalls auf dem Niveau der letzten Wahlen, holte aber bei der gleichzeitigen Bundestagswahl 9,3%. Angesichts des niedrigeren CDU-Werts dürften also auch in Brandenburg viele CDU-Erststimmenwähler mit der Zweitstimme die Liberalen gewählt haben.

Die Grünen waren mit 5,6% besser als bei den meisten anderen Wahlen der letzten Jahre, blieben aber unter ihrem Ergebnis der Europawahl 2008. Bei der gleichzeitigen Bundestagswahl kamen sie auf 6,1%.

Der Anteil der sonstigen Parteien war bei Landtags- und Bundestagswahl weit niedriger als bei den anderen Wahlen mit Ausnahme der Bundestagswahl 2005.

### 11.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen

### **Schleswig-Holstein**

In Schleswig-Holstein konnte die CDU laut Infratest Dimap lediglich 8.000 Stimmen aus dem Lager der SPD gewinnen. An die anderen Parteien gab sie ab, darunter den Löwenanteil an die FDP (75.000), aber auch an die Grünen (10.000), sonstige Parteien (9.000), die Linke (6.000) und den SSW (4.000). An den Generationenwechsel verlor sie 26.000 Stimmen, holte aber 32.000 aus dem Nichtwählerlager und 17.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen.

Die SPD verlor fast in alle Richtungen, nur aus dem Nichtwählerbereich konnte sie 8.000 Stimmen dazugewinnen. Ansonsten verlor sie an die Grünen 51.000 Stimmen, an die Linke 31.000, die FDP 15.000, den SSW 14.000, die sonstigen Parteien 9.000 und die CDU 8.000. An den Generationenwechsel gingen 19.000 Stimmen, an den Saldo aus Zu- und Fortzügen 6.000. Damit wurde ein enormes Mobilisierungsdefizit offenkundig.

Die FDP hingegen konnte fast überall zulegen. Lediglich an die Linke verlor sie 2.000 Stimmen und an die Grünen 1.000. Von der CDU holte sie 75.000 Stimmen, von der SPD 15.000, den sonstigen Parteien 2.000 und dem SSW 1.000. Immerhin 27.000 Stimmen kamen aus dem Nichtwählerbereich, 20.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen und 9.000 aus dem Generationenwechsel.

Ähnlich positiv sah die Bilanz für die Grünen aus: Sie mussten lediglich 5.000 Stimmen an die Linke abgeben. Ansonsten holten sie 51.000 Stimmen von der SPD, 10.000 von der CDU, 1.000 von der FDP und 1.000 von den sonstigen Parteien. Der Saldo der Zu- und Fortzüge war mit 23.000 deutlich positiv. Von den Nichtwählern kamen 16.000 Stimmen und aus dem Generationenwechsel 13.000.

Die Linke konnte durchweg gewinnen: von der SPD 31.000 Stimmen, der CDU und den sonstigen Parteien jeweils 6.000, den Grünen 5.000, dem SSW 3.000 und der FDP 2.000. Von den Nichtwählern holte sie 18.000 Stimmen, dem Saldo aus Zu- und Fortzügen 7.000 und dem Generationenwechsel 6.000.

Der SSW hatte eine durchwachsenere, aber insgesamt positive Bilanz. Er verlor an die Linke 3.000 Stimmen, die FDP und die sonstigen Parteien jeweils 1.000. Von der SPD holte er 14.000 Stimmen und der CDU 4.000. Aus dem Nichtwählerlager bekam er 5.000 Stimmen sowie 1.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen, er verlor aber 1.000 Stimmen an den Generationenwechsel.

### **Brandenburg**

Das Wählerstromkonto der CDU laut Infratest Dimap wies in Brandenburg einen interessanten Verlauf auf. Der größte Verlust von 18.000 Stimmen ging an die FDP. Dazu verlor sie noch 3.000 an die Linke, 2.000 an die SPD und 1.000 an den Generationenwechsel. Sie gewann aber 38.000 aus dem Bereich der Nichtwähler, 19.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen, 9.000 von sonstigen Parteien und 6.000 von der DVU. Neben den an diesem Wahltag wohl unvermeidlichen Verlusten an die FDP war die CDU also durchaus in der Lage, zusätzliche Wähler zu mobilisieren.

Auch die SPD hatte – neben einem Verlust von 12.000 Stimmen an den Generationenwechsel – ihren einzigen Verlust von 7.000 Stimmen an die FDP zu verzeichnen. Ansonsten konnte sie von überallher Stimmen holen: von den Linken 10.000, den sonstigen Parteien 8.000, der DVU 3.000, der CDU 2.000 und den Grünen 1.000. Außerdem holte sie 63.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler sowie 17.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Bei der Linken war das Bild durchwachsener. Sie verlor 10.000 Stimmen an die SPD, 2.000 an die FDP, 1.000 an die Grünen, 3.000 an den Generationenwechsel sowie 2.000 im Saldo der Zu- und Fortgezogenen. Holen konnte sie 3.000 Stimmen von der CDU, 6.000 von der DVU und 9.000 von sonstigen Parteien. Der größte Posten war der Gewinn von 49.000 Stimmen aus dem Bereich der Nichtwähler.

Die FDP gewann von allen Seiten: 18.000 Stimmen von der CDU, 7.000 von der SPD, 2.000 von den Linken sowie jeweils 1.000 von der DVU und den sonstigen Parteien. Daneben holte sie 16.000 Stimmen von den Nichtwählern, 11.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen sowie 6.000 in der Generationenbilanz. Dies deutet auf eine hohe Mobilisierungswirkung auch unter jungen Wählern hin.

Die Grünen verdankten ihre Zugewinne fast ausschließlich dem Saldo aus Zu- und Fortgezogenen (18.000), dem Gewinn aus dem Nichtwählerbereich (10.000) und der positiven Generationenbilanz (7.000). Sie verloren 1.000 Stimmen an die SPD, gewannen aber jeweils 1.000 von der Linken, der CDU und sonstigen Parteien.

Die DVU, die nicht mehr in den Landtag kam, verlor die meisten ihrer Stimmen (21.000) an sonstige Parteien sowie 9.000 an die Nichtwähler und 7.000 an den Saldo aus Zu- und Fortzügen. An die CDU und die Linke gingen jeweils 6.000 Stimmen, an die SPD 3.000 sowie Grüne und FDP jeweils 1.000.

### 11.2.3 Prognosen und Wirklichkeit

### **Schleswig-Holstein**

Nachdem die CDU noch im Sommer 2009 in den Umfragen bei Werten zwischen 36% und 40% gelegen hatte, fiel sie im Laufe des Jahres immer weiter zurück. Die letzten veröffentlichten Umfragen sahen sie zunächst bei 33% bzw. 32% und zuletzt zweimal bei 31% (GMS und Forsa). Damit wurde der reale Wert von 31,5% gut getroffen.

Die SPD hingegen war im Sommer noch zwischen 23% und 27% gemessen worden. Mit nahendem Wahltermin gaben die Institute aber wieder höhere Werte an, zuletzt 26% (Forsa) und 28% (GMS). Sie wurde in den letzten Umfragen gegenüber ihrem realen Ergebnis von 25,4% also leicht überschätzt.

Die Grünen erhielten in den Umfragen zumeist 12% oder 13%. Die beiden letzten Umfragen ergaben 11% (Forsa) und 13% (GMS). Damit wurde ihr reales Ergebnis von 12,4% auch nur von einem Institut gut vorhergesagt.

Die Linke erhielt in der Realität sowie bei den letzten beiden Umfragen genau 6%. Auch der SSW, der real auf 4,3% kam, wurde in den letzten Umfragen mit 5% bzw. 4% gut prognostiziert.

Damit wurde auch das schwarz-gelbe Lager (real 46,4%) in den letzten Umfragen mit 45% bzw. 47% recht gut erfasst. Das rot-grüne Lager wurde dagegen – auch wenn man die Linke mitrechnet – etwas zu hoch eingeschätzt, was vor allem an der leichten Überschätzung der SPD bei einigen Instituten lag.

### **Brandenburg**

In allen Umfragen des Jahres 2009 lag die CDU bei Werten von 21% oder 22% – dies galt auch für die beiden letzten veröffentlichten Studien von Infratest Dimap und Forschungsgruppe Wahlen. Der Wert lag deutlich über den 19,8%, die die CDU in Wirklichkeit erhielt.

Während die SPD Anfang des Jahres noch mit 35% bzw. 36% bewertet wurde, gingen die Prognosen später dann zurück, lagen aber in den beiden letzten Umfragen immer noch bei 34% bzw. 32%. Insofern wurde das reale Ergebnis von 33% halbwegs getroffen.

Die Grünen lagen mit ihrem Resultat von 5,6% etwas über den letzten Umfragen von 4% bzw. 5%. Die FDP hingegen, die 7,2% erhielt, lag fast genau bei den 7%, die ihr zuletzt vorhergesagt worden waren. Auch die Linke mit 27,2% kam auf den Wert der beiden letzten Umfragen von 28% bzw. 27%.

Damit wurde das schwarz-gelbe Lager (27,0%) von den letzten Umfragen mit 28% bzw. 29% etwas überschätzt. Rot-Grün (38,6%) wurde hingegen mit 38% bzw. 37% sehr gut getroffen. Dies gilt auch, wenn das Ergebnis der Linken mitberücksichtigt wird.

### 11.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

### **Schleswig-Holstein**

Bezogen auf das Alter zeigte die CDU die typischen Verteilungen, wie sie aus den alten Ländern bekannt sind. Laut Forschungsgruppe Wahlen kam sie bei den über 60-Jährigen mit 42% (Infratest: 41%) auf einen deutlich über ihrem Durchschnitt von 31,5% liegenden Wert, blieb aber bei allen jüngeren Wählern deutlich darunter: bei den 18- bis 29-Jährigen 25%, den 30-bis 44-Jährigen 29% und den 45-59-Jährigen 24%. Bei den Frauen schnitt sie außer bei den 30- bis 44-Jährigen deutlich besser ab. Die höchsten Werte erhielt sie bei den Frauen über 60 Jahren mit 45% (Infratest: 44%). Bei den Männern waren auch die Verluste höher, besonders in der Altersgruppe von 45 bis 59 Jahren, laut Infratest auch in der von 25 bis 34 Jahren.

Die SPD war in allen Altersgruppen bei Männern wie Frauen etwa gleich stark. Auch bei ihr ist der Anteil bei den über 60-Jährigen am höchsten (28%; Infratest: 29%) und bei den jüngsten Wählern am niedrigsten (20%). Bei den Frauen waren die Verluste mit -17% aber deutlich höher, am stärksten in den jungen und mittleren Altersgruppen.

Die FDP war bei den Männern deutlich stärker vertreten als bei den Frauen, am stärksten bei den 30- bis 44-Jährigen mit 19%. Auch die Gewinne waren bei den Männern höher.

Die Grünen waren dagegen bei den Frauen klar stärker als bei den Männern vertreten. Bei allen Frauen unter 60 Jahren kamen sie auf Werte von 17% bzw. 19%. Alle Gewinne kamen von den Frauen. Enorme Zugewinne verzeichneten sie bei den Frauen von 45-59 Jahren mit +13% (Infratest: +11%).

Die Linke war bei den Männern stärker vertreten. Bei den über 60-Jährigen lag sie mit 3% deutlich unter ihrem Durchschnittswert.

Der SSW hatte ebenfalls seinen Schwerpunkt bei den Männern. Gewinne holte er bei den mittleren und älteren Generationen, dort vor allem bei den Männern.

Beim Wahlverhalten bezogen auf den Beruf schnitt die CDU laut Forschungsgruppe Wahlen überdurchschnittlich bei den Landwirten ab

(79%), den Rentnern (40%), den Selbständigen (39%) und den Beamten (34%). Unter dem Durchschnitt blieb sie bei Angestellten (31%), Arbeitern (25%) und Arbeitslosen (15%). Die höchsten Verluste hatte sie bei Selbständigen, Arbeitern und Arbeitslosen. Infratest Dimap sah ähnliche Werte, fand aber bei den Selbständigen nur 35% und den Beamten 28%, dafür bei den Arbeitern 28%, den Angestellten 27% und den Arbeitslosen 20%.

Die SPD schnitt laut Forschungsgruppe Wahlen nur bei Arbeitern (31%; dort wurde sie stärkste Partei) und Rentnern (30%) und Angestellten (26%) überdurchschnittlich ab. Unter dem Durchschnitt blieb sie bei Beamten, Arbeitslosen, Selbständigen und Landwirten (dort nur 3%). Infratest Dimap sah die SPD mit 24% aber auch bei den Arbeitern etwas unter dem Durchschnitt, die Angestellten und Beamten mit jeweils 25% etwa im Durchschnitt.

Die FDP holte weit überdurchschnittliche Werte bei den Selbständigen (21%; Infratest Dimap 22%) und den Beamten (18%). Bei allen anderen Gruppen blieb sie aber zumeist auch nur knapp unter ihrem Durchschnittswert.

Die Grünen holten überdurchschnittliche Werte bei Beamten (17%; Infratest: 16%) und Angestellten (14%; Infratest: 18%). Bei Selbständigen und Arbeitslosen blieben sie knapp, bei den anderen Gruppen deutlich unter ihrem Durchschnittswert. Bei Infratest lagen die Grünen aber auch bei den Selbständigen mit 15% deutlich über dem Durchschnitt.

Die Linke war weit überdurchschnittlich bei Arbeitern (11%) und Arbeitslosen (19%; Infratest: 16%). Bei den Angestellten lag sie im Durchschnitt, bei allen anderen Gruppen deutlich darunter.

Der SSW wies eine sehr ähnliche Struktur auf. Auch er war bei den Arbeitslosen (10%; Infratest: 6%) und den Arbeitern (6%; Infratest: 5%) überrepräsentiert, lag bei den Beamten etwa im Durchschnitt und den anderen Gruppen darunter.

Die Analyse nach der formalen Bildung unterstreicht diese Befunde. Allerdings konnte dort die CDU bei den formal gering Qualifizierten auch nur einen unterdurchschnittlichen Wert erzielen. Bei den Wählern mit Hauptschulabschluss kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen nur auf 30%, bei denen unter 34 Jahren sogar nur auf 20%. Dort waren auch die Verluste mit -12% am dramatischsten. Nur bei den Wählern mit mittlerem Abschluss oder den höher Qualifizierten über 35 Jahren war die CDU überdurchschnittlich vertreten. Dies unterstreicht, dass die CDU in diesen Segmenten ihren Charakter als Volkspartei stark eingebüßt hat. Infratest Dimap hingegen sah die CDU bei den niedrig und mittel Qualifizierten jeweils mit 34% klar über ihrem Durchschnittswert.

Die SPD war bei den Wählern mit Hauptschulabschluss überdurchschnittlich vertreten, allerdings nur bei denen über 35 Jahre. Bei den Wählern mit mittlerer Qualifikation war sie etwa im Schnitt, bei den höher Qualifizierten deutlich darunter.

Die FDP hatte ihre höchsten Werte bei den Hochschulabsolventen und den Wählern mit mittlerer Reife. Aber auch bei den anderen lag sie nur knapp unter dem Durchschnitt. So kam sie auch bei den Hauptschulabsolventen und den Wählern mit mittlerer Reife auf 17% bzw. 18%. Ihre Gewinne holte sie praktisch aus allen Segmenten.

Die Grünen waren wie so oft in Westdeutschland bei den Abiturienten und Hochschulabsolventen mit 19% bzw. 20% klar überrepräsentiert. Dies gilt für alle Altersgruppen. Bei den Hauptschulabsolventen lagen sie dagegen mit 7% (Infratest: 6%) klar unter dem Durchschnitt. Dort holten sie auch kaum Gewinne.

Die Linke war bei den Wählern mit Hauptschule und mittlerer Reife überrepräsentiert, dort aber vor allem bei denjenigen unter 35 Jahren.

Der SSW war insgesamt bei den Wählern mit mittlerer Reife über dem Durchschnitt, denjenigen mit Hochschulabschluss unter dem Durchschnitt vertreten.

Beim Wahlverhalten nach der Konfession zeigten sich die bekannten Muster. Die CDU war bei den Katholiken (die allerdings nur 6,2% der Bevölkerung ausmachen) mit 36% (Infratest: 37%) und den Protestanten mit 35% überrepräsentiert, lag aber bei den anderen (immerhin 31% der Bevölkerung) nur bei 23% (Infratest: 22%). Die SPD kam in allen Gruppen fast auf denselben Wert. Nur bei den Katholiken lag sie leicht unter dem Durchschnitt. Die FDP zeigte ebenfalls kaum Abweichungen, während die Grünen in der Gruppe der Sonstigen über dem Durchschnitt lagen. Dies gilt noch deutlicher für die Linke und eingeschränkt auch für den SSW.

### **Brandenburg**

Beim Wahlverhalten nach Alter war bei der CDU laut Infratest Dimap die Gruppe der über 60-Jährigen mit 21% am stärksten überrepräsentiert. Die anderen Altersgruppen lagen etwa im Durchschnitt, nur bei den unter 24-Jährigen kam sie lediglich auf 17%. Im Gegensatz zu den Wahlen in den alten Ländern war die Verteilung über die Altersgruppen aber insgesamt weitaus ausgeglichener. Zuwächse erzielte sie bei den Senioren, aber auch bei den Wählern unter 34 Jahren. Die Gewinne gingen dabei ausschließlich auf das Konto der Frauen (besonders die über 60 und un-

ter 34 Jahren), während sie bei den Männern durchweg verlor. Die Forschungsgruppe Wahlen beobachtete ein sehr ähnliches, aber im Detail unterschiedliches Bild. So sah sie die Altersgruppe von 30 bis 44 Jahren mit 21% am stärksten und die über 60-Jährigen nur mit 20%.

Die SPD konnte bei Männern wie Frauen gewinnen. Bei den Frauen legte sie aber nur in den Altersgruppen unter 45 Jahren zu, bei den über 60-Jährigen verlor sie sogar. Bei den Männern konnte sie in allen Altersgruppen zulegen, besonders bei denen unter 34 Jahren.

Die Linke hatte bei den Frauen unter 45 Jahren Verluste zu verzeichnen. Bei den Männern war das Resultat in etwa ausgeglichen, aber Gewinnen bei den 45- bis 59-Jährigen standen Verluste in den jüngeren Altersgruppen gegenüber. Allerdings sah die Forschungsgruppe Wahlen in dieser Altersgruppe ebenfalls Verluste und nur bei den Männern unter 29 Jahren und über 60 Jahren leichte Gewinne. Ihre besten Werte erzielte sie bei den über 45-Jährigen.

Die FDP schnitt am besten bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen ab und konnte dort – bei Männern wie bei Frauen – auch am stärksten zulegen. Laut Forschungsgruppe Wahlen hatte sie ihre größten Gewinne und den höchsten Wert überhaupt bei Männern unter 29 Jahren.

Die Grünen schnitten mit 11% bei den Frauen von 18-24 Jahren weit überdurchschnittlich ab. Generell erzielten sie bei den Wählern im jungen und mittleren Alter weit höhere Werte und legten dort auch mehr zu, während sie bei den über 60-Jährigen nur auf 3% kamen.

Beim Wahlverhalten nach dem Beruf erzielte die CDU laut Infratest Dimap deutlich überdurchschnittliche Werte bei den Selbständigen (29%) und den Beamten (23%) sowie laut Forschungsgruppe Wahlen auch bei den Landwirten (25%). Bei Rentnern und Angestellten lag sie im Schnitt, bei Arbeitern leicht (18%) und bei den in Ausbildung Befindlichen und Arbeitslosen (12%) deutlich darunter. Allerdings erzielte sie bei den in Ausbildung Befindlichen und Arbeitern ihre stärksten Gewinne. Die Forschungsgruppe Wahlen sah aber keine Gewinne der CDU bei den Arbeitern.

Die SPD holte überdurchschnittliche Werte bei Rentnern (41%), Beamten und Angestellten. Unter dem Durchschnitt blieb sie bei Arbeitern, in Ausbildung Befindlichen, Arbeitslosen und mit 21% (Forschungsgruppe Wahlen: 22%) am deutlichsten bei den Selbständigen. Ihre stärksten Gewinne erzielte sie bei den Arbeitslosen.

Die Linke schnitt mit 43% (Forschungsgruppe Wahlen: 41%) am stärksten bei den Arbeitslosen ab und konnte dort auch am meisten gewinnen. Die

Forschungsgruppe Wahlen sah hingegen den größten Zugewinn von +4% bei den Selbständigen. Über dem Schnitt blieb sie bei Rentnern und Arbeitern, obwohl sie dort leicht abgeben musste. Unterdurchschnittlich war ihr Ergebnis bei Angestellten, Beamten, in Ausbildung Befindlichen (dort waren ihre größten Verluste) und vor allem bei Selbständigen.

Die FDP verzeichnete mit 18% (Forschungsgruppe Wahlen: 15%) ihren weitaus größten Schwerpunkt und die größten Gewinne bei den Selbständigen. Aber auch bei den in Ausbildung Befindlichen und den Beamten (dort ebenfalls große Gewinne) war sie überdurchschnittlich. Bei Arbeitern und Angestellten lag sie etwa im Schnitt, bei Rentnern und Arbeitslosen trotz Gewinnen aber klar darunter.

Die Grünen waren bei den in Ausbildung Befindlichen (14%) und den Selbständigen (10%) weit über dem Durchschnitt. Auch bei Beamten und Angestellten landeten sie mit beachtlichen Gewinnen über dem Schnitt. Deutlich darunter blieben sie bei Arbeitern, Rentnern und Arbeitslosen.

Die Analyse nach der formalen Bildung unterstreicht diese Verteilung. Die CDU war bei den formal niedrig Gebildeten überdurchschnittlich, bei den anderen Gruppen leicht unterdurchschnittlich vertreten. Dieses Muster ist bekannt, fiel aber weniger deutlich aus als bei anderen Wahlen in den alten Ländern.

Die SPD war bei den formal niedrig Gebildeten mit 38% (Forschungsgruppe Wahlen: 40%) noch deutlicher überrepräsentiert und lag bei den anderen Gruppen trotz Zuwächsen bei den Wählern mit mittlerer Qualifikation darunter.

Die Linke lag in dieser Gruppe der mittel Qualifizierten über dem Durchschnitt, bei denen mit hoher Qualifikation knapp im Durchschnitt (allerdings bei Verlusten von 2%) und bei denen mit niedriger Qualifikation darunter.

Die FDP konnte vor allem bei den hoch und mittel Qualifizierten gewinnen und lag dort auch über dem Durchschnitt, bei den niedrig Qualifizierten trotz Gewinnen von 3% darunter.

Die Grünen waren bei den hoch Qualifizierten mit 9% am stärksten vertreten und hatten dort auch ihre größten Gewinne. Bei den mittel Qualifizierten lagen sie unter, bei den niedrig Qualifizierten deutlich unter dem Schnitt.

Beim Wahlverhalten nach Konfession war die CDU wie üblich bei den Katholiken (die allerdings in Brandenburg mit 4,8% eine kleine Minderheit darstellen) mit 37% (Forschungsgruppe Wahlen: 40%) weit über-

durchschnittlich vertreten, ebenso wie bei den Protestanten mit 30% (Forschungsgruppe Wahlen: 27%). Bei den Wählern ohne oder mit anderer Konfession (69,4% in Brandenburg) kam sie aber nur auf 15% (Forschungsgruppe Wahlen: 16%).

Die SPD war bei den Protestanten mit 36% (Forschungsgruppe Wahlen: 38%) etwas über, den Katholiken und Sonstigen mit jeweils 32% (Forschungsgruppe Wahlen: 33% bzw. 31%) leicht unter dem Schnitt.

Die Linke hingegen lag bei den Sonstigen mit 32% (Forschungsgruppe Wahlen: 31%) klar über dem Schnitt, bei Protestanten (17%; Forschungsgruppe Wahlen: 16%) und Katholiken (16%; Forschungsgruppe Wahlen: 15%) deutlich darunter.

Bei der FDP war lediglich ein leichtes Übergewicht bei den Protestanten festzustellen, laut Forschungsgruppe Wahlen aber auch bei den Sonstigen.

Die Grünen waren bei den Katholiken leicht über- und den Protestanten leicht unterrepräsentiert. Die Forschungsgruppe Wahlen konstatierte bei den Sonstigen eine leichte Überrepräsentation.

### 11.2.5 Zusammenfassung: andere Signale als bei der Bundestagswahl?

Bei beiden Landtagswahlen parallel zur Bundestagswahl wurden einerseits dieselben Entwicklungen verzeichnet. So konnte sich die Union stabilisieren (in Schleswig-Holstein waren die Verluste immerhin nicht bedrohlich) und die Liberalen merklich dazugewinnen. Auf der anderen Seite wurde deutlich, dass die Wähler durchaus zwischen Landtags- und Bundestagswahl unterschieden hatten, was vor allem am Resultat der SPD in Brandenburg sichtbar wurde, die bei der Landtagswahl deutlich besser abschnitt. Insofern wollten die Wähler für die Landtage eigene Akzente setzen, ohne die angestrebte Mehrheit aus Union und FDP für den Bund in Frage zu stellen.

In Schleswig-Holstein fanden laut Forschungsgruppe Wahlen zwar 71% der Wähler die vorzeitige Parlamentsauflösung gut, trotz der parallel stattfindenden Bundestagswahl sahen 56% die Politik im Land und 39% die im Bund aber als wichtiger für die Wahlentscheidung an. Bei der Bewertung der Parteien erreichten alle Parteien deutlich niedrigere Werte für die Landesparteien. So wurde die CDU im Land auf einer Skala von +5 bis -5 mit +0,5, die im Bund aber mit +1,3 bewertet. Die SPD kam mit +0,4 bzw. +1,1 auf etwas geringere Werte. Im Vergleich zu 2005 war diese Bewertung für die CDU 0,1% höher, bei der SPD aber 0,4% niedriger ausgefallen.

Die SPD lag im Ansehen also niedriger als die CDU, die aber auch keinen überragenden Wert erzielte.

Immerhin schien im Vorfeld die Bereitschaft zur Bildung einer Koalition aus CDU und FDP groß zu sein. 42% der Wähler fanden, dies sei die beste Option. Bei der Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten kam Peter Harry Carstensen auf 43%, sein Gegenkandidat Ralf Stegner auf 31%. Bei der letzten Umfrage von Infratest Dimap fiel das Verhältnis sogar 40% zu 33% aus. Auch dieser Vorsprung war für einen amtierenden Ministerpräsidenten nicht optimal.

Laut Forschungsgruppe Wahlen stellten die wichtigsten Probleme des Landes in den Augen der Wähler Arbeitsplätze (43%), Schule und Bildung (31%), Finanzlage des Landes (17%), die Wirtschaftslage (11%) und die Familie (10%) dar. Bei den Parteikompetenzen hatte die CDU zum Teil große Verluste zu verzeichnen, konnte ihren Vorsprung in einigen Feldern aber noch halten. So lag sie in den Bereichen Arbeitsplätze, Wirtschaft, Schuldenabbau und Zukunft vor der SPD. Die SPD lag aber in den Feldern Schule/Bildung, Familie und soziale Gerechtigkeit vor der CDU. Laut Infratest Dimap befand sich die CDU in den Kompetenzbereichen Kriminalität, Wirtschaft, Arbeitsplätze und Verschuldung vorne, ebenso wie bei der generellen Problemlösungskompetenz für das Land. Die SPD führte in den Bereichen angemessene Löhne, soziale Gerechtigkeit, Familienpolitik, Schul- und Bildungspolitik, Steuerpolitik und Integrationspolitik. Die Grünen lagen bei Umwelt- und Energiepolitik vorne. Für Infratest waren die wichtigsten Themen generell Arbeit, Wirtschaft und Bildung.

Insgesamt haben sich 33% der Wähler am Wahltag oder in den Tagen zuvor entschieden. Besonders hoch war dieser Anteil bei den Wählern von SSW (49%) und den Grünen (41%), aber auch die FDP und die Linke befanden sich mit jeweils 35% etwas über dem Schnitt, während der Anteil bei der SPD (30%) und CDU (25%) deutlich niedriger lag.

In Brandenburg zeigten sich im Vorfeld 59% der Wähler zufrieden oder sehr zufrieden mit der Landesregierung, ein höherer Wert als bei früheren Umfragen. Aber es bestätigte sich die Tendenz aus anderen Wahlen, dass der kleinere Partner einer Großen Koalition zumeist bei den Wahlen schlechter abschneidet. Dies drückt sich auch in der Zufriedenheit mit den Koalitionsparteien aus. Unter allen Wähler sagten 54%, sie seien mit der SPD zufrieden oder sehr zufrieden, bei der CDU nur 35%. Der Spitzenkandidat und Ministerpräsident Matthias Platzeck erreichte einen Zufriedenheitswert von 82%. Im direkten Vergleich zur Spitzenkandidatin der CDU Johanna Wanka lag er mit 69% zu 14% deutlich vorne.

Im Vorfeld sagten 51% der Wähler, es sei Zeit für einen Regierungswechsel. Zwar befürworteten 51% die Fortführung der Großen Koalition, aber immerhin 41% bevorzugten ein Bündnis aus SPD und Linken.

Als wichtigste Probleme vor der Wahl wurden von 66% Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt (allerdings 20% weniger Nennungen als bei der letzten Landtagswahl) genannt, gefolgt von Bildung mit 37%, die einen Zuwachs von 16% bei den Nennungen hatte. Es folgten Wirtschaft (19%), Wirtschaftskrise (7%), Soziale Ungerechtigkeit (7%) und Familienpolitik (5%). Die CDU wurde nur in einem Feld an erster Stelle genannt, das aber nicht auf den ersten Plätzen lag, nämlich der Kriminalität und Verbrechensbekämpfung. Sogar die Grünen lagen in zwei Bereichen vorne, nämlich der Umwelt- und Energiepolitik. In allen anderen Politikfeldern hatte die SPD die Nase vorn: Familienpolitik, soziale Gerechtigkeit, Bildungspolitik, Arbeitsplätze, Löhne, Wirtschaft, Integrationspolitik, Steuerpolitik sowie Verschuldung. Allgemein trauten 47% der Wähler am ehesten der SPD zu, die wichtigsten Probleme des Landes zu lösen. Interessant ist, dass die Linke in keinem Politikfeld vorne lag, obwohl sie so stark in der Wählerschaft vertreten war. Auch wenn sie beim Thema Löhne oder soziale Gerechtigkeit nur knapp hinter der SPD lag, wird somit deutlich, dass die Linke auch im Osten immer noch, nicht zuletzt aus Protest oder als mögliches Korrektiv, gewählt wird.

Insgesamt haben sich in Brandenburg 37% der Wähler am Wahltag oder in den Tagen zuvor entschieden. Besonders hoch war dieser Wert bei den Wählern der SPD und der Grünen (jeweils 43%) sowie der FDP (40%), während er bei den Wählern der Linken (33%) und der CDU (29%) deutlich niedriger lag.

Beide Landtagswahlen haben den grundsätzlichen Trend zu einer bürgerlichen Regierungsmehrheit eher unterstrichen. Auch wenn in Brandenburg ein rot-rotes Bündnis die Folge war, konnte die CDU trotz ihrer jahrelangen internen Probleme leicht zulegen und bei der Bundestagswahl ein deutlich höheres Resultat einfahren. Die leichten Gewinne der SPD waren eher der landesspezifischen Sondersituation geschuldet, für die Bundestagswahl waren ebenfalls Verluste zu verzeichnen. In Schleswig-Holstein konnte eine weitere schwarz-gelbe Regierung gebildet werden, auch wenn das Ergebnis knapp ausfiel und die CDU dort vom desaströsen Verlust der SPD mit profitierte. Trotz des Einzugs der Linken in das Landesparlament war weder eine rot-grüne noch rot-rot-grüne Landesregierung möglich. Daher konnte das Ergebnis in einer sowohl für CDU wie FDP strukturell lange Zeit nicht einfachen Region als Erfolg gelten. Auch die Landtagswahl in Schleswig-Holstein hat ihren Beitrag zur Festigung einer bürgerlichen Mehrheit geleistet.

## 12. Die Bundestagswahl vom 27. September 2009: Wiederkehr der bürgerlichen Mehrheit

### 12.1 Wahlergebnisse und mögliche Regierungen

Angesichts der demoskopischen Befunde über Monate vor dem Wahltermin konnte davon ausgegangen werden, dass eine Mehrheit aus CDU, CSU und FDP in Reichweite war. Für die Sonntagsfrage hatten die großen Institute immer wieder 50% und mehr für die drei Parteien zusammen gemessen. Union wie FDP wurden Werte über, der SPD deutlich unter ihrem letzten Bundestagswahlergebnis in Aussicht gestellt. Schon im Juni 2009 wünschten laut dem Allensbacher Institut für Demoskopie 58% einen Regierungswechsel. Dieser Wert drei Monate vor dem Wahltermin war höher als bei den letzten vier Bundestagswahlen. Laut Infratest Dimap meinten im Juli 2009 48% aller Befragten, die nächste Bundesregierung solle wieder von der CDU/CSU geführt sein, im August waren es bereits 55%. Sogar unter den Anhängern der Grünen fanden dies 38%, unter denjenigen der Linken 23% und bei den SPD-Anhängern immerhin noch 16%. Eine schwarz-gelbe Koalition wurde Anfang August insgesamt von 47% befürwortet (Mitte September von 48%), eine Große Koalition von 43% (Mitte September von 45%). Die Mehrheit der Bürger in Deutschland erwartete und erhoffte also einen Wechsel zugunsten einer Regierung der bürgerlichen Mitte. 181

Spitzenwerte der Popularität erreichten ebenfalls über mehrere Monate hinweg Bundeskanzlerin Angela Merkel und der damalige Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Angela Merkel lag Ende August 2009 bei der Frage, wen sich die Deutschen als Bundeskanzler wünschen, laut Forschungsgruppe Wahlen bei 64% gegenüber 23% für ihren Herausforderer Frank Walter Steinmeier – der größte Abstand, den dieses Institut seit 1977 gemessen hat. Kurz vor dem Fernsehduell der Spitzenkandidaten waren noch 61% für Merkel und 28% für Steinmeier; kurz danach waren es 53% zu 30%. Laut Infratest Dimap lag der Vorsprung von Angela Merkel kurz vor der Wahl immer noch bei 51% zu 36%. Aber auch das Image von Karl-Theodor zu Guttenberg verwunderte die Demoskopen: "Noch nie wurde ein Politiker, der erst am Beginn einer Karriere steht, von der Bevölkerung derart mit Vorschusslorbeer bedacht. Insbesondere das Urteil der politisch interessierten Bevölkerungskreise hat fast etwas von der amerikanischen Begeisterungsfähigkeit für Personen, wenig von

<sup>&</sup>lt;sup>181</sup> Infratest Dimap Wahlreport: Bundestagswahl 27.9.2009, Berlin, Oktober 2009; Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr.138, Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 27.9.2009, Mannheim, Oktober 2009.

der eher typischen deutschen Skepsis. Die überwältigende Mehrheit der politisch Interessierten sieht in ihm einen Politiker mit Zukunft und klarer Linie."<sup>182</sup> Eine Wechselstimmung gegen eine Regierungsbeteiligung der Union war nirgendwo zu erkennen, eine Stimmung zugunsten einer linken Mehrheit erst recht nicht. In den Umfragen ließ sich also weitaus deutlicher als 2002 und 2005 die große Wahrscheinlichkeit einer von CDU, CSU und FDP getragenen Bundesregierung ablesen.

Allerdings war ebenfalls wie 2002 und 2005 mit nahendem Wahltermin ein leichtes Absinken der Zustimmungswerte für die Parteien zu verzeichnen. So war laut Forschungsgruppe Wahlen die Erwartung einer Mehrheit für Union und FDP zwischen Mitte August und Mitte September von 64% auf 49% zurückgegangen. Dazu haben auch die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 30. August 2009 in Sachsen, Thüringen und im Saarland beigetragen. Nur in Sachsen hielt die CDU ihr Ergebnis und konnte sofort die Bildung einer schwarz-gelben Regierung ankündigen. In Thüringen wie im Saarland, wo jeweils aus unterschiedlichen Gründen die CDU stark verlor, war unklar, ob die CDU wieder an der Regierung beteiligt sein würde. So schien kurz vor der Bundestagswahl Folgendes als Signal aus diesen Landtagswahlen denkbar zu sein, falls überhaupt eine Wirkung von ihnen ausgegangen sein sollte: Zum einen die Warnung, auch einen sicher geglaubten Vorsprung verlieren zu können und zum anderen die Aussicht auf mögliche weitere Linksbündnisse in Deutschland, die auf die Wählerschaft von Union und FDP mobilisierend wirken könnten. Dazu war es in jedem Fall wichtig, in den zentralen Politikfeldern, hier vor allem im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich, die eigene Kompetenz zu verdeutlichen. Dies war die vielleicht gravierendste Lehre aus der Landtagswahl in Sachsen, verglichen mit den anderen Ländern.

Der Wahlabend brachte die Gewissheit: Erstmals seit elf Jahren regiert wieder eine Mehrheit aus CDU, CSU und FDP. Die Union holte zusammen 33,8% der Zweitstimmen. Davon entfielen 27,3% auf die CDU und 6,5% auf die CSU. Die FDP holte 14,6% und sorgte damit für eine klare Mehrheit. Nach dem amtlichen Endergebnis bekam die CDU 194 Sitze, die FDP 93 und die CSU 45. Mit insgesamt 332 von 622 Sitzen reichte dies für eine Regierungsmehrheit – und das auch ohne die Überhangmandate, von denen diesmal die Union profitierte. Die Wahlbeteiligung ging auf 70,8% zurück, wobei das Lager der Nichtwähler am stärksten durch frühere SPD-Wähler aufgefüllt wurde, die ihrer Partei den Rücken kehrten. CDU und CSU zusammen holten 14.658.515 Zweitstimmen, davon 11.828.277 die CDU und 2.830.238 die CSU. Bei den Erststimmen lagen CDU wie CSU deutlich höher (13.856.674 sowie 3.191.000).

Köcher, Renate in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.2009, S.5.

Die SPD holte nur noch 23,0% und erlebte einen Absturz. Sie verlor 11,2 Prozentpunkte. Damit erzielte sie ihr schlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt. Sie büßte 6.204.117 Stimmen ein und holte noch 9.990.488 Stimmen. Das bedeutete einen Verlust von über 38% der Zweitstimmen von 2005. Ihre Fraktion schrumpfte auf 146 Sitze. Damit hätte sie auch mit den 76 Sitzen der Linken und/oder den 69 der Grünen keine Mehrheit im Bundestag gehabt.

Die FDP holte 1.667.963 Zweitstimmen mehr als 2005 und kam auf 6.316.080 Stimmen oder 14,6% der Zweitstimmen. Sie hatte damit relativ den größten Zuwachs aller im Bundestag vertretenen Parteien. Bei den Erststimmen lag sie traditionell mit 4.076.496 weit darunter.

Die Linke konnte 1.037.739 Stimmen dazugewinnen und erhielt 5.155.933 Zweitstimmen, ein Anteil von 11,9%. Auch sie erhielt weniger Erststimmen, nämlich 4.791.124. Sie holte insgesamt 16 Direktmandate, alle in Berlin und den neuen Ländern.

Die Grünen legten um 804.946 Zweitstimmen zu und kamen auf 4.643.272. Dies entsprach 10,7%. Wie alle kleineren Parteien kam auch sie auf einen niedrigeren Erststimmenwert von 3.977.125. Sie konnten aber ebenso wie Linke und FDP auch bei den Erststimmen insgesamt klar zulegen.

Von den sonstigen Parteien sind die PIRATEN erwähnenswert, die auf Anhieb auf 2,0% kamen sowie die NPD mit 1,5%, die aber 113.043 Stimmen verlor. Nur die Tierschutzpartei kam noch auf 0,5% und damit in Reichweite der staatlichen Parteienfinanzierung.

Union und SPD zusammen holten noch 56,8%. Das war mit Abstand der niedrigste Wert, den die großen Parteien in Deutschland bei Bundestagswahlen jemals erreicht haben.

Die meisten Stimmen holte die Union mit 34,9% wieder in Westdeutschland. Aber auch in Ostdeutschland lag sie mit 29,5% klar vor der Linken. In den alten Ländern war ihr Ergebnis das schlechteste der letzten Jahrzehnte, während sie in den neuen Ländern das beste Resultat seit 1994 erzielte. Die Union hat ihre Position als stärkste politische Kraft in Deutschland unter Beweis gestellt.

In Bayern war die Rolle der CSU als stärkste Kraft ohnehin ungefährdet. Die CSU unterstrich dies mit dem Gewinn aller 45 Direktmandate. Sie holte 42,5% der Zweitstimmen (2.830.238), aber mit 48,2% und 3.191.000 deutlich mehr Erststimmen. Der Abstand zur nächststärksten Partei – die SPD holte in Bayern nur 16,8% der Zweitstimmen und erlebte

einen ähnlichen Absturz wie im Bund – blieb bei 25,7 Prozentpunkten. Auch die CSU erzielte etwa 664.000 Stimmen weniger als 2005. Das war ein Rückgang um 6,7 Prozentpunkte. In Bayern kam die FDP ebenfalls auf einen Rekordwert von 14,7%, die Grünen auf 10,8% und die Linke auf 6,5%. Die Wahlbeteiligung lag in Bayern mit 71,6% etwas höher als im Bundesdurchschnitt.

Insgesamt war das Ergebnis der CSU wiederum das beste Unionsresultat in Deutschland. In den alten Ländern konnte die Union nur im Saarland und in Bremen gewinnen. Ansonsten verlor sie, besonders stark in Schleswig-Holstein (-4,2%), Baden-Württemberg (-4,8%) und in Bayern (-6,7%). Nur in Bayern konnte die 40%-Marke übertroffen werden. Auch in den Ländern mit überdurchschnittlichem Resultat blieb die Union darunter (so Rheinland-Pfalz mit 35,0% und Baden-Württemberg mit 34,4%). In den neuen Ländern konnte die CDU überall dazugewinnen, am stärksten in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit jeweils +5,5%. Aber auch im stärksten Land, in Sachsen, lag sie mit 35,6% weit unter der 40%-Marke.

Die SPD litt stark unter einem Ost-West- sowie Nord-Süd-Gegensatz ihrer Ergebnisse. In den neuen Ländern blieb sie außer in Berlin (20,2%) und Brandenburg (25,1%) unter der 20%-Marke. Auch in Baden-Württemberg und Bayern blieb sie darunter, während sie in Bremen und Niedersachsen mit 30,3% sowie 29,3% am besten abschnitt. Die Linke blieb in allen neuen Ländern über 20% mit einem Spitzenwert in Sachsen-Anhalt von 32,4%, kam aber auch im Saarland auf 21,2%. Sie blieb überall im Westen klar über der 5%-Marke. Die FDP war im Westen stärker als im Osten, aber regional fielen die Unterschiede nicht so groß aus; ihren Spitzenwert holte sie in Baden-Württemberg mit 18,8%. Die Grünen erzielten im Westen außer in Rheinland-Pfalz und im Saarland überall zweistellige Ergebnisse; ihren höchsten Wert erreichten sie in Berlin mit 17,4%.

### 12.2 Bewertungen und Einzelaspekte

### 12.2.1 Einordnungen im Vergleich

Im langfristigen Trend erzielte die Union zusammengerechnet ihr schlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen seit 1949. Immerhin bedeutete es in den neuen Ländern das beste Resultat seit 1994. Auch bei Europawahlen hatte die Union noch nie auf diesem niedrigen Niveau abgeschnitten.

Die SPD holte ihr schlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt. Sie lag damit aber etwas besser als bei den Europawahlen 2009 und 2004. In den neuen Ländern hat sie sich gegenüber ihren Spitzenwerten von 2002 mehr als halbiert.

FDP, Grüne und Linke holten hingegen jeweils ihr bestes Resultat bei Bundestagswahlen. Lediglich die FDP war bei den Bundestagswahlen 1990 etwas über ihrem Resultat von 2009. Die FDP lag damit auch weit über ihrem guten Ergebnis der Europawahl 2009 (11,0%). Die Grünen lagen mit ihrem Bundestagsergebnis knapp unter den Resultaten der beiden letzten Europawahlen. Die Linke hatte auch bei den bisherigen Europawahlen bei weitem nicht das Niveau dieser Bundestagswahl erreicht. FDP und Linke haben also von den kleineren Parteien besser vom Verlust der Großen profitiert als die Grünen.

### 12.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen

Laut Infratest Dimap war das Wählerstromkonto der Union vor allem wegen der Verluste an die FDP und die Nichtwähler negativ. Sie verlor 1.170.000 Stimmen an die Nichtwähler und 1.130.000 an die FDP. Daneben verlor sie noch 600.000 an den Generationenwechsel sowie 60.000 an die Grünen, 40.000 an die Linke und 20.000 an andere Parteien. Zuwächse erhielt die Union mit 870.000 Stimmen von der SPD und noch 60.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen. Die Union hat daher nicht unerheblich vom Absturz der SPD profitieren und die großen Abwanderungen an die Liberalen und Nichtwähler etwas kompensieren können. Interessant ist bei der CDU das unterschiedliche Bild in West- und Ostdeutschland. Während sie im Westen mit Ausnahme der SPD an alle Parteien abgeben musste, gab sie im Osten nur etwas an die FDP ab, konnte aber ansonsten von allen Parteien Stimmen holen.

Die SPD verlor in alle Richtungen, lediglich der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war mit 30.000 positiv. An die Nichtwähler verlor sie 2.130.000 Stimmen, an die Linke 1.110.000, an die CDU 870.000, die Grünen 860.000, die FDP 520.000 und andere Parteien 320.000. Außerdem gingen noch 490.000 Wähler an den Generationenwechsel verloren. Diese Zahlen dokumentieren ein dramatisches Mobilisierungsdefizit der SPD bei diesen Bundestagswahlen.

Die FDP holte den Löwenanteil ihrer Gewinne mit 1.130.000 Stimmen von der CDU. Aber auch von der SPD bekam sie 520.000 sowie von den Grünen und Linken jeweils 20.000 Stimmen. Positiv war auch ihr Generationensaldo mit 60.000 sowie der aus Zu- und Fortzügen mit 20.000. Abgeben mussten die Liberalen 110.000 an die Nichtwähler sowie 30.000 an andere Parteien.

Die Linke verdankte ihren Gewinn fast ausschließlich dem Stimmenzuwachs von der SPD mit 1.110.000 Stimmen. Von den Grünen holte sie 130.000 und von der CDU 40.000, gab aber 20.000 an die FDP ab. Interes-

sant ist, dass sie zwar jeweils 30.000 aus dem Generationensaldo und dem der Zu- und Fortzüge holte, aber 350.000 Stimmen an die Nichtwähler verlor. Dies deutet auf einen gewissen Austausch der Wählerschaft hin. Im Westen konnte sie (mit Ausnahme kleiner Verluste an FDP und Sonstige) überall gewinnen, während sie im Osten etwas an CDU und FDP und sehr viel an die Nichtwähler verlor. Die Mobilisierung der Linken war also (mit Ausnahme der generellen SPD-Verluste) ein westdeutsches Phänomen.

Die Grünen profitierten weitgehend von den Jungwählern und den Stimmen aus dem Lager der SPD. Ihre Generationenbilanz war mit 210.000 (neben den sonstigen Parteien) mit Abstand am besten. Außerdem fiel ihr Saldo aus Zu- und Fortzügen mit 20.000 ebenfalls positiv aus. Bei den Parteien gewannen sie 860.000 Stimmen von der SPD und 60.000 von der CDU, mussten aber an die Linke 130.000 Stimmen, an die sonstigen Parteien 170.000 Stimmen, die Nichtwähler 40.000 Stimmen und die FDP 20.000 Stimmen abgeben. Ohne den Zugewinn aus der SPD hätten also auch die Grünen deutlich schlechter abgeschnitten.

### 12.2.3 Prognosen und Wirklichkeit

Bei zahlreichen Wahlen in der jüngeren Zeit trat immer wieder das Phänomen auf, dass die veröffentlichten Umfragen vor der Wahl das spätere Wahlergebnis nicht ausreichend prognostizierten. Dabei waren zumeist zumindest die Werte für eine der großen Parteien deutlich falsch vorhergesagt worden. Bei der letzten Bundestagswahl wurde die gesamte Profession der Wahlforscher wegen ihrer vermeintlich zu guten Einschätzung der Union und der fehlenden Analyse der kurzfristigen Entwicklungen kritisiert.

Insgesamt lagen die Institute bei ihren Prognosen vor der Wahl in der Regel nicht sehr weit vom Endergebnis entfernt. Nachdem die Union über Monate bei Werten an der 40%-Marke oder knapp darunter gehandelt worden war, brachten die Umfragen in den Wochen vor der Wahl zumeist Werte um 35% oder 36%. Die letzte veröffentlichte Umfrage von Forsa vom 25. September wies mit 33% fast den erzielten Wert von 33,8% auf. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Union erneut auf der Zielgeraden noch Zustimmung verloren hat, wenn auch nicht in dem Ausmaß von 2005.

Die SPD war in vielen Umfragen des Jahres 2009 bei Werten um 25% und auch darunter gemessen worden, die letzten Umfragen aller Institute gaben ihr zwischen 24% und 26% und setzten ihr wirkliches Ergebnis von 23,0% also etwas zu hoch an.

Die FDP, die 14,6% erzielte, wurde hingegen leicht unterschätzt und von den Instituten insgesamt mit Werten von 13% oder 14% angegeben.

Die Grünen erhielten 10,7% und wurden von den Umfragen mit Werten von 10% und 11% ziemlich genau erfasst.

Dies gilt auch für die Linke, die auf 11,9% kam und in den letzten Umfragen mit Werten zwischen 11% und 12% gehandelt wurde.

Interessant ist, dass das Ergebnis für das Lager aus Union und FDP mit 48,4% von den letzten Umfragen sehr gut vorhergesehen wurde. Das gilt etwas weniger für das rot-grüne oder rot-rot-grüne Lager, da die SPD insgesamt noch zu hoch eingeschätzt wurde. Insgesamt spricht dies für einen größeren kurzfristigen Wechsel innerhalb des Unions-Lagers zugunsten der Liberalen.

### 12.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Bei der Analyse der Wählerschaft nach Alter ergab sich für die Union dasselbe Bild wie bei zahlreichen früheren Wahlen. Je älter die Wählerschaft, desto höher der Anteil. So haben laut Infratest Dimap die über 60-Jährigen zu 43% Union gewählt (Forschungsgruppe Wahlen: 42%). Die 45- bis 59-Jährigen und die 34- bis 44-Jährigen kamen mit 31% bzw. 30% noch näher an den Gesamtwert von 33,8% heran, während die 25- bis 34-Jährigen mit 29% und die 18- bis 24-Jährigen mit 25% deutlich darunter lagen. Bei den über 60-Jährigen waren die Frauen mit 45% deutlich stärker als die Männer mit 41% (Forschungsgruppe Wahlen: sogar nur 38%); die Frauen konnten hier einen Gewinn von 3% verzeichnen, die Männer über 60 einen Verlust von 3% (Forschungsgruppe Wahlen: 4%). Insgesamt gab es bei den Frauen Zuwächse (die vorwiegend aus den neuen Bundesländern stammten), bei den Männern hingegen deutlichere Verluste. Damit waren die Unterschiede zwischen den Geschlechtern insbesondere bei der Union stärker als bei der letzten Bundestagswahl.

Die SPD hingegen verlor überdurchschnittlich bei den Wählern unter 45 Jahren und dort bei den Frauen noch etwas stärker. Mit Ausnahme der jüngsten Wähler waren bei ihr die Verluste im Osten höher. Die FDP gewann überdurchschnittlich bei den mittleren Jahrgängen, dort stärker bei den Männern und generell in den alten Ländern. In den Jahrgängen von 25 bis 44 Jahren war sie am stärksten vertreten. In der Altersgruppe von 25 bis 34 Jahren (Forschungsgruppe Wahlen: 18-29 Jahre) lag sie insgesamt sogar vor der SPD. Die Grünen holten mehr Gewinne bei den Frauen (dies aber nur im Westen) und waren traditionell bei den jüngeren Wählern am stärksten – sie lagen bei den Frauen von 18 bis 24 Jahren vor

der SPD (Forschungsgruppe Wahlen: 18-29 Jahre). Die Linke hatte ihre stärkste Kohorte in der Altersgruppe von 45 bis 59 Jahren (im Westen wie im Osten, dort allerdings auf weit höherem Niveau) und legte bei Frauen wie Männern gleichermaßen zu.

Laut Forschungsgruppe Wahlen blieb die Union in allen Berufsgruppen stärkste Partei. Hinsichtlich der Berufstätigkeit lag die Union laut Infratest Dimap bei den Rentnern mit 40% (Forschungsgruppe Wahlen: 41%) deutlich über dem Durchschnitt, bei Selbständigen, Angestellten und Beamten ziemlich genau auf der Höhe ihres Gesamtwerts. Die Forschungsgruppe Wahlen sah aber bei Beamten und Selbständigen die Union mit jeweils 36% auch etwas über dem Durchschnitt. Unter dem Durchschnitt holte sie Stimmen bei den Arbeitern (28%; Forschungsgruppe Wahlen: 31%) und den Arbeitslosen (22%; Forschungsgruppe Wahlen: 16%). Die stärksten Verluste traten laut Forschungsgruppe Wahlen bei Landwirten, Selbständigen und Arbeitslosen auf. Während die Union im Westen in allen Berufsgruppen verlor, konnte sie nach Forschungsgruppe Wahlen im Osten außer bei den Beamten und Landwirten überall zulegen.

Die SPD konnte bei den Rentnern, Beamten und Arbeitern Werte über dem Durchschnitt erzielen. Darunter waren ihre Werte bei Angestellten und vor allem Selbständigen. Die Forschungsgruppe Wahlen sah bei der SPD auch bei den Beamten mit 26% einen leicht überdurchschnittlichen Wert.

Die FDP erzielte mit 26% (Forschungsgruppe Wahlen: 24%) einen weit überdurchschnittlichen Wert bei den Selbständigen und lag auch bei den Angestellten mit 16% (Forschungsgruppe Wahlen: 15%) darüber. Bei Arbeitern, Rentnern und Beamten lag sie etwas darunter. Außer bei den Landwirten im Osten hat die FDP laut Forschungsgruppe Wahlen in allen Berufsgruppen zugelegt.

Die Grünen erzielten deutlich überdurchschnittliche Werte bei Beamten (18%; Forschungsgruppe Wahlen: 15%) sowie mit 14% bei Angestellten und Selbständigen (Forschungsgruppe Wahlen: 12% bzw. 13%). Unter dem Durchschnitt schnitten sie bei Arbeitslosen und vor allem Arbeitern und Rentnern ab. Die Forschungsgruppe Wahlen sah für die Grünen bei den Arbeitslosen mit 11% einen Wert im Durchschnitt, bei den Landwirten mit 3% jedoch weit darunter. In den neuen Ländern waren sie in allen Gruppen deutlich schwächer, aber laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Beamten mit 12% weit über ihrem regionalen Durchschnitt.

Die Linke holte mit 25% (Forschungsgruppe Wahlen: 31%) einen weit überdurchschnittlichen Wert bei den Arbeitslosen; dort wurde sie insgesamt stärkste Partei. Auch bei den Arbeitern blieb sie mit 18% (Forschungsgruppe Wahlen: 16%) über dem Durchschnitt, den sie bei den

Rentnern mit 12% (Forschungsgruppe Wahlen: 11%) fast genau erreichte. Darunter blieb sie etwas bei Angestellten (die Forschungsgruppe Wahlen sah sie dort aber mit 12% auch im Schnitt) und deutlicher bei Beamten und Selbständigen. Im Westen hatte sie bei Arbeitern und Arbeitslosen die größten Zugewinne. In den neuen Ländern wurde sie bei diesen Gruppen stärkste Partei und in allen anderen Berufsgruppen zweitstärkste Partei nach der CDU.

Diese Verteilungen zeigen sich auch bei der Analyse des Wahlergebnisses nach der formalen Bildung. Laut Infratest Dimap lag die Union bei den Wählern mit niedriger und mittlerer Bildung mit jeweils 36% klar über dem Gesamtwert (Forschungsgruppe Wahlen: 37% bzw. 34%), bei denen mit formal hoher Bildung mit 29% (Forschungsgruppe Wahlen: 30% bzw. 31%) deutlich darunter. Zulegen konnte sie aber nur in der mittleren Gruppe. Die Forschungsgruppe Wahlen sah aber auch hier einen leichten Rückgang, im Osten aber einen deutlichen Gewinn. Die SPD lag nur bei den niedrig Qualifizierten mit 29% (Forschungsgruppe Wahlen: 28%) deutlich über ihrem Gesamtwert und verlor besonders viel bei den Wählern mit formal mittlerer Qualifikation, im Osten auch bei denen mit Hochschulreife. Die FDP lag nur bei den formal höher Gebildeten deutlich über dem Durchschnitt, hat aber in allen Gruppen gewonnen, laut Forschungsgruppe Wahlen nur bei den Jungakademikern im Osten leicht verloren. Die Grünen schnitten erneut mit 17% weit überdurchschnittlich bei den formal höher Gebildeten ab und legten dort auch am meisten zu. Die Linke hatte ebenfalls in der mittleren Gruppe ihre stärksten Werte und legte am meisten bei den Wählern mit mittlerer und geringer Qualifikation zu, laut Forschungsgruppe Wahlen im Osten am stärksten bei den niedrig Qualifizierten.

Bei der Konfession landete die Union bei den Katholiken trotz leichter Verluste mit 46% (Forschungsgruppe Wahlen: 44%) einen weit überdurchschnittlichen Wert. Bei den Protestanten blieb sie mit 31% (Forschungsgruppe Wahlen: 33%) leicht, den Sonstigen mit 22% deutlich unter dem Durchschnittswert. Die SPD blieb bei den Protestanten trotz hoher Verluste mit 29% (Forschungsgruppe Wahlen: 26%) über dem Durchschnitt, aber bei den Katholiken mit 18% (Forschungsgruppe Wahlen: 20%) deutlicher darunter. Bei den Sonstigen verlor sie überdurchschnittlich und kam nur noch auf 21%. Die Liberalen waren bei Katholiken und Protestanten etwa im Durchschnitt und auch bei den Sonstigen nur leicht darunter. Die Linke erzielte zwar in allen Gruppen Zuwächse, kam aber nur bei den Sonstigen mit 23% (Forschungsgruppe Wahlen: 22%; im Osten 33%) auf einen weit überdurchschnittlichen Wert und wurde dort stärkste Partei. Die Grünen waren bei den Protestanten etwa im Durchschnitt, den Katholiken darunter und den Sonstigen mit 13% (Forschungsgruppe Wahlen: 12%) darüber.

### 12.2.5 Zusammenfassung

Das Ergebnis der Bundestagswahl und die Bildung einer Koalition aus CDU, CSU und FDP war im Vorfeld von einer Mehrheit erwartet worden. Insofern kam es nicht überraschend. Auch nach der Wahl war eine Mehrheit von der Entscheidung überzeugt. Laut Forschungsgruppe Wahlen sagten vor der Wahl 39%, eine Koalition aus Union und FDP sei gut, nach der Wahl waren es 46%. Zufrieden mit dem Wahlausgang zeigten sich 53%. Das waren deutlich mehr als 2005 (16%) oder 2002 (45%). Nur 1998 war dieser Wert mit 60% höher gelegen. Dies spricht für eine gute Basis der neuen Regierung.

Bei den wahlentscheidenden Themen fand sich eine interessante Mischung verschiedener Anforderungen. Für alle Wähler war laut Infratest Dimap die Wirtschaft am wichtigsten, darunter besonders denen der CDU (53%) und der FDP (55%), weiterhin mit 34% das Thema Gerechtigkeit, hier vor allem bei Linken (61%), SPD (45%) und Grünen (38%). Es folgten die Themen Arbeitsmarkt (27%), Bildung (21%), Umwelt/Klima (17%) und Steuern (15%). Innere Sicherheit (11%), Außenpolitik (9%) und Integration (6%) spielten eine nachrangige Rolle.

Bei den Kompetenzen lag die Union in den Bereichen Kriminalität/ Verbrechensbekämpfung, Wirtschaft, Arbeitsplätze, Familienpolitik, Altersversorgung und Integrationspolitik vorne, die SPD bei den Themen soziale Gerechtigkeit, angemessene Löhne, Bildungspolitik, Gesundheitspolitik und (knapp) bei der Steuerpolitik. Die Grünen führten bei der Umwelt- und der Energiepolitik. Insgesamt trauten aber der CDU mit 40% die meisten Wähler zu, die wichtigsten Probleme in Deutschland zu lösen. Die Verteilung der Kompetenzwerte – vor allem die Bedeutung der Wirtschaftspolitik im Vergleich zur Sozialen Gerechtigkeit - kam bei dieser Wahl also offenbar der Union zugute. Laut Infratest Dimap war bei der Union der Anteil der Wähler, für die der Spitzenkandidat ein wichtiges Wahlmotiv darstellte, mit 32% mit Abstand am höchsten von allen Parteien. Dies bedeutete bei der Union eine große Steigerung gegenüber 2005 (dort war es nur jeder sechste Wähler gewesen) und unterstrich den Kandidateneffekt der Bundeskanzlerin bei dieser Wahl. Laut Forschungsgruppe Wahlen war das Themenfeld Arbeitsplätze mit 56% mit Abstand das wichtigste, gefolgt von Wirtschaft (19%), Schule/Bildung und Banken-/ Finanzkrise (jeweils 14%) sowie Familie (8%). Die Union hatte in den Feldern Arbeitsplätze und Wirtschaft einen deutlichen und in der Bildung einen kleinen Kompetenzvorsprung. Auch in der Steuerpolitik und der Familie sowie bei Rente und Lösung der Zukunftsprobleme lag die Union laut Forschungsgruppe Wahlen vorne, während sie bei der Sozialpolitik hinter der SPD landete.

Insgesamt entschieden sich 33% der Wähler erst am Wahltag oder während der letzten Tage davor. Überdurchschnittlich hoch war der Anteil bei den Wählern der SPD (35%) und der Grünen (38%). Umgekehrt schien bei den Wählern der Union (dort lag der Anteil nur bei 28%), der FDP (32%) und der Linken (33%) die Wahlentscheidung schon für einen etwas größeren Anteil seit längerem festgestanden zu haben.

Neben den Kompetenzwerten hat sich bei dieser Bundestagswahl offenbar auch bemerkbar gemacht, dass den Wählern ein unterschiedliches Ausmaß an Vertrauen entgegengebracht wurde. Laut Infratest Dimap sagten in einer Befragung vom 21. bis 23. September 2009 auf die Frage, ob sie glaubten, dass die Parteien ehrlich sagen, was sie nach der Wahl vorhaben, nur 27%, dass dies für die CSU zutreffe. 68% meinten, die CSU sage nicht ehrlich, was sie wolle. Damit erzielte die CSU das schlechteste Ergebnis aller im Bundestag vertretenen Parteien, denn bei den anderen Parteien meinten 33% bei der CDU und 32% bei der SPD, sie meine es ehrlich. Selbst die Linken erreichten einen Wert von 32%. Die FDP kam gar auf 41%, die Grünen auf 50%. Darin könnte auch eine Erklärung für die relativ hohen Zweitstimmenergebnisse der kleinen Parteien liegen.

Die Union war insgesamt im Vorfeld der Wahl positiver beurteilt worden als vor vier Jahren. So kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen auf einer Skala von +5 bis -5 bei allen Wählern auf einen Wert von +1,2 (2005: +0,9). Sogar bei den SPD-Anhängern erzielte sie mit +0,5 einen positiven Wert. Es wurde aber zwischen CDU und CSU differenziert: Während die CDU bei allen Wählern einen Wert von +1,3 erzielte, kam die CSU nur auf +0,4.

Die Bundestagswahl vom 27. September 2009 brachte die Wiederkehr der bürgerlichen Mehrheit. Dies scheint auf der einen Seite wenig spektakulär, hat doch diese Regierungskonstellation (in den frühen Jahren teilweise noch mit zusätzlichen Partnern) über die längste Zeit Verantwortung in Deutschland getragen. Auf der anderen Seite hat sich das Parteiensystem in Deutschland allmählich zu einem Fünfparteien-System entwickelt. Daher wurde seit Jahren in Wissenschaft und Publizistik darüber spekuliert, dass die klassischen Koalitionsoptionen kaum mehr möglich seien und wahrscheinlich auch Bündnisse aus zwei Partnern (CDU und CSU zusammengerechnet) für Mehrheiten in Bund und Ländern nicht mehr reichen würden. Für die strategische Orientierung wurde gerade den großen Parteien häufig empfohlen, sich mehrere Bündnispartner zu suchen und über das alte Lager hinaus zu agieren.

Der Trend zum Fünfparteien-System mag anhalten, aber diese Bundestagswahl hat gezeigt, dass das bürgerliche Lager nach wie vor mehrheitsfähig ist. Die Zerfallsprozesse haben in den letzten Jahrzehnten haupt-

sächlich bei den Parteien links der Mitte stattgefunden. Die SPD ist weiter geschrumpft, die Grünen haben sich vor vielen Jahren etabliert, die Linke scheint diesen Schritt jetzt durch ihre Präsenz in den alten Ländern auch geschafft zu haben. Diese Auffächerung hat aber nicht zu einer nachhaltigen Vermehrung von Wählerstimmen geführt, sondern bislang eher zu einer theoretischen Vergrößerung der Koalitionsoptionen durch die höhere Zahl von Akteuren. Im anderen Lager ist es hingegen zu keinen bleibenden Ausfransungen gekommen. Rechtsextremisten fristen trotz gelegentlicher Erfolge in Ländern und Kommunen eine marginale Existenz und rechtspopulistische oder bürgerlich-populistische Gruppierungen sind kaum entstanden und bislang rasch wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Insofern ist es CDU, CSU und FDP auch unter schwieriger gewordenen Konkurrenzbedingungen gelungen, wieder mehrheitsfähig zu werden, im Bund wie in den meisten Ländern. Das bürgerliche Lager insgesamt ist nicht zurückgegangen, wohl aber haben sich die Gewichte darin (schon bei der letzten Bundestagswahl, noch deutlicher bei derjenigen 2009) weg von der Union und hin zur FDP verschoben. Ob dies ein andauernder Zustand bleibt, ist derzeit nicht abzusehen. Von der Wählerstruktur her ergänzen sich Union und FDP auf jeden Fall sehr gut. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die Union weiterhin strukturelle Schwächen in ihrer Wählerstruktur aufweist, die durch die Gewinne in den neuen Ländern nur teilweise abgemildert wurden. Daher ist es durchaus möglich, dass sich die neue Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP für längere Zeit etabliert, vor allem angesichts der anstehenden Prozesse der Neuorientierung auf der anderen Seite des Parteienspektrums.

### 13. Zusammenfassung: Wahlverhalten und bürgerliche Mehrheit – Bilanz und Ausblick

Die Bundestagswahl 2009 hat die Rückkehr einer bürgerlichen Mehrheit gebracht, einer Koalition aus CDU, CSU und FDP, die sich nach elf Jahren wieder durchgesetzt hat. Wird sie auch künftig der Standard der Regierungsbündnisse in Deutschland sein? Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, aber vor dem Hintergrund der Entwicklungen der letzten Jahre scheint es mehrere mögliche Wege zu geben. Eine genaue Analyse der Wahlen der jüngeren Vergangenheit zeigt aber einige Tendenzen auf, die auch künftige Wahlgänge auszeichnen dürften.

In jedem Fall lohnt sich der Rückblick zur besseren Einordnung der Gegenwart. Auch wenn Volatilität und Unberechenbarkeit stärker zu Markenzeichen der heutigen politischen Partizipation geworden sein mögen, sollte man nicht vergessen, dass das Wahlverhalten und generell die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen gerade in Deutschland von großer Kontinuität gezeichnet sind. Regionale, berufsständische, konfessionelle oder ideologische Gegensätze haben Prägungen im kollektiven Bewusstsein hinterlassen, die sich lange halten und nur langsam verblassen. Diese klassischen Scheidelinien - nach dem Vorbild der amerikanischen Wahlforschung "cleavages" genannt" – lassen sich immer noch nachweisen; möglicherweise sind neue hinzugekommen. Aber deutlich ist, dass sich entgegen mancher publizistischer Übertreibung die meisten Menschen eben nicht bei jeder Wahl immer wieder neu orientieren oder gar ständig und mehrfach ihre Parteipräferenz wechseln. Der Wandel sollte daher zuallererst vor dem Hintergrund der Kontinuität betrachtet werden. Das Wahlverhalten der letzten Jahre und Jahrzehnte ist dabei ein wichtiger Anhaltspunkt für kommende Entwicklungen.

Bei der Bundestagswahl 1998 ging eine sechzehnjährige Ära schwarz-gelber Regierungen zu Ende. Helmut Kohl, der seit 1982 als Bundeskanzler regierte, trat nochmals an und scheiterte. Abgelöst wurde er von der ersten rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Dieser Sieg war ebenso wenig sicher wie historisch zwangsläufig. Vielen Protagonisten dieses rot-grünen "Projektes" war durchaus bewusst, wieviel Glück und Zufall mitbeteiligt waren. Die wenigen vorangegangenen rot-grünen Regierungen auf Landesebene konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Bündnis aus SPD und Grünen keineswegs im ganzen Land als die Wunschkoalition für eine Regierung betrachtet wurde. Die Wahlergebnisse nach dieser Bundestagswahl zeigten auch, wie schwierig dieser Weg war. Im Nachhinein ist auch die Vermutung plausibel, dass CDU und CSU mit der FDP zusammen auch bei dieser Bundestagswahl wieder eine

Mehrheit hätten holen können, wenn sie in anderer personeller Konstellation angetreten wären.

Die Wahlen nach der Bundestagswahl 1998 zeigten, wie groß der Wunsch nach unionsgeführten Regierungen der bürgerlichen Mitte weiterhin war. Die Landtagswahl in Hessen im Februar 1999 brachte eine schwarz-gelbe Regierung ins Amt, die Rot-Grün ablöste. Die Europawahl im Juni 1999 brachte einen Zugewinn für die Union, im Saarland holte die CDU im September die absolute Mehrheit, in Thüringen und in Sachsen wurden die CDU-Regierungen bestätigt. Erst die Spendenaffäre der CDU Ende 1999 änderte das demoskopische Klima. Dies trug sicher dazu bei, dass bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Februar 2000 die CDU leichte Verluste einfuhr und sie nicht in die Regierung einziehen konnte. Aber in der Folge besserte sich das Klima für die Union zusehends. Im März 2001 wurde die Regierung aus CDU und FDP in Baden-Württemberg bestätigt, gleichzeitig aber auch die SPD/FDP-Regierung in Rheinland-Pfalz. Im September 2001 wurde die CDU trotz Verlusten in Hamburg Regierungspartei. Im April 2002 konnte sie in Sachsen-Anhalt die PDS-tolerierte Minderheitsregierung ablösen. Fast überall wurde die Position der Union gestärkt. Eine breite Tendenz hin zu linken Regierungsmehrheiten war mitnichten zu erkennen.

Dennoch schaffte die rot-grüne Bundesregierung bei der Bundestagswahl 2002 ihre Wiederwahl. Dieses Ergebnis, bei dem für die Union der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber als Spitzenkandidat angetreten war, war aber wiederum ebenso knapp wie glücklich für die Amtsinhaber. Verlauf und Resultat lohnen einen kurzen Rückblick auf die Kanzlerkandidatur 1980. Daraus wird deutlich, wie harmonisch und geschlossen die Unionsparteien bei dieser Wahl angetreten waren. Trotz der Niederlage wurde damit ein wichtiger Schritt hin zu einer erneuten bürgerlichen Mehrheit im Bund getan.

Die folgenden Wahlen unterstrichen diese Tendenz nachdrücklich. Bei der Landtagswahl in Hessen im Februar 2003 wurde die CDU-geführte Regierung bestätigt, in Niedersachsen konnte die CDU mit der FDP die SPD aus der Regierung verdrängen. Im September 2003 holte die CSU in Bayern ein Spitzenergebnis und erreichte eine einmalige Zweidrittel-Mehrheit im Landtag. Im Februar 2004 und im Juni 2004 wurden in Hamburg und in Thüringen die CDU-geführten Regierungen bestätigt. Im September 2004 gelang dies im Saarland und in Sachsen ebenfalls. In Brandenburg erreichte die CDU die Bildung einer Großen Koalition mit der SPD ebenso wie im Februar 2005 in Schleswig-Holstein. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 brachte ebenfalls eine Regierung aus CDU und FDP ins Amt, die SPD wurde nach Jahrzehnten in die Opposition geschickt. Dies brachte Gerhard Schröder in einer Verzweiflungsaktion

dazu, die Notbremse zu ziehen, den Bundestag auflösen zu lassen und Neuwahlen anzustreben. Damit hatten die Protagonisten der rot-grünen Mehrheit selbst eindrücklich dokumentiert, dass sie nicht mehr an ihr Projekt glaubten.

Die Bundestagswahl vom September 2005 brachte das Ende von Rot-Grün und den Wiedereinzug von CDU und CSU in die Bundesregierung. Eine bürgerliche Mehrheit zusammen mit der FDP wurde aber knapp verpasst. Eine Große Koalition mit der SPD wurde unter der Führung von Angela Merkel gebildet. Schon bei einigen der Wahlen zuvor war zu erkennen gewesen, dass die Wähler einem solchen Bündnis in der Regel den Vorzug gegenüber einer rot-grünen Koalition gaben. Die vorausgegangenen Wahlen hatten auch immer mehr die Tendenz gezeigt, dass die kleinen Parteien auf Kosten der Volksparteien zulegen können. Dies wurde im Jahr 2005 durch die Gründung der WASG und deren spätere Fusion mit der PDS zur Linkspartei noch verstärkt. Daher gab es in der Folge mehrere Wahlergebnisse, die überraschende Ergebnisse brachten. In den meisten Fällen ergab sich aber eine Bestätigung des bürgerlichen Lagers nach der Bundestagswahl 2005, während die SPD immer stärker unter der zusätzlichen Konkurrenz durch die PDS/Linke litt. Im März 2006 wurden jeweils die amtierenden Regierungen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bestätigt, was die Ambitionen der FDP auf Regierungsbeteiligung stärkte. Im September 2006 konnte sich die rot-rote Regierung in Berlin zwar halten, wurde in Mecklenburg-Vorpommern aber durch eine Große Koalition abgelöst. Dass im Mai 2007 in Bremen nochmals eine letzte rot-grüne Landesregierung gebildet wurde, war eher den kommunalen Spezifika zuzuschreiben und blieb die Ausnahme. Der weitere Einzug der Linken in Parlamente der alten Länder brachte zwar auch für die CDU Probleme, verschlechterte deren strategische Position aber letztlich nicht. Im Januar 2008 hielt sich die schwarz-gelbe Landesregierung in Niedersachsen trotz Verlusten der CDU im Amt. Gleichzeitig kam in Hessen trotz großer Verluste der CDU keine rot-rote Regierung zustande, Roland Koch blieb als Regierungschef einstweilen im Amt. In Hamburg wurde die CDU im Februar 2008 trotz des Einzugs der Linken erneut klar stärkste Partei und bildete die erste schwarz-grüne Landesregierung in Deutschland. Bei der Landtagswahl in Bayern im September 2008 musste die CSU große Einbußen hinnehmen, das bürgerliche Lager blieb aber weit vorne. Die Linke kam nicht ins Parlament und die FDP zog in die Landesregierung ein. Auch die Neuwahl in Hessen vom Januar 2009 bestätigte die Tendenz des starken Zuwachses der FDP. Trotz erneuten Einzugs der Linken in den Landtag konnte die CDU dadurch mit den Liberalen eine Regierung bilden. Die Europawahl vom Juni 2009 unterstrich die führende Position des bürgerlichen Lagers.

Vier Wochen vor der Bundestagswahl 2009 fanden drei Landtagswahlen statt, die trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen und teilweise heftiger Verluste für die CDU letztlich die CDU in allen Ländern wieder in die Regierung brachten. In Sachsen konnte problemlos eine schwarz-gelbe Regierung gebildet werden, in Thüringen kam eine Große Koalition zustande und im Saarland wurde unter Führung der CDU das erste "Jamaika-Bündnis" mit Liberalen und Grünen gebildet. Bei den Landtagswahlen vom September 2009 parallel zur Bundestagswahl kam es in Schleswig-Holstein ebenfalls zu einer schwarz-gelben Regierung, während in Brandenburg ein Bündnis aus SPD und Linken gebildet wurde.

Die Bundestagswahl 2009 brachte schließlich das, was laut Demoskopie auch von der Mehrheit der Bürger erwartet und gewünscht wurde: eine Regierung aus CDU, CSU und FDP. Zugleich hat dieses Bündnis auch eine Mehrheit im Bundesrat. Die Union scheint damit in einer mittelfristig strategisch günstigen Position zu sein. Außerdem ist sie als führende Partei in mehreren Koalitionsmodellen in den Ländern verankert. Damit hat sie gegenüber der SPD entscheidende Vorteile: Die Union hat meist höhere Wahlanteile mit teilweise überdeutlichem Vorsprung. Ob für die Sozialdemokraten wirklich rot-rot-grüne Koalitionen in größerem Umfang möglich sind, ist weiterhin unsicher. Die weitere Aufsplitterung des Parteiensystems hat bislang der SPD am meisten geschadet und könnte die Ausgangslage für die Union weiter verbessern.

Allerdings ist diese Entwicklung keineswegs unproblematisch für das bürgerliche Lager. Auch CDU und CSU haben bei zahlreichen Wahlen der letzten Jahre Einbußen erlitten. Solange die höheren Gewinne der FDP dies größtenteils kompensieren, ist eine bürgerliche Mehrheit nicht in Gefahr. Aber die Wählerwanderungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Union sowohl aus verschiedenen Quellen dazugewinnen kann als auch Gefahr läuft, je nach Konstellation in mehrere Richtungen zu verlieren (alle folgenden Werte beziehen sich auf die Angaben der Wählerwanderungsbilanzen von Infratest Dimap). Eine Konstante des Wahlverhaltens war bei der Union bei allen Wahlen der Verlust an den Generationenwechsel, also der Saldo aus Verstorbenen und Jungwählern. Dieser war bei CDU und CSU bei jeder einzelnen Wahl der letzten Jahre negativ. In den neuen Ländern war er bisweilen niedriger (so bei der Wahl in Brandenburg 2009 oder in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern 2006), bei vielen Wahlen hat er jedoch eine besorgniserregende Größenordnung angenommen. Waren dies bei der Bundestagswahl 2005 noch 390.000 verlorene Stimmen, stieg der bei der Bundestagswahl 2009 schon auf 600.000 an. Auch bei manchen Landtagswahlen wurden hohe Werte erreicht, etwa in Baden-Württemberg 2006 mit 99.000 Stimmen, in Niedersachsen 2008 mit 76.000 oder Bayern 2008 mit 130.000. Diese demographische Konstante ist ein strukturelles Problem für die Union (die SPD ist davon übrigens ähnlich betroffen), mit dem sie noch auf Jahre hinweg konfrontiert sein wird. Bei allen Wahlgängen der Gegenwart muss die Union davon ausgehen, dass ihr Wähler wegsterben – umso wichtiger muss es sein, junge und neue Wähler (wieder) zu gewinnen.

Eine weitere große Verlustquelle war in den letzten Jahren die Abwanderung der Wähler der Unionsparteien in die Nichtwahl. Bei der Bundestagswahl 2005 verlor die Union so 610.000 Stimmen, bei der Bundestagswahl 2009 sogar 1,17 Millionen. Sowohl in den alten wie in den neuen Ländern sind bei den meisten Wahlen Stimmen auf diesem Wege abgeflossen. Oft war dies die größte Verlustquelle wie neben der Bundestagswahl 2009 auch bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (60.000), Mecklenburg-Vorpommern (45.000) und Berlin 2006 (57.000), in Bremen 2007 (8.000), in Niedersachsen (262.000) und Hamburg 2008 (38.000) sowie in Sachsen 2009 (62.000). Es gibt nur wenige Fälle, bei denen die Union aus dem Nichtwählerbereich Stimmen holen konnte. Dies war lediglich bei den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein sowie in Brandenburg 2009 der Fall. Dabei könnte aber auch die Tatsache eine Rolle gespielt haben, dass die beiden letzten Wahlen zeitgleich mit der Bundestagswahl stattgefunden hatten, was die Wahlbeteiligung in die Höhe getrieben hat, und dass im Saarland ein zusätzlicher Mobilisierungseffekt durch die Kandidatur Oskar Lafontaines für die Linke im Land zu verzeichnen war. Grundsätzlich muss konstatiert werden, dass die Nichtwahl häufig der erste Schritt eigener Wähler ist, um sich von der Partei zu entfernen. Bei den meisten Wahlen war diese Reaktionsform stärker vertreten als der Wechsel zu einer anderen Partei – die Distanzierung ist nach wie vor wahrscheinlicher als das sofortige Abwandern. Dies bedeutet, dass die Unionsparteien weiter an der Mobilisierung ihrer Wählerpotenziale arbeiten müssen, aber auch, dass prinzipiell frühere Wähler aus dem Nichtwählerbereich auch wieder gewonnen werden können, was in den letzten Jahren aber selten der Fall war.

Erst an dritter Stelle kamen bei den meisten Wahlen für die Union die Wählerwanderungen zu anderen Parteien. Dabei stand bei den jüngsten Wahlen vor allem der Austausch mit der FDP im Vordergrund. Dieser verlief in den letzten Jahren immer zugunsten der FDP, wenn auch in unterschiedlichen Größenordnungen. Oftmals waren dies aber erhebliche Dimensionen. So verlor die Union bei der Bundestagswahl 2005 schon 980.000 Stimmen an die FDP, bei der Bundestagswahl 2009 sogar 1,13 Millionen. Überdurchschnittlich waren die Abflüsse auch bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2006 (63.000), in Niedersachsen und Hessen 2008 (43.000 bzw. 67.000), in Bayern 2008 (180.000), in Hessen 2009 (93.000), in Sachsen 2009 (34.000) und in Schleswig-Holstein 2009 (75.000). Diese Stimmen blieben zwar im bürgerlichen Lager und trugen auch zur Bildung von Regierungen der bürgerlichen Mitte bei.

Dennoch gingen die Stimmen der Union verloren, was vor allem dann problematisch wird, wenn es wie im Saarland 2009 trotzdem nicht zu einer Regierungsbildung allein mit der FDP reicht. Da diese Tendenz auch bei praktisch allen Wahlen der letzten Jahre festzustellen ist, muss man davon ausgehen, dass es sich hierbei um ein strukturelles Problem handelt, das in Analyse und Strategie intensiver beleuchtet werden sollte.

Die jüngsten Wahlen haben die immensen Strukturprobleme der SPD offenbart, die zum Teil dramatische Verluste in alle Richtungen hinnehmen musste. Davon haben die Unionsparteien aber nicht generell profitiert. So konnten CDU und CSU bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009 490.000 sowie nochmals 870.000 Stimmen von der SPD holen. Bei den Landtagswahlen ist die Bilanz aber durchwachsen. So stehen Gewinnen (als Beispiele Baden-Württemberg 2006 mit 38.000 Stimmen, Mecklenburg-Vorpommern 2006 17.000 oder Hessen 2009 36.000) auch Verluste an die SPD gegenüber (etwa Niedersachsen 2008 mit 17.000, Hessen 2008 90.000, Bayern 2008 80.000 oder Thüringen 2009 27.000). Dies unterstreicht die Tatsache, dass die Union nicht damit rechnen kann, kontinuierlich Stimmen aus der SPD-Wählerschaft abwerben zu können. Das mag auch in Zukunft immer wieder möglich sein, aber auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass mittelfristig eine erneuerte und stabilisierte SPD aus der Wählerschaft der Union wieder Stimmen zurückholen kann.

Der Austausch mit anderen Parteien spielte bei allen Wahlen der letzten Jahre für die Union eine sehr untergeordnete Rolle. Von den Grünen holten CDU und CSU bei der Bundestagswahl 2005 120.000 Stimmen, gaben aber bei der Bundestagswahl 2009 60.000 an sie ab. Dies waren aber geringe Veränderungen verglichen mit den anderen Bewegungen. Bei Landtagswahlen fielen diese selten auf – am ehesten in Baden-Württemberg 2006 (25.000 Stimmen an die Grünen), Hessen 2008 (11.000) oder Schleswig-Holstein 2009 (10.000). Insgesamt sind dies aber untergeordnete Phänomene. Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass ein nennenswerter Wähleraustausch zwischen Union und Grünen nicht existiert. Im Gegensatz zum symbiotischen Verhältnis mit den Liberalen ist ein schwarz-grünes Lager der Wechselwähler in Deutschland nicht auszumachen. Dies gilt erst recht im Verhältnis zur Linken, wo sich der Austausch im positiven (der bislang einzige Fall war Sachsen 2009 mit 4.000 Stimmen) und im negativen (etwa Bundestagswahl 2009 40.000 Stimmen, Saarland 2009 10.000 oder Hessen 2008 17.000) auf noch niedrigerem Niveau bewegte.

Die Wahlen der letzten Jahre haben also gezeigt, dass neben der Überalterung die hauptsächlichen Herausforderungen für die Union im Bereich der Nichtwahl und der Abwanderung zu den Liberalen sowie in deutlich geringerem Ausmaß zur SPD lagen. Ein Ausfransen der Wählerschaft hin

zu den Grünen oder erst recht zu den Linken und sonstigen Parteien war nicht festzustellen. Bei allen Besonderheiten der einzelnen Wahlgänge scheint dies eine Konstante im Wahlverhalten zugunsten der Unionsparteien zu sein.

Auch bei der Betrachtung des Alters fallen einige Konstanten auf, die die Wahlgänge der letzten Jahre geprägt haben. So war immer die Altersgruppe über 60 Jahren die stärkste Wählergruppe bei der Union und dies sogar oftmals mit großem Abstand, der in den neuen Ländern in der Regel aber gemäßigter ausfällt. Aber auch hier erreichte die Union nicht mehr die Werte vergangener Jahrzehnte. So holte sie nur noch in Hamburg 2008 sowie in Bayern 2008 in dieser Gruppe mit 57% sowie 54% Werte über der 50%-Marke, was in der Vergangenheit üblich war. Bei den meisten Wahlen in den alten Ländern lag sie darunter, in den neuen Ländern (mit Ausnahme von Sachsen 2009 mit 46%) weit darunter. Diese Verteilung unterstreicht die Befunde aus der Wählerwanderungsbilanz und macht deutlich, dass die Senioren die mit Abstand stärkste Basis der Unionsparteien darstellten, die sich aber bereits abgeschwächt hat und künftig weiter abschwächen wird. Damit korrespondiert eine relative Schwäche bei jüngeren Wählern, vor allem unter 35 Jahren. Dies verdeutlicht ein strukturelles Problem, das immerhin bei einigen Wahlen etwas abgemildert werden konnte (so in Hessen, Sachsen, Brandenburg und Thüringen 2009). Hinzu kommt ein Verlust in den Altersgruppen von 30 (manchmal auch ab 45) bis 59 Jahren, der vor allem bei Wahlen mit ungünstigem Gesamtverlauf zu verzeichnen war (wie Hessen 2008 oder Saarland 2009). Hier spielte zumeist eine Abwendung der im Berufsleben stehenden Generationen eine Rolle, die sich in die Nichtwahl oder sogar bisweilen in die Protestwahl flüchteten. Dieses Segment ist aber wohl (im Gegensatz zu manchen jüngeren Jahrgängen) rasch durch positive Regierungsarbeit oder entsprechende Programmangebote zurückzugewinnen.

Diese Fragen stellen sich für die Geschlechter auch noch gesondert: Bei den älteren Wählern waren die Frauen fast immer stärker vertreten als die Männer. Dagegen wiesen die Wahlergebnisse der Union bei den jüngeren Frauen und nicht selten generell den Frauen bis 45 Jahren größere Defizite auf als bei den Männern. Dies deutet darauf hin, dass das Generationenproblem in der weiblichen Wählerschaft der Union noch stärker ausgeprägt ist und dass die Unionsparteien insbesondere in der strategischen Ausrichtung ihr Augenmerk auf die weiblichen Wähler in jüngeren und mittleren Jahren richten sollte. In jüngster Zeit könnte schon eine gewisse Stabilisierung eingetreten sein, da bei einigen der letzten Wahlen die Rückgänge bei den Frauen geringer waren als bei den Männern (so Sachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein sowie bei der Bundestagswahl 2009).

Sieht man sich die Berufsstruktur der Wählerschaft an, so fällt auf, dass die Unionsparteien bei den Arbeitern und den Wählern mit geringer formaler Qualifikation zumeist stärkste Partei geblieben ist und auch die SPD hinter sich lassen konnte. Zugleich gingen die Verluste und dies besonders deutlich bei den unerfreulichsten Wahlergebnissen zumeist überdurchschnittlich auf die Arbeiter oder erst recht die Arbeitslosen zurück. Die Union hatte also Herausforderungen bei den "kleinen Leuten" zu gegenwärtigen, konnte sich dort aber insgesamt noch gut behaupten. Problematisch würde die Entwicklung erst werden, wenn aus diesem Segment weitere Teile an die Nichtwähler, an die SPD oder gar an die Linke gehen würden. Bei Angestellten oder Beamten und noch deutlicher den Rentnern blieben CDU und CSU im Allgemeinen gut vertreten, aber auch dort waren gelegentlich Abwanderungen festzustellen, die jedoch keine dramatischen Ausmaße annahmen. Bei Landwirten – sofern diese Kategorie von den Wahlforschern eigens erhoben wird – waren die Ergebnisse für die Union schwankend. Oft waren hohe Einbrüche zu verzeichnen bei allerdings hohem Niveau. Da diese Berufsgruppe in der gesamten Wählerschaft nur eine kleine Minderheit darstellt, sind diese Entwicklungen für die Union nicht von allererster Bedeutung. Anders sieht das möglicherweise bei den Selbständigen aus, wo sie vor allem bei den jüngsten Wahlen große Verluste (und die FDP große Gewinne) zu verzeichnen hatte. Zwar waren insgesamt die Werte für die Union noch recht gut, aber auch hier könnte ein weiteres Abschmelzen problematisch werden. Alles in allem kann aus diesen Entwicklungen der Schluss gezogen werden, dass CDU und CSU als Volksparteien gegen die Abwanderung im unteren Segment der Gesellschaft ("kleine Leute", Arbeiter, Arbeitslose) genauso kämpfen müssen wie gegen die im oberen Segment (Angestellte, Selbständige). Hier ist die strategische Fähigkeit gefordert, an beiden Fronten gleichzeitig anzugreifen, ohne allzu große Zielkonflikte einzugehen.

In der modernen deutschen Gesellschaft verändern sich Milieus, Berufsstrukturen und Mentalitäten vielleicht rascher als in den vergangenen Jahrzehnten. Darauf müssen CDU und CSU reagieren, wenn sie weiter als Volksparteien in der Gesellschaft verankert bleiben wollen. Dies gilt auch für die konfessionelle Struktur. Gerade für Parteien mit dem "C" im Namen ist die weitere Berufung auf die christlich-abendländische Tradition ein Markenelement, das nicht ohne weiteres modifiziert oder gar aufgeben werden kann. Zugleich stehen sie vor dem Problem, dass die Wählerzahl derer, die Mitglied einer der beiden großen Kirchen sind, zurückgeht. Diejenigen, die in diesen Kirchen aktiv sind, sind noch weniger geworden. Damit schrumpft aber die Kernklientel der klassischen Unionswählerschaft. Auf der einen Seite war die Union in allen Wahlen der letzten Jahre zwar bei den Katholiken (dort noch etwas stärker) wie bei den Protestanten überrepräsentiert. Auf der anderen Seite waren auch hier Verluste zu verzeichnen. Problematischer ist, dass sie im Bereich der

"Sonstigen" (also Nichtchristen, Angehörige anderer Kirchen oder Religionen) nur auf Werte um die 22-23% kommt (so bei der Bundestagswahl 2009, Schleswig-Holstein und Thüringen 2009). In diesem Segment, das in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutlich wachsen wird, war die Union bei vielen Wahlen schon besser vertreten, hat aber zuletzt kaum Boden gewonnen. Für die künftige Mehrheitsfähigkeit der Union ist es daher unerlässlich, in allen soziologischen und kulturellen Bereichen verankert zu bleiben und in einzelnen Feldern eine Verankerung neu aufzubauen. Dies ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass CDU und CSU auch künftig die Eckpfeiler einer bürgerlichen Mehrheit stellen.

Die deutsche Gesellschaft verändert sich in ihren sozialen, kulturellen und demographischen Dimensionen in den nächsten Jahren möglicherweise rascher als in den vergangenen Jahrzehnten. Dadurch wachsen auch die Herausforderungen an die Union als Volkspartei, in allen soziologischen, kulturellen und altersspezifischen Untergliederungen angemessen vertreten und auch mehrheitsfähig zu bleiben. Dies ist aber durchaus möglich, zumal die Liberalen in ihrer Wählerstruktur wie ihrer programmatischen Orientierung die bürgerliche Mehrheit in Arbeitsteilung mit CDU und CSU mitgestalten können. Trotz wachsender Unsicherheit und Fluidität im Wahlverhalten und im Parteiensystem kann sich die bürgerliche Mehrheit durchaus festigen und für längere Zeit das politische Leben in Deutschland bestimmen. Die SPD steht als Volkspartei vor dem Zerfall. Selbst wenn sie sich wieder stabilisieren kann, ist nicht abzusehen, wo sie sich in Deutschland auf früherem Niveau wieder regenerieren kann. Die neuen Länder sowie Süddeutschland scheinen mittlerweile für die SPD so starke Diasporagebiete geworden zu sein, dass ihre Mehrheitsfähigkeit dort in Gefahr ist. Dies gilt umso mehr, als ihre potenziellen Partnerschaften problematisch sind. Große Koalitionen kann sie nur eingehen, wenn für Union und FDP eine eigene Mehrheit verfehlt wird. Aber selbst dann bieten sich für die Union im gesamten Deutschland - wie sich etwa in Hamburg und im Saarland zeigte - bessere Optionen als für die SPD. Dies wird besonders bei den Grünen deutlich. In den Führungskadern eher linksalternativ sind sie in breiten Teilen der Mitglieder- und vor allem Wählerschaft eher wohlstandsbürgerlich orientiert. Ob diese Klientel wirklich an der Hand der SPD in Bündnisse mit der Linken integrierbar ist, muss bezweifelt werden. Selbst in der SPD werden flächendeckende Bündnisse mit der Linken nicht ohne weiteres Unterstützung finden. Diese könnten zur weiteren Erosion des sozialdemokratischen Wählerpotenzials beitragen. Die Linke selbst hat einen Höhepunkt ihrer Entwicklung erreicht, aber mit der Expansion im Westen vielleicht auch schon überschritten. Ihre weitere Selbstfindung als gesamtdeutsche linke Partei kann eher zu weiteren Reibungsverlusten in der linken Mitte führen, dürfte aber kaum in die Wählerschaft der bürgerlichen Mitte eingreifen.

Die Zukunftsperspektive scheint widersprüchlich: Auf der einen Seite haben sich in Deutschland die "linken" Einstellungen in der Wählerschaft mehrheitlich verbreitet. Auf der anderen Seite scheint sich dies nicht ohne weiteres in linke Mehrheiten in Parlamenten zu übertragen. SPD und Linke scheinen nicht so einfach in eine politische Aktionseinheit formbar zu sein wie auf der anderen Seite Union und FDP. Dies gilt erst recht, wenn man die Grünen dazurechnet, die sich längerfristig ebenfalls eher in bürgerliche Bündnisse integrieren lassen könnten. In diesem Rahmen scheint sich das deutsche Parteiensystem in den nächsten Jahren zu bewegen. Dass sich neue radikale oder Protestgruppen zusätzlich nachhaltig etablieren, scheint gegenwärtig eher unwahrscheinlich. Das Bild ist bunter geworden, aber die Union scheint sich als führende politische Kraft in Deutschland durchzusetzen. Für die nächste Zukunft hat sich die bürgerliche Mehrheit etabliert. Eine neue Ära der bürgerlichen Mehrheit ist daher mittelfristig in Reichweite.

### **Bibliographie**

### Zeitungen und Zeitschriften

Augsburger Allgemeine, Berliner Zeitung, Bild, Das Parlament, Der Spiegel, Die Welt, Die Woche, Focus, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Mittelbayerische Zeitung, Münchner Merkur, Neue Zürcher Zeitung, Nürnberger Nachrichten, Passauer Neue Presse, Straubinger Tagblatt, Süddeutsche Zeitung, Welt am Sonntag

### **Demoskopische Analysen**

Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 93-138.

Wahlreporte von Infratest Dimap, Berlin, zu allen Landtags-, Bundestagsund Europawahlen von 2003 bis 2009.

#### Literatur

Berger, Manfred/Gibowski, Wolfgang G./Roth, Dieter/Schulte, Wolfgang: Vor der Bundestagswahl 1980, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 11/1980, S.272-291.

Bösch, Frank: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/München 2002.

Brettschneider, Frank: Agenda-Setting, Agenda-Cutting, Agenda-Surfing. Themenmanagement bei der Bundestagswahl 2002, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.9-34.

Brettschneider, Frank: Misslungenes Kommunikationsmanagement: Wie sich die Union 2005 mit ihrem eigenen Wahlkampf geschlagen hat, in: Unentschieden. Die erzwungene Koalition, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2009, S.37-56.

Eith, Ulrich: Parteibindungen in Deutschland. Einstellungsprofile, Wahlrelevanz, politische Handlungsmöglichkeiten (Arbeitspapier Nr.146 der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.), Berlin, Juni 2005.

Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980, in: Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, hrsg. von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann, Opladen 1983, S.320-421.

Feist, Ursula/Liepelt, Klaus: Stärkung und Gefährdung der sozialliberalen Koalition. Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 5.10.1980, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 12/1981, S.4-58.

Fengler, Susanne/Jun, Uwe: Rückblick auf den Wahlkampf 2002. Kopie der Kampa 98 im neuen Kontext, in: Kampagne! 2. Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, hrsg. von Marco Althaus und Vito Cecere, Münster 2003, S.168-198.

Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin: Die baden-württembergische Landtagswahl vom 26.3.2006: Schwarzes Land mit bunten Tupfen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2007, S.16-33.

Goergen, Fritz: Skandal FDP. Selbstdarsteller und Geschäftemacher zerstören eine politische Idee, Köln 2004.

Gothe, Heiko: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 26.3.2006: "König Kurt" erringt die absolute Mehrheit, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2007, S.34-51.

Heinrich, Roberto/Hilmer, Richard: Wahlsoziologische Betrachtungen der Bundestagswahl 2002, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.64-83.

Helms, Ludger: The Grand Koalition. Precedents and Prospects, in: Launching the Grand Koalition. The 2005 Bundestag Elections and the Future of German Politics, hrsg. von Eric Langenbacher, New York 2006, S.49-68.

Hilmer, Richard: Ein Ruck ging durchs Land. Analyse der Wahl, in: Umbruch 98. Wähler, Parteien, Kommunikation, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2001, S.59-79.

Hirscher, Gerhard: Die Zukunft der CSU, in: Der Bürger im Staat 52/2002, S.38-43.

Hirscher, Gerhard: Ende der bürgerlichen Mehrheit? Die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP, in: Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse und Roland Sturm, München 2006, S.83-118.

Holtmann, Everhard: Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26.3.2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des "halben Machtwechsels", in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2007, S.51-67.

Horst, Patrick: Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 24.2.2008: Wahlsieger Ole von Beust bildet die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/2008, S.509-528.

Jesse, Eckhard (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Opladen 2003.

Jun, Uwe: Parteiensystem und Koalitionskonstellationen vor und nach der Bundestagswahl 2005, in: Die Bundestagswahl 2005. Analyse des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, hrsg. von Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer und Bernhard Weßels, Wiesbaden 2007, S.491-515.

Jung, Helmut: Analyse der Bundestagswahl 2002, in: Politische Studien 387/2003, S.21-33.

Kepplinger, Hans Mathias/Maurer, Marcus: Wie viele Stimmen kostet Wahlbetrug?, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S. 117-126.

Kießling, Andreas: Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung, Wiesbaden 2004.

Kießling, Andreas: Erfolgsfaktoren der CSU. Kompetitive Kooperation von Machtzentren als Bedingung für Selbstregenerationsfähigkeit und Geschlossenheit, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 2/2005, S.373-393.

Köcher, Renate: Wahlsieg durch Ablenkung: Aufregungszyklen, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.103-116.

Korte, Karl-Rudolf/Hirscher, Gerhard (Hrsg.): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München, 2000.

Korte, Karl-Rudolf: Der Anfang vom Ende. Machtwechsel in Deutschland, in: Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosion in westlichen Demokratien, hrsg. von Gerhard Hirscher und Karl-Rudolf Korte, München 2001, S.23-64.

Langguth, Gerd: Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU, Berlin 2000.

Machnig, Matthias: Auf der Zielgeraden. Ein Rückblick auf die Bundestagswahl 2002, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.35-45.

Machnig, Matthias: Der Absturz der "gefühlten Kanzlerin". Wahlkampfanalyse 2005, in: Unentschieden. Die erzwungene Koalition, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2009, S.57-69.

Mertes, Michael: Der Zauber des Aufbruchs – die Banalität des Endes: Zyklen des Regierens, in: Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosion in westlichen Demokratien, hrsg. von Gerhard Hirscher und Karl-Rudolf Korte, München 2001, S.65-80.

Müller, Kay: Schwierige Machtverhältnisse. Die CSU nach Strauß, Wiesbaden 2004.

Niclauß, Karlheinz: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn, 2.Aufl., 2002.

Niedermayer, Oskar: Wandel durch Flut und Irak-Krieg? Wahlkampfverlauf und Wahlkampfstrategien der Parteien, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.37-70.

Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard: Die Berliner Abgeordnetenwahl vom 17.9.2006: Ein "Weiter so" trotz herber Verluste des Koalitionspartners, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2007, S.84-100.

Niedermayer, Oskar: Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, hrsg. von Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2008, S.9-35.

Noelle-Neumann, Elisabeth/Haumann, Wilhelm: Ursachen der Meinungsumschwünge zwischen 1998 und 2002, in: Wählerstimmungen in der Mediendemokratie. Analysen auf der Basis des Bundestagswahlkampfs 2002, hrsg. von Elisabeth Noelle-Neumann, Wolfgang Donsbach und Hans Mathias Kepplinger, Freiburg/München 2005, S.17-43.

Noelle-Neumann, Elisabeth: Öffentliche Meinung in der Bundestagswahl 1980, in: Wahlen und politisches System. Analysen und Anlass der Bundestagswahl 1980, hrsg. von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann, Opladen 1983, S.540-599.

Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, München 2004.

Richter, Saskia: Die Kanzlerkandidaten der CSU. Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber als Ausdruck christdemokratischer Schwäche?, Hamburg 2004.

Röseler, Oliver: Wahlkampforganisation der CDU/CSU. Union wie noch nie, in: Kampagne! 2. Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, hrsg. von Marco Althaus und Vito Cecere, Münster 2003, S.199-211.

Roth, Dieter: Die Bundestagswahl 2002: ein enges Wahlergebnis, aber kein zufälliges, in: Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahres 2002, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2004, S.84-102.

Schmitt-Beck, Rüdiger/Faas, Thorsten: Die hessische Landtagswahl vom 27.1.2008: Wiederkehr der "hessischen Verhältnisse", in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2009, S.16-33.

Schoen, Harald/Falter, Jürgen W.: Wahlsieg, aber auch Wählerauftrag? Stamm-, Wechsel- und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002 und ihre Wahlmotive, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.101-122.

Schultze, Rainer-Olaf: Strukturierte Vielfalt als Wählerentscheidung heute? Eine Analyse der Bundestagswahl vom 22.9.2002, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.71-100.

Schultze, Rainer-Olaf unter Mitarbeit von Grasnik, Jan: Die bayerische Landtagswahl vom 28.9.2008: Betriebsunfall oder Ende eines Mythos?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2009, S.34-55.

Sturm, Roland: Episode oder Projekt? Die rot-grüne Koalition seit 1998, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.139-152.

Thaysen, Uwe: Fehlstart der Regierung Schröder II? Regierungsbildung in der Bundesrepublik Deutschland – das Beispiel 22. September 2002 bis 14. März 2003, in: Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse, Opladen 2003, S.181-219.

Vorländer, Hans: Die FDP – eine Partei erfindet sich neu, in: Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, hrsg. von Tilman Mayer und Reinhard C. Meier-Walser, München 2002, S.102-112.

Vorländer, Hans: Die Schattenpartei. Mit Erfolg aus dem Scheinwerferlicht verschwunden: Die FDP, in: Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, hrsg. von Hans Zehetmair, Wiesbaden 2004, S.159-171.

Vorländer, Hans: Partei der Paradoxien. Die FDP nach der Bundestagswahl 2005, in: Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, hrsg. von Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2008, S.135-150.

Werz, Nikolaus/Schoon, Steffen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17.9.2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2007, S.67-83.

# Autor Dr. Gerhard Hirscher Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München